

Rundbrief 3/08

AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE



Antifaschistische Kultur

DIE LINKE.

INHALT

EDITORIAL.	3
Dr. Reiner Zilkenat	

DAS THEMA: ANTIFASCHISTISCHE KULTUR

Der Künstler als Kleinbürger zwischen den Klassen. Marx – Gramsci – Bloch und andere	4
Wolfgang Kröske	
Gegen jeden Extremismusbegriff	14
Initiative gegen jeden Extremismusbegriff	
Der Tag der Revolution ist gekommen	16
Martin Schirdewan	
Brothers Keepers – Rapper gegen Rassismus!	18
Christian Oberthür	

AKTUELLES ZU RECHTSEXTREMISMUS UND ANTIFASCHISMUS

Rechtsextremismus und Kommunalwahlen in Bayern 2008	19
Wolfgang Barthel	
Ein Erfolg für die NPD? Kein Erfolg für die NPD?	28
Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschistische Politik der LINKEN, Sachsen	
Protestwähler? Überzeugungstäter?	30
Dr. Gerd Wiegel	
Erster Mai 2008: Rechtsextremistische Anstrengungen, demokratische Gegenwehr und die Rolle der staatlich Zuständigen	32
Dr. Horst Helas	
Auf dem Seziertisch: Das NPD-Grundsatzprogramm. Du bist nichts, Dein Volk ist alles!	35
Toralf Staudt	
Eine Dauerausstellung zu „Flucht und Vertreibung“ in Berlin?	36
Renate Hennecke	
Neonazistische Alltagsmode – die Bekleidungsmarke Thor Steinar	43
Peter Conrady	
Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof: Aktivitäten eines rechtsextremen Bundeswehr-Generals im Jahre 2007	44
Michael Quelle	

HISTORISCHES ZU RECHTSEXTREMISMUS UND ANTIFASCHISMUS

„Rote Kämpfer“ gegen die NS-Diktatur	46
Dr. Günter Wehner	
Im Schatten der Thungasse	48
René Senenko	
„Eine taktische Episode im strategischen Kampf um ganz Deutschland.“	52
Dr. Reiner Zilkenat	

BERICHTE UND INFORMATIONEN

Der 32. ordentliche Bundesparteitag der NPD in Bamberg (24./25. Mai 2008) – „ein Parteitag ohne Überraschungen“?	67
Dr. Horst Helas	
„Kriegsverrat“ – ein letztes Tabu des Umgangs mit dem Nationalsozialismus?	68
Jan Korte MdB	
Die 68er und ihre sozialen Energien – Ein Konferenzbericht	69
Professor Dr. Heinz Engelstädter	
Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus der LINKEN	70
Dr. sc. Roland Bach	
Rede im Deutschen Bundestag zum 60. Geburtstag der Gründung des Staates Israel	72
Petra Pau MdB	

NACHRUF

Zum Tode von Professor Dr. Gerhart Hass	74
Dr. Reiner Zilkenat	

ZUR DISKUSSION

Brief an den Parteitag der Linkspartei 2008	75
Dr. Seltsam	

LESERBRIEFE

Zu Heft 1–2/2008	76
Gernot Bandur	
Zu Heft 1–2/2008	76
Professor Dr. Rolf Richter	
Zu Heft 1–2/2008 und zum Titelblatt	77
Lorenz Knorr	
Tschechische Namen und Begriffe	77
René Senenko	

LITERATURBERICHTE

Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers	78
Professor Dr. Rolf Richter	
„Die Kirche macht es einem bitter schwer, sie zu verteidigen.“	82
Dr. Reiner Zilkenat	

REZENSIONEN UND ANNOTATIONEN

„in Sehnsucht eingehüllt“ – Zur Erinnerung an Selma Meerbaum-Eisinger	86
Julia Wiedemann	
Streit bei den LINKEN um Israel	87
Dr. Horst Helas	
Zwangsarbeit in Berlin	87
Dr. Horst Helas	
Zehn Biographien künden auch vom Antisemitismus in SBZ und DDR	88
Dr. Horst Helas	
Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus	90
Dr. sc. Roland Bach	

EDITORIAL

Das Thema „Antifaschistische Kultur“ hat die Redaktion des „Rundbriefs“ bereits längere Zeit interessiert. Immer schon wollten wir hierzu einen Themen-Schwerpunkt zusammenstellen, doch mangels geeigneter Manuskripte wurde bislang nichts daraus. Dies soll sich mit dem vorliegenden Heft ändern. Es geht uns um Beispiele, welche kulturellen Beiträge von Antifaschisten in die offensive und langfristige Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen eingebracht werden können, zum Beispiel Musik, Theater oder Lyrik, aber es handelt sich auch um die Rolle der Kultur bei der Abwehr rechtsextremer Aktionen, outfits und Projekte. Der einleitende Artikel von Wolfgang Kröske – erfreulich polemisch, erfreulich inhaltsreich – bietet einen nachdenklichen Einstieg in die Thematik. Er diskutiert die Probleme (und Chancen) linker, antifaschistischer Kulturproduktionen und ihrer Rezeption unter den Bedingungen sich immer stärker durchsetzender neoliberaler Verhältnisse in der Gesellschaft der BRD sowie vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen. Auf den Anhang dieses Beitrages, „Hotel California“, sei angesichts der jüngsten, skandalösen Entwicklungen um die Folter-Gefängnisse der USA, nicht zuletzt im Lichte der den Menschenrechten und allen rechtsstaatlichen Prinzipien hohnsprechenden „Gerichts“verfahren auf Guantanamo, ausdrücklich hingewiesen.

Erfreulich ist, dass uns so viele Manuskripte erreichten, dass wir aus Platzmangel den einen oder anderen Beitrag erst in der nächsten oder übernächsten Ausgabe veröffentlichen können. Wir bleiben also dran am Thema „Antifaschistische Kultur“.

Auch wegen des bevorstehenden „Super-Wahljahres 2009“ (Europa- und Bundestagswahlen, Landtagswahlen im Saarland, in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen sowie an der Saar) publizieren wir zum Teil ausführliche Analysen der in diesem Jahr durchgeführten Landtags- und Kommunalwahlen, natürlich unter besonderer Berücksichtigung der von den Rechtsextremen erzielten Ergebnisse und der von ihnen während der Wahlkämpfe praktizierten Propaganda. Dies erscheint besonders wichtig, weil hier und da abwegelnde und auf „Entwarnung“ ausgerichtete Stimmen in der po-

litischen und publizistischen Landschaft wahrzunehmen sind: DVU und NPD befänden sich auf dem Rückzug, sie seien von schwerwiegenden Krisen geschüttelt, man dürfe die von ihnen ausgehenden Gefahren nicht überzeichnen, der Streit um das Verbot der NPD habe sich gewissermaßen „von alleine“ erledigt. Die abgedruckten Wahlanalysen belegen die mangelnde Differenziertheit, ja die nicht erkennbare Seriosität solcher Argumentationen. Auch die Beiträge zur Thematik „1. Mai und NPD“, zum Grundsatztprogramm der Braunen sowie zu den Resultaten des Bamberger Parteitag der NPD gehören in diesen Zusammenhang. Wir würden uns freuen, wenn der eine oder andere der abgedruckten Artikel dazu beitragen könnte, die antifaschistischen Kräfte in der Auseinandersetzung mit den Rechten jedweder Couleur in den bevorstehenden Wahlkämpfen zu unterstützen.

Für die innerparteiliche Debatte zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gedanken und Überzeugungen – auch innerhalb der Wählerschaft der LINKEN – stellen die Analysen und Thesen in Gerd Wiegels Beitrag eine gute Basis dar. Viele der hier genannten Fakten dürften nicht wenigen Mitgliedern und Anhängern der Partei neu sein.

Bereits mehrfach hatten wir uns mit den Plänen des „Bundes der Vertriebenen“ und speziell ihrer Vorsitzenden, der CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach, zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin auseinandergesetzt. Die scheinbare Ruhe, die zuletzt bei der Realisierung dieses Vorhabens eingetreten zu sein schien, war trügerisch. Wir weisen ausdrücklich auf den Beitrag von Renate Hennecke hin, der verdeutlicht, dass jetzt offenkundig mit Hilfe der Bundesregierung und vieler Millionen Euro Steuergelder „Nägel mit Köpfe“ gemacht werden sollen: Dieses seit einem Jahrzehnt zäh verfolgte Projekt einer Materialisierung des Geschichtsrevisionismus dürfte in den nächsten Jahren, in der Stadtmitte Berlins angesiedelt, Realität werden.

Besonders erfreulich für die Redaktion des „Rundbriefs“ ist es, dass uns in zunehmendem Maße unverlangt Manuskripte zum Abdruck angeboten werden. Wenn immer dies möglich ist, publizieren wir sehr gern diese Beiträge. Mehr noch: Wir möchten alle Leserinnen und Leser ermutigen, selbst zur Feder zu greifen, nicht zuletzt dann, wenn es sich um kritische Bemerkun-

gen zu dem einen oder anderen Artikel handelt. Selbstverständlich drucken wir auch in diesem Heft die Leserbriefe ab, die uns erreicht haben. Tatsächlich wäre es sehr wünschenswert, wenn im „Rundbrief“ verstärkt zu den hier aufgeworfenen Problemen eine kontroverse Diskussion stattfände – nicht (nur) aus Lust am Diskurs, sondern weil ein erfolgreicher antifaschistischer Kampf stets der Überprüfung seiner Formen und Inhalte bedarf.

Der zuletzt größer dimensionierte Rezensionsteil ist in diesem Heft etwas „mager“ ausgefallen. Dies hängt jedoch ausschließlich damit zusammen, dass wir ansonsten ein zu umfangreiches Heft produziert hätten. Im Heft 4/2008, das bereits Anfang November 2008 erscheinen soll, werden alle vorhandenen Buchbesprechungen veröffentlicht werden.

Die Auflage des „Rundbriefs“ beträgt mittlerweile 1.100 Exemplare. In wachsendem Maße erreichen uns zum Beispiel von Bibliotheken, Wissenschaftlern und Studenten, von antifaschistischen Initiativen, Basisgruppen und Funktionsträgern der LINKEN und von einzelnen Ortsgruppen der VVN-BdA Nachfragen nach einzelnen Heften, vor allem aber der Wunsch, den „Rundbrief“ künftig regelmäßig zu beziehen. Wir hoffen auf eine weiterhin steigende Auflage, auch durch die „Mund-zu-Mund-Werbung“ unserer Leserinnen und Leser sowie unserer Autorinnen und Autoren.

Dagmar Rubisch stellte uns die auf den Seiten 11, 12 und U4 abgedruckten Fotos zur Verfügung.

Dr. Reiner Zilkentat

(Redaktionsschluss: 12. August 2008)

DAS THEMA: ANTIFASCHISTISCHE KULTUR

Der Künstler als Kleinbürger zwischen den Klassen. Marx-Gramsci-Bloch und andere

Erstens

Kunst als Waffe – ein mythologisch wie historisch außerordentlich umfangreiches Thema: Schon die Mauern von Jericho im Alten Testament wurden durch den schrecklichen Lärm der Schofarhörer in ihren Grundfesten erschüttert und fielen einfach um (Josua 6). Musik als Waffe dient von den Luren der Wikinger über die Kakophonien der Janitscharen bis zum „Judenblut-vom-Messer-spritzt“ des Horst-Wessel-Liedes der Einschüchterung des Gegners, er soll durch Lautstärke, Misstöne und Brutalität von Größe und Text bereits vor Kampfbeginn so eingeschüchtert werden, dass er sich nicht mehr wehrt. Die fridericianischen Trommeln und Pfeifen, die Kommando-Trompeten bis hin zur modernen Militärmusik haben das gegenteilige Ziel: Die dressierten Rekrutenreihen sollen blindlings ins gegnerische Feuer laufen und sich umstandslos töten lassen. Insofern ist schon jedes harmlose Marschmusik-Festival als Kriegshandlung zu werten und man sollte die unverbesserlichen Verrückten, die so etwas als Zuschauer goutieren, unter „friendly fire“ nehmen. Aber nicht nur Musik erzeugt Zerstörung.

Eine selten krasse Wirkung von Literatur berichtet das 4. Buch Mose: Als die aufrührerische Rote Korah, dieselben Leute, die schon durch die Anbetung des Goldenen Kalbes von sich reden machten, dem ewigen Symbol für Kapitalismus und Mammon, wieder mal die einträglichsten Priesterplanstellen des Volkes Israel für sich beanspruchten, spricht Mose ein Machtwort, „und es geschah, als er diese Worte ausgedet hatte, da spaltete sich der Erdboden und verschlang alle, die Korah angehörten und ihren ganzen Besitz.“ (4. Mose 16) Welch romantische Vorstellung: Wenn man die Bösen Worte wüsste, könnte man sich im Frankfurter Bankenviertel positionieren und die heutigen Anbeter des Goldenen Kalbes im Erdreich versinken lassen, samt „ihrem ganzen Besitz!“ Beim Untergang von Sodom und Gomorra verwandelt der starke Effekt der Feuer- und Schwefel-Eruptionen Lots Weib in eine erstarrte Salzsäule, eine Kunstwirkung, die das moderne Theater vergeblich zu wiederholen versucht, hier verwandelt die tobende Langwei-

le die Zuschauer höchstens in bebende Schnarchsäcke.

Gibt es also einen nachweisbaren Zusammenhang von Kunst und Wirkung, der über das geschmacklich-dekorative Unterhaltungsbedürfnis und Zeitvertreib hinausreicht? Im griechischen Altertum war die Vorstellung Allgemeingut, die Künste und das Geistige überhaupt besäßen die Macht, Menschen und Gesellschaften zu beeinflussen und zu verändern wie mit (Waffen-) Gewalt; die Griechen erfanden für alle Natur-Kräfte eigene Symbolgestalten, auch für die Künste: Die neun Musen, die im Gefolge Apollos auftraten, dem Gott der Schönheit. Kalliope symbolisierte die epische Erzählkunst, Melpomene Tragik, Thalia Komik auf dem Theater. Euterpe vertrat die Lyrik, Terpsichore Tanz und Chor, Erato die Liebesdichtung. Besonderes Pech traf die für Dichtung von Hymnen zuständige Polyhymnia in Deutschland: In Ost wie West wollte man nicht mehr die Urfassung der Staatshymnen singen, weder „Deutschland über alles“ noch „Deutschland einig Vaterland“. Auch der schöne Brechttext wurde bei der Vereinigung verworfen, so dass man hier immer noch nach der Melodie eines ehemals befeindeten Nachbarstaates öffentlich feiert, dem Kaiser-Quartett für Joseph I. von Österreich. Urania beschützte die Astronomie samt allen schicksalsdeutenden Ableitungen, quasi die Muse der Zukunft, während mit dem Papyrus in der Hand Klio die Vergangenheit bzw. Geschichtsschreibung darstellt, was nebenbei die weise Einsicht transportiert, dass „Geschichte“ keine objektive Größe ist, sondern eine Kunstform! In gewohnter Perfektion formulierte Karl Marx den objektiven Zusammenhang von Gedankenkraft und Gesellschaftsveränderung: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal war. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.“ (MEW, Bd. 1, S. 385)

Die christliche Muse der Musik ist die Heilige Cäcilie und in der gleichnamigen Novelle erzählt Heinrich von Kleist die Bekehrung von Kirchendieben durch die „Gewalt der Musik“, – irgendwas muss also dran sein.

Wenn wir nach der Wirkkraft von Kunstprodukten suchen, können wir die Frage nicht von den modernen Übertragungswegen trennen. Thomas Manns berühmte Reden über BBC nach Deutschland hinein sind Beispiele exzellenter Redekunst, der Soldatensender Calais versuchte unter Mitwirkung erstklassiger Künstler gut gebaute antifaschistische Propagandatekste unter den deutschen Soldaten zu verbreiten, um sie zur Aufgabe zu überreden. Die verschwindend geringe Anzahl von deutschen Überläufern, circa 90.000 von 13 Millionen, nicht mal ein Prozent, zeigt das völlige Versagen dieser Kunstformen, ebenso wie die millionenfach abgeworfenen Übergabeaufforderungen mit angehängtem Passierschein und die direkten Propaganda-Ansprachen von Erich Weinert, Walter Ulbricht und den Kameraden vom Nationalkomitee Freies Deutschland aus den russischen Schützengräben heraus. Über LKW-große Lautsprecheranlagen wurden die schmissigen Songs von Ernst Busch abgespielt, deren Wirkung sich doch scheinbar niemand entziehen kann. Aber der Deutsche Soldat blieb unbeirrt seinen Schlächtern treu und ließ sich noch bis fünf nach zwölf von schrecklichen Marinerichtern à la Filbinger hinrichten. Dieses Nichtaufgeben selbst auf verlorenem Posten hat die Sowjetsoldaten immer wieder bis zur äußersten Erbitterung gereizt und in der Folge die bekannten Vergeltungsaktionen an der besiegten Zivilbevölkerung hervorgerufen.

Die einzige massenhaft verbürgte Wirkung von Radiomusik ist eine partiell friedensstiftende: Wenn zum Programmschluss der deutsche Soldatensender Belgrad das Lied „Lili Marleen“, gesungen von Lale Andersen, sendete, herrschte an den Fronten stets ein paar Minuten Waffenruhe, bis der Wahnsinn von Neuem losbrach.

Überhaupt frappiert die offenkundige Wirkungslosigkeit sogar bei Texten, die speziell als „Waffe“ konzipiert waren. Von Klaus Mann wird kolportiert, dass

er den Roman „Mephisto“ geschrieben habe, um seinen Schwager Gustav Gründgens ins Konzentrationslager zu bringen! Wie man weiß, erfolglos.

Oskar Maria Graf hatte mit dem ergreifenden Protest gegen die Bücherverbrennung der NS-Studenten am 10. Mai 1934, „Verbrennt mich!“, worin er das Verbot auch seiner Werke forderte, nicht einmal ex negativo Erfolg. „Das bayrische Dekameron“ und ähnliche Bauerngeschichten blieben gern verbreiteter Lesestoff in den Bibliotheken des Dritten reiches. Weder Friedrich Wolfs „Professor Mamlock“ noch Anna Seghers' „Das Siebte Kreuz“, noch die gesamte Exilliteratur hatte irgendwelche messbare Wirkung bei der Herstellung oder Kräftigung der Anti-Hitler-Koalition.

Ich weiß natürlich auch, dass mit der Fragestellung „Kunst als Waffe?“ ein überhistorisches sehnsuchtsvolles Wünschen verbunden ist: Die fortschrittlichen revolutionären Künstler sollen bitte ein unfehlbares Wundermittel haben, welches „das Erwachen der Massen aus dem feudalen Schlaf“ (W.I. Lenin) bewirkt, sie erleuchtet und ihnen als Richtschnur dient zur Änderung der repressiven gesellschaftlichen Wirklichkeit. Aber solche Veränderung durch Kunstmittel ist erfahrungsgemäß nur bei einzelnen Rezipienten erfolgreich. Erich Mühsam formulierte diesen Anspruch an sich selbst bescheiden in der „Gebrauchsanweisung für Literaturhistoriker“ im Jahre 1928: „Färbt ein weißes Blütenblatt sich rot ... ein einziges ... –, so ist mein Werk nicht tot!“ Aber eine direkte massenhafte Wirkung linker Kunst konnte ich bis hernirgendwo entdecken.

Wohl kann ich konstatieren, welche Kunstprodukte an mir oder anderen Personen meiner Generation gewirkt haben: Zuallererst „Die Mutter“ von Bertolt Brecht, und seine Gedichte. Dann die Lieder von Ernst Busch und Franz Josef Degenhardt Mühsam, Tucholsky, Kästner, Heine; die verbrannten, vergessenen kritischen Autoren. Als Plattenkonserve haben zwei völlig verschiedene Meisterwerke initial gezündet: Jimi Hendrix' „Star Spangled Banner“, dessen elektrische Gitarre die USA-Nationalhymne zu Bombenlärm und Kriegsgeschrei verzerrt und uns auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges zeigte, dass die avancierte amerikanische Jugendkultur die US-Kriegsverbrechen ebenso verabscheute wie wir. Zweitens die Lübke-Platte: Die Große Koalition in Bonn hatte sich 1966 auf diesen etwas tumben sauerländischen Landwirt als Bundespräsidenten geeinigt. Die Redaktion des Satire-Magazins „Pardon“ hatte

Lübke-Reden aus aller Welt gesammelt und mit salbungsvollen Kommentaren zu „retten“ versucht, was dem armen Trottel den Rest gab. Die politische Wirkung dieser „real-satirischen“ Ladung für die 68er Rebellion in Westdeutschland ist kaum zu überschätzen. Schuld daran war aber nicht eigentlich die Kunst, sondern die Bourgeoisie selbst, die auf offenbar unfähiges Regierungspersonal nicht verzichten wollte, ein Fehler, der ihr von 1967 bis 1977 eine ganze Jugendgeneration entfremdet hat.

Am meisten an die Wirkung einer Waffe heran kam das Lied „Grandola“, das ähnlich wie die Kartuschen des Kreuzers „Aurora“ der Oktoberrevolution, den Startschuss für die „Nelkenrevolution“ in Portugal abgab. Das etwas depressive Volkslied des Fadosängers José Afonso war unter der Salazar-Diktatur verboten, der Sänger ins Exil verjagt worden. In der Nacht zum 25. April 1974 sendete der katholische Radiosender „Rinascita“ das Lied und gab damit das verabredete Kommando zum Ausrücken der antifaschistischen Putschtruppen. Ich hatte das große Glück, José Afonso mitsamt befreundeten Musikern aus den befreiten Kolonien und anderen Exilierten in einem bis heute legendären Event in Lissabon zu erleben, ebenso Jimi Hendrix auf Fehmarn bei seinem letzten Konzertauftritt, sowie Heinrich Lübke bei einer Rede auf dem Lübecker Markt – die Wirkung „live“ war bei den Portugiesen am größten. Vielleicht wegen der unbezweifelbaren Integrität des Künstlers, der im Exil gelitten hatte wie ein Hund und der wenige Jahre später ausgerechnet am Kehlkopfkrebs starb, der symbolträchtigen Krankheit verfolgter Künstler, denen das Wort im Halse erstickt wird.

Damit sind wir bei einem zentralen Problem: der Person des Künstlers. Jeder Künstler fängt als Idealist an, sonst hätte er/sie gar nicht die Kraft zum Üben und Durchhalten; wer aber mit seiner Kunst bloß Karriere machen will, wird das über kurz oder lang auch durch Verrat oder Anpassung zu erreichen versuchen. Wie erklärt sich die mangelnde gesellschaftliche Veränderungskraft oder der jämmerliche Absturz in den „Erfolg“ bis hin zum genauen Gegenteil der anfänglich erstrebten Kunstwirkung? Dazu drei Beispiele, alle aus dem Bereich der Musik.

1. Der am meisten durch den Wolf gedrehte Künstler ist zweifellos Richard Wagner. Er begann als radikaler antifeudaler Revolutionär auf den Dresdener Barrikaden 1848, wo er gemeinsam mit Bakunin, dem „Satan der Revolte“, und dem späteren Hofbaumeister Semper

als revolutionäres Fanal das alte Opernhaus in die Luft sprengte, das Semper später dann so grandios wieder aufbauen durfte. Wagner – wie Bakunin mit der Todesstrafe bedroht – musste sein Heil in der Flucht suchen und wollte nun die Gesellschaft mithilfe seiner Kompositionskunst revolutionieren. Bald zum Hausnarren des verrückten Bayernkönigs Ludwig II. avanciert und mit Subventionen fettgemästet, mutierte er zum Radau-Antisemiten und übelsten Autoritären, so dass heute seine Bayreuther Bühnenweihespiele als festliches Jahrestreffen von Altnazis und Großbourgeoisie gelten. Nicht genug damit, Lieblingskomponist der Hitlerpaladine zu sein, wurde sein Walkürenritt gerne zu Folterungen in KZs der US-Armee benutzt und, wie man in dem großartigen Film „Apocalypse Now“ von Francis Ford Coppola erleben kann, vom Hubschrauber aus zur terrifizierenden Beschallung und Abschichtung vietnamesischer Partisanen eingesetzt. Wohl selten kam Musik einer Waffengattung so nahe.

Aus einem Interview mit dem jüdischen Dirigenten Elisha Inbal (Teatro La Fenice Venezia), der als erster Wagner und Schostakowitsch in Israel zur Auf-führung brachte.

Frage: „Offenbar steht die künstlerische Persönlichkeit Wagners in Widerspruch zu seinem bürgerlichen Standpunkt. Glauben Sie, dass das Genie und die Gräueltat vereinbar sind?“ Inbal: „Wir können nie in der Musik hören, ob der Autor Kommunist oder Faschist ist. Es wäre absurd zu sagen, dass Wagners Musik antisemitisch ist. Ganz generell muss ich sagen, dass ein Künstler das allerletzte Schwein sein und trotzdem die größte Kunst erzeugen kann. In dem Moment, in dem er Kunst erzeugt, ist er in einer anderen Sphäre. Das hat mit dem Charakter, den Vorurteilen, der Intelligenz oder der Dummheit so gut nichts zu tun. Ein großer Künstler muss nicht unbedingt ein netter Mensch sein. Die meisten sind es auch nicht. Im Gegenteil: sie sind öfter extreme Egoisten und sogar Opportunisten.“¹

2. In der heute altersgichtigen Rentnerband „The Rolling Stones“ kann man kaum mehr die einst härteste und am meisten auf Revolte ausgerichtete Gruppe der britischen Rockgeschichte erkennen. Im Gegensatz zu den Beatles, brav angepassten Aufsteigern aus der Arbeiterklasse, propagierten die examinieren Akademiker von den Stones stets das Rebellentum der „streetfighter“ und die allseitige Befreiung. Dass sie damit so überaus viel Geld verdienten, führ-

te späterhin zu Drogensucht und Playboyomanie, vorher tönte Michael Jagger noch: „Das Elend mit John Lennon ist, dass er einfach zu wenig Marx gelesen hat!“ Ihre Platten wurden zensiert, sie gaben Massen-Konzerte mit freiem Eintritt und versuchten auch sonst die elitäre englische Society durcheinander zu wirbeln.

Seit 1995 ist Sir Michael Ehrenmitglied der London University und der London School of Economics and Political Science, wo er seine Examina einst mit „gut“ abschloss und in der Folge beweisen hat, das er tatsächlich etwas vom Reichwerden versteht. Das Hyde Park Concert 1969 kommentierte er noch: „Irgendwann kam der Punkt, wo wir den Leuten hätten befehlen können: Zieht euch nackt aus und stürmt den Buckingham Palace! und sie hätten es gemacht.“ Nun, die „Stones“ haben das nicht gemacht, aber im Unterschied zu bloß erfolgreichen Bands haben sie es wenigstens ventiliert.

3. Richtig ernst mit der Revolte durch Kunst machte dann Anfang der Siebziger Jahre die Kreuzberger Anarchoband „Ton, Steine, Scherben“ mit dem charismatischen Leadsänger Rio Reiser. Von der RAF ließen sie sich Texte diktieren, etwa „Macht kaputt, was euch kaputt macht!“ und der „Rathauslied“ wurde nicht nur zur Hymne der Hausbesetzerbewegung, sondern auch selbst der Anlass zur Besetzung. Wo die TSS Konzerte gaben, setzte es anschließend Randalen und Krawalle, das gehörte zur politischen Vorbereitung der Auftritte. Um sich vor Zensur und Boykott der bürgerlichen Medien und Läden zu sichern, machten sie einen eigenen Plattenvertrieb auf, „David-Volksmund-Produktion“, der durch schlechte Zahlungsmoral der linken Kundschaft bald soviel

Schulden hatte, dass sich Rio Reiser mit seiner unverwechselbaren klaren Stimme zur Solokarriere als Kitschsänger entschloss. Dieses Anpasserleben hielt er nicht lange aus, er wurde ein todesüchtiger Kokser und starb. Heroes die young. Die Rechte-Inhaber vermarkten seine Songs jetzt auf Teufel komm raus als Werbejingle beim Media-Markt und mit dubiosen Nachspielbands. Das Schlimmste aber: Die frühen Rebellenlieder sind heute der absolute Hit auf Neonaziparties: „Allein machen sie dich ein“; „Ich will nicht werden, was mein Alter ist“; „Macht kaputt was euch kaputt macht“... Irgendetwas ist da wohl gewaltig schief gelaufen.

Eines hatten „Ton, Steine, Scherben“ im Unterschied zu den „Rolling Stones“ richtig gesehen: Als wirkender Künstler muss man Teil einer Bewegung sein. Genaue hatte darüber schon Erich Mühsam nachgedacht und folgerichtig die Aktivierung des „fünften Standes“ versucht. Doch die Zuhälter und Zuchthäusler, denen er im Münchener Lokal „Zum Soller“ revolutionäre Reden hielt, waren eher an dem gereichten Freibier interessiert als an der gereichten Wahrheit. Bertolt Brecht entdeckte später (1935) die fünf Schwierigkeiten beim Verbreiten der Wahrheit: Mut zur Wahrheit, Klugheit, sie zu erkennen; „3. Die Kunst, die Wahrheit handhabbar zu machen als eine Waffe.“ Damit war eine Darstellungsform gemeint, die die realen Klassenverhältnisse deutlich macht. Viertens die soziale Basis oder in Brechts Worten: „jene auszuwählen, in deren Händen die Wahrheit wirksam wird“, was auf eine Aufforderung zum organisierten Anschluss an das Proletariat hinausläuft. Dass man schließlich zur Verbreitung der Wahrheit sich strategischer List bedienen und die linke Propaganda undogmatisch in die herrschenden Diskurse

einbauen muss, wenn man „Begriffe neu besetzen“ will, nennt Brecht an fünfter Stelle und damit hapert es bei der gesamten Linken bis heute am meisten. Aber selbst, wenn wir das alles erfüllten, fehlte uns immer noch eine vergleichbare Medienmacht, um dem alltäglichen Manipulationsstrom aus Dummheits-, Konsum und Kriegspropaganda eine minimale Aufklärung entgegenzusetzen. Das wäre Brechts ungenannte Nummer 6: Wirksame linke Massenmedien sind das dringendste Desiderat für eine neue Rebellionsbewegung.

Zweitens

Wie Sie vielleicht wissen, unterhalte ich in Berlin-Kreuzberg im Wirtshaus „Max und Moritz“, einer traditionellen Versammlungsstätte der Arbeiter- und Aufstandsbewegungen (bis hin zur versuchten gewaltsamen Besetzung des leer stehenden Krankenhauses Bethanien in den Siebziger Jahren) eine kleine Showfabrik. Sie findet jeden Sonntag Mittag statt und heißt „Dr. Seltsams Wochenschau“... „Dr. Seltsam“ nach meinem Künstlernamen, den ich mir ausgesucht habe in Bewunderung für den besten Antimilitär-Film aller Zeiten, „Dr. Seltsam oder wie ich lernte die Bombe zu lieben“ von Stanley Kubrick. Die Wochenschau ist das dritte oder vierte Projekt einer Reihe von Versuchen, mit Mitteln der Kunst die politische Haltung der Zuschauer nach links zu rücken. Seit zwanzig Jahren versuche ich dies mit wechselndem Erfolg und denke, ich kann aus Theorie und Praxis einiges Konkretes dazu beitragen, unser Thema „Kunst als Waffe“ zu beleuchten. Am ersten Maisonntag 2007 hatten wir unter anderen den Organisator der Kreuzberger so genannten „Revolutionären 1.-Mai-Demo“ als Interview-Gast, den beliebten Kinderarzt Dr. Michael

Blöd sein macht rechts

Refrain: Blöd sein macht rechts, doch mancher nennt sich links da. Rechts sein macht blöd, und dann ist es vorbei.

Politik für Monopole, shareholder value rules, in Provinz und Metropole wächst die braune Flut der Fools. Wer feig ist, nichts zu sagen hat, der setzt auf Nation und Staat.

Refrain

Besser umverteilen soll man. Kapital soll freundlich sein. Nur den faulen Knechtsgehirnen fällt so'n Schwachsinn ein, die Unterdrückung kommt aus der Produktion, die woll'n wir übernehmen yes go on.

Refrain

Der Feind kommt aus dem Ausland, liebt Allah und TNT. Nein, der Feind steht im eigenen Land, wie ich die Sache

seh. Das Kapitalverhältnis ist es, es hindert uns Menschen zu sein.

Refrain

Musik macht das Leben leichter, Musik ist das Salz der Welt. Musik ist für alles einsetzbar und nur die Funktion ist's, die zählt. Wir brauchen Kultur, die nichts kostet und wo das Gehirn nicht verrostet.

Refrain

Bei der Wahl woll'n sie unsere Stimme, die woll'n unser Kreuz, nicht uns hörn. Das ist ja gerade das Schlimme, nur gewaltsam und laut kann man stör'n. Die Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht und über das Wahlspektakel lacht.

Refrain

Kronawitter, der zuvor in den Berliner Boulevard-Medien als „Wegbereiter des Terrorismus“ samt erkennbarem Foto zum Abschuss freigegeben worden war. Nun, ihm war nichts geschehen, und auch die „Revolutionäre 1.-Mai-Demo“ war ohne jedes Blutvergießen, ja sogar ohne zerbrochene Fensterscheiben oder verletzte Polizisten über die Bühne gegangen; einige Randalen und Gewalttätigkeit hatte sich im Gegenteil erst in der Nacht entfaltet und zwar aus den Reihen der besoffenen Zuhörer des vom Bezirk organisierten Maifestes heraus. Nachdem vor nunmehr zwanzig Jahren, am 1. Mai 1987, der Supermarkt „Bolle“ am Görlitzer Bahnhof in Flammen aufgegangen war und die Demonstranten den Zugang von Polizei und Feuerwehr verhindert hatten, galt Kreuzberg als staatsfeindlich und unregierbar. Bei Wahlen bekam die Ordnungspartei CDU in manchen Kreuzberger Wahlbezirken unter 5 Prozent und wurde zur Splitterpartei, hier bekam mit dem ehemaligen RAF-Anwalt Hans-Christian Ströbele erstmals ein grüner Linker ein Direktmandat für den Bundestag. Seitdem versuchen ein paar tausend Menschen jedes Jahr mit der revolutionären Maidemo die Erinnerung an Revolte und Randalen wach zu halten und seit fünf Jahren versuchen die Stadtteilregierungen von SPD, Grünen und PDS gegenzuhalten und die traditionelle Mairandale in einem Meer von Bier und Musik zu ersäufen. Alle fünfzig Meter stehen Bühnen, und mit voll aufgedrehtem Equipment wird verhindert, dass sich irgendjemand überhaupt unterhalten kann, geschweige denn revolutionäre Kampfpapareolen verbreiten. Kunst als Waffe, eingesetzt um politisch unliebsame Papareolen und Demonstrationen zu verhindern. Die Musik ist laut, aggressiv und schlecht, das Bier billig und die Nacht mild. Da fliegt dann schon mal eine Flasche in Richtung der zahlreich vorhandenen Beamten der Bereitschaftspolizei, die hier im Bezirk als gepanzerte Besatzungspolizei fungieren. Natürlich wurden die Veranstalter des Regierungs-Myfestes nicht als Chaoten und Gewaltapostel dargestellt, genauso wenig wie die Organisatoren der berühmten Berliner Loveparade, in deren Verlauf regelmäßig junge Menschen zu Tode kamen, erstochen, ertrunken oder dehydriert. So etwas bei einem linken Umzug und er wäre auf Jahrzehnte hinaus verboten worden. Im Interesse der unpolitischen Massenhysterie aber zählen solche Opfer nicht. So wird Kunst buchstäblich zur politischen Waffe, aber nicht für Aufklärung und

Fortschritt, sondern für Verdummung und Sozialberuhigung.

Ich will Sie nicht mit Heimatgeschichten aus meinem Stadtteil langweilen, aber tatsächlich war das nördliche Kreuzberg, das nach dem alten Postzustellbezirk so genannte Kreuzberg 36, in den letzten zwanzig Jahren so etwas wie ein Soziallabor für Aufstandskunst und Gegenmacht. Das liegt wahrscheinlich daran, dass in diesem Bezirk die ärmsten Gebiete von Westberlin lagen und eine Jugendgeneration nach der anderen ohne jede Aufstiegserwartung aufwuchs, gemischt mit wachen linken Studenten und politisch bewussten Aussteigern in den billigen Wohnungen. Jedenfalls war dieses Kreuzberg der Ideengeber für die internationale Modeszene. Es kamen die Berliner Stadtrundfahrbusse und warben Touristen mit Gruselfahrten in finstere Kreuzberg-Slums. Dagegen sah man dann schlaue Kinder mit dem leuchtenden Hemdaufdruck „I am not a tourist, I live here“, wohl aus Belfast importiert. Die zerrissenen Punk- und streetfighter-Klamotten, die man zuerst und original auf dem Oranienboulevard sah, fanden sich drei Jahre später für vierstelligen Summen in den Schaufenstern des Kadewe und in London und Paris, junge trend scouts aus gutem Hause standen bei den Straßenschlachten am Heinrichplatz daneben und fotografierten wie wild bis man sie für Polizeispitzel hielt. Viel schlimmer, sie waren Spione des Luxuskapitals und nur die Vorhut seiner weltweiten Ausbeutungsmethoden, heute nähren Vietnamesinnen für Hungerlöhne nach Kreuzberger Mustern. Von der Gruppe MUZ, (das heißt „menschenverachtend und zynisch“ und war ein Replik auf die spießig-hilflosen Kampfpapareolen der ehemals linken Tageszeitung TAZ gegen die Kreuzberger Aufstände) wurde das frech bedruckte T-shirt als Kunstmittel erfunden, mit Aufdrucken wie „Staatsfeind“ oder „Schieß doch, Bulle“ und „Alles Nazis außer Mutti“. Minderjährige Punker mit verwilderten schwarzen Hunden und malerisch zerrissener Kleidung tauchten in großen Gruppen bettelnd erstmals hier auf. Die bunt besprayschte Motorradlederjacke als Demoaccessoire war so tonangebend, dass sie die Hamburger Lederfabrik Hein Gericke vor dem Ruin gerettet haben soll. Später gab es hier die ersten deutschen Rapgruppen, heute sind die größten Medienkonzerne am Kreuzberg benachbarten Spreeufer angesiedelt. Früher gab es Sondereinsätze der Kripo gegen wildes Graffiti-Sprayen, „unnütze Hände beschmieren Tisch und Wände“ wurde der Volksmund auf Warnplaka-

ten zitiert. Heute gibt es Seminare für Manager, wo sie das Wände-Besprayen üben und das dazugehörige freie Feeling, das sie dann im Business so angenehm locker macht. Kunst als Waffe im Klassenkampf, um die Ausbeuter fit zu machen.

Auch in anderer Hinsicht kam es zum gegenseitigen Ideenklauen. Nachdem die Jugend der Welt bei der unpolitischen Loveparade die gewaltigen LKW-Trucks mit turmhohen Lautsprecheranlagen und Tanzbühnen bewundert hatte, ließ sich auch die Revolutionäre Maidemo das Geld für Riesentrucks zusammen, baute darauf doppelt so hohe Boxen und darauf sprangen und tanzten live die beliebtesten Szene-Bands wie Atari Teenage Riot herum und bewiesen so, dass die Linken auch technisch besser aufrüsten können als die dumpfen Technoprolls. Leider zerstörte ein unprovoked Wasserwerfereinsatz der Polizei diesen Event, der Linken wollte man den techno-kulturellen Triumph nicht gönnen.

Genau andersherum lief es mit Gastspielen internationaler Bands. Noch in den siebziger Jahren, speziell nach dem faschistischen Putsch in Chile, war eine Musikveranstaltung mit politischen Bands automatisch eine Solidaritätsveranstaltung mit dem linken Widerstand – weltweit. Im Kampf gegen die restriktive Asylopolitik entwickelte sich der Multikulti-Begriff zunächst eindeutig gegen nationale Engstirnigkeit und braunes Gedankengut. Es war der sehr kluge CDU-Kultursenator Volker Hassemer, der die geniale Idee hatte, Multikulti für seine Zwecke zu benutzen und gegen den linken Internationalismus einen rechten zu kreieren. Als erstes kamen Mitte der Siebziger Jahre Folkloregruppen aus Chile, die für Pinochet warben, dann buddhistische Tempeltänzer aus der Dalai-Lama-Schule, die den alten Feudalismus der tibetischen Priesterkaste wiederhaben wollten. Der so genannte „Karneval der Kulturen“ in Kreuzberg glänzt jedes Jahr mit farbenfrohen Tänzern aus aller Welt, aber ich vermute, wenn demnächst mal sozialistische Gruppen aus Venezuela, Kuba oder Bolivien daran teilnehmen wollen, dann wird das liberale Mäntelchen bald abgeworfen. Hier wird nicht so sehr die Freundschaft mit dem Fremden propagiert, sondern vielmehr die Freundschaft mit Fremden, solange sie pittoresk und rückständig sind, also religiös, patriarchalisch, unterwürfig und arm.

Sie bemerken schon, ich kann diese Entwicklung nur mit äußerstem Zynismus ertragen, denn die verelendeten Urhe-

ber der neuen Moden haben von dem Boom überhaupt nichts abbekommen. „Not macht erfinderisch“, heißt es im Sprichwort, aber wo immer jemand etwas erfindet, steht ein Profiteur daneben und eignet sich die neuen Ideen marktgerecht an. Als Radikaler, dem es nicht passt, mit linker Produktivität und Fantasie nur die Macht des Kapitals zu stärken, suche ich verzweifelt nach dem „Ding“, das schlechthin nicht mehr integrierbar ist. Die RAF, 2. Juni, Terror und Gewalt schienen dieses Ding zu sein. Tatsächlich saß der entführte CDU-Chef Peter Lorenz in der Kreuzberger Schenkendorfstraße im „Volksgefängnis“ und von Bommi Baumann bis Till Meyer waren einige so genannte „Terroristen“ Kreuzberger Gewächse.

Aber wie man im vergangenen Sommer zum dreißigsten Jubiläum von 1977 sehen konnte, gibt sogar diese Geschichte einen nie da gewesenen Medienhype her: Filme von Werbedesignern, in denen Baader im Kugelhagel als Westernheld stirbt, kriegen Medienpreise. Modelabel werben als „Prada-Meinhof“ mit nachgestellten Leichenfotos aus den Stammheimer Todeszellen, der Maler Richter bekommt Höchstpreise für seine verwaschenen Porträts von Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe. Nichts ist derzeit so hip und schick wie die RAF, es gibt Ausstellungen, Filme, Bücher, und die Modewelle rollt an und verharmlost und integriert den antikapitalistischen Ursprung der Gruppe. Auf der Oranienstraße gibt es eine Galerie, wo Klaus Theuerkauf und seine Gruppe „endart“ geschmacklose Objekte ausstellen, die dem Kunstmarkt quer im Halse stecken bleiben sollten, Schleyer am Kreuz mit Erektion und so was in der Art. Mittlerweile erzielen sie damit gute Umsätze auf Kunstmessen. Es gibt nichts mehr was sich nicht vermarkten lässt und wie schon Marx bemerkte: „Der Bourgeois verkauft noch den Strick, an dem er hängt wird“.

Die Zeitschrift „Stern“ erreichte Höchstauflagen mit dem nicht copyright-geschützten leuchtendroten RAF-Stern mit der Kalaschnikov. Und möglicherweise wird demnächst ein schlauer Kapitalist daherkommen und sich das Copyright an diesem Logo sichern, ebenso wie der Udo-Jürgens-Manager Beierlein, der sich die brachliegenden Musikrechte an der „Internationalen“ anmaßte und seitdem von Russland bis Feuerland von jeder kommunistischen Veranstaltung Tantiemen einzuheimsen versucht. Man stelle sich vor, jemand hätte sich die Rechte an Che Guevara gesichert und würde sie weltweit durch-

setzen, er wäre bald Milliardär wie die google-Gründer. Nebenbei ist in diesem Zusammenhang interessant, dass der weltweite Rechthehandel und Copyright-Fragen eines der Hauptthemen des G8-Treffens der Regierungschefs Anfang Juni 2007 in Heiligendamm war.

„Kunst als Waffe“ steht infrage und vor allem: Waffe für wen? Was kann man noch mit gutem Gewissen vertreten ohne dass man damit irgendwelchen kapitalistischen Profiteuren und Geschäftemachern unfreiwillig den Weg ebnet? Noch ein paar Beispiele aus dem unendlichen Frustfundus, der sich in jahrzehntelanger Feuilletonbeobachtung bei mir angesammelt hat. Noch einmal Heiligendamm: Etwa hunderttausend Demonstranten aus aller Welt hatten sich auf eigene Kosten hier eingefunden und mehr oder weniger friedlich am Sperrzaun geknabbert und mit ihrer Anwesenheit und ihrer Wut diese Tage zum Ereignis gemacht. Was aber um die Welt geht, ist das Foto von dem Rockstar Bono zusammen mit dem Rockstar Grönemeyer vor dem Bild eines armen afrikanischen Mädchens, das sie wahrscheinlich nicht mal persönlich kennen: alles ein gigantischer Werbehype der Plattenfirma, um ihrer alternden Zugnummer zu einer weiteren Platinscheibe zu verhelfen, und zu gesicherten Einnahmen natürlich! Das erinnert mich an die große Friedensdemonstration gegen den Irakkrieg in Berlin, auf deren Bühne die wackeren Alt-Barden Wecker, Wader und Reinhard Mey, der eigentlich noch nie als irgendwie fortschrittlicher Sänger aufgefallen ist, einen prima Start für ihre neue Dreier-CD feierten, von deren Gewinn meiner Kenntnis nach nichts an die kostenlos arbeitenden Organisatoren der Großdemo zurückgeflossen ist. Ich muss zugeben, in dieser Frage bin ich ein bißchen neidisch, denn von den jungen unbekanntenen Künstlern, die sich auf Berliner Kleinkunsthöfen seit Jahren um fortschrittliche Friedens-Kunst bemühen, wurde keiner gefragt. Der Großorganisator Diether Dehm von der PDS hat einfach sein Notizbuch rausgezogen und ein paar Bekannte angerufen, dann war das Programm schon fertig. Natürlich gibt es noch ein paar Dinge, die nicht integrierbar sind, vor allem die nicht so berühmten und eindeutigen. Wenn ich für „Dr. Seltsams Wochenschau“ Werbung mache, dann passiert es schon noch relativ häufig, dass Redaktionen sagen: „Das können wir nicht bringen“, oder dass Leute empört meinen Newsletter abbestellen, weil ihnen das eine oder andere Wort nicht gefällt, zum Beispiel „Kriegsverbrechen der

Bundeswehr an der Brücke von Varvarin“ oder „Die Grünen als Hauptkriegspartei“ oder „Terror gegen Terroristen in Heiligendamm“. Aber ich bin natürlich nicht wirklich gefährlich und bei der großen Polizei-Aktion Wasserschlag, der Durchsuchung der G8-Gegner, wurde bei mir nicht mal geklopft.

Es gab aber jüngst in Berlin einen bemerkenswerten Fall heimlicher Zensur, der in diesem Zusammenhang nicht uninteressant ist. Die Botschaft von Norwegen zeigte im alten Postmuseum eine Ausstellung über die Beziehungen zwischen Deutschland und Norwegen, also Quisling, Willi Brandt, Wencke Myrre usw. Hauptstück der Show war ein 2 mal 3 Meter großes Gemälde von Odd Nerdrum, der als einer der bedeutendsten Gegenwartsmaler Nordeuropas gilt. Dies Gemälde hing im Rathaus Oslos und bildet jetzt das Prunkstück der halbstaatlichen Kunsthalle in Oslo. Es ist liebevoll und genau in der altmeisterlichen Manier von Caravaggio gemalt, mit viel Chiaroscuro drum herum, scharf beleuchteten Figuren, die ein Andreaskreuz bilden. Das Bild heißt „Die Ermordung Baaders“ und war den Berliner Kuratoren so peinlich, dass sie das bedeutendste Kunstwerk der Ausstellung nirgendwo abbildeten und den Botschafter wohl heimlich gebeten haben, es nicht zu zeigen. Aber Norwegen ist ein liberaler Staat und so hing das Bild zentral in der Schau und wurde prominent im Katalog abgebildet, dessen Druck die Norweger bezahlt haben. Nichtsdestotrotz hetzte die deutsche Kampfpresse, natürlich ohne das Bild zu zeigen, sie wissen genau, wenn sie die RAF nicht zur Verketzerung heutiger Antikapitalisten gebrauchen können, dann ist es besser, sie ganz zu verschweigen. In der Zeitung „Die Welt“ bedauerte P. Dittmar in diesem Zusammenhang sogar explizit das Fehlen einer rechten Kunst. Dittmars Aussagen seinen an dieser Stelle ausführlich zitiert:

„Bereits 1977 malte der Norweger Odd Nerdrum ‚Der Mord (Andreas Baaders)‘: drei finstere Gestalten, die einen halb Bekleideten in die Knie zwingen, während ihm ein vierter ins Genick schießt. Die Aussage ist eindeutig. Weniger eindeutig ist der Zyklus ‚18. Oktober 1977‘, den Gerhard Richter 1988 malte. Die 15 Bilder gehen von Polizeifotos der Verhafteten aus. Als Grisaille-Malerei, die sich mit Grauabstufungen und dem Verzicht auf Farben begnügt, werden diese Fotos vergrößert und durch ‚Vermalen‘, also eine bewusste Unschärfe, der Realität entfernt. Der Maler geht also auf Distanz, ohne sich von dem Geschehen zu

distanzieren – eine Methode, die auch unter den staatsnahen Protagonisten der DDR-Malerei beliebt war.

Hans-Peter Feldmann nähert sich mit den 100 Bildern der Serie ‚Die Toten‘ von 1967/1993 den Folgen des Terrorismus scheinbar dokumentarisch. Er addiert Bilder all derer, die ums Leben kamen. Das beginnt mit Benno Ohnesorg und endet mit Wolfgang Grams in Bad Kleinen, bezieht Ulrich Schmücker genauso wie Detlev Karsten Rohwedder, die Fahrer und Leibwächter der Ermordeten wie Geiseln und zufällige Passanten ein.

Diese Bildfolge negiert jedoch, dass diese Toten sich keineswegs gleich sind, dass man sehr wohl zwischen dem Mörder und dem Ermordeten unterscheiden muss. Es ist jene Gleichmacherei, die Norbert Bobbio mit dem Begriff ‚Egalitarismus‘ als Kennzeichen der ‚Linken‘ charakterisierte, während er das kritische Befragen des Gleichheitsideals den ‚Rechten‘ zuerkennt.

In der Praxis, bis hin zur ‚kritischen Theorie‘, und davon geprägt sind vor allem die Medien und die Künste – herrscht allerdings jener ‚Egalitarismus‘ vor. ‚Der Geist weht links‘, ‚Links wo das Herz schlägt‘ oder ‚Der Feind steht rechts‘ (Reichskanzler Wirths Schlusswort zur Ermordung Rathenaus) haben sich deshalb zu Schlagworten entwickelt. Davon sind selbst Definitionen nicht frei, die sich wissenschaftlich geben, wie die Feststellung des Politologen Ekkehart Krippendorff: ‚Die Linke – und zwar auch die extremste Linke – hat darum immer das Element der historischen Wahrheit für sich, die Rechte – und zwar auch die nur gemäßigten Rechte – das Element der Unwahrheit und des Unrechts.‘

Da sich Künstler gewöhnlich als ‚fortschrittlich‘ begreifen, spiegeln sich in ihren Werken eher ‚linke‘ Vereinfachungen als ‚rechte‘ Komplexitäten. Wer nach Gegenbeispielen ‚rechter‘ Kunst sucht, wird vergebens forschen. Mythisierungen à la Leni Riefenstahl, Thorak oder Breker gibt es nicht.

Die Künstler, die sich mit der RAF beschäftigen, wirken wie Schüler von Jacques Louis David, der als braver Diener der Revolution den ermordeten Marat zum Sinnbild erhob, so wie er später Napoléon glorifizierte. Das sind Kunstwerke, die plakativ der Politik nützen. Gemälde oder Skulpturen erzählen nicht, ‚wie es eigentlich gewesen‘, sondern stets, wie es gewesen sein soll. Sie überhöhen oder verdammten oder retten sich gegenwärtig gern à la Richter in die Indifferenz. Deshalb heißt, sich dem ‚Mythos RAF‘ mit Mitteln der Kunst zu nähern, die RAF zu mythisieren.“²

Ach das wäre schön, wenn es so klar wäre: Die Künstler können nicht wissenschaftlich differenzieren und deswegen sind sie stets für „Das Einfache, was schwer zu machen ist“ und deswegen Anhänger der Revolution – aus Denkfaulheit! Das sieht in der Praxis dann leider doch etwas anders aus. „Kunst geht nach Brot“, weiß der Volksmund und jeder von uns könnte wohl ein ganzes Schock an Beispielen geben, wie ehemals linke Künstler ihre Ursprünge vergessen, weil sie Erfolg haben wollen. Das gilt natürlich nicht nur für Künstler; Politiker wie Josef Fischer sind das moderne Urbild des Wendehalses, und gerade unser verehrter Erich Mühsam ist eines der wenigen Gegenbeispiele dafür, wie ein Politiker und Künstler gleichermaßen unter allen wechselnden Umständen sich selbst treu bleibt und seine Grundhaltung gegen Macht und Kapital nicht ändert. „Sich fügen heißt lügen.“ Dafür geht man allerdings ins Gefängnis und in den Tod.

Dies ist der Moment, um an einen der eindrucklichsten Plakatanschläge der ´68er Bewegung zu erinnern. Über Bilder bekannter linker Revolutionäre war das prophetische Diktum von Max Horkheimer gedruckt, aus seinen Notizen „Dämmerung“:

„Die Welt, in der die proletarische Elite heranwächst, sind keine Akademien, sondern Kämpfe in Fabriken und Gewerkschaften, Maßregelungen, schmutzige Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Parteien, Zuchthausurteile und Illegalität. Dazu drängen sich keine Studenten wie in die Hörsäle und Laboratorien der Bourgeoisie. Die revolutionäre Karriere führt nicht über Bankette und Ehrentitel, über interessante Forschungen und Professorengehälter, sondern über Elend, Schande, Undankbarkeit, Zuchthaus ins Ungewisse, das nur ein fast übermenschlicher Glaube erhellt. Von bloß begabten Leuten wird sie daher selten eingeschlagen.“³

Die Künstler bilden in unserer Gesellschaft keine eigene geschlossene Klasse. Der eine erreicht mit TV-Shows Millionenumsätze, der andere hat oft nicht einmal das Geld, um Farben zu kaufen. Sie stehen in prinzipieller Konkurrenz zueinander und erkennen nur schwer gemeinsame Interessen und sind noch schwerer dafür mobilisierbar; das ist eine Lehre, die alle linken Bewegungen erfahren mussten. Die meisten Künstler stellen aus eigenem geistigen Vermögen Unikate her, die sie wie ein Handwerker selbständig auf dem Markt verkaufen oder an Großhändler abgeben. Für die meisten Künstler heißt mithin

die Alternative: Selbstausbeutung oder ausgebeutet werden. Da sie zwar meistens ihre Produktionsmittel selbst besitzen, die Möglichkeiten der Betriebsausweitung und Monopolbildung aber sehr eingeschränkt sind, gehören sie weder zur Arbeiterklasse, die ihre Produktionsmittel nicht selbst besitzt, noch zur Kapitalklasse, weil sie fast keine Ausbeutungsmöglichkeiten besitzen. Solche Zwischenklassen oder Mittelklassen, sagt Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“, werden zwischen den großen gesellschaftlichen Hauptklassen tendenziell zerrieben, werden in den Krisen ruiniert und gehen unter.

Deshalb, sagt Clara Zetkin in ihrem sehr gescheiterten Beitrag „Zur Intellektuellenfrage“, haben sie ständig Angst vor dem gesellschaftlichen Untergang, den sie als individuellen erleben aber als gesellschaftlichen ideologisieren und verhalten sich deshalb wie ein Schilffeld im Winde. Wenn der Wind von rechts weht, werden sie rechts, wenn der Wind von links weht, werden sie links, vielleicht wegen gewisser berufsbedingter Sensibilitäten etwas früher als andere Opportunisten. Laut Maxim Gorki, „Die gesellschaftliche Stellung der Kleinbürger“, werden die gefährdeten Mittelklassen so zur Manövriermasse im Klassenkampf, typisch bleibt das Ergebnis der prinzipiellen Unzuverlässigkeit und Unberechenbarkeit des Künstler- und Kleinbürgertums, im Unterschied etwa zur Arbeiterklasse, die die Aufhebung des Kapitalismus anstreben muss, um zu existieren und im Gegensatz zur Kapitalseite, die immer höhere Profite und Kriege braucht, um als Manager im Geschäft zu bleiben und die Kapitaleigentümer bei Laune zu halten. Sofern sie, die Künstler, nicht super erfolgreich werden und dann mit den erzielten Marktpreisen selber Aktien kaufen und Kapitalisten werden, was aber nur sehr wenigen gelingt, haben die Künstler also als „Klasseninteresse“, wenn man das so sagen darf, das Bündnis mit der revolutionären Arbeiterklasse, um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unbildung, Krieg und Inhumanität herzustellen, kurz: ein Leben, in dem man die Wahrheit sagen und die Künste pflegen darf.

Die meisten Künstler schielen aber zur Bourgeoisie hinauf und wollen mit der Arbeiterklasse nichts zu tun haben, weil sie ungebildet ist, ihre Kunstwerke nicht versteht und nach der Revolution benutzt, um „in die Blätter mit den schönsten Gedichten Fische für arme Mütterchen einzuwickeln“, wie Heinrich Heine befürchtet hat. Heine zum Beispiel war aber dennoch Kommunist, weil er von

der „einfachen Prämisse ausging, dass alle zu essen haben müssen, daraus folgt alles andere“. Der Künstler, solange er für Erfolg und Aufstieg für die Bourgeoisie arbeitet, ist für die Revolution unbrauchbar, der Künstler als Revolutionär entspricht aber eigentlich seiner objektiven Interessenlage.

Warum die Künstler das meistens nicht so sehen, erklärt uns Ernst Bloch mit seiner Theorie der Ungleichzeitigkeit. Zwar bestimmt das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein, das ja, aber nicht sofort und unmittelbar. In die Vermittlung der objektiven Interessen schummeln sich Illusionen ein, falsche Hoffnungen über die eigene Lage, Versprechen, Bestechungen und Ideologien der herrschenden Klasse sowie Dummheiten, Subjektivismus und abschreckender Terror der Revolutionäre. Das alles führt am Ende dazu, dass der Künstler stets „schwankt“ und deshalb nicht so recht als Revolutionsführer geeignet ist, was er aber nur zu gern wäre. Ich denke hier an die schöne Geschichte von Erich Mühsam, der den Dichter Rainer Maria Rilke auf eine Revolutionsversammlung der Münchener Arbeiter begleitet, wo sich dieser aber „nicht kommunikativ realisieren konnte“, wie Rudi Dutschke so etwas später zu benennen pflegte. Soweit hier in aller Kürze und holzschnittartig, wie ein orthodoxer Marxist das Künstlerproblem sieht. Eigentlich wäre bei dieser Einschätzung Schluss und die Künstler wären vom Fortschritt ein für alle mal wegen Unzuverlässigkeit ausgeschlossen.

Aber dann erschien die Hegemonie-Theorie von Antonio Gramsci und zeigt uns weit reichende Perspektiven. Die beiden Richtungen oder Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat, Arbeiter und Kapitalisten, Fortschritt und Reaktion, egal wie man sie nennt, bilden quasi die zwei Pole eines Magneten, zwischen denen der Überbau, Zivilgesellschaft und Kultur, hin und her gerissen werden. Mal überwiegt die eine, mal die andere Seite, aber nicht vollständig, sondern es gibt immer Bereiche, in denen die Elemente ummagnetisiert werden können wie Eisenmoleküle in den Feldlinien eines Magneten. Es geht also, sagt Gramsci, um „molekulare Veränderungen der Zivilgesellschaft“. Mithin kann man auch zu Zeiten des vollständigen Sieges der Reaktion immer noch kleine Erfolge der Fortschrittskräfte erreichen, und zwar auf dem Gebiet der Kultur, der Bürgerinitiative, Ideologie und Kunst. Solange nicht die ganze Macht der Reaktion im Bürgerkrieg alles platt walzt, lassen sich Teile der Zivilgesell-

schaft entwickeln, und die Linken müssen sogar hier erst viele Siege erringen, um überhaupt die Mehrheit der Gesellschaft zu gewinnen und der Revolution näher zu kommen. Und, so springt nun das Kaninchen aus dem Hut des marxistischen Zauberers, im Zentrum dieser Bemühungen steht der Künstler! Es ist mithin Pflicht der Linken, auch wenn sie eigentlich nur auf die Macht der Arbeiterklasse schielen, eine linke Kulturhegemonie zu entwickeln, wie wir sie in den Jahren nach 1968 vielleicht einmal hatten, wo an den Universitäten keine einzige Seminararbeit angenommen wurde, die nicht eine fundierte marxistische Warenanalyse enthielt, und zwar in allen Fächern. Dafür erlebte man dann aber auch Geschichten wie sie mir der Menschenrechtsanwalt Eberhardt Schulz mal erzählt hat, der bei einer Gelegenheit auf einem Dorfe von dem Bürgermeister Unterstützung erhielt mit der Bekundung: „Aber wenn sie dann an der Macht sind, dann denken Sie an uns ...“ So soll es sein.

Ich bin jetzt am Ende mit meinem kleinen Beitrag zur Klassenanalyse, es mag Ihnen manches holzschnittartig dogmatisch erscheinen, jedenfalls haben wir erstmal einen großen „Steinbruch“, um aus vielen Richtungen über Künstler zwischen den Klassen diskutieren zu können. Zum Abschluss noch drei Beispiele, die mir immer das Problem von Anpassung und Widerstand musterhaft beleuchteten:

1. Paris: Edith Piaf war als Chansonsängerin auch unter der Nazibesatzung nicht verboten, die SS forderte sie sogar auf, für die Bewachungsmannschaften ein Konzert im Kriegsgefangenenlager zu geben. Sie nahm dieses wahrhaft unsittliche Angebot an, brachte aber ihren Fotografen mit, der von den Gefangenen schöne scharfe Bilder machte, die dann der Résistance zur Erstellung falscher Ausweise dienten, damit ihre Kader aus dem Lager fliehen konnten. Auch die „entartete Kunst“ eines Pablo Picasso wurde nicht, wie in Deutschland, unterdrückt und zerstört, es gab sogar ein reges Kommen und Gehen etwas intelligenterer deutscher Besatzungsoffiziere in seinem großen Atelier am Montmartre, wo er an seinem Riesenwerk „Guernica“ arbeitete. Einem Besucher wurde das Bild vorgeführt und ergriffen von der neuartigen Formgewalt staunte er: „Das haben Sie gemacht?!“ – „Nein,“ sagte Picasso zu dem deutschen Fliegeroffizier, „das haben Sie gemacht ...“

2. Einer meiner vielen Versuche, linke Kunst zu machen, hieß „Le club existentialiste“ und basierte auf dem Versuch

Sartres, den Marxismus für die moderne Zeit wieder nutzbar zu machen. „Ich ließ ehemalige Partisanen auftreten, die entgegen der allgemeinen Erwartung das jugendliche Publikum zu Tränen rührten. Die jungen Sänger und Chansonniers hatten aber keine politischen Lieder und lehnten das auch als Zumutung ab, dann stellte sich aber heraus, dass sie sehr wohl alte Partisanenlieder kannten oder den ‚Déserteur‘ von Boris Vian, sie waren ihnen nur nicht als politische Lieder bewusst oder hatten die antikommunistische Nachkriegszeit als Kinderlieder überlebt. Es hatte nur keiner danach gefragt.“ Ebenso erging es mir mit einem ganz biedereren Zuschauer aus Steglitz, der sich in meine Show verirrt hatte und der mir am Ende unter vier Augen gestand, dass „auch er immer zur Roten Fahne gehalten habe“, dass er nur seiner Familie das nicht zumuten wollte. Es musste nur einer deutlich die Fahne schwenken und sofort kamen andere dazu, das kann ich heute als meine beste politische Erfahrung bezeichnen, und das ist schließlich fast dasselbe was Gramsci sagt.

3. Heute (18. Mai) ist der 102 Geburtstag von Herge = Georges Rémy, dem bedeutendsten europäischen Comiczeichner, dem in Frankreich und Belgien ganze Häuser, Straßen und Museen gewidmet sind. Er kam aus der katholischen Pfadfinderschaft und hat fürchterliche anti-sowjetische Machwerke zusammengemalt, so etwa „Toto in Russland“. Er war lange Zeit, so muss man es wohl analysieren, ein klerikalfaschistischer Propagandist, der auch für Leon Degrelle Illustrationen zeichnete und unter der deutschen Besatzung in einem Pronazi-blatt arbeitete und deswegen vom Widerstand nach dem Krieg als Collaborateur erschossen werden sollte. Er wurde gerettet, weil sich einer der Résistanceführer seiner annahm und sagte, dass seine Tim- und Struppi-Streifen für die inhaftierten Kämpfer das einzige in den Nazizeitungen gewesen sei, was sie lesen konnten, ohne sich zu ärgern und dass sie Tim als einen der ihren verstanden und dort untergründige Botschaften gefunden hätten.

Herge kam frei und veröffentlichte noch viele Comicbücher, darunter Tim und die Picaros, was man als humorvolle Hommage an Che Guevara lesen kann. Das typische „Schwanken“ des Künstlers sehen wir in „Tim im Lande des schwarzen Goldes“: in der ersten Fassung von 1936 gibt es eine Gruppe jüdischer Terroristen, die den Reporter Tim in Haifa entführen, in der Fassung von 1968 kommt das nicht mehr vor, offenbar wa-

ren die Erben Herges der Meinung, es sei für die Leser heute unwichtig, mit der Tatsache konfrontiert zu werden, dass es jüdischen Terroristen gibt. Ich hielt das nicht für unwichtig, im Gegenteil verdanke ich dieser Stelle der gesamten Comicliteratur, die ich als Kind las, mein anhaltendes Interesse für die Fragen von Kunst und Politik, insofern ist quasi Herge schuld an diesem Beitrag, vielleicht, wenn er das erführe, keine schlechte Ehrung zum Geburtstag eines großen Künstlers, der angeblich völlig unpolitisch war.

4. Ich erlaube mir viertens, sozusagen als Bonustrack 1 und 2, einen Beitrag von mir zum Heinrich-Heine Jahr 2006 anzufügen, der das Problem „Kunst und Revolution“ noch tiefer beleuchten soll. Er passt sehr gut, weil mir bisher keine stärkeren Waffen im Kampf vorgekommen sind als Heinrich Heines bis-sige Satiren, deren Wirkung auch Erich Mühsam stets als Vorbild im Auge hatte. Dann zum Abschluss noch ein weiteres Beispiel aus meinen Arbeiten zum Thema „Kunst als Waffe“, bei dem Ihnen vielleicht ein wenig schlecht wird. Sei´s drum.

Heinrich Heines Kommunismus

Wir hatten im Jahre 2006 erstaunlich viele Jubiläen, in deren unterschiedlicher Behandlung das bürgerliche Feuilleton mal wieder beweisen konnte, auf welcher Seite es steht. Statt des mit der Revolution spielenden Mozarts, der einst den verfolgten Beaumarchais-Figaro propagierte, wurde uns der am Tourette-Syndrom erkrankte Furz-Liebhaber als kotzsüße Mozartkugel eingebrandauert. Der ungetreue Doktor Benn wurde wieder mal gegen Brecht und wieder mal gegen die gesamte Emigration in Stellung gebracht, während das in einzigartiger Schändlichkeit dastehende KPD-Verbot gleich ganz vergessen wurde. Schreckliches Freud-Jahr 2006, das soviel Verdrängung bot bei so wenig Analytik! Am schlimmsten aber erging es Heinrich Heine. Man dachte, nach der Barbaren-Pose der Nazis, die die „Loreley“ anonym im Lesebuch behalten, den Judendichter aber vergasen wollten – leider war er schon tot -, und nach der bundesdeutschen Blamage um die Benennung der Heine-Uni in Düsseldorf wäre der wohl größte deutsche Dichter endlich auch in seiner Heimat anerkannt und es könne schlimmer nicht kommen. Weit gefehlt; jetzt ist der arme Harry auch noch am Stalinismus Schuld! Erfunden hat diese nur freudianisch zu erklärende Ferkel-ei ein Schreiber, der von Heine alles kopiert hat außer Charakter: Wolf Bier-



mann. Im „Spiegel“ schrieb er über „Heine und Le Communisme“ – und offenbar versteht er von beidem nichts:

„Hellsichtig ahnte er, dass die soziale Gleichheit aller Menschen wahrscheinlich nur eine neue Form raffinierterer Ungleichheit gebären würde,...ein noch schlimmerer Kreis in der irdischen Hölle ... In ‚Lutetia‘ klagte er: ‚Eine unsägliche Betrübnis ergreift mich, wenn ich an der Untergang denke, womit meine Gedichte und die ganze alte Weltordnung von dem Kommunismus bedroht ist.‘ Aber dann kommt die flagellantische Volte, für die ihn die stalinistischen Bonzen liebten: ‚Gesegnet sei der Kräuterkrämer, der einst aus meinen Gedichten Tüten verfertigt, worin er Kaffee und Schnupftabak schüttet für die armen alten Mütterchen, die in unserer heutigen Welt der Ungerechtigkeit vielleicht eine solche Labung entbehren mussten – fiat iustitia, pereat munus!‘ ... Aber: Es kam alles viel schlimmer, und es musste so kommen. Die arme alte Frau und ihre Kinder wurden einfach totgeschlagen. Im real existierenden Kommunismus brauchte kein Untertan mehr Gewürze, denn es gab hinter Stacheldraht für Millionen gar kein Huhn im Topf, das gewürzt werden müsste. Die Häftlinge in den Arbeitslagern tranken keinen Kaffee ... und manche schlachteten im Wahnsinn des Hungers heimlich ihre krepierenden Leidensgefährten, zum Fraß. Ideologisch verblendet ... Brecht, Bloch, Gerhart und Hanns Eisler, Feuchtwanger, Heinrich Mann, denen es gelungen war, sich vor den Genossen Hitler und Stalin in Sicherheit zu bringen ... Mir träumte, Heine sei ein Häftling auf der Insel Kuba ... in einem grausam verdreckten Knast des Castro-Regimes, Abteilung ‚Staatsfeindliche Poeten‘ ... Ich sagte: Lieber,

verehrter Monsieur Heine, Sie sind doch der Verfasser der Verse ..., hofften Sie immer noch auf einen Kommunismus mit Zuckererbsen für jedermann?“⁴

Das ist dümmlich, zynisch, anbiederisch; man muss sich unter kulturnahen Menschen mit Erinnerungsvermögen heute schon entschuldigen, Biermann zu zitieren, noch dazu im Kontext mit Heine, aber das war es wohl, was der nationalistische Konvertit mit seiner ödipalen Anpisserei erreichen wollte. Heinrich Heine kannte seine Biermanns und hat sie schon vorsorglich und rechtzeitig abgewatscht:

„Aus Hass gegen die Parteigänger des (teutonischen) Nationalismus könnte ich fast den Kommunisten meine Liebe zuwenden, wenigstens sind sie keine Heuchler.“

So lautet eines der dialektisch formulierten Distichen aus Heines „Lutetia“. In diesem Buch, worin er dem deutschen Publikum das revoltierende Frankreich erklärte, unternahm er den weitesten intellektuellen Vormarsch gegen die herrschende Front aus feudaler Reaktion und feigem Kleinbürgertum. Es geht damals wie heute um „Klassenverrat“, die zentrale Kategorie fortschrittlicher Kunst im Kapitalismus. Die Künstler wollen essen, die Bourgeoisie bezahlt – so einfach ist unter normalen Umständen das Verhältnis.

Aber seit Gramscis Gefängnischriften wissen die Linken genauer, dass es auch zu Zeiten großer revolutionärer Schwäche möglich ist, auf dem Gebiet der Kultur linke Siege und sogar eine linke Hegemonie im öffentlichen Diskurs zu erringen, falls nur die Mehrheit der Intellektuellen „vorzeitig“ auf die Seite der Revolution übergeht: Weil nämlich die Kunst ihre Zahlherrn nicht mag und frei

sein will, befreit von Armut, Zensur und der bürgerlichen Zumutung der Verwertbarkeit. Lügende Künstler sind ein Widerspruch in sich, von Ausnahmen wie Biermann und dem ganzen Dreck im Fernsehen mal abgesehen. Heine hat auch zu seiner Zeit solche „Künstler“ gekannt, miese Anpasser, die um kleinen Vorteils willen sämtliche intellektuellen Klasseninteressen verraten, Wahrheit, Qualität, Integrität, als hätte er sie prophetisch vorausgesehen. Der Grund ist, dass wir immer noch in derselben Gesellschaftsstruktur leben und deswegen auch die Gesetze von Überleben und Verrat dieselben sind. Die individuelle Lösung kann ein ehrlicher Künstler, das ist das Thema von „Lutetia“, nur im Bündnis mit den Armen suchen, wenn und soweit sie revolutionär sind. Und obwohl Heine niemals materiell Hunger litt und sein „Übergang zum Proletariat“ nur ideell stattfand, war er in Werk und Haltung stets der „Alte Fuchs“, der die Bewunderung der nachfolgenden jungen Revolutionäre lächelnd ertrug. Was die Autoren der ideologischen Spurensuche zur Verwandtschaft von Marx und Heine oft vergessen, ist die Generationendistanz: Heine war „der Alte“; je nachdem welches seiner phantasievoll erfundenen Geburtsdaten gerade galt, zählte er um zwanzig bis fünfundzwanzig Jahre mehr als die jungen „Doktoren der Revolution“ Karl Marx und Arnold Ruge, mit denen er in der Pariser Emigration an den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ arbeitete. Im Unterschied zu ihnen hatte Heine noch bei Hegel persönlich studiert, die nachfolgenden „Linkshgelianer“ kannten Hegel nur vom Hörensagen oder aus unzuverlässigen Vorlesungsmitschriften. Er hatte an der Berliner Universität, wie Bilder

zeigen, wirklich „zu Füßen“ von Gottvater Hegel gesessen, aus dessen Vorlesungen gelernt, was heutzutage Peter Hartz und Franz Müntefering in den Ohren gellt und was mithin schon lange vor Marx verbreitete Einsicht war:

„Das Herabsinken einer großen Masse unter das Maß einer gewissen Subsistenzweise, die sich von selbst als die für ein Mitglied der Gesellschaft notwendig reguliert, – und damit zum Verluste des Gefühls des Rechts, der Rechtlichkeit und der Ehre, durch eigene Tätigkeit und Arbeit zu bestehen, – bringt die Erzeugung des Pöbels hervor, die hinwiederum zugleich die größere Leichtigkeit, unverhältnismäßige Reichtümer in wenige Hände zu konzentrieren, mit sich führt.“⁴⁵

Dies ist ein Zitat aus den berühmten Paragraphen 188ff. und 230ff., in denen der Begriff der „bürgerlichen Gesellschaft“ schon so entwickelt wird, wie man es später den Marxisten zuschreiben wird, um ihre grundsätzliche Kritik als extremistische Position unwirksam zu machen., so etwa im § 189/193: „Die bürgerliche Gesellschaft enthält ... die Vermittelung des Bedürfnisses und die Befriedigung des einzelnen durch seine Arbeit und durch die Arbeit Befriedigung der Bedürfnisse aller übrigen ..., enthält unmittelbar die Forderung der Gleichheit mit den anderen hierin.“ Die „Grundlinien“ sind eine Vorlesungsmitschrift und erscheinen deswegen oft so „dunkel“ und sprunghaft, weil die Herausgeber natürlich noch nicht stenographieren konnten. Sie erschienen 1821 und geben mithin genau die Seminare wieder, die Heine bei Hegel belegt haben dürfte. Durchdacht hat Hegel erstmals das alles übrigens in seinem Sommerhaus am Südabhang des damals

wüsten Kreuzberges bei Berlin, etwa dort, wo sich bis vor kurzem das Gelände der Schultheiss-Brauerei befand. Dort besaß Hegel ein Sommerhaus, und dort starb er auch 1831 an der Cholera. Zu jener Zeit ging Marx noch in Trier zur Schule. Man kann ermessen, wie wichtig für Marx später die Zeitzeugenschaft Heines war, denn auf den preußischen Staatsphilosophen Hegel bezog sich jeder im wissenschaftlichen Diskurs, sei es gläubig oder kritisch.

Für Hegel bestimmte bekanntlich der „Weltgeist“ die Geschichte, erst „vom Kopf auf die Füße gestellt“ durch die „Junghegelianer“ wurde seine Dialektische Theorie nutzbar als Anleitung für revolutionäre Praxis, von Heine meisterlich in Reime gesetzt.

Obgleich Heine nicht wie Marx von der Polizei in die Emigration gezwungen war, sondern durch Schikanen und Veröffentlichungsverbote, sieht er sich zeitweilig als Sympathisant der französischen Revolutionen, seit er im Mai 1831 Wohnung in Paris nimmt und noch in die Nachwehen der Juliusrevolution von 1830 und ihrer frühkommunistischen Epigonen gerät. Dort lernt er 1843/44 den jungen Emigranten Karl Marx kennen und sie bestärken sich in der Adaption eines modernisierten Hegelschen Kommunismus. Heine schreibt seine härtesten Texte, etwa „Die schlesischen Weber“, 1844 auf einem gemeinsamen Flugblatt mit dem literarischen Dank an Hegel verbreitet:

„Doktrin//Schlage die Trommel und fürchte dich nicht/Und küsse die Marketerin!/Das ist die ganze Wissenschaft,/Das ist der Bücher tiefster Sinn//Trommle die Leute aus dem Schlaf,/Trommle Reveille mit Jugendkraft,/Marschiere trommelnd immer voran,/Das ist die ganze Wissenschaft.// Das ist die Hegelsche Philosophie,/Das ist der Bücher tiefster Sinn!/Ich hab sie begriffen, weil ich gescheit,/Und weil ich ein guter Tambour bin.“

Heine, der ganz im Gegensatz zum „Eleganten Unsinn“ (Sokal/Bricmont) der heutigen Poststrukturalisten einfache Worte suchte, aber nicht einfache Gedanken, hat als Erster Hegels Einsichten volksfreundlich dargestellt („Die Romantische Schule“) und popularisiert, etwa in diesem kommunistischen Gedicht:

„Weltlauf//Hat man viel, so wird man bald/Noch viel mehr dazu bekommen./ Wer nur wenig hat, dem wird/Auch das wenige genommen.//Wenn du aber gar nichts hast,/Ach, so lasse dich begraben –/Denn ein Recht zum Leben, Lump,/ Haben nur, die etwas haben.“(Aus „Lazarus“, 1851)



Und noch 1855 analysiert er in der großen klassischen Ballade „Das Sklavenschiff“ den ökonomischen Zusammenhang von Sklavenhandel, Unterhaltungskultur und Religion, es endet: „Verschone ihr Leben um Christi willn,/ Der für uns alle gestorben!/Denn bleiben mir nicht dreihundert Stück,/So ist mein Geschäft verdorben.“

Dies schmetterte ein Mensch in die europäische Öffentlichkeit, der mit einer rätselhaften Nervenlähmung, seit fast einem Jahrzehnt unbeweglich ans Bett gefesselt war und der 1855 noch ein knappes Jahr zu leben hatte. Wenn er auch, mehr oder weniger ironisch, am Ende fromm wurde, was man angesichts seiner körperlichen Leiden vielleicht verstehen kann, so blieb er doch immer Sympathisant der revolutionären Arbeiterbewegung. Harry Heine, wie er vor seiner Taufe 1823 anlässlich des juristischen Examens hieß, war schon Kommunist, als Marx und Engels noch in die Windeln machten.

Heines Kommunismus war der von Babeuf und seiner „Verschwörung der Gleichen“, ein idealer Traum aus intellektueller Konsequenz: „Kann ich der Prämisse nicht widersprechen, ‚daß alle Menschen das Recht haben zu essen‘, so muß ich mich auch allen Folgerungen fügen.“ (Lutetia) Als lebenslang gut gesponserter Bankiersneffe und Empfänger erheblicher französischer Subsidien brauchte er den praktischen Beweis seiner Solidarität mit dem Proletariat nie anzutreten, ja er hatte sogar persönlich Angst vor der unausbleiblichen Revolution, weil dann das „Manifest der Gleichen“ gälte: „Mögen, wenn es sein muß, alle Künste untergehen, wenn uns nur die wirkliche Gleichheit bleibt!“ (Babeuf). Aber Heine war bereit, dass die Blätter mit seinen edlen Gedichten darauf nach der Revolution zum Erbsenabwiegen benutzt würden, wenn denn nur jeder genügend Erbsen erhielte, auch Zuckerebsen.

Das ist das wahre Heinesche Vermächtnis: Der Klassenverrat des bürgerlichen Intellektuellen wird ihm nicht zum persönlichen Vorteil gereichen, wohl aber zur allgemeinen Befreiung mithelfen. Heine fühlt eine „geheime Angst des Künstlers und des Gelehrten, die wir unsre ganze moderne Zivilisation, die mühselige Errungenschaft so vieler Jahrhunderte, die Frucht der edelsten Arbeiten unsrer Vorgänger, durch den Sieg des Kommunismus bedroht sehen.“ (Geständnisse) Heinrich Heine ist einverstanden. Acht Jahre lang Gefangener der Matratzengruft und dennoch kein Zaudern und kein Jammern, sobald

es gegen die Reaktion geht. Welch ein Held!

Dann kamen die deutschen „Doktoren“ Marx und Engels und erfanden die Politik der Klassenbündnisse und den Begriff des „historischen Erbes“, das Kommunistische Manifest empfahl die Fortsetzung der bürgerlichen Revolution, nicht ihre Rücknahme. Daher Heines Hochachtung für sie. Der linke Intellektuelle darf nun, dank Marx, ohne Furcht vor kulturloser Gleichmacherei das politisch-ökonomische Bündnis mit der Bourgeoisie, von der er vorerst noch lebt, aufkündigen und sich bedenkenlos mit den revolutionären Klassen in eine gemeinsame Kampffront begeben. Der genaue Zeitpunkt dieser unter Künstlern heute wieder umkämpften Entscheidung lässt sich bei Heine philologisch genau feststellen. Noch 1854 am Ende des in der DDR oft und falsch zitierten berühmten Satzes aus „De L´Allemagne“ findet sich jenes bedeutungsschwere „je le crains/ich fürchte es“. Erst in der letzten Auflage 1855 fehlt es: Heinrich Heine starb getröstet! Hier nun die ganze Wahrheit:

„Die mehr oder weniger geheimen Führer der deutschen Kommunisten sind große Logiker, deren stärkste aus der Hegelschen Schule hervorgegangen sind, und sie sind ohne Zweifel die fähigsten Köpfe, die energischsten Charaktere Deutschlands. Diese Doktoren der Revolution und ihre mitleidslos entschlossenen Schüler sind die einzigen Männer in Deutschland, die Leben in sich haben, und ihnen, fürchte ich, gehört die Zukunft.“

Appendix: „HOTEL CALIFORNIA“

Hören Sie mit Ihrem inneren Ohr den Popsong „Hotel California“, 1976 von der amerikanischen Softrockgruppe „Eagles“ eingespielt. Es blieb deren einziger Welterfolg: „Welcome to the Hotel California, what a lovely place, such a lovely place ...“ Die „Eagles“ gehörten zu jenen bedauernswerten Gruppen, die einen großen Hit hatten, der bis heute in jedem Supermarkt zu Tode gedudelt wird, von denen man aber ansonsten nie wieder etwas Nennenswertes gehört hat. Die Musik läuft unter dem folgenden Text weiter. Falls Sie die CD besitzen, könnten Sie sie jetzt auflegen.

Es ist, aus Gründen, die mir nie ganz klar wurden, einer meiner Lieblingssongs aus den 70ern, vielleicht wegen ganz intimer Erinnerungen drum herum. Das „Hotel California“ in dem Lied ist eine heruntergekommene Armenabsteige am Rande der Wüste, voller skurriler Gestalten; ein Ort, so geheimnisvoll, verzaubernd und gemütlich, dass man von

dort einfach nie mehr wegkommt. Die Hotelgäste bleiben für immer. Ein lyrisches Bild für die existentialistische Gebundenheit des modernen Menschen an sein Geschick bei allen Möglichkeiten, aller Freiheit, die scheinbar da ist. Ein Ort, von dem man nicht loskommt. Seit dreißig Jahren gehört dieser melancholisch kitschige Song zur gefühlsmäßigen Grundausstattung alternder Popfans. Die bittersüße Stimmung der Musik verschränkt sich mit Jugenderinnerungen, verletzten Träumen und nebelhaften Bildern von ersten Küssen, frühen Lieben und Räuschen. Was der Film „Casablanca“ für den Filmfan, ist „Hotel California“ für die tiefen Schichten des Schlagergemüts: Dudelt der Song im Hintergrund bei „Edeka“, bleibt man noch drei Minuten länger im Laden, kurvt um die Regale herum und weiß nicht warum, legt aber eine Tafel Moccaschokolade oder einen großen gelben Vanillepudding extra in den Einkaufskorb. Aus Musik ist „muzak“ geworden. „Hotel California“ steht für den unverletzlichen Persönlichkeitskern unseres Kinder-Ichs, das wir bis zum Lebensende schützen und behüten müssen, weil es uns heimisch sein lässt in der Welt. Ich hoffe, Ihre CD ist jetzt gerade beim Refrain angekommen und Sie lauschen, ein letztes Mal in aller Harmlosigkeit – Wissen verändert die Wahrnehmung. US-amerikanische Soldaten nämlich nennen „Hotel California“ die geheimen Gefangenenlager der US-Armee, die diese in „befreiten“ Ländern errichtete. Ich entnehme folgenden Bericht einer Meldung der „Basler Nachrichten“ vom 2. März 2003:

„Das ‚Hotel California‘, zynisch benannt nach einem Song der Eagles über eine Stätte, von der man so schnell nicht wieder loskommt, ist ein ‚Verhörzentrum‘ der USA im Kampf gegen den weltweiten Terror. Die wichtigsten befinden sich in Baghram, in Kandahar und auf der abgelegenen Insel Diego Garcia im Indischen Ozean. In Baghram wird seit seiner Verhaftung Khalid Mohammed, die angebliche No. drei im Terrornetzwerk Al Qaida, unter ‚höchstmöglichem Druck‘ in die Mangel genommen. Manchmal sterben auch Gefangene an den Verhörmethoden, von denen Washington steif und fest behauptet, dass es sich nicht um Folter handelt. Zum Beispiel ein Mann, von dem nur das Alter 22 und der Vorname Dilavar bekannt sind. Bei der Obduktion seiner Leiche fanden Ärzte heraus, dass der junge Mann sein Verhör nicht überlebte, weil er ‚Verletzungen mit einem stumpfen Gegenstand an den unteren Extremitäten‘ erlitt. Der 30jäh-

rige Mullah Habibullah starb an einem Blutpfropfen in der Lunge, der durch ‚Verletzung mit stumpfer Gewalt‘ verursacht worden sei. Im Klartext: Die beiden Gefangenen wurden beim Verhör durch US-Personal zu Tode geprügelt. Weshalb sie verhaftet wurden, weiß niemand. Damit die US-Gesetze nicht in die Quere kommen, werden die Gefangenen absichtlich an solchen Orten wie Baghram festgehalten.“

Oder Abu Ghraib oder Guantánamo oder an anderen Orten, wo Gefangene rechtlos jeder Folter unterworfen werden können: Schlagen, langsames Töten, Elektroschocks, und neuerdings auch Schlafentzug durch permanente laute Rockmusik. Tatsächlich gehört „Hotel California“ mittlerweile ebenfalls zu den ausgewählten Musiken. Ihre CD ist mittlerweile wieder beim Refrain angekommen, hoffe ich.

Mit dem „Krieg gegen Terror“ ist der Weltimperialismus fast unbemerkt in

eine neue Phase eingetreten: Verhinderung von Kriegen und Völkermord durch UNO-Regularien, Verbot der Folter, Todesstrafe, Hexenjagd und Unterdrückung aus Kultur- und Glaubensgründen – all diese Dinge, die die bürgerlichen Gesellschaft vom Mittelalter unterschieden, haben sich in den letzten Jahren zuerst in den USA langsam auch ins Gegenteil verkehrt. Aus dem einstigen Hort der Aufklärung, Sklavenbefreiung und der antifaschistischen Koalition, der Hippiekultur der Achtundsechziger, wovon auch dieses Lied ein Teil war, ist ein Vorreiter der Massenverblödung, Armut und Folter geworden.

„Wer einmal der Folter unterlag“, schreibt Jean Amery, „kann nie wieder heimisch werden in der Welt“. Und stellen Sie sich nun bitte zu den letzten kreischenden Gitarrentönen Ihrer CD einen Menschen vor, der das »Hotel California« in Baghram überlebt hat, als Asyl-

bewerber vielleicht bei „Edeka“ einkaufen geht und dann diese Musik hört! Er wird vor Angst schlottern, in eine dunkle Ecke zu kriechen versuchen und kotzen, kotzen, kotzen. Denn er kennt das „Hotel California“, das einen nie mehr loslässt. Und Sie jetzt auch.

(Erstmals vorgetragen zur Musikbegleitung der Schlagersängerin Irma Ladouce in der „Höhnischen Wochenschau“ zum Kriegsbeginn gegen den Irak am 2. April 2003 im „Grünen Salon“ der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin-Mitte).

Wolfgang Kröske

¹ Jüdische Zeitung, Berlin, Nr. 8/2007.

² Peter Dittmar, Wer den Mythos sucht, webt selbst daran, in: Die Welt, 24.7.2003.

³ Max Horkheimer, Notizen 1950 bis 1969 und Dämmerung, Frankfurt a. M. 1974, S. 258.

⁴ Der Spiegel, Nr. 7/2006

⁵ G. W. F. Hegel, § 244 Grundlinien der Philosophie des Rechts, 1821.

Gegen jeden Extremismusbegriff

Linke, antifaschistische Kultur und Politik sind nicht „extremistisch“, sondern extrem wichtig!

Seit Anfang des Jahres 2008 sind die außerparlamentarische Linke sowie linksalternative Kulturprojekte in Sachsen wieder einmal Ziel einer Diffamierungskampagne, die durch das Innenministerium, angeführt von Albrecht Buttalo, ins Rollen gebracht wurde. Unterstützt wird der sächsische Innenminister dabei von VertreterInnen aus Wissenschaft und Medien. Ziel ist es, Repressionen gegenüber AntifaschistInnen und Linksalternativen zu rechtfertigen und gegebenenfalls politisch unliebsamen Projekten die Existenzgrundlage zu entziehen. Als Argument für solche Maßnahmen wird immer wieder das Modell des politischen Extremismus angeführt. Dieses besagt, dass es eine demokratische Mitte der Gesellschaft gäbe, die durch extremistische Ränder bedroht sei. Diese klare Aufteilung verharmlost Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien, die sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche ziehen, oder blendet sie gänzlich aus. Zudem werden linke Gesellschaftskritik und antifaschistischer Widerstand mit dem Denken und Handeln von Nazis gleichgesetzt. Verkannt wird dabei unter anderem, dass die Gefahr, Opfer eines Naziübergriiffs zu werden, dort wesent-

lich geringer ist, wo sich linksalternative Kulturprojekte, antifaschistische und andere Gruppen gegen Nazis, rassistische Gewalt und Diskriminierung einsetzen. Die Gleichsetzung von Links und Rechts durch Politik und Medien wollen wir nicht länger hinnehmen. Statt Diffamierung und Repression braucht es mehr Freiräume für antifaschistische und linksalternative Kultur und Politik!

Sind die Linken das Problem? – Der Extremismusbegriff in der Praxis

Am 12. März diesen Jahres veröffentlichte die Leipziger Volkszeitung einen offenen Brief von Innenminister Buttolo an den Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung. In diesem Schreiben stellt Buttolo Leipzigs „Diskonkrieg“ und die Ausschreitungen um diverse Fußballspiele mit Aktivitäten gegen Naziaufmärsche und dem Betreiben linker Kulturprojekte in engen Zusammenhang. Buttolo beklagt neben mangelndem „bürgerlichen Engagement in der Stadt Leipzig“ auch die „Untätigkeit der Stadtverwaltung hinsichtlich der Stützpunkte linksextremistischer Gewalttäter in Connewitz“ und der damit zusammenhängenden „Gewaltexzesse anlässlich rechtsextremer Demonstrationen“.

Das Schreiben Buttolos ist in sofern ein Skandal, als dass es die gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Leipziger Innenstadt dazu instrumentalisiert, eine öffentliche Stimmungsmache gegen die linke Szene voranzutreiben.

Als grundlegendes Argument dient Buttolo dabei immer der Verweis auf den Extremismusbegriff, der besagt, dass „Linksextreme“ genauso gefährlich seien wie „Rechtsextreme“. Wie sich dieses Denken in Sachsen schon länger in die Praxis umsetzt, zeigen einige Beispiele aus dem Jahr 2007.

Zum Beispiel Mügeln: Dort kam es im Sommer letzten Jahres bei einem Volksfest zu einer Hetzjagd auf MigrantInnen. Trotz empörter öffentlicher Reaktionen, in deren Folge sich die Stadt teils als Opfer, teils reumütig präsentierte, reagierte die Verwaltung abstruserweise mit der Schließung des einzigen alternativen Jugendclubs „Free Time In“.

Zum Beispiel Mittweida, wo die Staatsanwaltschaft im vergangenen Jahr gegen die Naziग्रuppierung „Sturm 34“ ermittelte: Hier verbot der Oberbürgermeister eine antifaschistische Veranstaltung, den „Antifaschistischen Ratschlag“, um deutlich zu machen, dass Widerstand unerwünscht ist.

Zum Beispiel Colditz: Nachdem Nazis mehrmals eine Turnhalle angegriffen hatten, in der alternative Konzerte stattfanden, reagierte die Stadt Colditz, in dem sie die Konzerte einfach absagte. Doch nicht nur im ländlichen Raum Sachsens kommt es zu solchen Vorgehensweisen. Als Anfang diesen Jahres circa 300 Nazis im Leipziger Stadtteil Reudnitz demonstrierten, durfte die Demonstration trotz zahlreicher warnender Hinweise vor einem Haus eine Zwischenkundgebung abhalten, in dem vorwiegend Studierende, junge Familien, linke oder alternative Menschen wohnen. Die BewohnerInnen versuchten dieser Situation zivilen Widerstand entgegenzusetzen, indem sie die Straße mit Musik beschallten und ein Transparent ausrollten. Daraufhin stürmte die Polizei das Haus, ging mit massiver Brutalität gegen die BewohnerInnen vor und zerstörte sämtliche Sicherungen, so dass das Haus ohne Stromversorgung war. Antifaschistisches Engagement wurde an diesem Tag somit stärker als das Treiben der Nazis durch die Polizei behindert.

Dass sich die linke Szene, AntifaschistInnen und Kulturlinke Repressionen ausgesetzt sehen, ist nichts Neues. Schon im Jahr 2000 ermittelte die Staatsanwaltschaft eifrig gegen „Linksextremisten“. Damals versuchte man politische Aktivitäten über den Paragraphen 129 des Strafgesetzbuches, der die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung unter Strafe stellt, zu unterbinden. Nachdem wahllos Wohnungen durchsucht, Telefone abgehört und Menschen schikaniert und kriminalisiert wurden, kam es schließlich zur vollständigen Einstellung aller Ermittlungsverfahren. Auch der Kampf des Soziokulturellen Zentrums Conne Island mit dem Finanzamt Leipzig vor vier Jahren zeigt, auf welchen Wegen versucht wird, linke Politik zu vereiteln. Damals sollte dem Conne Island die Gemeinnützigkeit entzogen werden, weil es auf jede Eintrittskarte 1 Mark extra nahm, um damit antifaschistische Arbeit zu finanzieren. In all diesen Fällen wird deutlich, was Buttolo in seinem offenem Brief schon angedeutet hat. „Besonders der Linksextremismus ist in der Vergangenheit unterschätzt worden“, ist sich der sächsische Innenminister dort sicher. Für ihn sind nicht die Nazis das Problem, sondern der Extremismus im allgemeinen. Und zum Extremisten wird man schneller als gedacht, das zeigen die Beispiele von Mügeln, Colditz, Mittweida oder Leipzig.

Mit dieser Meinung steht Buttolo keineswegs alleine da. Als es in der Silvesternacht 2007/2008 zu Auseinandersetzungen zwischen PartybesucherInnen und Polizei kam, wobei die Polizei wahl- und hemmungslos Feiernde oder PassantInnen verprügelte, machte die Leipziger Volkszeitung die „Ausschreitungen“ zum politischen Wochenthema. Sie interviewte dazu den Extremismusforscher Professor Eckhard Jesse von der Universität Chemnitz, der jede Gelegenheit nutzt, um vor den Gefahren des „Linksextremismus“ zu warnen. Zwar verfügt Jesse in Sachsen über die Deutungshoheit, wenn es um „Extremismus“ geht, sein aus der Totalitarismustheorie hervorgegangener Extremismusansatz wird aber in akademischen Kreisen, insbesondere von renommierten SozialwissenschaftlerInnen und „RechtsextremismusforscherInnen“ wie z. B. Richard Stöss, Christoph Butterwege oder Oliver Decker und Elmar Brähler abgelehnt. Jesse und seine MitstreiterInnen wie Uwe Backes werden einerseits von Institutionen wie dem Verfassungsschutz, der Bundeszentrale für politische Bildung, der CDU in Bund und Land oder der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung hofiert und finanziert. Andererseits ist es kein Geheimnis, dass Jesse auch Kontakte zu ProtagonistInnen der Neuen Rechten und bekennenden Nazis pflegt. Durch die gemeinsame Buchveröffentlichung mit Rainer Zitelmann zum Thema „Historisierung des Nationalsozialismus“, die enge Zusammenarbeit mit Joseph Kneifel, aktives Mitglied der Naziorganisation „Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene“ und seine wiederholten antisemitischen Äußerungen zeigt Jesse deutlich seine Nähe zu rechten Kreisen und Ideologien.

Nichtsdestotrotz wird der Extremismusbegriff von der sächsischen CDU und regionalen Medien wie der LVZ stets aufs Neue lanciert und von der breiten Bevölkerung mitgetragen. In diesem Zusammenhang wird auch und immer wieder gern zugunsten der Forderung nach einem starken Staat das Recht auf Versammlungsfreiheit in Frage gestellt. Linke Gruppen und AntifaschistInnen werden dadurch mit StalinistInnen, IslamistInnen, HolocaustleugnerInnen und Nazis in einen Topf geworfen.

Die Theorie zur Praxis: Die „Extremismusformel“

Den Begriffen „Rechts- und Linksextremismus“ liegt die Extremismustheorie zugrunde: das Verständnis einer Bedrohung der Gesellschaft durch „Extremisten“. Eine Differenzierung nach Einstel-

lungen und politischen Zielen erfolgt nicht. Vermittelt wird vielmehr, dass eine politische Mitte der Gesellschaft existiert, die sich von diesen Extremen klar abgrenzen lässt.

In den Problemwahrnehmungen und in der politischen Praxis werden rechte Einstellungen dann meist erstens als Jugendproblem, zweitens als Gewaltproblem und drittens als Abweichung von nicht genauer definierten politischen Normalitätsbereichen beschrieben. Dass diese Beschreibung keine empirische Entsprechung hat, zeigen die Ergebnisse zahlreicher Studien zum Beispiel von den Leipziger Forschern Decker und Brähler oder von Professor Wilhelm Heitmeyer (Universität Bielefeld). Rassismus, Antisemitismus, völkischer Nationalismus, autoritäre Ordnungsvorstellungen, sexistische Rollenzuweisungen, Sozialdarwinismus und andere Versatzstücke nationalsozialistischer Ideologie sind danach für weite Teile der Bevölkerung konsensfähig, unabhängig von Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Einkommensverhältnissen oder Parteipräferenz. Nach der Logik der „Extremismusformel“ gilt es den demokratischen Verfassungsstaat gegen politische Extreme zu verteidigen, da diese „in der Regel auf grundsätzlicher Ablehnung gesellschaftlicher Vielfalt, Toleranz und Offenheit basieren“. Dabei spielt die Betonung der formalen Gleichheit von linkem, rechtem und seit einigen Jahren auch „Ausländer“-Extremismus eine entscheidende Rolle. Aus diesen festen Bestandteilen ergibt sich auch die politische Relevanz der Extremismusformel. Denn auch wenn sie eigentlich aufs wissenschaftliche und politische Abstellgleis gehört, dient sie staatlichen Ordnungsorganen und PolitikerInnen als Handlungsgrundlage, wenn es darum geht, politische Aktivitäten von all jenen zu delegitimieren, die zentrale Elemente der Naziideologie ablehnen, sei es das Leitbild einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft oder der Ruf nach dem autoritären Staat.

Des Weiteren lässt sich auf politischer Ebene mit Rückgriff auf den Begriff des politischen Extremismus trefflich die Existenz von Nazistrukturen und der sie unterstützenden Rahmenbedingungen verharmlosen. So kann über Nazigruppen und deren Aktivitäten geschwiegen werden, wenn die Gefahr für die Demokratie angeblich von linken Gruppierungen, die gegen Rassismus und Antisemitismus vorgehen, ausgeht. Debattiert wird dann wochenlang und öffentlichkeitswirksam über „Randale“ in Connewitz oder über „kriminelle Ausländer-

banden“, während die steigende Zahl der Naziübergriffe und -aktivitäten sowie von Alltagsrassismus und anderen Diskriminierungen eine Randnotiz bleibt.

Und schließlich eignet sich die Formel des Extremismus, um eine vermeintlich „normale Mitte“ von ihren „Rändern“ zu trennen. Dort, wo Naziideologien zum Randphänomen erklärt werden und damit deren Verbindung zur bundesrepublikanischen Normalität geleugnet wird, dort gibt es auch keinen Platz für eine notwendige und berechtigte linke Kritik, zum Beispiel an institutionellem Rassismus in deutschen Gesetzen oder Behörden und an alltäglichem Rassismus und Antisemitismus. Rechte Ideologie wird in diesem Zusammenhang zur Randerscheinung gemacht und die „demokratische Mitte“ kann sich ihrer moralischen Legitimation sicher sein.

Und nun? Für eine Stärkung linker emanzipatorischer Projekte!

Eine Phalanx konservativer PolitikerInnen und Medien instrumentalisiert die gewalttätigen Zusammenstöße in der Leipziger Innenstadt genau auf Grundlage dieses äußerst umstrittenen Extremismusbegriffs. Antinazipolitik wird durch die Zuschreibung „extrem“ diffamiert und verhindert. Dabei ist es doch klar, dass der Extremismusbegriff das Naziproblem nicht erklären kann. Scheinbar ist es nicht das Ansinnen, eine Lösung zur Verhinderung weiterer Gewalttaten zu finden, vielmehr wird die stadtweite Aufregung und polizeiliche Ratlosigkeit zum Anlass genommen, um gegen die linke Szene Stimmung zu machen. Es ist offensichtlich, dass die existenzielle Grundlage linker Kulturprojekte und antifaschistischer Politik Ziel dieses Vorgehens ist. Eine

derartige Diffamierung antifaschistischer und kultureller Arbeit können wir nicht hinnehmen. Es ist heute dringend notwendig, eine radikale Gesellschaftskritik zu formulieren und damit auch Naziideologien in der so genannten Mitte der Gesellschaft und Nazistrukturen zu bekämpfen. Hierfür brauchen wir nicht weniger, sondern mehr unabhängige linke Projekte!

Initiative gegen jeden Extremismusbegriff

www.inex.blogspot.de
initiative_gegen_extremismusbegriff@gmx.de

UnterstützerInnenliste: <http://inex.blogspot.de/2008/05/01/wer-den-offenen-brief-bisher-unterstuetzt/>

Der Tag der Revolution ist gekommen

Mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Bernd Langer auf den Spuren der Novemberrevolution und des Spartakusaufstandes

Es ist einer der ersten frühlingshaften Tage des Jahres, dieser Samstag, der 3. Mai 2008. Touristen scharen sich um und auf der Siegessäule am Großen Stern im Tiergarten in Berlin. Der übliche Wochenendverkehr erzeugt den Lärm, der die Kulisse der Großstadt vor den Geist der Geschichte drängt.

Die Siegessäule, von Albert Speer einst von ihrem ursprünglichen Standort vor dem Reichstag in den Tiergarten versetzt, ist das Symbol des Kaiserreiches. Der Helden des Deutsch-Dänischen Krieges im Jahre 1864, des Preußisch-Österreichischen Kriegs von 1866 und des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 wird hier gedacht, ebenso wie des „Reichseinigers“ Otto von Bismarck oder des damaligen Generalstabschefs Helmuth Graf von Moltke.

Wessen die meisten Touristen angesichts der volkstümlich „Goldelse“ genannten Siegessäule nicht gedenken, ist die aufkommende Arbeiterklasse des Kaiserreiches. Während die Helden in monumentalen Denkmälern rund um den Großen Stern verewigt und gefeiert werden, neben Moltke auch der damalige preußische Kriegsminister Albrecht Graf v. Roon, darbt die Mehrzahl der Bevölkerung. Armut und Hunger anstatt Prunk und Protz bestimmen die Existenz der Mehrheit. Dies ist die andere Seite

der Geschichte. Was die Touristen nicht wissen: Den Spuren dieser Geschichte zu folgen, müssten sie nur wenige Meter tiefer in den Tiergarten eindringen, auf dessen zentralem Platz sie sich bereits befinden. Im Tiergarten befinden sich die Todesorte von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Unnötig, diese beiden bekannten Vordenker und Politiker der deutschen Arbeiterbewegung des Kaiserreiches hier näher vorzustellen.

Auf den Weg zu den Orten der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg begeben sich einige Interessierte, die sich – aufmerksam geworden durch die Flyer und die Annoncen in Zeitungen – getroffen haben, um mit Hilfe der veranstaltenden Rosa-Luxemburg-Stiftung auf den Spuren der Novemberrevolution 1918/19 die Stadt Berlin neu zu entdecken. Bernd Langer wird sie an diesem 3. Mai, sowie zukünftig noch zweimal am 3. Oktober und 15. November 2008, durch die Geschichte jenseits von Siegessäule, von Bismarck und von Moltke führen. Zunächst dorthin, wo nicht alles, jedoch vieles endete. Eben jene im Tiergarten gelegenen Todesorte der KPD- und Revolutionsführer Liebknecht und Luxemburg. Frisches Grün und fröhlicher Vogelgesang begleiten die Teilnehmer der Veranstaltung (ein paar mehr hätten es sein dürfen!), bis sie an ein

aus rotem Backstein errichtetes, fast unscheinbares Denkmal gelangen, auf dem der Name Karl Liebknechts in Metalllettern geschrieben steht. Eine ebenfalls metallene Gedenktafel erinnert daran, dass er hier am 15. Januar 1919 Opfer eines politischen Mordes wurde. So wie wenige Meter weiter Rosa Luxemburg, deren Leiche ihre Mörder am selben Tag in den Landwehrkanal werfen und die erst Monate später aufgefunden wird. Die Mörder der beiden, Angehörige der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, gingen bekanntlich fast straffrei aus. Ob wohl die Liebespaare in den Ruderbooten vom Schicksal der eng mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verbundenen Politiker wissen? Ob diese, die hier im Tiergarten spazieren, joggen, sich zum Feiern und Grillen treffen, wissen, was damals in Deutschland und insbesondere in Berlin geschah?

Der Reiseführer Bernd Langer berichtet aus der Vergangenheit: In den Jahren nach der so genannten Reichsgründung gewinnt die Sozialdemokratie aufgrund der einsetzenden Industrialisierung in Deutschland derart an Einfluss, dass der Reichskanzler Otto von Bismarck sich 1878 genötigt sieht, das bekannte Sozialistengesetz – das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ – im Reichstag durch-

zupeitschen, das viele aktive Sozialdemokraten ins Exil drängt, sie ins Gefängnis bringt oder ihnen schlicht und einfach die Lebensgrundlage entzieht. Zwölf Jahre später setzt der Reichskanzler auf eine andere politische Taktik, hebt das Sozialistengesetz auf und versucht, die Arbeiterklasse durch die Teilhabe an bestimmten sozialen Leistungen zu befrieden. Die Sozialdemokratie selbst gerät auch in Folge dieser aus Furcht vor ihr erreichten Errungenschaften in grundlegenden politischen Richtungsstreit, der zwischen Vertretern reformistischer und revolutionärer Positionen ausgetragen wird. 1912 stellt sie erstmals die stärkste Fraktion im Reichstag, ab 1914, mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges, spitzen sich jedoch die internen Richtungskämpfe dramatisch zu. Nach zunächst geschlossener Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigert Monate später Karl Liebknecht bei der zweiten Abstimmung zu weiteren Kriegskrediten der Partei die Gefolgschaft. Schon 1916 gründet sich die Spartakusgruppe um Liebknecht und Luxemburg, die in der SPD organisierte Arbeiterklasse spaltet sich darüber hinaus 1917 in einen reformistischen Flügel, die (M)SPD, und einen revolutionären Flügel, die USPD. Zu dieser Zeit ist der Krieg längst in einen Stellungskrieg übergegangen und für das Deutsche Kaiserreich nicht mehr zu gewinnen. Viele Tausende Tote auf beiden Seiten rechtfertigen nach Ansicht der Heeresleitung wenige Meter Stellungsgewinn. Die Bevölkerung hinter den Linien hungert. Der Druck auf den Kaiser, den Krieg zu beenden, wächst. Lenin führt im fernen Russland die Bolschewiki im Oktober 1917 per Revolution an die Macht, der Krieg mit Deutschland wird daraufhin im März 1918 eingestellt. Die Bolschewiki errichten die Sowjetmacht – und mit ihr die Hoffnung für das kriegsgebeutelte Europa, dass andere Länder es Russland gleich tun. In Deutschland ist es im November 1918 soweit. Des Tötens, Sterbens und Hungerns müde, proben einige Matrosen der Kaiserlichen Marine den Aufstand. Er wird zum Fanal, das Kaiserreich bricht in sich zusammen. Mit dem Kieler Matrosenaufstand wird der Kaiser zum Rücktritt gezwungen. Der sozialdemokratische Vorwärts titelt am 9. November 1918: „Der Kaiser dankt ab!“ Und dies ist der eigentliche Ausgangspunkt der Stadtrundfahrt auf den Spuren der Novemberrevolution. Bernd Langer nimmt, nachdem er und die Teilnehmer der Geschichtstour von ihrem Gang zu den Todesplätzen von Liebknecht und Luxemburg wieder in den

Lärm der Gefährte und das Gewimmel der Touristen am Großen Stern eingetaucht sind, seinen Platz im Vorderdeck des Reisebusses ein, der seine Zuhörer auf eine Zeitreise durch das revolutionäre Berlin 1918/19 fährt. Das Mikrofon krächzt, vielleicht ist es auch die kämpferische Wallung, in die die Geschichte die Zeitreisenden versetzt. Wer weiß? Langer erzählt, während der Bus sich am Reichstag entlang schlängelt, von der Ausrufung der Republik am 9. November 1918 durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann. Was schrie Scheidemann den Massen entgegen? „Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewusst. Unerhörtes ist geschehen! Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor. Alles für das Volk, alles durch das Volk! Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht. Seid einig, treu und pflichtbewusst. Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen! Es lebe das Neue; es lebe die deutsche Republik!“ Und was rief Liebknecht, nur wenige hundert Meter vom Reichstag und Scheidemann entfernt, von einem Balkon des Berliner Stadtschlusses den Seinen entgegen? „Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen. Der Friede ist in diesem Moment geschlossen. Das Alte ist nicht mehr. Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloss Jahrhunderte lang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland!“ Zwei Ansprachen, zwei Inhalte, zwei voneinander verschiedene Ziele, die die Arbeiterklasse in den folgenden Wochen zunächst auseinander und dann gegeneinander treiben. Der Bus fährt Richtung ehemaliges Berliner Zeitungsviertel, dorthin, wo der „Vorwärts“ und andere Redaktionen beheimatet waren. Heute steht hier unter anderem das Springerhochhaus und auch die „TAZ“ wird nicht weit davon entfernt produziert. Am 8. Januar 1919 jedoch haben revolutionäre Arbeiter das Viertel besetzt, das Gebäude des Vorwärts gestürmt und Barrikaden auf den Straßen errichtet. Dem voraus gingen wochenlange Taktierereien der Übergangsregierung um Friedrich Ebert – des Rates der Volksbeauftragten –, der neben den Vertretern der SPD auch Mitglieder der USPD angehörten. Die Mehrheit der Teilnehmer am Reichsrätekongress Mitte/Ende Dezember 1918 hatte sich für die Parlamentswahlen ausgesprochen und damit die radikal-revolu-

tionäre Haltung der Spartakusgruppe (zu dieser Zeit bereits in Spartakusbund umbenannt) um Liebknecht und Luxemburg abgelehnt.

Daraufhin gründet sich in der Neujahrsnacht 1918/19 im heutigen Berliner Abgeordnetenhaus in der Niederkirchnerstraße die KPD. Zuvor hatten sich bereits die USPD-Vertreter aus der Übergangsregierung zurückgezogen, nachdem Regierungstruppen im Auftrag von Ebert versucht hatten, die politisch stark nach links tendierende Volksmarinedivision aufzulösen. Arbeiter und Soldaten sind in eine sozialdemokratische und eine revolutionär-kommunistische Strömung gespalten und stehen sich scheinbar unversöhnlich gegenüber. Die Konfrontation rückt näher und kulminiert schließlich im so genannten Spartakusaufstand, den neben der KPD und der USPD nahe stehenden Arbeitern und Soldaten unabhängige Arbeiterräte mit- und eben ins Zeitungsviertel tragen. Es dauert nicht lang, bis sie niederkartätscht werden und der Aufstand niedergeschlagen wird.

Liebknecht und Luxemburg werden am 15. Januar 1919 in einem Versteck in Berlin aufgegriffen, an ihre Mörder ausgeliefert und nach qualvollen Stunden der Folter im Hotel Eden in den Tiergarten verschleppt. Dorthin, wo die Fahrt auf den Spuren der Novemberrevolution an diesem herrlichen Frühlingstag begann und die Leben der beiden wohl bekanntesten deutschen Arbeiterführer – jeder jedes Jahr erneut Zehntausende auf der größten regelmäßigen Demonstration Deutschlands am zweiten Januarwochenende gedenken – ihr blutiges, mörderisches Ende fanden.

Bernd Langer hat diese Fahrt auf akribische Weise vorbereitet, detailgetreu begleitet, mit dem Mut, sich auch politisch zu positionieren. Gern folgt ihm der Zuhörer in eine vergangene Zeit und lernt, Berlin, diese seine Stadt, einmal mit anderen Augen zu betrachten.

Was ist Kultur? Geschichtliches erinnern zum einen und zum anderen die Sprache, so sagt man. Langers Projekt ist Kulturarbeit in ihren Grundlagen.

Und welches schönere und erhabeneres Ende hätte es am 3. Mai 2008 finden können, als den Tourbus nach Berlin-Lichtenberg zu lenken, in Richtung des Friedhofs der Sozialisten und den Teilnehmern die Gelegenheit zu geben, sich der Geschichte zu besinnen. Dort, wo sich eingebettet in das frische Grün des Frühlings die Grabstellen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg befinden.

Martin Schirdewan

Brothers Keepers – Rapper gegen Rassismus!

Der Verein Brothers Keepers gründete sich 2001 nach dem von Skinheads begangenen Mord an Alberto Adriano. Afrodeutsche Hip-Hop- und Reggae-Künstler schlossen sich zusammen, um ein Zeichen gegen rechte Gewalt zu setzen. Adé Odukoya, Musiker und Produzent der Band „Bantu“, rief das Projekt ins Leben. Bereits 1994 trat die Band in Hoyerswerda bei einer Protestaktion gegen den Faschismus auf. 1997 produzierte Bantu mit Anita Berger für Jugendliche das Hip-Hop-Musical „Coloured Children“. 2001 veröffentlichte der frisch gegründete Zusammenschluss Brothers Keepers dann das erste gemeinsame Album „Lightkultur“ mit der dazugehörigen Single „Adriano“. Die Zeilen „dies ist die letzte Warnung“ und „wir reichen geballte Fäuste und keine Hände“ machen deutlich, dass es mit Nazis keinen toleranten Umgang und auch kein Wegsehen geben kann. Die Texte rappten namenhafte Künstler wie Afrob, Samy Deluxe, D-Flame, Torch, Denyo von den Absoluten Beginners und Bantu. Xavier Naidoo sang den Refrain und DJ Desue produzierte für Album wie Single die Beats. Die Erlöse aus den gespielten Konzerten und Plattenverkäufen gingen an Menschen, die Opfer rassistischer Gewalttaten wurden, beziehungsweise an ihre Hinterbliebenen. Darüber hinaus wurden Projekte und Initiativen gegen Rechtsradikalismus unterstützt. Im Jahr 2002 kamen zu den Brothers Keepers die KünstlerInnenformation Sisters Keepers hinzu. Es wurde eine Schultour mit Konzerten und Gesprächen mit SchülerInnen durch die neuen

Bundesländer gestartet. Die Stationen waren Berlin-Marzahn, Ludwigslust, Rostock-Lichtenhagen, Pirna und Prenzlau. Die Künstler tauschten sich außerdem mit Initiativen vor Ort aus und gewannen viele Eindrücke von den Verhältnissen an den Schulen. Häufig macht sich dort Verzweiflung und Angst unter den Jugendlichen über ihre persönliche Perspektive breit. Nazis scheinen dort oft ein Rettungsanker mit den von ihnen propagierten, scheinbar einfachen Lösungen zu sein. Jugendliche, die diesen Rattenfängern nicht auf den Leim gehen, stehen ihnen hilflos und oftmals von Lehrern und Verantwortlichen allein gelassen gegenüber. Die Nazis führten in den Städten, in denen Brothers Keepers Station machte, zahlreiche Gegenaktionen wie Flugblätterverteilungen und Aufmärsche durch. Die Konzerte konnten sie jedoch nicht stören. Im Jahr 2005 folgt das zweite Album „Am I My Brothers Keepers?“, die Single „Bereit“ und eine Deutschlandtour, um an das Erfolgsprojekt „Lightkultur“ anzuknüpfen. Der KünstlerInnenkreis erweiterte sich und Brothers Keepers wandelte sich von einem afrodeutschen Projekt zu einer offenen Community. Man trat den Nazis mit einem Auftritt in Berlin am 1. Mai im Rahmen einer bundesweit von vielen gesellschaftlichen Kräften organisierten Demonstration offensiv entgegen, als diese einen Aufmarsch vom Alexanderplatz bis Unter den Linden planten. Der Aufmarsch konnte so verhindert werden. Mit dem Kinofilm „Yes, I Am!“ betrat man im letzten Jahr neue Wege. In der

Dokumentation von Sven Halfar wird das Leben der KünstlerInnen Ade, D-Flame und Mamadee porträtiert. Künstler wie Tyron Ricketts nutzten das Projekt, um auch eigene Wege zu beschreiben. Er drehte 2005 den Kurzfilm „afrodeutsch“, bei dem es darum geht, dass gerade Kulturen wie HipHop Vorurteile und rassistische Tendenzen in der Gesellschaft auflösen können. Im Jahr 2007 folgte noch ein weiterer Film „Hip Hop – Quo Vadis“ und ein Lyrik-Wettbewerb. Auch in der HipHop-Szene selbst meldete sich Brothers Keepers immer wieder zu Wort, wenn Alben anderer Künstler bestimmte Grenzen überschritten und rassistische Touchs bekamen. Für Sommer 2008 plant der Zusammenschluss eine weitere Schultour. Weitere Informationen über die Projekte, alle Mitglieder und ihre Songs findet ihr unter www.brotherskeepers.de und auf ihrer myspace.

Christian Oberthür

Hinweise auf weiterführende Internet-Seiten:

- http://www.bpb.de/themen/VL6JYV,3,0,Die_Brothers_Keepers-Story.html
- http://www.laut.de/wortlaut/artists/b/brothers_keepers/biographie/index.htm
- <http://zuender.zeit.de/2005/36/politik/tyron>
- <http://profile.myspace.com/index.cfm?fuseaction=user.viewprofile&friendid=153736808>

AKTUELLES ZU RECHTSEXTREMISMUS UND ANTIFASCHISMUS

Rechtsextremismus und Kommunalwahlen in Bayern 2008

Rechte Biedermänner zwischen Kameradschaften und bürgerlicher Mitte

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit dem Themenkomplex „Kommunalwahlen und Rechtsextremismus¹ in Bayern 2008“. Hierzu soll zunächst kurz die aktuelle Situation der NPD in Bayern aufgezeigt und eingeschätzt werden, um anschließend die Geschichte, Ideologie und Strategie der wichtigsten Wahllisten des rechten Randes zu analysieren. Einen Schwerpunkt bilden dabei die sogenannten „Tarnlisten“-„Bürgerbewegung PRO München e.V.-patriotisch und sozial“, „Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg“, sowie „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“. Nach einer kritischen Betrachtung des Begriffs „Tarnliste“, soll schließlich eine Einschätzung des Erfolgspotenzials der NPD bei der kommenden Landtagswahl im Herbst versucht werden.

Ziel dieser Ausführungen ist es, allen Interessierten einen Überblick zu vermitteln, um antifaschistische Praxis zu unterstützen bzw. ein Anknüpfen an weitere Forschungen zu ermöglichen.

1. Der rechte Rand in Bayern – Eine Bestandsaufnahme Die NPD in Bayern

Die NPD will nach den erfolgreichen Wahlen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern nun auch im Westen Erfolge erzielen. So verkündete Udo Voigt auf der Pressekonferenz zum Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, dass jetzt der „Westen in Angriff“ genommen werde und man 2008 in die Landtage von Hessen und Bayern einziehen wolle.² Nach den Wahlschlägen, nicht nur in Hessen, sondern auch in Hamburg und Niedersachsen, richten sich daher im Moment alle Augen auf Bayern. Hier saß die NPD schon während ihrer Hochzeit 1966 im Landtag. Die Vorzeichen für das Vorhaben sind gar nicht so schlecht: so leben in Bayern immerhin die meisten Neonazis in absoluten Zahlen und zur Bundestagswahl 2005 wurde ein relativ beachtliches Ergebnis von 1,8 Prozent der Erststimmen erreicht. Auch der bayrische Landesverband der NPD verzeichnet immer mehr Mitglieder und liegt laut Verfassungsschutzbericht

inzwischen bei 1.020, organisiert in 36 Kreisverbänden.³ Da die Mitgliederzahlen der überalternden DVU sinken⁴, steigt die NPD langsam zur bedeutendsten rechtsextremistischen Organisation in Bayern auf. Insgesamt zählt der Verfassungsschutzbericht 2007 mit 3.320 dabei 200 Rechtsextremisten weniger als noch im Jahr 2005.⁵ Aufgrund ebenfalls steigender Zahlen bei den sogenannten „neonazistischen Organisationen“⁶ und sinkender Zahlen bei den Skinheads⁷ könnte dies auf eine wachsende Politisierung in den Szenen des rechten Milieus hindeuten.⁸

Bayern ist für Nazis aufgrund der historischen Verbindung mit dem NS mit einer Menge Prestige verbunden – so gilt München als „Hauptstadt der Bewegung“ und Nürnberg ist die „Stadt der Reichsparteitage“. Allerdings gibt es auch Verbindungen des aktuellen Nazismus nach Bayern. So stammen führende Neonazis und Parteigänger der NPD, wie z. B. Jens Pühse, Peter Dehoust, Karl Richter, Per Lennart Aae, Dirk Bredack und Udo Voigt aus diesem Bundesland. Auch der Verlag und die Redaktion der „Deutschen Stimme“ hatten ihren Sitz in Sinning bei Neuburg an der Donau, wo auch Holger Apfel wohnte. In Bayern wurde das Konzept der „Volksfront von rechts“ propagiert und schließlich der so genannte „Deutschlandpakt“ mit der DVU in München unterzeichnet.

Während die Partei aufgrund der schwachen Strukturen 2003 noch nicht einmal zur Landtagswahl antrat, verzeichnet sie in letzter Zeit viele Aktivitäten von Saalveranstaltungen, über Liederbände, bis hin zu Aufmärschen, insbesondere in Gräfenberg und Wunsiedel, wo sogenannte „Heldengedenken“ veranstaltet werden. Besonders Wunsiedel hat es den Nazis angetan, da hier Rudolf Hess begraben liegt. Nach den Vorbildregionen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern versuchen sich die Nazis bürgernah zu geben. Sie greifen zur Wortergreifungsstrategie, versuchen sich in neuen Bündnissen, greifen untypische Themen auf und halten vermeintlich unpolitische Veranstaltungen ab.

Hiermit soll dem Image des Nazischlägers entgegengetreten werden, man sei kein „Bierdosenthaler“⁹, statt dessen ist man „bürgernah“, „sachbezogen“ und vor allem „volkstreu“.

Das Auftreten ist ein Indiz für das Wählerklientel, welches man anzusprechen gedenkt. In Bayern sind dies enttäuschte Ex-Wähler der CSU. So bestätigte auch Udo Voigt, dass politischer Hauptfeind die Union bleibe.¹⁰

Ein Potential für die NPD gibt es in Bayern auf alle Fälle. Zu Bedenken geben die Ergebnisse der Studie „Vom Rand zur Mitte“, welche unter allen Bundesländern ausgerechnet in Bayern den größten Nährboden für rechtsextreme Propaganda ausmachen. In keinem Land seien die Leute so antisemitisch, rassistisch und chauvinistisch eingestellt.¹¹

Strafrechtlich ist zwar ein Rückgang der verzeichneten rechtsextremen Straftaten um 3,2 Prozent auf insgesamt 2.198 auszumachen, jedoch geht dies einher mit einem eklatanten Anstieg der Gewalttaten mit fremdenfeindlichen Hintergrund auf 29.¹²

Bei der Kommunalwahl tritt die NPD zum ersten Mal mit sogenannten „Tarnlisten“ an, weshalb der März als Generalprobe für dieses Konzept gilt.

Das Verhältnis von NPD, JN und Kameradschaften in Bayern

Seit 2004 ist eine Annäherung von NPD und „Freien Kameradschaften“ zu beobachten. Zum Bundesvorstand gehören inzwischen bekannte Neonazis wie Sascha Roßmüller, Thorsten Heise, Jürgen Rieger und Thomas Wulff. Deren Präsenz und die vorhandenen Ressourcen einer Partei hat die NPD auch für Unorganisierte attraktiver gemacht. Allerdings gibt es auch in der Kameradschaftsszene Stimmen, die der NPD ablehnend gegenüberstehen, da sie ihnen zu bürgerlich und zu angepasst ist. Hierzu gehören die „Autonomen Nationalisten“.

Was für das gesamte Bundesgebiet gilt, lässt sich auch auf Bayern übertragen. Hier fällt immer wieder der Name Norman Bordin (31). Der mehrfach vor-

bestrafte Bordin kommt ursprünglich aus Nordrhein-Westfalen und war dort schon Anfang der 90er in der rechten Szene aktiv. Er gilt als Ziehsohn des Altnazis Friedhelm Busse. Nach seinem Umzug nach Bayern war er Mitglied in diversen rechten Vereinigungen und baute zusammen mit Martin Wiese die „Kameradschaft Süd-Aktionsbüro Süddeutschland“ in München auf. Nach einem gemeinschaftlichen Überfall auf einen Griechen, saß Bordin zwischen 2002 und 2004 für 15 Monate im Gefängnis. Sein Kamerad Wiese machte 2005 Schlagzeilen mit einem geplanten Sprengstoffattentat auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums. 2004 tritt Bordin schließlich in die NPD ein. Dies begründet er folgendermaßen:

„Es ist doch das, wovor dieses System Angst hat. Eine legale Struktur, welche praktisch unverbotbar ist.“¹³

Bordin ist mittlerweile bundesweit für die NPD als Veranstalter und Redner aktiv, war zur Bundestagswahl 2005 Direktkandidat in München und ist seit Mai 2006 im Landesvorstand der Partei. Auch bei den Jungen Nationaldemokraten ist er aktiv und seit Anfang 2006 Vorsitzender des Landesverbandes, wie auch im Bundesvorstand seit Oktober desselben Jahres. Die JN, welche in Bayern aus circa 70 Personen bestehen,¹⁴ gelten sich selbst als Bindeglied „zwischen der Mutterpartei und den radikaleren Kräften“¹⁵. Die Mitglieder der Nachwuchsorganisation wollen sich außerdem ein eigenes Profil als „sozialrevolutionärer Flügel innerhalb der NPD“ schaffen.¹⁶

Auch die Verzahnung von NPD, Kameradschaften und rechtsextremer Skinheadszene hat sich verfestigt. Die Zusammenarbeit zwischen Kameraden und NPD geht in Bayern auf Martin Wiese und seine AG Bayern zurück.¹⁷ So ist es kein Wunder, dass sich die NPD in Ober- und Unterfranken vorwiegend aus der Skinheadszene rekrutiert.¹⁸

Auch sollen einige Kameradschaften in der NPD aufgegangen sein, so zum Beispiel die Kameradschaft München, welche aus der Kameradschaft Süd hervorging und die Asgard Ratisbona aus Regensburg. Beide Kameradschaften produzierten mit ihrem neuen Kurs allerdings Spaltprodukte. So haben sich die „Freien Nationalisten München“, vormals bekannt als „Autonome Nationalisten München“, zwar im Jahr 2005 von der „Kameradschaft München“ getrennt, unterstützten jedoch im Wahlkampf die Bürgerinitiative Ausländerstopp München, was stolz von Karl Richter verkün-

det wurde. Die „Sozialrevolutionäre Aktion Regensburg“, eine Abspaltung der Asgard Ratisbona, ruft dagegen dazu auf, die Stimme bei den Kommunalwahlen ungültig zu machen.¹⁹

Weitere wichtige Namen, die mit NPD und Kameradschaften verbunden sind, sind Matthias Fischer, Martin Paulus und Günther Kursawe. Paulus und Fischer waren bei der „Fränkischen Aktionsfront“, die 2004 verboten wurde. Inzwischen ist Fischer Spitzenkandidat der Fürther NPD-Liste, die es nicht bis zum Antritt geschafft hat. Außerdem ist er Bezirksvorsteher der NPD Mittelfranken und im Landesvorstand der NPD Bayern zuständig für die Abteilung Kameradschaften. Kursawe, der früher beim „Nationalen Block“ aktiv war, ist heute Landessprecher der NPD.

Die Liste lässt sich fortführen: Patrick Schröder tritt mit seiner ehemaligen Kameradschaft „Weiße Wölfe“, die in der Oberpfalz aktiv ist, auch als „NPD Weiden“ auf.²⁰ Robert Dietrich von der Kameradschaft München übernahm im März 2005 den Vorsitz des NPD Kreisverbandes Freising-Erding-Ebersberg.²¹ Matthias „Baffo“ Bauerfeind ist stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Main-Spessart und war früher aktiv in der Kameradschaft Main-Spessart und in der KS Süd.²² Jens Rüttiger aus Hohenroth ist Vorsitzender des NPD Kreisverbandes Rhön-Grabfeld und verantwortlich für die unterfränkische Kameradschaftshomepage „hatecorecrew“.²³ Stefan Winkler war früher in der Kameradschaft Neu Ulm und ist schwäbischer NPD-Bezirksvorsitzender.²⁴ Udo Sieghart und Tony Gentsch bezeichnen sich als „NPD-Kreisverband Hof“ und sind aktiv im Kampfbund Deutscher Sozialisten.²⁵

Bei all diesen personellen Überschneidungen wundert es nicht, dass NPD und Kameradschaften auch offen gemeinsam Aktionen, wie einen Aufmarsch am 4. Januar 2008 in der Münchner Innenstadt, abhalten.

Exkurs: Der Rechte Rand der CSU

Da Bayern immer noch als CSU-Land gilt, entsteht am rechten Rand hier eine interessante Situation. Rechtsparteien haben es traditionell etwas schwerer, bei diesem übermächtigen Gegner, einen Fuß aufs politische Parkett zu bekommen. Dies gilt nicht zuletzt aufgrund des Strauß'schen Diktums, wonach rechts von der CSU nur die Wand ist, auch heute noch. Auch das Diktum selbst hat, trotz des relativ differenzierten rechten Spektrums – NPD, DVU, REP, DP, BP, „Bürgerinitiativen“ und Ka-

meradschaften – immernoch seine Gültigkeit. Aufsehen erregte der Fall um die Regensburger CSU und Thomas Fürst. Ihm und einen Kreis von Parteikollegen, die er um sich scharte, wird seit seiner Zeit bei der Schülerunion eine rechts-extreme Gesinnung nachgesagt, was durch diverse Ergüsse in der Zeitung der JU Regensburg „Juventus“ dokumentiert ist. Ebenso wird über Parties mit rechts-radikalen Liedern und Reichskriegsflaggen, sowie über einige andere Vorfälle, darunter Pöbeleien, Beleidigungen und menschenverachtende Aussagen berichtet.²⁶

Fürst strebt an, Berufspolitiker zu werden und baute sich über Jahre hinweg ein Netzwerk auf. Dadurch schaffte er es, aussichtsreiche Plätze bei der Regensburger Stadtratswahl zu bekommen und wurde schließlich Vorsitzender der Fraktion. Seit den 90er Jahren ist die CSU über Fürsts Ausflüge an den rechten Rand informiert. Der Kreisvorsitzende Peter Welnhofner aber wiegelte immer wieder ab und ließ ihn gewähren.²⁷ Auch dessen Nachfolger Franz Rieger stellte sich auf Fürsts Seite.²⁸ Die Staatsanwaltschaft leitete im Mai schließlich 7 Ermittlungsverfahren gegen 6 Personen ein. Viermal ging es um Volksverhetzung, in je einem Fall um Nötigung, Beleidigung und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.²⁹ Die betroffenen Mitglieder wurden suspendiert, allerdings nur für die Dauer des Verfahrens, welches bald eingestellt wurde. Die Regensburger CSU schloß letztlich Fürst für 5 Jahre und einen weiteren Gesinnungsgenossen für 3 Jahre nach parteiinternen Ermittlungen, nicht wegen den rechts-extremen Vorfällen, sondern wegen Bildung eines „subversiven Netzwerksystems“ aus. Die beiden erwirkten jedoch wenige Tage später beim Landgericht Regensburg die Aufhebung der Parteistrafen. Günther Beckstein äußerte im Mai des vergangenen Jahres hierzu, dass das Problem jahrelang verschleppt worden sei.³⁰ Am 26. August 2007 trat Fürst aus der CSU aus und kommentierte dies damit, dass die Partei „eine Mischung aus Bauerntheater und sowjetischem Politbüro“ sei.³¹

Ähnlich gelegen ist der Fall um das „PRO München“-Mitglied Thomas S. Fischer. Dieser bewegte sich seit langem in rechtsextremen Kreisen, so zum Beispiel der Deutschlandbewegung, dem Witikobund und dem Verein „Demokratie Direkt“, mit dem auch Martin Wiese zusammenarbeitete. Außerdem veröffentlichte er im Witikobrief und bei „Nation & Europa“ und hatte Auftritte bei

der Gesellschaft für freie Publizistik. Zu erfahren ist, dass der CSU diese Aktivitäten seit 1997 bekannt seien.³² Spätestens davon Kenntnis nehmen musste die Partei jedoch im Jahr 2003, als die Münchner Stadtratsfraktion der Grünen die CSU über Fischers Umtriebe informierte, ein Ausschlußverfahren sei jedoch erst Ende März 2006 eingeleitet worden, wie ein Sprecher mitteilte.³³

2. Ergebnisse rechtsextremer Listen bei den Kommunalwahlen 2008

Die Ergebnisse der Rechtsaußen-Gruppen bei den Kommunalwahlen vom 2. März 2008 sehen wie folgt aus. Da die NPD es unter eigenem Namen in Fürth und Pappenheim nicht geschafft hat, die nötigen Unterschriften zum Antritt zu ergattern, sind die einzigen Listen mit NPD-Beteiligung die beiden „Bürgerinitiativen Ausländerstopp“ in Nürnberg und München. Bei der Stadtratswahl in Nürnberg konnte sich diese Liste im Vergleich zu 2002 um einen Prozentpunkt auf 3,3 Prozent verbessern. Damit kann die Liste mit Sebastian Schmaus einen zweiten Vertreter ins Rathaus schicken. Seit 2002 sitzt hier bereits der NPD-Landeschef Ralf Ollert. Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ zieht mit 1,4 Prozent nach erstmaligem Anreten ebenfalls in den Stadtrat ein. Den gewonnenen Sitz wird Spitzenkandidat Karl Richter einnehmen.

Dagegen hat es die nationalkonservative Konkurrenzliste „Bürgerbewegung Pro München e.V. – patriotisch und sozial“ mit 0,9 Prozent nicht geschafft, in den Stadtrat einzuziehen.³⁴

Bei den Republikanern wechseln sich Licht und Schatten ab. So konnten sie in den Städten keinen Sitz erringen, ihre Mandate auf dem Land allerdings halten und teilweise sogar ausbauen. In den 23 Gemeinden in denen sie antraten, konnten die REP's insgesamt 35 Mandate erringen, was umso bemerkenswerter ist, da die Republikaner kaum Wahlkampf betrieben haben. Einen Achtungserfolg erzielte der rechtsextreme Einzelkandidat Ewald Ehrh. Das ehemalige Bayernpartei und Deutsche Partei-Mitglied konnte bei der Bürgermeisterwahl in Gleißenberg (Landkreis Cham) 26 Prozent erzielen.

3. Fokus: Rechtsextreme Tarnlisten bei der Kommunalwahl in München und Nürnberg

„Bürgerinitiative Pro München e.V. – patriotisch und sozial“

Am 17. Januar 2006 gründete sich die „Bürgerbewegung Pro München e.V. – patriotisch und sozial“ in Anwesenheit

von circa zwei Dutzend Münchnern aus den verschiedensten rechten Strömungen und Organisationen, darunter Mitglieder von DP, REP, NPD, DVU, Kameradschaften und sogar CSU. Dieses Projekt stellte zum damaligen Zeitpunkt den neuesten Versuch der Münchner Rechten dar, ein Sammelbecken zu schaffen. Ziel sollte sein, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen mit einer gemeinsamen Liste anzutreten. Rüdiger Schrembs, damals noch Mitglied der NPD, bezeichnete „Pro München“ daher als „Bündelung aller patriotischen Kräfte“³⁵.

Das Konzept von „Pro München“ hat drei Eckpunkte. Es orientiert sich erstens an Roland Wuttkes Strategie, rechtsextremen Organisationen scheinbar harmlose Namen zu geben. Dies praktizierte Wuttke schon bei dem Verein „Demokratie Direkt e.V.“ – auch ein braunes Sammelbecken, welches Ende 2003 aufgelöst wurde und dessen Mitglieder teilweise identisch mit denen von „Pro München“ sind. „Demokratie Direkt e.V.“ geht zurück auf einen Artikel Wuttkes in der Zeitschrift „Nation & Europa“ mit dem Titel „Bewegung statt Partei“. Grundgedanke war, das zerstrittene rechte Lager auf unterster Ebene zusammenzuführen und sich durch das Aufgreifen neuer Themen ebenso für Leute zu öffnen, die bislang nicht zur rechten Szene gehörten.³⁶

Zweitens ist der Name „Pro München“ in Anlehnung an das erfolgreiche rechte Projekt „Pro Köln“ gewählt. „Pro Köln“ konnte bei der Kommunalwahl in Köln 2004, nach einem populistischen Wahlkampf gegen eine Moschee, ein Ergebnis von 4,7 Prozent aller Stimmen einfahren. Inzwischen gibt es mehrere „Pro“-Gruppen, wie z. B. „Pro NRW“ und „Pro Deutschland“. Offenbar bestand zum Zeitpunkt der Gründung von „Pro München“ allerdings noch keine Zusammenarbeit zwischen den Gruppen.

Das sogenannte „Münchner Bekenntnis“ bildet einen dritten Eckpunkt des Projektes. Den Willen, trotz Meinungsverschiedenheiten zusammenzuarbeiten, bekundete die organisierte Münchner Rechte schon 2005 beim „7. Politischen Neujahrstreffen“. Hier verkündete man pathetisch den „Willen zu einem gemeinsamen Handeln der ‚nationalen Opposition‘“³⁷, da „der Weg zum politischen Erfolg nur gemeinsam möglich“³⁸ sei. Deshalb, so war man sich sicher, sei der „Bruderkampf der deutschen Patrioten“³⁹ eingestellt.

Auf der Gründungsveranstaltung konstituierte sich ein Vorstand, bestehend aus Carsten Beck, dem früheren JN-Stütz-

punktleiter und Betreiber des neonazistischen Buchversandes „veritas“, Wolf Peter Bombolowsky, der im Landesvorstand der „Deutschen Partei“ sitzt und Stefan Werner, welcher 2005 Direktkandidat für die NPD in München bei der Bundestagswahl war und ebenfalls Aktivist bei der DP Bayern ist. Die Mitglieder der Deutschen Partei gehören laut dem antifaschistischen Infoportal A.I.D.A. zu den treibenden Kräften bei „Pro München“.⁴⁰

Außerdem waren u. a. der bekannte Neonazi Norman Bordin, Thomas Wittke von der Kameradschaft München, Roland Wuttke, Wolfgang Bukow (DP-Kreisrat in Fürstenfeldbruck), Rüdiger Schrembs, Renate Werlberger von der NPD und Thomas S. Fischer, der zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied der CSU ist, anwesend.⁴¹

Verhältnis zu „Pro Köln“

Im Juni 2007 fand in München eine gemeinsame Veranstaltung von „Pro Köln“ und „Pro München“ statt. Vor einem Banner mit der Aufschrift „PRO München + PRO Köln – für die Bürger unserer Heimatstädte“ hielt „Pro Köln“-Fraktionschefin Judith Wolter eine Rede.⁴² Dies war die erste öffentlich wahrnehmbare Zusammenarbeit der beiden Parteien. Jedoch meldete die Homepage von „Pro München“ in ihrer Wahlkampfzeitung, dass seit Beginn des Jahres 2006 eine Zusammenarbeit besteht. Auch seien die Ziele der beiden „Bürgerbewegungen“ „absolut identisch“.

Zuletzt zeigte sich Markus Wiener, der stellvertretende Vorsitzende von „Pro Köln“, auf einer Wahlveranstaltung im Februar 2008. Außerdem ist Peter Werner inzwischen Mitglied im Bundesvorstand von Pro Deutschland.

Nach dem enttäuschenden Wahlergebnis gab es allerdings kritische Kommentare aus den Reihen der anderen „Pro“-Parteien. In einer Pressemitteilung ließ Markus Beisicht, der Vorsitzende von „Pro Köln“ und „Pro NRW“ verlautbaren, dass „Pro München“ zum Scheitern verurteilt gewesen sei. Es sei das Projekt „einiger weniger“ gewesen und man habe weder „ausreichende Vorarbeiten“ geleistet, noch die „notwendigen personellen und materiellen Ressourcen“ zur Verfügung gehabt. Dies sahen im Vorfeld aber nicht nur Wolter und Wiener anders: einige andere, darunter Markus Schöppe, der „Pro NRW“-Landesgeschäftsführer, hatten Wahlkampfunterstützung geleistet. „Pro Köln“ ließ verlautbaren, dass München „geradezu prädestiniert [sei] für eine Übernahme unserer Inhalte und unseres Konzeptes“

und selbst Beisicht persönlich hatte noch im Januar geäußert, dass man immer erfreut sei, über Projekte mit ähnlichen Strategien und Inhalten und man diese unterstützen wolle.⁴³

Split von „Pro München“

Trotz aller Hoffnungen kam es im Herbst 2007 zum Bruch des rechten Sammelbeckens, woraufhin sich ein zweites rechtes Bündnis, die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ anschickte, in den Kommunalwahlkampf der Bayrischen Hauptstadt zu ziehen.

Vorausgegangen war ein Vorfall um Norman Bordin bei einem „Blood & Honour“-Konzert in Budapest am 10. Februar. Bordin wurde beim Hitlergruß gefilmt, was später im ARD-Magazin „Panorama“ zu sehen war und für bundesweiten Wirbel sorgte. Die NPD sah sich sogar schließlich genötigt, per Pressemitteilung eine Distanzierung von dem Vorfall zu verkünden.⁴⁴ Dies ist außergewöhnlich, da die Partei sich sonst nicht von solchen Vorfällen distanziert. Allerdings sprechen die Fernsehbilder eine deutliche Sprache und die NPD musste ein Auge auf die bevorstehenden Wahlen haben.

Zeitgleich brodelte es hinter den Kulissen. So drohte Ärger von Manfred Rouhs aus Köln wegen der Verwendung des „Pro“ Namens, den umstrittenen Qualitäten einiger Mitglieder und der zunehmenden Konkurrenz zwischen Pro-Parteien und NPD.⁴⁵ „Pro NRW“ und die nordrhein-westfälische NPD befinden sich im Streit: Die NPD wirft „Pro NRW“ vor, diese sei eine „pseudorechte Populistentruppe“ und würde „Anbiederung an Systemparteien“⁴⁶ betreiben.

Nach einem erneuten Führungswechsel innerhalb der DP, änderte diese ihre politische Ausrichtung, zur „nationalkonservative[n] Kraft zwischen CSU und NPD“⁴⁷, was aufgrund der personellen Überschneidungen auch Einfluß auf „Pro München“ hatte. Der Vorfall um Bordin bot nun, vor allem im Internet, willkommenen Anlass für Spekulationen über den Split. Geäußert wurde auch, dass dies der eigentliche Grund für die Trennung sei.

„Pro München“ versucht inzwischen sich strengstens von der NPD zu distanzieren. So leugnete Stefan Werner jegliche Mitarbeit von Norman Bordin mit den Worten „Er war nie und wird nie Mitglied werden!“⁴⁸ Außerdem meldet die Gruppierung die Aufnahmeanträge von Wuttke und anderen NPD'lern seien allesamt abgelehnt worden, um einen Einfluß auf das politische Programm der Organisation zu verhindern.⁴⁹ Auch ist in schar-

fen Tönen von „Späthitleristen“⁵⁰ die Rede und davon, dass „deutsche und ausländische Gewalttäter ins Gefängnis gehören und nicht auf Wahllisten“⁵¹, womit natürlich Bordin gemeint ist. Die NPD sieht dagegen ihre erfolgreiche Entwicklung durch „Pro München“ blockiert und macht der „Bürgerbewegung“ den Vorwurf, nur ihr eigenes Süppchen zu kochen. A.I.D.A. meldete zur selben Zeit, dass führende NPD'ler, wie Carsten Beck und Roland Wuttke sich von der „Pro“-Gruppe trennten.⁵² Unklar ist, ob die Mitglieder der NPD tatsächlich nie richtige Mitglieder waren, wie „Pro München“ vermeldet, oder ob diese Meldung nur einen Versuch der Abgrenzung darstellt. Seinerseits trat nun Rüdiger Schrembs aus der NPD aus, obwohl er noch vor kurzem mit Ämtern geschmückt wurde.

Folgt man den Einträgen in verschiedenen Internetforen, gab es vor allem während der Zeit des Sammelns von Unterstützungsunterschriften, zum Antritt der beiden Listen, immer wieder Streit bis hin zu körperlichen Auseinandersetzungen. Auch wurde mit der Veröffentlichung kompromittierender Bilder gedroht.⁵³

Wichtige Personen im Umfeld von „Pro München“

Auf der Liste von „Pro München“ befinden sich vor allem Mitglieder der DP und REP, aber auch ehemalige Mitglieder von NPD und CSU. Führender Kopf und Spitzenkandidat ist Rüdiger Schrembs.

Schrembs, Jahrgang 1934, war bereits in den späten 60ern stellvertretender Landesvorsitzender der NPD Bayern. Seitdem hat er viele rechte Organisationen durchschritten. So gründete er danach die „Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation“, war ab 1973 aktiv in der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“, legte einen Zwischenaufenthalt bei der Republikanern ein, war dann bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und schließlich wieder bei der NPD. Dort kandidierte er auf der bayrischen Landesliste bei der Bundestagswahl 2005 und hatte auch mehrere parteioffizielle Funktionen inne. So war er „Berater des Parteivorstandes in Wirtschaftsfragen“, Vorsitzender eines „Arbeitskreises Wirtschaft und Soziales beim Parteivorstand“ und wurde erst im Mai 2006 in den Landesvorstand der NPD Bayern gewählt. Ebenso gehörte er zuletzt noch dem Leitungsgremium der „Kontinent Europa Stiftung“ an, einem rechtsextremistischen Think Tank, bei dem auch NPD-Parteifunktionär Andreias Molau beteiligt ist.

Dr. Walter Post, Jahrgang 1954 und auf Listenplatz 5, ist so etwas wie das intellektuelle Aushängeschild der Organisation. Post ist Historiker und lehrte, trotz seiner revisionistischen Ansichten, ein Jahr lang an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1995 veröffentlichte er das Buch „Unternehmen Barbarossa – deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41“ in dem er den Angriff der Nazis auf die Sowjetunion als Präventivkrieg hinstellt. Auch Post bewegt sich schon länger im rechtsextremen Umfeld. So referierte er beim „Kulturkreis Münchner Bürgerverein“ und ist dort auch Beirats- bzw. Ehrenmitglied, nahm 2005 am „Freiheitlichen Kongress“ der Deutschen Stimme teil, wo er zum Thema „Bombenholocaust“ referierte und ist Autor der revisionistischen Zeitschrift „Deutsche Geschichte“.

Auf Listenplatz 7 kandidiert Thomas Fischer. Dieser trat zwar schon zu Zeiten bei „Pro München“ auf, als er noch bei der CSU war, ist aber inzwischen Vorstandsmitglied der Münchner „Bürgerbewegung“. Diese Tatsache verursachte einigen Trubel, wie schon im Abschnitt über den rechten Rand der CSU geschildert.

Das Parteiprogramm stammt hauptsächlich aus der Feder von Bernd Harald Beckmann (Jahrgang 1939). Beckmann ist ebenfalls im Vorstand und kandidiert auf Listenplatz 2. Aktiv war er für die Republikaner. So war er 1998 Direktkandidat und Landeslistenkandidat der Partei bei der Bundestagswahl. Auch im Jahre 2003 trat er für die REP's als Landtagswahlkandidat an. Nach eigenen Aussagen war Beckmann insgesamt 7 Jahre Mitglied im Bezirksausschuß und ist seit 10 Jahren ehrenamtlicher Mitarbeiter von bisher 3 Stadträten in München.

Ein weiteres Vorstandsmitglied ist Peter Werner. Der Listenkandidat 4 viel in der Vergangenheit als Leserbriefschreiber der „Deutschen Stimme“ auf und wurde im November 2007 in den Vorstand von „Pro Deutschland“ gewählt.

Stefan Werner auf Listenplatz 3 ist Ex-Landesvorstandsmitglied der DP und kandidierte 2005 bei der Bundestagswahl für die NPD.

Ideologie und Wahlprogramm

„PRO München“ ist eine rechtspopulistische, nationalkonservative, kommunale Wahlvereinigung, die in ihrer ideologischen Ausrichtung sowohl an Namensvetterinnen wie „Pro Köln“, als auch an europäische rechtspopulistische Parteien erinnert. Als Beispiel sei hier vor allem die Freiheitliche Partei

Österreichs unter Heinz Christian Strache genannt, welcher sogar Wahlkampf für die Liste machte.⁵⁴ Strache begründete sein Engagement mit gleich getarteten Problemen, wie Zuwanderern und Parallelgesellschaften. Außerdem sei „Pro Deutschland“ ein Verbündeter für eine europäische Patriotenpartei.⁵⁵

Dr. Wolfgang Weber, der Präsident des bayrischen Verfassungsschutzes, bezeichnete „Pro München“, wie auch die „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ als „rechtsradikale Tarnlisten“.⁵⁶ „Pro München“ argumentiert auf rassistische Weise gegen den Neubau einer Moschee im Stadtteil Sendling, sowie allgemein gegen „Islamisierung“, „Multikulti“ und Überfremdung. Dabei wähen sie sich im „Kampf um die Existenzsicherung unseres Volkes“⁵⁷, womit das „biologische Überleben“⁵⁸ gemeint ist. Diesen „Kampf“⁵⁹ möchte sie laut Wahlkampfzeitung in einer parlamentarischen Demokratie auf Basis des Grundgesetzes führen. Grundlage jeder Politik sei zwar die Freiheit des Einzelnen, diese ist jedoch „zugeordnet zu Familie, Heimat und Staat“. Weiterhin erkennt sie im Selbstbestimmungsrecht der Völker die „Notwendigkeit des Patriotismus“.

Allerdings weiß die Vereinigung zu unterscheiden zwischen „integrationswilligen“ und „integrationsunwilligen“ Ausländern. Sie gesteht anderen Menschen die Möglichkeit zu, deutsch zu werden und sich zu assimilieren. Dies gilt allerdings nur für „Europäer“. Zum einen wird dies damit begründet, dass es „immer einen Bevölkerungsaustausch zwischen den europäischen Völkern gegeben hat“, zum anderen seien „Nichteuropäer“, die „Fremden“, „grundsätzlich weder integrationsfähig noch integrationswillig“. Spitzenkandidat Schrems wird in der Wahlkampfzeitung deutlich:

„Wer nicht zu uns nach München, nach Bayern passt, ist der Nichteuropäer! Der Orientale, der Türke, Kurde, Araber, Afrikaner!“

„Pro München“ sieht sich laut eigenem Bekunden geistig der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhardts verpflichtet und will durch „breit angelegte Wirtschaftsförderungen und steuerliche Entlastungen, [...] einen hausgemachten, dauerhaften Wirtschaftsaufschwung schaffen.“⁶⁰

Das Wahlprogramm⁶¹ ist in mehrere Unterpunkte, wie Verkehr, Senioren, Soziales, Arbeit etc. gegliedert, deren konkrete Forderungen zu gut einem Drittel „Fremde“ als Verursacher von Problemen und „Einheimische“ als die Leidtragenden ausmachen. Allen voran will man

Zuwanderung, sowie weitere Moscheen stoppen, „Einheimische“ in Sachen Kindergarten, Familien, Senioren etc. bevorzugen, Patriotismus, deutsche und bayrische Sprache als auch Kultur fördern, alteingesessene Betriebe unterstützen und die Polizei besser bezahlen. Man ist vor allem gegen „bürokratische Bevormundung durch die EU“, gegen Großmärkte, gegen „seelenlose Glaskästen und Betonklötze“ und gegen Privatisierung städtischer Betriebe. Für die Schulen fordert „PRO München“ getrennte Klassen „zwischen deutschen und integrationsunwilligen ausländische Schülern“. Außerdem möchte man den Parteien im Rathaus „klare Grenzen setzen“ und die „CSU an ihre Aufgabe erinnern“. Nicht zuletzt hält es die Initiative für wichtig, den Bau eines geplanten „Denkmals für Demokratie“, sowie eines von den Grünen geforderten Denkmals für Georg Elser zu verhindern. Zum Streitthema Transrapid meint die Vereinigung, dass die Kosten der geplanten Strecke den Nutzen übersteigen würden und stattdessen bundesweit ein solches Verkehrsmittel eingerichtet werden sollte.

„Pro München“ ist aber nicht einfach nur eine konservative Partei, die sich rassistischer Klischees bedient. Einige Ausführungen deuten auf ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hin. So ist in geschichtsrevisionistischer Weise von „Mitteldeutschland“, womit die ehemalige DDR gemeint ist, die Rede.

Verschwörungstheoretisch heißt es auf der Homepage, dass die Deutschen durch die Siegermächte auch den „materialistischen Denkschablonen“ gefügig gemacht werden mussten, um sie von „ihrer eigenen Denkungsart zu entfremden“⁶². Besonders erfolgreich darin seien die Amerikaner gewesen, denn sie bedienten sich „tiefenpsychologischer Methoden, die in der Hexenküche der US-Ostküstenpsychiatrie“ von „Horckheimer“⁶³ und Adorno erdacht wurden. Nicht nur gegenüber Moscheebauten wird gehetzt, auch die Synagoge am Jakobsplatz ist den „Pro“lern ein Dorn im Auge. Passend dazu wird mit der Forderung „Keine baulichen Ausnahmeregelungen für mächtige Interessengruppen und Spekulanten“⁶⁴ auch ein antisemitisches Klischee bedient.

Das Frauenbild bildet im reaktionären Weltbild der Gruppe keine Ausnahme. So werden Eva Herrmanns Äußerungen gelobt und die öffentliche Kritik an der Ex-Nachrichtensprecherin verschwörungstheoretisch erklärt, wonach es „nach dem Willen der Obrigkeit nicht sein[darf], daß die Deutschen wieder ein Volk der intakten Familien mit Kindern

werden.“⁶⁵ Dieses Gemisch aus Rassismus, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und Sexismus wird ergänzt durch Homophobie. So wird die von Bürgermeister Ude initiierte „Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ als „Lehrstelle des Abartigen“⁶⁶ bezeichnet.

Bürgerinitiative Ausländerstopp München – Geschichte

Bereits am 19. Januar 2003 gab die „Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg“ eine Pressemitteilung zur Gründung einer „Bürgerliste Ausländer-Stop“ in München nach ihrem Vorbild raus.⁶⁷ Gründer war Siegfried Lackner, ein ehemaliger Pressesprecher von REP und BP.⁶⁸ Themenschwerpunkt sollte das Münchner Taxigewerbe und dessen „Unterwanderung durch Ausländer“ sein.

Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ trat erstmalig im September 2007 in Erscheinung. Laut eigener Aussage wurde die formelle Gründung als Verein auf dem Münchner Oktoberfest der VIP Box des Bierzeltes „Winzerer Fahndl“ vollzogen.⁶⁹ Offensichtlich wurde die Gruppe von Roland Wuttke und Norman Bordin dominiert, die dafür wohl die alte Infrastruktur der Kameradschaft Süd aktiviert hatten.⁷⁰ Spitzenkandidat wurde Karl Richter, wissenschaftlicher Berater der NPD Landtagsfraktion Sachsen. Später gab Richter mittels Pressemitteilung eine Zusammenarbeit zwischen BIA und „Freien Nationalisten München“ bekannt.⁷¹ Diese Gruppierung um Martin Nwaiser und Philip Hasselbach war ursprünglich ebenfalls ein Spaltprodukt, welches im Jahre 2005 entstand, als man sich von Bordins Kameradschaft Süd trennte.

Laut „Deutsche Stimme“ „scheint es erstmals gelungen die ‚rechte Szene‘ an einen Tisch zu bringen und auf einen gemeinsamen Wahantritt zu vergattern“⁷², wobei es sich doch in Wirklichkeit um eine Spaltung handeln dürfte.

Beobachter sprechen von einer „Tarnliste der NPD“. Die Bezüge sind unübersehbar: so ist das Spendenkonto der BIA identisch mit dem der NPD Oberbayern, ebenso wie deren Internetauftritte und die gesamte Ästhetik der Gruppierungen sich ähneln. Dies wurde deutlich bei gemeinsamen Veranstaltungen, wie auf einer Demonstration am 4. Januar 2008 durch die Münchner Innenstadt oder beim gemeinsamen politischen Aschermittwoch. Dieser wurde extra von der NPD von Eggenfeld nach München verlegt, um Wahlkampfunterstützung zu leisten. Auch konnte sich die „Bürgerinitiative“ über Unterstüt-

zung aus anderen Regionen freuen. So z. B. von der „kommunalpolitischen Vereinigung“ der Bundes-NPD und dessen Vorsitzenden Hartmut Krien, sowie den Kreisräten Carola Holz (Sachsen Anhalt) und Rolf Dietrich (Halle-Saale). Auch die NPD „Schulhof CD“ wurde in leicht aktualisierter Form verteilt.⁷³ In der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ hieß es noch verklausuliert: „Der NPD-Parteivorstand entschied erst unlängst in München auf einen eigenen Wahlantritt zu verzichten und statt dessen die BIA mit Nachdruck zu unterstützen.“⁷⁴. Dabei wird bei genauerem Hinsehen klar: Die BIA ist die „NPD mit anderem Namen“.

Wichtige Personen im Umfeld der „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“

Aushängeschild und Spitzenkandidat der „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ ist der, 1962 in München geborene, Karl Richter. Richter studierte nach dem Wehrdienst Geschichte, Musikwissenschaft, Volkskunde und Sanskrit an der Universität München und war dort auch Mitglied der rechtsradikalen Burschenschaft Danubia. 1985 erlangte er ein Herwig-Schopper Stipendium der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste. Von 1989 bis 1994 war er Referent für Harald Neubauer, einen Abgeordneten der Republikaner im Europaparlament. Als dieser aus der Partei ausgeschlossen wurde, ging auch Richter und wurde Chefredakteur der Zeitschrift „Nation & Europa“. Im Oktober 1991 gründeten Neubauer, Richter und andere die Partei „Deutsche Liga für Volk und Heimat“. Richter wurde Chefredakteur des Parteiorgans „Deutsche Rundschau“, welches sich 1994 mit „Nation & Europa“ vereinigte. 1995 wurde Richter aufgrund des Abdrucks eines „Asylbetrügergedichts“ wegen Volksverhetzung verurteilt. Von 1998 bis 2002 war er Chefredakteur des Magazins „Opposition“. Außerdem saß er im Redaktionsbeirat von „Deutsche Geschichte“ und veröffentlicht in der Jungen Freiheit- und der FPÖ-nahen Zeitung „Aula“.

Seit dem Einzug der NPD in den sächsische Landtag ist er hier als wissenschaftlicher Berater tätig und versucht einen Think Tank aufzubauen, der großspurig „Dresdner Schule“ heißen soll. „Der intellektuelle Kopf der rechtsextremen Truppe im Sächsischen Landtag“⁷⁵ beschreibt seine Tätigkeit folgendermaßen:

„Eine Parlamentsfraktion ist ein hervorragendes Aufklärungsinstrument. Vorausgesetzt, man weiß es zu benutzen und vermeidet alte Fehler. Regelmäßig

haben in der Vergangenheit ideologische Sollbruchstellen zwischen Koalitionswilligen und Überzeugungstätern rechte Parlamentsexperimente platzen lassen.“⁷⁶

Richter hielt enge Kontakte zur Bundeswehr und führte dort Seminare durch, ausgerechnet über das Thema „Rechtsextremismus“. Dies wurde erst 2003 unterbunden. Aufsehen erregte auch, dass Richter im Film „Der Untergang“ als Adjutant von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel mitwirken durfte.

Weitere Mitglieder der „Bürgerbewegung“ sind Bodo Sobik, der bis vor kurzem Mitglied bei der DP war und auf Listenplatz 5 kandidiert, sowie Renate Werlberger (Listenplatz 3), eine langjährige NPD-Aktivistin und Mitglied der „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess“. Diese beiden waren, wie auch Bordin und Wuttke, bei der Gründungsveranstaltung von „Pro München“ dabei. Werlberger war hier sogar an Infoständen aktiv. Auch der Kandidat für Listenplatz 7, Fred Eichner, war in neonazistischen Organisationen aktiv. Weitere Namen auf der Liste sind Manfred Schiessl (Platz 2) und Patrick Bernstein (Platz 4).

Ideologie und Wahlprogramm

Als „NPD mit anderem Namen“ ist das Wahlprogramm der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ eines, dass die Ideologie und typischen Themen der „Nationaldemokraten“ auf die kommunale Ebene überträgt. Ausgangspunkt in der Argumentation ist die „volksfeindliche Globalisierung“⁷⁷. Diese verursacht „Überfremdung“, Zerstörung der deutschen Kultur und „Fremdbestimmung“ durch internationale Konzerne und geheimnisvolle Mächte. Das Gegenmittel sieht die NPD/BIA in der – völkisch definierten – Nation.

Im Unterschied zu „Pro München“ sieht die BIA Integration als nicht möglich und gescheitert an. Vermeintlich neutral argumentiert sie: „Ausländer müssen das Recht haben Ausländer zu bleiben“. Als Ausländer werden auch „Paß-Papierdeutsche“ – gemeint sind Deutsche mit Migrationshintergrund – gesehen. Dementsprechend zählt die BIA „deutschstämmige Personen, wie Österreicher, Flamen, Südtiroler, Elsässer oder Deutsche aus Osteuropa nicht zu den Ausländern“. Vor diesem Hintergrund stellt die BIA eine Art Diktum auf:

„Nicht alle Probleme lassen sich auf die Masseneinwanderung zurückreifen, doch die meisten Probleme hängen damit zusammen.“

Die konkreten Programmpunkte sind in diesem Sinne eine zutiefst rassistische

Antwort auf die vermeintlich erkannten „Probleme“. So will die BIA Einwanderung stoppen und fordert stattdessen eine „Rückführung“, will „illegale und kriminelle Ausländer ausweisen“, sowie „getrennte Klassen für deutsche und ausländische Schüler“ einführen, denn auch für das schlechte Abschneiden bei der „PISA-Studie“ werden Ausländer verantwortlich gemacht. Dagegen sollen „einheimische Familien“ mittels „M-Geld“ gefördert und Wohnraum, sowie Arbeitsplätze zuerst an „Deutsche“ vergeben werden. Im Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ sagt Karl Richter hierzu, es sei „nicht in erster Linie ein Kriminalitätsproblem, sondern ein Problem der puren Masse“.⁷⁸ Ebenso wie „Pro München“ will man sich an kommunalpolitische Themen anhängen. An erster Stelle rangiert auch hier die Hetze gegen den Bau der Moschee im Stadtteil Sendling. Dies wird mit den „christlichen Wurzeln Bayerns“ und der Gefahr durch Islamismus und Terroranschläge begründet. Außerdem ist man gegen die dritte Startbahn des Münchner Flughafens, sowie gegen den Transrapid.

Ebenso gibt es eine Kampagne gegen Genfood. Hinter der Gentechnik stehe nämlich die „rücksichtslose Profitgier der Gentechnikprotagonisten“ und „Globalisierungsagenten“. Deutschland würde genmanipuliertes Saatgut aufgezogen und dadurch fremdbestimmt. Die CSU gilt hier als „Türöffner der Mächenschaften“. Außerdem will man die „grüne Welle“ reaktivieren und gleichzeitig die Benutzung des Autos in der Innenstadt billiger machen. Man ist auch gegen Privatisierung, mehr Mobilfunkantennen in der Altstadt, sowie „Korruption und Vetternwirtschaft“. Fördern will die BIA Klein- und Mittelbetriebe, althergebrachtes Vereinsleben und bayrische Kultur und Brauchtum. Auch der Breitensport soll unterstützt werden, was mit der „Volks Gesundheit“ begründet wird. Im Haushaltsplan sollen Lücken durch den „Verzicht auf überflüssige Prestigeobjekte und Einsparungen bei der Integration und Förderung von Ausländern“ geschlossen werden. An anderer Stelle im Wahlprogramm macht die BIA klar, dass es sich dabei um „Prestigeobjekte, wie das jüdische Museum“ handelt.

In allen Publikationen wird außerordentlich oft auf den „U-Bahn Vorfall“ hingewiesen, ebenso aber auch gegen Homosexuelle gehetzt, obwohl es in diesem Zusammenhang keine konkrete Forderung gibt, wie bei „Pro München“.

Die Forderungen der BIA sind im Vergleich zu den Reden von Funktionären

auf dem Politischen Aschermittwoch der NPD/BIA am 6. Februar 2008 in der Gaststätte „Mathäuser“ noch relativ moderat formuliert. Hier wurde sich gegenseitig in Superlativen überboten, wenn es um die Beschreibung der vermeintlichen Probleme Deutschlands und Bayerns ging. Karl Richter sprach vom „schleichenden Bevölkerungsaustausch“⁷⁹, von „großen politischen Gesamtverbrechen, die die etablierten Parteien in den letzten 30, 40 Jahren an unserem Volk begangen haben“⁸⁰ und baute auch das antisemitische Stereotyp vom Brunnenvergiften mit in seine Rede ein.

Auch die übrigen Reden von Udo Pastörs, Ralf Ollert, Sascha Roßmüller und Udo Voigt sind gekennzeichnet von Antisemitismus, Rassismus, Verschwörungstheorien, völkischer Ideologie, Antiamerikanismus, Homophobie und Drohgebärden. Besonders Charlotte Knobloch und Günther Beckstein werden immer wieder persönlich angegriffen. Dabei macht gerade Udo Pastörs keinen Hehl daraus, wessen Geistes Kind er ist:

„Lasst uns diesen Kampf gemeinsam aufnehmen und das, was uns vernichten will, vernichten, bevor es uns den Garaus macht!“⁸¹

Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg – Geschichte

Unter dem Namen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ traten bereits zu Anfang der 80er Jahre Organisationen aus dem Umfeld der NPD auf. Im Juli 2001 gründete sich auch in Nürnberg ein derartiger Verein, um bei den bayrischen Kommunalwahlen, mit Kandidaten aus NPD und freien Kameradschaften anzutreten. Während zunächst Ex-Parteichef Günther Deckert für den Posten des Spitzenkandidaten vorgesehen war, wurde diese Position schließlich mit Ralf Ollert besetzt, welcher 2003 nach einem Ergebnis von 2,3 Prozent Wählerstimmen auch in den Stadtrat einziehen durfte.

Wichtige Personen im Umfeld der Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg

Ralf Ollert wurde 1960 geboren und ist seit 1976 engagiert bei NPD und JN. 1982 wurde er Landesvorsitzender der JN Bayern. Ollert kandidierte seitdem in diversen Stadtrats-, Landtags-, Bundes- und Europawahlen. Darunter mehrfach als Spitzenkandidat. Im Moment ist er Vorsitzender der NPD Bayern, sowie des Bezirksverbandes Mittelfranken und außerdem „Geschäftsführender Sprecher“ der BIA Nürnberg. Ollert ist langjähriger Anhänger von Günther Deckert und wird zur parteiinternen Opposition ge-

zählt. Nahezu alle NPD- Kundgebungen der letzten Jahre in Nordbayern wurden von ihm angemeldet. Hier trat er in der Regel auch als Redner auf und arbeitete außerdem eng mit den Kameradschaften zusammen.⁸² Ollert sitzt seit 2003 für die BIA im Nürnberger Stadtrat.

Bei den Kommunalwahlen 2008 konnte sich der als Anti-Antifa-Aktivist bekannte Sebastian Schmaus (24) einen zweiten Sitz für die BIA ergattern. Weiterhin traten auf der Liste u. a. Günther Siegmund, Gerhard Schelle, Rainer Biller, Richard Mayr und Christine Rorich an.

Ideologie und Wahlprogramm

Die Forderungen der „Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg“ gleichen im Wesentlichen denen ihres Pendantes aus München. Allerdings wirken Texte und Layout im Vergleich zur bayrischen Hauptstadt altbacken. Hauptsächlich besteht das Programm aus Forderungen nach „Ausländerrückführung“⁸³, was mit dem „Schutz deutscher Schüler“, mit Arbeitsplätzen, Sozialsystemen und Kriminalität begründet wird. Zaghaft möchte man dabei nicht vorgehen: „Asylbewerber, welche ihre Identität verschleiern, sind bis zu ihrer Abschiebung in geschlossenen Lagern unterzubringen“. Auch bei der BIA Nürnberg tritt die völkische Definition von „deutsch“ zutage, denn „Deutsche Aussiedler sind keine Ausländer“.

Die BIA Nürnberg sieht die Arbeitsplätze im eigenen Land nicht nur durch Migranten gefährdet, sondern auch durch die Globalisierung: „Wir exportieren unsere Arbeitsplätze“. Als Beispiel wird ausgerechnet der finnische Mobilfunkhersteller Nokia genannt, welcher erst jüngst die Verlagerung eines Bochumer Standortes nach Osteuropa bekannt gab.

Weiterhin wird bekanntgegeben, man wolle Rentner, die deutsche Jugend, den Mittelstand, die Vertriebenen-, Sport- und Bürgerverbände und Kinder und Familien unterstützen. Außerdem sollen Brauchtum und Heimatpflege und die „schöne Kunst“ – im Gegensatz zur sogenannten „linken Unkultur“ – gefördert werden. Der Verweis auf die „Abzocke“ durch andere Parteien im Rathaus, sowie auf die Gegnerschaft zum EU-Beitritt der Türkei fehlt ebenso wenig, wie die Forderung nach mehr grün, Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung.

4. Zur Strategie der NPD auf kommunaler Ebene in Bayern

Der Name „NPD“ erzeugt in Bayern viel Ablehnung. Während die Rechten in den Provinzen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern angekommen

sind und teilweise die politische Landschaft und das öffentliche Leben mitprägen, hat es die NPD in Bayern bis dato noch nicht geschafft, sich eine bürgerliche Fassade zuzulegen. Dabei ist das rechtsextreme Wählerpotential hier sehr groß, wie Untersuchungen zur Verbreitung menschenfeindlicher Ideologien gezeigt haben. Wer aber in Bayern rechts wählt, macht in der Regel sein Kreuz bei der CSU oder den Republikanern, statt bei der NPD, die in der Öffentlichkeit mit ewig gestrigen „Späthitleristen“ und pöbelnden Skinheads verbunden wird.

Da das rechte Wählerpotential hier in erster Linie von der CSU abgeworben werden muss, nimmt diese den Platz des Hauptgegners der NPD ein und wird somit immer wieder verbales Angriffsziel der Funktionäre. Außerdem sehen die Nazis ihre Chance auch im Abgang Stoibers und dem daraus resultierenden Schwächeln der großen schwarzen Partei. Der bayrische Landesverband hat sogar eine Broschüre entworfen, die sich ganz der CSU widmet.⁸⁴

Der CSU wird der Vorwurf des „Umfalens“ gemacht, da sie nie ihre Versprechungen in Sachen „nationale Politik“ einhalten würde. Dementsprechend wurde auch auf dem „Bayerntag“ der CSU vorgeworfen, dass sie sich zwar immer gegen Zuwanderung aussprechen würde, später aber nicht danach handle. Die NPD/BIA will sich hier als bessere Lösung anbieten und so ihr Profil schärfen, da sie die einzig wirkliche „nationale Opposition“ sei. Ralf Ollert sieht dazu im Interview mit der „Deutschen Stimme“ „Kernkompetenzen [...] in der Ausländerpolitik und bei der Alternative zur volksfeindlichen Globalisierung, der raumorientierten Volkswirtschaft“⁸⁵.

Die personelle Verankerung in Bayern läuft auf zwei Ebenen ab. Zum Einen ist aus dem unbedeutenden bayrischen NPD-Landesverband in den letzten Jahren ein zahlenmäßig sehr bedeutendes und gut organisiertes Sammelbecken für Rechtsextreme geworden. Vor allem die Zusammenarbeit mit den Kameradschaften ist hierfür verantwortlich.

Zum Anderen verläuft der Weg, Anerkennung in der Mitte der Gesellschaft zu finden, über die Kommunen, denn hier ist es auch Neonazis möglich ein Teil der Zivilgesellschaft zu sein. Dies geschieht durch das Aufgreifen kommunalpolitischer Themen und durch ein Angebot bzw. Anhängen an scheinbar unpolitische Aktivitäten.

So hat sich die Partei in letzter Zeit zu vielen Fragen geäußert, die zwar keine klassischen Felder der Rechtsextremen

sind, aber kommunalpolitische Bedeutung haben. Es ging um Genfood, die dritte Startbahn des Münchner Flughafens, Lärmschutz, Milchpreise, Lohn-dumping, sexuelle Gewalt, Umweltschutz oder den geplanten Transrapid. Hiermit soll es ihnen gelingen, aus der rechten Ecke herauszukommen, denn dies sind, im Gegensatz zum Beispiel zur neonazistischen Version von Vergangenheitspolitik, scheinbar „neutrale“ Themen, da sie die Menschen in der betroffenen Region direkt betreffen und auch dementsprechend von allen anderen Parteien aufgegriffen werden. Meist kommt das Anknüpfen an diese Themen auch ohne klassisch rechte Parolen aus, so dass es für den Normalbürger oftmals nicht erkennbar ist, welche Ideologie dahinter steckt. Erst auf den zweiten Blick wird dies deutlich, wenn zum Beispiel die Gegnerschaft zu Genfood und Globalisierung verschwörungstheoretisch erklärt wird. Manchmal werden auch ausländerfeindliche Ressentiments mit „neutralen“ Themen verbunden: die Ablehnung des Rauchverbots in Gaststätten wird ergänzt durch die Beschwörung des scheinbaren Niedergangs traditioneller Gaststätten durch vermehrte Konkurrenz von Ausländern.⁸⁶ Außerdem initiiert die NPD Aktivitäten wie eine „nationale Bewerbungshilfe“ in der Oberpfalz, einen Kinderbasar in Roding, einen Umweltschutztag in Bayreuth, einen Wandertag in Passau, das Bayernfest in Regensburg und sogar eine „NPD-Krabbelgruppe Nürnberger Land“.

Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ gibt eine „Verbindung“ zur NPD zu. Dies geschieht in Interviews, auf der Homepage oder durch das Abhalten gemeinsamer Veranstaltungen. Tatsächlich dürfte es sich jedoch nur im juristischen Sinne um zwei verschiedene Organisationen handeln, tatsächlich ist die BIA eine NPD im anderen Gewand. Insofern ist die Bezeichnung „Tarnliste“ nicht falsch, deutet jedoch einen konspirativen Sachverhalt an, der so nicht gegeben ist. Die Bezeichnung „Ausländerstopp“ ist eindeutig, so dass man nicht behaupten kann, die ahnungslosen Bürger würden durch ein harmloseres Auftreten in die Hände von Rechtsextremen geführt. Fraglich ist jedoch, inwieweit es den Wählern klar ist, welche Gruppierung für die BIA verantwortlich ist. Zwar gab es Aufklärung verschiedenster Initiativen darüber, jedoch lässt sich vermuten, dass sich gerade die Menschen, welche zum Wählerpotenzial der BIA zählen, schwerlich davon erreichen lassen. Daher könnte hier die These auf-

gestellt werden, dass bestimmte Wählerschichten eher auf die Ideologie der NPD ansprechen, wenn sie anders verpackt ist. Dies würde bedeuten, dass sich Menschen bewusst für eine rechte Programmatik entscheiden, die NPD aufgrund ihres schlechten Rufes jedoch ablehnen.

Die Bezeichnung „Bürgerinitiative“ vermittelt noch etwas anderes. Hiermit wird der Schulterstoß mit dem kleinen Mann/der kleinen Frau versucht, denn eine Bürgerinitiative suggeriert, dass es sich hier um „normale Bürger“ handelt, welche einfach nur ein bestimmtes Anliegen verfolgen. Die BIA will ein Image aufbauen, wonach sie sich als Bürgerinitiative im Unterschied zu politischen Parteien befindet, welche oftmals als „abgehoben“ gelten. Ausdruck hierfür ist das allseits bekannte „Die da oben, machen doch sowieso nur was sie wollen“. Politik wird oftmals als schmutzig, unseriös und undurchsichtig betrachtet. Dieses Ressentiment wird nur allzu gern bedient, wenn zum Beispiel die Rede ist von „jene[n] die gerne weiterhin im Rathaus unkontrolliert ihre Pfründe untereinander aufteilen wollen“⁸⁷. Ebenso gehört es zur Taktik, Unterschiede zwischen den Parteien zu negieren: „Ich kann aus eigenem Erleben sagen, daß es bei den entscheidenden politischen Fragen nahezu keine Unterschiede zwischen den herrschenden Parteien gibt.“⁸⁸ Karl Richter geht dabei noch weiter. Er möchte sich und die Bürgerinitiative Ausländerstopp als ideologiefrei darstellen:

„Hochgestochene Ideologie-Politik hilft den Menschen nicht weiter. Wir müssen das aussprechen, was beim Wähler ankommt, und wir müssen es so aussprechen, dass es ankommt.“⁸⁹

Schließlich werden, angesichts der Sache, die alle vereinen muss, für ihn auch alle politischen Kategorisierungen unbedeutend:

„Und ich sage es noch einmal: mit ‚rechts‘ oder mit ‚links‘ oder mit irgendwelchen -ismen hat das alles nichts zu tun. Es geht ums Überleben und es geht um unsere Zukunft.“⁹⁰

Als Alternative zur aktuellen Politik wird die eigene, unideologische Sachbezogenheit in den Vordergrund gestellt. So hätte man in Sachsen nach dem Einzug in den Landtag sofort begonnen „gute, kompetente Sachpolitik zu machen“ und „genauso werden wir das in München auch machen“.⁹¹ Die hier entworfenen Zweiteilung zwischen sachorientierter Arbeit auf der einen und ideologischem „Parteienkartell“ auf der anderen Seite, gehört zum dichotomen

Weltbild der Nazis, wie auch zur Sichtweise vieler politikverdrossener Menschen. Auch wenn sich diese Menschen nicht als „rechts“ definieren, oft trotz vorhandener typisch rechter Einstellungen, bilden sie ein rechtes Wählerpotential, was die BIA mit dieser Taktik zu mobilisieren versucht.

Und die Taktik ging auf. Während die NPD in Fürth und Pappenheim es unter ihrem eigenen Namen nicht geschafft hat, die notwendigen Unterschriften für den Antritt zur Wahl zu sammeln, gelang in München der Einzug ins Rathaus und in Nürnberg sogar die Steigerung auf zwei Stadtratsmandate. Dass es in der Hauptstadt soweit kommen konnte, hängt allerdings auch mit der Taktik der Union zusammen, am äußerst rechten Rand zu fischen. Gemeinsam mit Teilen der Öffentlichkeit erzeugte vor allem Roland Koch im Januar, nach dem Überfall zweier Jugendlicher mit Migrationshintergrund auf einen Rentner, eine Stimmung, die vorgab sich um Sicherheitsbedürfnisse zu kümmern, aber dabei vor allem auf rassistische Ressentiments zurückgriff. In den Medien wurde eine Debatte um „Ausländergewalt“ losgetreten, welche die Vorurteile vieler Menschen kanalisierte und in München dazu führte, dass die beiden rechtsextremen Listen „BIA“ und „Pro München“ erst dann die nötigen Unterschriften zum Wahlantritt einsammeln konnten. Fraglich ist daher, wieviel Anteil das kurzfristige Erzeugen einer Proteststimmung hatte und wie sehr es auf einer kommunalen Verankerung der Rechtsextremen hindeutet.

5. Ausblick auf die Landtagswahlen und Einschätzung

Was das alles für die Bezirks- und Landtagswahlen bedeutet, kann zur Zeit noch nicht eindeutig gesagt werden. Während in Bayern derzeit keine Aktivitäten einer „Pro“-Vereinigung auf Landesebene auszumachen sind, steht fest, dass inzwischen alle NPD-Listen in 91 Stimmkreisen mit Kandidaten von NPD, DVU und Republikanern besetzt sind. In Bayern wird der Landtag nicht über eine Landesliste, sondern über die Kandidaten aus sieben Bezirken gewählt. Die Bezirkslisten werden angeführt von Karl Richter (Oberbayern), Erich Schwarzfischer (Oberpfalz), Walter Baur (Schwaben), Sascha Roßmüller (Niederbayern), Kai Limmer (Oberfranken), Ralf Ollert (Mittelfranken) und Uwe Meenen (Unterfranken).⁹² Die Partei selbst gibt sich zuversichtlich und Sascha Roßmüller fantasiert sogar eine „Stabsübergabe“ der CSU an die NPD herbei.⁹³

Inwiefern die kommunalen Aktivitäten der Partei schon gefruchtet haben, darüber kann im Moment ebenfalls nur spekuliert werden. Da die NPD unter eigenem Namen in zwei Städten nicht zugelassen wurde und ansonsten nicht antrat, sind die Kommunalwahlen hierfür kein Indikator. Auch das Nichterreichen der nötigen Unterschriften gibt letztlich keinen Aufschluß über die Wahlchancen der Partei, da diese Prozedur nicht so anonym wie eine Wahl ist. Dabei ist es nämlich notwendig, sich im Rathaus als Unterstützer der jeweiligen Liste zu melden und zu unterschreiben. Im Falle einer Partei wie der NPD, fällt sicherlich auch nicht jedem überzeugten Wähler das Bekenntnis leicht. Verschiedene Wahlumfragen sehen die NPD im Moment aufgrund der 5-Prozent-Klausel nicht im Landtag.⁹⁴ Die relativ kleinen Stichproben tendieren allerdings in der Regel zur Überschätzung der großen Parteien. Wahrscheinlicher ist dagegen der Einzug in einige Bezirksparlamente, da es hier keine Grenze gibt. Den Republikanern reichten vor 5 Jahren 1,9 Prozent für einen Platz im Bezirkstag Mittelfranken. Wagt man ein Gedankenexperiment, verwendet diesen Wert als Hürde und legt dazu die Ergebnisse bei den Bundestagswahlen 2005 an, wäre die NPD in drei von sieben Bezirksparlamenten vertreten. Hierzu darf man nicht vergessen, dass die Partei zu diesem Zeitpunkt in Bayern schlecht organisiert war, was sich bis heute enorm gebessert hat. Daher konzentriert sie sich jetzt nach den Fehlschlägen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg auf Bayern. Der Autor hält einen Einzug der NPD in den bayrischen Landtag für unwahrscheinlich, warnt jedoch vor einer Unterschätzung. Der NPD muss vor allem auf kommunaler Ebene Einhalt geboten werden, bevor diese sich, wie in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, im Alltag verankern können. Gleichzeitig darf der Kampf gegen Rechts nicht nur temporär auf Wahlkämpfe beschränkt werden, denn in der Mitte der Gesellschaft und teilweise auch in dem Bereich, der sich links davon wähnt, sind bereits Ideologiefragmente vorhanden, auf welche die Nazis zurückgreifen können. Dies wird nicht nur zur Gefahr bei Wahlen, sondern auch auf der Straße und im alltäglichen Leben. Daher ist kommunale Aufklärung über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Ideologie wichtig, ebenso wie die fortwährende kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Position.

Wolfgang Barthel

¹ Dem Autor ist bewusst, dass der Begriff „Rechtsextremismus“ einige Probleme mit sich bringt. So ist der Extremismusbegriff ein Kind der Totalitarismustheorie und nivelliert Unterschiede zwischen „links“ und „rechts“, indem beide als „demokratiefeindlich“ subsumiert werden. Somit werden Rassismus, Antirassismus, Antisemitismus, Antisemitismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus und vieles andere auf ideologische Weise in eins gesetzt, ebenso wie die Bedeutsamkeit demokratischer, aufklärerischer Elemente in der linken Tradition negiert, sowie das Bestehen menschenfeindlicher Ideologien in der Mitte der Gesellschaft dabei ausgeblendet wird. Dies mündet letztlich in einer Gleichsetzung von Nationalsozialismus und real existierendem Sozialismus, was einer Relativierung des Holocausts gleichkommt. Dementsprechend wird der Extremismus-Begriff vor allem von politisch Konservativen gebraucht. Trotzdem wird in dieser Arbeit hauptsächlich der Begriff Rechtsextremismus verwendet. Dabei soll dessen Hintergrund zwar mitgedacht werden, jedoch muss eine ausreichende Analyse aus Zeitgründen entfallen. Ebenso soll Lesefreundlichkeit und Verständlichkeit gewahrt bleiben. Der Begriff „Rechtsextremismus“ bezieht sich in dieser Arbeit auf Parteien und Organisationen, die gemeinhin „rechts von der CDU“ verortet werden. Hierzu zählen u. a. NPD, Republikaner, „PRO-Parteien“, Kameradschaften etc. Dass die hier typischerweise vorhandenen Einstellungen wie Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Autoritarismus, Sexismus u. a. nicht auf diese Gruppierungen zu beschränken sind, gehört zum Analysekonzept. Auch soll deutlich gemacht werden, dass diese Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft vorhanden sind und ein Potential der Mobilisierung für rechte Parteien darstellen. Dieses Potential gilt in Bayern auch für die CSU.

² Vgl. Robert Andreasch, Mit Schwung in den Westen., in: Der Rechte Rand, Januar 2007.

³ Im Jahr 2005 waren es noch 900; im Jahr 2006 schon 950. Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Inneren, Hrsg., Verfassungsschutzbericht 2007, München 2007, S. 95.

⁴ 2007: 900 Mitglieder; 2006: 1.000 Mitglieder; 2005: 1.100 Mitglieder. Vgl. ebenda.

⁵ Vgl. ebenda.

⁶ 2007: 250; 2006: 190; 2005: 160. Vgl. ebenda.

⁷ 2007: 700; 2006: 750; 2005: 800. Vgl. ebenda.

⁸ Ungewiss ist, ob sich Skinheads zunehmend politischen Organisationen anschließen oder ob die steigenden Zahlen dieser Organisationen auf völlig neue Menschen in der rechten Szene zurückzuführen sind. Interessant wäre dabei, inwiefern das Schwinden der jugendlichen Skinheadszone mit dem Aufstieg der sogenannten „Autonomen Nationalisten“ zusammenhängt.

⁹ Uwe Leichsenring, zitiert nach: Horst Helas, Was nun? Was tun! Wahlerfolge von Rechtsextremisten. Informationen und Vorschläge für Gegenstrategien, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hrsg., Standpunkte 8/2006, S. 2.

¹⁰ Vgl. NPD-BLOG.INFO: Hitlergruß von NPD-Kadern: Parteispitze im Spagat zwischen Rechts und ganz Rechts. Im Internet unter: <http://npd-blog.info/?p=686>, zuletzt eingesehen am: 8.4.2008.

¹¹ Elmar Brähler, Oliver Decker, Norman Geißler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006.

¹² Im Jahr 2006 waren es noch 12 Gewalttaten mit fremdenfeindlichen Hintergrund. Vgl. Bayerisches Staatsministerium der Justiz: Pressemitteilung 42/08. Im Internet unter: <http://www.justiz.bayern.de/ministerium/presse/archiv/2008/detail/42.php>, zuletzt eingesehen am: 8.4.2008.

¹³ A.I.D.A.-Archiv, Hrsg., Sprengstoff in München. Martin Wiese, Kameradschaft Süd, NPD, München 2005, S. 11.

¹⁴ Bundesweit sind es etwa 400 Mitglieder. Vgl. Bayerischer Verfassungsschutzbericht 2007, S. 106.

¹⁵ Interview in der Deutschen Stimme, zitiert nach: ebd., S. 108.

¹⁶ Ebd., S. 107.

¹⁷ Vgl. Robert Andreasch u. Andreas Speit, Mit Schwung in den Westen, in: Andrea Röpke u. Andreas Speit, Hrsg., Neonazis in Nadel-

streifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Berlin 2008, S. 67–88, hier: S. 74.

¹⁸ Vgl. Bayerischer Verfassungsschutzbericht 2007, S. 104.

¹⁹ Vgl. im Internet unter <http://www.sozrev.com/news.html>, zuletzt eingesehen am 8.4.2008.

²⁰ Vgl. Andreasch, Speit: Mit Schwung in den Westen., S. 76.

²¹ Vgl. ebenda.

²² Vgl. ebenda., S. 76, 77.

²³ Vgl. ebenda., S. 77.

²⁴ Vgl. ebenda.

²⁵ Vgl. ebenda.

²⁶ Vgl. Rudolf Neumaier, Die Regensburger CSU: Mein Parteifreund, der Rechtsradikale. In: Wilhelm Heitmeier, Hrsg., Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt a. M. 2008, S. 196–204.

²⁷ Vgl. Neumaier: Die Regensburger CSU., S. 201.

²⁸ Vgl. Sebastian Fischer, Fall Fürst. Showdown für den Regensburger CSU-Rechtsaußen. Im Internet unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,481084,00.html>, zuletzt eingesehen am: 8.4.2008.

²⁹ Vgl. NPD-BLOG.INFO: Bayern: Rechts, Rechter, Regensburger CSU. Im Internet unter: <http://npd-blog.info/?p=805>, zuletzt eingesehen am 8.4.2008.

³⁰ Vgl. SZ-Interview mit Günther Beckstein: Das Problem wurde jahrelang verschleppt. Im Internet unter: <http://www.sueddeutsche.de/ra13m4/bayern/artikel/79/113965/>, zuletzt eingesehen am 8.4.2008.

³¹ Vgl. Neumaier: Die Regensburger CSU, S. 204.

³² Vgl. A.I.D.A.-Archiv: Münchner Neonaziszene gibt sich neuen Namen. Im Internet unter: http://www.aida-archiv.de/index.php?option=com_content&task=view&id=773&Itemid=269, zuletzt eingesehen am 8.4.2008.

³³ Ludwig König, CSU-Mann in extrem rechter Partei? Münchner Neonazis haben neue Dachorganisation gegründet. In: junge welt, 12.04.2006, S. 4.

³⁴ Es gibt auch eine Liste mit dem Namen „Pro Augsburg“. Hier darf es aufgrund des Namens nicht zur Verwechslung kommen, denn diese hat weder mit „Pro Köln“ noch mit „Pro München“ etwas zu tun und ist eher im liberalen Spektrum einzuordnen.

³⁵ A.I.D.A.-Archiv: Rechte Gruppierungen auf dem Weg ins Rathaus? Infos über „Pro München und BIA. Im Internet unter: http://www.aida-archiv.de/index.php?option=com_content&task=view&id=974&Itemid=297, zuletzt eingesehen am 4.8.2008.

³⁶ Vgl. Über Parteigrenzen hinweg. „Demokratie Direkt“ als neuer Versuch regionaler Organisation., in: Der Rechte Rand, September/Oktober 2003, S. 13f.

³⁷ A.I.D.A.-Archiv: Start in den Kommunalwahlkampf: Neonazi-Großveranstaltung mit NPD-Funktionären am 28.1.07. Im Internet unter: http://www.aida-archiv.de/index.php?option=com_content&task=view&id=613&Itemid=154, zuletzt eingesehen am 8.4.2008.

³⁸ Zitiert nach: A.I.D.A.: Kommunalwahl 2008: Spaltung der extremen Rechten in München. Im Internet unter: http://www.aida-archiv.de/index.php?option=com_content&task=view&id=736&Itemid=154, zuletzt eingesehen am 8.4.2008.

³⁹ Zitiert nach: ebenda.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Vgl. ebenda.: Münchner Neonaziszene gibt sich neuen Namen. Im Internet unter: http://www.aida-archiv.de/index.php?option=com_content&task=view&id=773&Itemid=269, zuletzt eingesehen am 8.4.2008.

⁴² Vgl. Thomas Sager, Schadensbegrenzung., in: Blick nach Rechts 6 (2008), S. 2.

⁴³ Alle Zitate nach: Sager, Schadensbegrenzung.

⁴⁴ Vgl.: NPD-BLOG.INFO: Hitlergruß von NPD-Kadern.

⁴⁵ Vgl. Robert Andreasch, Volksfront in zwei Hälften, in: Der Rechte Rand, November 2007, S. 12.

⁴⁶ Zitiert nach: redok, Münchner Spaltprodukt. Im Internet unter: <http://www.redok.de/content/view/802/36/>, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.

⁴⁷ Zitiert nach: A.I.D.A.: Spaltung der extremen Rechten in München.

⁴⁸ Zitiert nach: ebenda.

⁴⁹ Vgl. A.I.D.A.: Rechte Gruppierungen auf dem Weg ins Rathaus?

- ⁵⁰ Zitiert nach: Ebenda.
- ⁵¹ Zitiert nach: redok, Münchner Spaltprodukt.
- ⁵² A.I.D.A.: Spaltung der extremen Rechten in München.
- ⁵³ Vgl. A.I.D.A.: Rechte Gruppierungen auf dem Weg ins Rathaus?
- ⁵⁴ Vgl.: promuenchen.de: Strache ruft zur Wahl von Pro München auf! Im Internet unter: <http://www.promuenchen.de/index.php?section=news&cmd=details&newsid=3>, zuletzt eingesehen am 09.4.2008. Der Wahlaufuf Straches verursachte jedoch einen Wirbel, wie München24.info meldet. Im Originaltext war von „Ausländerhorden“ die Rede, was dem Tatbestand der Volksverhetzung gleichkommt. Dieser war seit dem 28.1.2008 auf der Homepage von „Pro München“ zu lesen. In der Wahlzeitung wurde der entsprechende Part komplett gestrichen und auf der Internetseite entschärft („Zuwandererscharen“). Vgl. Robert Allmeier, Pro München verschweigt Volksverhetzung in FPÖ – Wahlaufuf. Im Internet unter: http://www.region-muenchen.de/index.php?site=news&news_ID=11215, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁵⁵ Vgl. ebenda.
- ⁵⁶ Zitiert nach: Muechen24.info: Verfassungsschutz bestätigt: Pro München und BIA sind rechtsextreme Tarnlisten. Im Internet unter: http://www.region-muenchen.de/index.php?site=news&news_ID=11135&metanewstitle=Verfassungsschutz-best%C3%A4tigt:-Prom%C3%BCnchen-und-BIA-sind-rechtsextreme-Tarnlisten, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁵⁷ Rüdiger Schrembs, Das Projekt Pro München. Im Internet unter: <http://www.promuenchen.de/index.php?page=97>, zuletzt eingesehen am: 9.4.2008.
- ⁵⁸ Ebenda.
- ⁵⁹ Die folgenden Zitate stammen allesamt aus der Wahlkampfzeitung von „Pro München e.V. – patriotisch und sozial“.
- ⁶⁰ Grundsatzprogramm. Bürgerbewegung Pro München – patriotisch und sozial –. Im Internet unter: <http://www.promuenchen.de/index.php?page=93>, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁶¹ promuenchen.de: Wahlprogramm PRO München. Im Internet unter: <http://www.promuenchen.de/index.php?page=2>, zuletzt eingesehen am 9.4.2008. Die folgenden Zitate stammen aus dem Wahlprogramm der „Bürgerbewegung Pro München e.V. – patriotisch und sozial“.
- ⁶² Schrembs, Das Projekt Pro München.
- ⁶³ Ebd. Fehler im Original.
- ⁶⁴ Wahlprogramm der „Bürgerbewegung Pro München“.
- ⁶⁵ Wahlkampfzeitung der „Bürgerbewegung Pro München“.
- ⁶⁶ Ebd.
- ⁶⁷ Auslaenderstopp.de: Jetzt auch „Bürgerliste“ in München. Im Internet unter: http://www.auslaenderstopp.de/index.php?option=com_content&task=view&id=44&Itemid=43, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁶⁸ Vgl. redok: Münchner „Bürgerliste Ausländer-Stop“ gegründet. Im Internet unter: <http://www.redok.de/content/view/781/38/>, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁶⁹ Vgl. A.I.D.A.-Archiv: Gründung im Bierzelt? Im Internet unter: http://www.aida-archiv.de/index.php?option=com_content&task=view&id=811&Itemid=269, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁷⁰ redok: Münchner Spaltprodukt
- ⁷¹ Vgl. auslaenderstopp-muenchen.de: BIA geht mit Volldampf in die heiße Wahlkampfphase. Im Internet unter: <http://www.auslaenderstopp-muenchen.de/?p=40>, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁷² 1000 Unterschriften für München!, in: Deutsche Stimme 9 (2007), S. 12.
- ⁷³ A.I.D.A.: Rechte Gruppierungen auf dem Weg ins Rathaus?
- ⁷⁴ 1000 Unterschriften für München!
- ⁷⁵ Reiner Burger, Der Brückenkopf der NPD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.12.2004
- ⁷⁶ Karl Richter, zitiert in: Burger, Der Brückenkopf der NPD.
- ⁷⁷ Die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders gekennzeichnet, von der Homepage der „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ und den darauf abrufbaren Wahlprogrammen und -zeitungen. Im Internet unter: <http://www.auslaenderstopp-muenchen.de/>, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁷⁸ Karl Richter im Interview: Viele Politiker wissen nicht mehr, was den Menschen auf den Nägeln brennt, in: Deutsche Stimme 3 (2008), S. 3.
- ⁷⁹ Zitiert nach: A.I.D.A.-Archiv: a.i.d.a.-Dokumentation: die NPD-Reden im „Mathäser“. Im Internet unter: http://www.aida-archiv.de/index.php?option=com_content&task=view&id=988&Itemid=269, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁸⁰ Zitiert nach: A.I.D.A.: NPD-Reden Im „Mathäser“, a.a.O.
- ⁸¹ Zitiert nach: ebenda.
- ⁸² Argumente. Netzwerk antirassistischer Bildung e.V., Hrsg., Spezialitäten aus Mittelfranken. Ein Überblick über rechte und rechtsextreme Strukturen. Berlin 2003, S. 69.
- ⁸³ Die folgenden Zitate entstammen dem Wahlkampfmaterial, welches auf der Homepage der „Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg“ abrufbar ist. Im Internet unter: <http://www.auslaenderstopp.net/>, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁸⁴ Im Internet abrufbar unter: <http://www.npd-bayern.de/pdf/werbemittel/Anti-CSU.pdf>, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁸⁵ Ollert, Parteien-Kartell auch in Bayern aufbrechen.
- ⁸⁶ Vgl. Andreasch, Speit, Mit Schwung in den Westen, hier S. 69f.
- ⁸⁷ Informationsoffensive in München, in: Deutsche Stimme 12 (2007), S. 12.
- ⁸⁸ Ollert, Parteien-Kartell auch in Bayern aufbrechen.
- ⁸⁹ Richter, Viele Politiker wissen nicht mehr, was den Menschen auf den Nägeln brennt.
- ⁹⁰ Ebenda.
- ⁹¹ Ebenda.
- ⁹² Tanja Stein, Brautöne für Bayern. In: junge welt, 26. März 2008, S. 15.
- ⁹³ Vgl. NPD-BLOG.INFO: Bayern: NPD tritt flächendeckend an. Im Internet unter: <http://npd-blog.info/?p=1428>, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.
- ⁹⁴ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/bayern.htm>, zuletzt eingesehen am 9.4.2008.

Ein Erfolg für die NPD? Kein Erfolg für die NPD?

Zum Ergebnis der extremen Rechten bei den sächsischen Kreistagswahlen am 8. Juni

Erstens

Die NPD hat bei einem landesweiten Ergebnis von 5,1 Prozent bei den Kreistagswahlen 44 Mandate errungen. Zwei weitere (Landkreis Leipzig, Meissen) wurden nur knapp verpasst. Damit hat sich unsere Voraussage bestätigt, dass die NPD in allen neuen Kreistagen vertreten sein würde. Bei den gleichzeitig stattfindenden Landratswahlen trat die NPD in sieben von zehn Kreisen an (außer Nordsachsen, Landkreis Leipzig und Vogtland). Die Kandidaten der NPD erzielten dabei ausnahmslos bessere Ergebnisse als die Partei bei den Kreistagswahlen. In zwei Kreisen (Sächsische Schweiz, Görlitz) wurde sogar der Kandidat der SPD distanziert!

Zweitens

Das Ergebnis bedeutet für die NPD eine Vervierfachung der bisherigen Mandatszahl und des bisherigen Stimmenanteils. Dieser Erfolg relativiert sich, wenn berücksichtigt wird, dass im Gegensatz zu

2004 flächendeckend angetreten werden konnte. Bisherige Schwerpunkte der NPD wurden bestätigt, wenn der Neuzuschnitt der Kreise berücksichtigt wird. So ist im neuen Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zu berücksichtigen, dass im ehemaligen Weißeritzkreis erheblich schlechtere Ergebnisse als in der Sächsischen Schweiz erzielt wurden, was das Gesamtergebnis drückt. Die gleiche Ursache ist für das mäßige Abschneiden im Landkreis Leipzig auszumachen, wo sich die schwächere Region (Leipziger Land) negativ auf die tradierte Hochburg (Muldentalkreis) auswirkte. Insgesamt ist festzustellen, dass es in den Hochburgen bis auf ganz wenige, lokal bedingte Ausnahmen (Königstein, Wurzen) keine Rückschlüsse gegeben hat.

Drittens

Zugleich sind neue Hochburgen hinzugekommen (Görlitz, Bautzen, Erzgebirgskreis). Die gleiche Aussage lässt sich für die Städte und Gemeinden formulieren.

Hier ist besonders hervorzuheben, dass die NPD mit Kamenz erstmals in Sachsen in einer bisherigen Kreisstadt (18.000 Einwohner) mit 10,4 Prozent ein zweistelliges Ergebnis erzielen konnte. Dies ist um so bemerkenswerter, da Kamenz zudem eine traditionelle Hochburg der LINKEN war und ist. Es zeichnet sich die Tendenz ab, dass eine starke LINKE in einer Kommune keineswegs ein Garant für ein schlechtes Abschneiden der NPD ist.

Viertens

Der gelegentlich von „Experten“ (Eckart Jesse, Patzelt) herangezogene Vergleich zu den Landtagswahlen vom September 2004, wonach die NPD knapp die Hälfte ihrer Stimmen verloren habe, ist weder hilfreich noch zulässig. Mit gleicher Berechtigung könnte behauptet werden, das Wahlergebnis vom 8. Juni sei ein Indiz für einen überwältigenden Wahlerfolg der NPD bei der Landtagswahl 2009, da 2004 das Resultat für den Landtag um ein Vielfaches höher lag als

das der Kommunalwahlen. Landtagswahlen können nur mit Landtagswahlen verglichen werden, Kommunalwahlen nur mit Kommunalwahlen. Allerdings lassen die vorliegenden Ergebnisse die Prognose zu, dass sich die Erfolgsaussichten für die Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009 deutlich verbessert haben. War die NPD in den Landkreisen bisher überwiegend gesichtslos, so wird sich dies durch die Kreistagsfraktionen ändern. Zudem bringen die neuen Fraktionen zusätzliche Ressourcen.

Fünftens

Eine Auswertung der Ergebnisse der NPD in ihren jeweiligen Kreishochburgen zeigt, dass die Hoffnung, eine höhere Wahlbeteiligung werde zu einem Absinken des NPD-Anteils führen, sehr trügerisch sein dürfte. In den benannten Hochburgen war die Wahlbeteiligung jeweils mindestens durchschnittlich, in der Regel sogar deutlich über dem Durchschnitt liegend. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass die NPD ihre schlechtesten Ergebnisse in den Kreisen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (Zwickau, Vogtland) erzielte. In den beiden Kreisen mit der höchsten Wahlbeteiligung (Erzgebirgskreis, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) dagegen schnitt sie deutlich überdurchschnittlich ab. Die reine Aufforderung „Wählen gehen!“ ist also nicht produktiv, entscheidend ist die Betonung „Demokratisch wählen gehen!“.

Sechstens

Im Vorfeld der Wahl war in den Medien behauptet worden, der NPD gehe „das Personal aus“. Es ist in der Tat zutreffend, dass die Zahl der Kandidaten der NPD relativ gering war. In einigen Kreisen (Nordsachsen, Vogtland) stand in vielen Wahlkreisen nur ein Kandidat auf dem Stimmzettel. In starken Kreisen der NPD (Landkreis Leipzig, Meissen) beschränkte man sich auf zwei Kandidaten pro Wahlkreis. Zudem ist festzuhalten, dass es in erheblichem Umfang zu einem „Export“ von Kandidaten aus den jeweils stärkeren Kreisteil in den schwächeren gekommen ist, um alle Wahlkreise abzusichern. Auch konnten im Vergleich zu den letzten Wahlen kaum „respektable und angesehene Persönlichkeiten“ hinzugewonnen werden. Dort, wo es möglich war, setzte die NPD dagegen auf langjährig erfahrene Parteifunktionäre sowie auf bisherige Mandatsträger. Es ist auffällig, dass sich verhältnismäßig wenige junge Leute auf den Kandidatenlisten finden. Bei Kommunalwahlen als überwiegenden Personwahlen stellen solche Faktoren ein

negatives Merkmal für die betroffene Partei dar. Bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr dagegen fallen solche negativen Umstände weniger ins Gewicht. Es gibt zwar Indizien dafür, dass der Personalmangel der NPD der Partei geschadet hat (z. B. Vogtland), doch soll dies nicht überbewertet werden.

Siebtens

Es muss beobachtet werden, ob sich der Trend zur Einbeziehung bekannter Aktivisten der neonazistischen „Freien Kräfte“ (z. B. Maik Scheffler in Nordsachsen, Daniel Peschek in Zwickau) bei den Kommunalwahlen 2009 oder gar den Landtags- und Bundestagswahlen fortsetzen wird. Dies wäre zweifellos eine weitere Stärkung der Kampagnenfähigkeit der NPD. Ein weiteres Indiz für eine solche Entwicklung ist die aktuelle Situation in Thüringen, wo inzwischen von einer engen Verflechtung zwischen NPD und Kameradschaftsszene bzw. anderen parteifreien Strukturen ausgegangen werden muss. Allerdings ist diese Entwicklung in der sächsischen NPD offenbar nicht unumstritten. Dies gilt besonders für die engere Gefolgschaft von Holger Apfel.

Achtens

Der Wahlerfolg der NPD im September 2004 war vielfach auch damit erklärt worden, dass damals eine rechte Konkurrenz kandidatur vermieden werden konnte. Diese Aussage war zweifellos korrekt. Inzwischen hat sich die Lage drastisch verändert. Regionale Hochburgen der NPD sind auch in Orten auszumachen, in denen es gleichzeitig eine oder mehrere rechte Konkurrenzankünfte gab, die sogar ebenfalls überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten (besonders deutlich zu beobachten im Ostteil des ehemaligen Kreises Riesa-Großenhain). Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass ein erheblicher Anteil der NPD-Wählerschaft inzwischen als Stammwähler bezeichnet werden muss. Der Anteil der so genannten Protestwähler dagegen nimmt weiter ab.

Neuntens

Es lässt sich der Trend beobachten, dass das mit Blick auf die Landtagswahlen 2009 von der DSU initiierte „Bündnis für Sachsen“ (unter anderem mit der Sächsischen Volkspartei [SVP] und den Republikanern) nicht in der Lage sein dürfte, die Hegemonie der NPD innerhalb der extremen Rechten erfolgreich zu brechen. Die DSU selbst hat fast die Hälfte ihrer bisherigen Kreistagsmandate verloren (Rückgang von 23 auf 12 Abgeordnete). Das für die DSU herausragende

Resultat bei der Landratswahl in Nordsachsen (10,9 Prozent) kann zumindest teilweise auch auf den Umstand zurückgeführt werden, dass die NPD in diesem Fall auf einen eigenständigen Wahlantritt verzichtet hatte. Noch desaströser ist das Abschneiden für die Partner der DSU. Bei den wenigen Bürgermeisterkandidaturen der REPs, in der Regel auf dem Ticket der SVP, blieben diese deutlich unter der 5-Prozent-Marke, sammelten also noch nicht einmal nennenswerten Proteststimmen. Die Sächsische Volkspartei des früheren NPD-Landtagsabgeordneten Mirko Schmidt (Meissen) konnte noch nicht einmal die Voraussetzungen für eine eigenständige Kandidatur zum Kreistag erfüllen.

Zehntens

Auch eine Erweiterung des Bündnisses durch die Wählergemeinschaft des Bundestagsabgeordneten Henry Nietzsche (früher CDU), über die gelegentlich spekuliert wurde, dürfte an dieser Einschätzung nur wenig ändern, denn auch dessen Erfolg im Kreis Bautzen (4,7 Prozent im Kreis, 13,2 Prozent bei der Landratswahl) erweist sich als relativ. Außerhalb seines Stammkreises Kamenz lässt die Zugkraft deutlich nach. Doch auch dort blieb das Ergebnis hinter den eigenen Erwartungen zurück, wenn es auch bedrückend ist, dass der rechte Rand der CDU weiterhin ein erhebliches Potenzial für neue Strukturen der extremen Rechten darstellt.

Elftens

Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Glogowski (SPD) äußerte in Bezug auf die Parteien der extremen Rechten und deren Unterschiede in Programmatik, Auftreten, Wählerspektrum und Sozialstruktur: „Ichweigere mich, Scheiße nach Geruch zu sortieren.“ Dem ist zuzustimmen. Zwar sollten diese Unterschiede wie auch lagerinterne Differenzen zur Entwicklung antifaschistischer Gegenstrategien gründlich analysiert werden, doch vertreten sie alle – NPD, REPublikaner, DSU, SVP, Freiheitliche Partei Deutschlands, die Gruppe um Nietzsche – unterschiedslos nationalistische und rassistische Positionen. Kooperation, Absprache oder auch nur Gespräche jenseits des parlamentarisch Notwendigen sind deshalb auszuschließen. Für diese Position ist auch bei den anderen demokratischen Parteien zu werben.

Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschistische Politik der LINKEN. Sachsen

Protestwähler? Überzeugungstäter?

Unterschiedliche Wahlerfolge der NPD in Ost und West und Folgerungen für DIE LINKE

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist der recht unterschiedliche Wahlerfolg der extremen Rechten bei Landtagswahlen der letzten vier Jahre in Ost und West. Während NPD und DVU schon 2004 mit 9,2 Prozent in Sachsen bzw. 6,1 Prozent in Brandenburg in zwei Landtage einziehen konnten und die NPD 2006 mit 7,3 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern einen weiteren Erfolg im Osten verbuchen konnte, bleiben ähnliche Erfolge in westdeutschen Bundesländern bis heute aus. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz verloren die einstmals dort starken Republikaner weiter an Zustimmung, die NPD konnte zwar in beiden Ländern zulegen, jedoch auf äußerst niedrigem Niveau. Ähnlich schlecht bzw. noch desaströser waren die Ergebnisse der Wahlen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg für die extreme Rechte: 1,5 Prozent für die NPD in Niedersachsen, 0,9 Prozent für die NPD und 1,0 Prozent für die Repts in Hessen und 0,8 Prozent für die DVU in Hamburg.

Die Gründe für diese erfreulichen Misserfolge sind vielfältig und unterschiedlich. Sie haben etwas mit der Struktur der jeweiligen Partei vor Ort zu tun, mit ihrer kommunalen Verankerung, dem Verhältnis zu den Kameradschaften usw. Sie haben aber sicher auch etwas mit der politischen Konkurrenz zu tun, in diesem Fall mit der LINKEN, die einen größeren Teil auch der Wählerinnen und Wähler an sich gebunden haben dürfte, die sonst ihr Kreuz bei der extremen Rechten gemacht hätten.

Im Folgenden werden einige Daten aus Wahlanalysen zu den letzten Landtags- und Bundestagswahlen präsentiert und daraus einige Thesen formuliert. Es handelt sich um keine ausgearbeitete Analyse, sondern um eine grobe Skizze. Eine Frage dabei ist, ob die unterschiedlichen Erfolge der extremen Rechten in Ost und West auch etwas mit der unterschiedlichen Wahrnehmung der LINKEN in Ost und West zu tun haben. Hier eine Volkspartei mit realer oder absehbarer Regierungsverantwortung, dort eine Protestpartei, geächtet von allen anderen Parteien und den Medien.

DIE LINKE und die NPD konkurrieren auf der sozial-strukturellen Ebene um eine ähnliche Wählerklientel

Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag 2005 haben Arbeiter und Arbeitslose die

LINKE überdurchschnittlich gewählt. Bei einem nach Ost und West unterschiedlichen Stimmenanteil konnte die LINKE sowohl im Westen wie im Osten unter diesen Gruppen ihre stärksten Ergebnisse erzielen: Bei einem Stimmenanteil West = 4,9 Prozent kam die LINKE hier auf 8 Prozent der Stimmen bei Arbeitern und 13 Prozent der Stimmen bei Arbeitslosen. Im Osten = 25,3 Prozent kam DIE LINKE auf 27 Prozent bei Arbeitern und 39 Prozent bei Arbeitslosen.

Überdurchschnittlich gute Ergebnisse in diesen beiden Gruppen lassen sich auch bei der NPD beobachten: Bei 1,1 Prozent Stimmenanteil im Westen kam die NPD hier auf 3 Prozent bei Arbeitern und 4 Prozent bei Arbeitslosen. Im Osten erreichte die NPD einen Stimmenanteil von 3,6 Prozent und kam bei den Arbeitern auf einen Anteil von 8 Prozent, bei Arbeitslosen von 7 Prozent.

Ähnliche Tendenzen lassen sich auch bei den für die NPD erfolgreichen Landtagswahlen in Sachsen (2004) und Mecklenburg-Vorpommern (2006) erkennen. Bei einem Gesamtergebnis von 9,2 Prozent in Sachsen kam die NPD bei Arbeitern auf einen Anteil von 14 Prozent und bei Arbeitslosen von 18 Prozent. Auch der PDS gelangen bei einem Gesamtergebnis von 23,6 Prozent überdurchschnittliche Werte bei Arbeitslosen (36 Prozent), jedoch kam sie bei Arbeitern nur auf den Wert ihres Gesamtergebnisses von 23 Prozent.

Bestätigt wird dieser Trend durch die Ergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern. Mit 7,3 Prozent zog die NPD in den Landtag ein und kam bei Arbeitern auf 12 Prozent und bei Arbeitslosen sogar auf 17 Prozent. Interessant ist hier, dass die NPD auch bei Selbständigen überdurchschnittliche 10 Prozent der Stimmen erzielen konnte.

Mit 22 Prozent erzielte auch die PDS unter Arbeitslosen ein Ergebnis oberhalb ihres Gesamtanteils von 16,8 Prozent, allerdings blieb sie bei den Arbeitern mit 14 Prozent unter diesem Schnitt.

Deutlich ist, dass LINKE und NPD ihre stärksten Wählergruppen jeweils bei Arbeitern und Arbeitslosen haben, also um ähnliche soziale Segmente der Wählerschaft konkurrieren. Während es der NPD im Osten stärker gelingt, relevante Teile aus diesem Segment für sich zu mobilisieren, gelingt ihr dies im Westen nicht. Die Gründe hierfür sind viel-

fältig, wichtig dürfte jedoch in jüngster Zeit der große Zuspruch gerade dieser Gruppen für die LINKE sein. In Hessen (Gesamt = 5,1 Prozent) kam sie bei Arbeitslosen auf 15 Prozent und bei Arbeitern auf 7 Prozent; in Niedersachsen (Gesamt = 7,1 Prozent) bei Arbeitslosen auf sensationelle 27 Prozent und bei Arbeitern auf 11 Prozent. Die NPD blieb in beiden Ländern schwach. Offensichtlich konnte sie nicht von der in den Erfolgen der LINKEN zum Ausdruck kommenden Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien profitieren. Während die LINKE im Westen als Außenseiter und Nicht-Zugehörige Partei wahrgenommen wird, hat sie diese Rolle im Osten nicht mehr inne. Die überdurchschnittlichen Werte bei Arbeitslosen zeigen zwar auch hier, dass ihr starkes Vertrauen gerade von den abgehängten Teilen der Bevölkerung entgegengebracht wird, ein Teil dieser Gruppe setzt seine Hoffnungen hier jedoch auf die NPD, die auch bei Arbeitern und Selbständigen punkten kann. Eine mögliche Erklärung liegt in der Tatsache, dass die LINKE im Osten – anders als im Westen – als etablierte Partei wie jede andere wahrgenommen wird, womit es ihr schwerer fällt diejenigen zu integrieren, die sich generell vom politischen System abwenden und allenfalls eine Außenseiterpartei wählen – eine Rolle, die die LINKE im Westen noch voll und ganz inne hat.

Politisch apathische Menschen sind am meisten für Ideologien der extremen Rechten anfällig.

Die extreme Rechte hat überall dort, wo sie erfolgreich war, ihre stärksten Gewinne bei den NichtwählerInnen erzielt. Ebenso DIE LINKE.

Zunächst gilt es festzuhalten, dass trotz der Konkurrenz um ähnliche WählerInnensegmente kein oder nur ein sehr geringer WählerInnenaustausch zwischen NPD und LINKER stattfindet. Beide Parteien profitieren dagegen stärker als alle anderen von der Mobilisierung vormaliger NichtwählerInnen. So kann die NPD bei der für sie erfolgreichen Wahl in Sachsen mehr als alle anderen Parteien aus dem Bereich der NichtwählerInnen gewinnen (plus 65.000 Stimmen; zum Vergleich: PDS plus 24.000 Stimmen). Ähnlich in Mecklenburg-Vorpommern: hier gewinnt die NPD 11.000 Stimmen aus diesem Segment, wogegen die PDS,

als Regierungspartei, 22.000 Stimmen an den Bereich der NichtwählerInnen verliert.

Vor dem Hintergrund der oben von Richard Stöss entwickelten These, dass vor allem politisch apathische Menschen und damit häufig NichtwählerInnen für die Ideologie der extremen Rechten anfällig sind und der gleichzeitigen Tatsache, dass LINKE und NPD um ähnliche soziale Segmente bei den WählerInnen konkurrieren ist es für die Wahlchancen der extremen Rechten von einiger Bedeutung, wie die LINKE in diesem Bereich mobilisieren kann. Während sie bei den Landtagswahlen 2008 in Niedersachsen als einzige Partei aus diesem Segment Stimmen zieht (plus 30.000), in Hessen mit plus 26.000 Stimmen als eine von zwei Parteien aus diesem Bereich dazu gewinnt (SPD plus 65.000) und in Hamburg wiederum als einzige Partei aus diesem Bereich dazu gewinnen kann (plus 9.000), sieht das Bild bei den Wahlen in Ostdeutschland differenzierter aus. Während die PDS in Sachsen wie oben dargestellt weit aus weniger als die NPD aus diesem Segment profitieren kann, muss sie in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin selbst Stimmen an die NichtwählerInnen abgeben (MV = minus 22.000; Berlin = minus 64.000). Während die NPD in Mecklenburg-Vorpommern einen vollen Erfolg verbuchen konnte, lässt sich für Berlin nur von einem relativen Erfolg sprechen (NPD = 2,6 Prozent). Trotz der größeren Relevanz von Variablen wie regionaler Verankerung, Personal, rechter Szene, historischer Verankerung u. a. für den Erfolg der extremen Rechten, lässt sich die These aufstellen, dass die LINKE ein wichtiger Faktor für die Verhinderung rechter Wahlerfolge ist. Verliert die LINKE selbst an Zustimmung und wird als Partei wie alle anderen wahrgenommen, steigen die Wahlchancen für die extreme Rechte.

Protestwähler – ohne politische Überzeugungen?

Auch Protestwähler haben Überzeugungen (oder Affekte), insofern müssen sich Protestmotiv (gegen die herrschenden Zustände) und extrem rechte Überzeugungen nicht ausschließen, sie können jedoch zu ganz unterschiedlichen Wahlentscheidungen führen. Ausländerfeindlichkeit findet sich bei den Anhängern der LINKEN in überdurchschnittlichem Maße, stärker nur bei der NPD und bei den Nichtwählern.

Die Protestthese, bezogen auf die Wahl einer Partei der extremen Rechten, wird vor allem von links zurecht häufig kriti-

siert, besteht doch hier die Gefahr, dass die Entscheidung für eine rassistische und nationalistische Partei zu votieren, entpolitisiert wird. Wer eine Partei wie die NPD oder DVU wählt, hat auf jeden Fall Affinitäten zu rassistischen Überzeugungen. Umgekehrt zeigt die empirische Forschung zu politischen Einstellungen der deutschen Bevölkerung jedoch, dass nur ein kleiner Teil derjenigen, die rassistische, nationalistische und geschichtsrevisionistische Einstellungen haben, Parteien der extremen Rechten wählen. Außerdem können ganz unterschiedliche Einstellungen und politische Motive miteinander verbunden werden, zum Beispiel die abstrakte Forderung nach einer gerechteren Gesellschaft und die aktive Abgrenzung von MigrantInnen. Insofern ist es keineswegs ungewöhnlich, dass Menschen mit rassistischen Einstellungen DIE LINKE wählen. Umgekehrt bedeutet das, dass die Wahlentscheidung für DIE LINKE keineswegs dauerhaft vor extrem rechten Einstellungen oder gar Wahlentscheidungen schützt.

Die empirische Studie von Oliver Decker und Elmar Brähler („Vom Rand zur Mitte“) zeigt, dass die Zustimmung zu „ausländerfeindlichen“ und rassistischen Aussagen in Deutschland erschreckend hoch ist, mit einem Übergewicht im Osten. So stimmen 37 Prozent der Aussage zu: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (West = 35,2 Prozent, Ost = 43,8 Prozent). Den Satz: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“, unterstützen 34,9 Prozent der Befragten (West = 34 Prozent, Ost = 38,4 Prozent) und schließlich finden 39,1 Prozent: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“ (West = 38,8 Prozent, Ost = 40,5 Prozent). Aus LINKER Sicht äußerst bedenklich ist die Tatsache, dass von den Anhängern der LINKEN 33,3 Prozent den genannten Aussagen zustimmen – mehr als bei allen anderen demokratischen Parteien (CDU = 28,1 Prozent, NPD/DVU/Rep = 66,7 Prozent, Nichtwähler = 43,3 Prozent). Ein Grund für diese hohe Zustimmung bei WählerInnen der LINKEN dürfte in der in den Aussagen zum Ausdruck kommenden Konkurrenzwahrnehmung gegenüber den ZuwandererInnen liegen, was vor allem für die bei der LINKEN überdurchschnittlich vorhandenen Arbeitslosen und Arbeiter zutreffen könnte, sich aber bis hin zu Selbständigen findet, die ihren Status durch die wirtschaftliche Entwicklung bedroht se-

hen. Nicht erklärt ist damit der ebenfalls in den Aussagen vorhandene allgemeine Rassismus.

„Ausländerfrage“ für Wähler der Rechten als Lösung der sozialen Frage

Für die Wähler der extremen Rechten und für weite Teile der Bevölkerung besteht zwischen sozialer Frage und Zuwanderung ein enger Zusammenhang. Die so genannte Ausländerfrage wird als Mittel zur Lösung der sozialen Frage angesehen. Die soziale Krise ist in Ostdeutschland deutlich stärker ausgeprägt. Insofern spielt hier dieser Zusammenhang eine noch größere Rolle.

Die extreme Rechte verknüpft die soziale Frage mit dem Rassismus und bietet so „Lösungen“ an, die vielen als einleuchtend erscheinen: „Ausländer raus und Arbeitsplätze nur für Deutsche“, dies ist die Kurzformel für alle Thematisierungen der sozialen Frage von rechts. In Maßen erfolgreich kann die extreme Rechte damit nur sein, weil sie an einen Diskurs anknüpft, der weit in der Mitte der Gesellschaft seinen Ursprung hat und in dem Zuwanderung vor allem als Belastung und Bedrohung des eigenen Reichtums thematisiert wird. Diese Form der „Ethnisierung der sozialen Frage“ wird von der bürgerlichen Mitte seit Beginn der neunziger Jahre massiv vorangetrieben und hat die Funktion, von den tatsächlichen und der kapitalistischen Entwicklung immanenten Gründen für die soziale Krise abzulenken. Ethnische Zugehörigkeit, Nation und „Leitkultur“ werden als Angebote der Integration gemacht, die immer schlechter über die soziale Einbindung funktioniert. Die Debatten von der Abschaffung des Asylrechts, über diverse Leitkulturdebatten bis hin zum jüngsten Wahlkampf von Roland Koch sind Beispiele dieses Diskurses. Nur vor diesem Hintergrund lassen sich die Teilerfolge der extremen Rechten erklären, die vorhandene Diskurse in der Mitte der Gesellschaft aufgreifen und zuspitzen.

DIE LINKE muss dieser Form des Integrationsangebots ein glaubwürdiges eigenes Angebot entgegenstellen. Ein Angebot, das auf Inklusion, nicht auf Exklusion ausgerichtet ist. Aus diesem Grund ist die offensive Auseinandersetzung mit dem Rassismus von rechts aber auch aus der Mitte der Gesellschaft für die LINKE so wichtig, denn nur so kann sie für ihre politischen Angebote überzeugend werben.

Abschließend sollen einige Fragen und Diskussionspunkte aufgeworfen werden:

Erstens: Wenn LINKE und NPD bei Menschen ohne Arbeit und abhängig Beschäftigten um die gleiche Wählerklientel konkurrieren, wie schaffen wir es, die Menschen längerfristig an uns zu binden und somit der Gefahr einer möglichen Abwendung zur extremen Rechten vorzubeugen? Die NPD verspricht schnelle und einfache Lösungen: Ausländer raus – Arbeit für Deutsche. Die Linke (im weiteren Sinne) hat demgegenüber das Problem, dass ihre Gesellschaftsanalyse zumeist komplexer Art ist und die von ihr angebotenen Lösungen als abstrakt und nicht zu verwirklichen erscheinen. Eine Komplexitätsreduktion im Sinne klarer Vorschläge ist also sinnvoll. Aber: Was verspricht die Linke? Und was passiert, wenn es keine schnellen Lösungen gibt? Wohin werden sich diejenigen wenden, die unvermeidlich enttäuscht über LINKE Regierungsbeteiligungen seien werden, weil sich ihr konkrete Situation nicht durchgreifend verbessert? Läuft DIE LINKE Gefahr, mehr zu versprechen als sie halten kann und produziert sie damit neue Enttäuschungen und Abwendungen von Politik und Demokratie?

Zweitens: Die NPD wird von ihren WählerInnen als fundamentale Opposition gesehen und entfaltet damit vor allem für diejenigen Attraktivität, die sich vom politischen System angewandt haben und von hier keine Verbesserung ihrer Lage erwarten. Kann die LINKE also nur als fundamentale Opposition die Wahl der NPD blockieren? Im Westen wird die LINKE als fundamentale Opposition gesehen, ähnlich ist ihre Rolle im Bund. In den ostdeutschen Bundesländern dürfte die Wahrnehmung eine andere sein. Gehört die LINKE hier in der Wahrnehmung der WählerInnen zum Establishment? Begründet sich daraus die Abwanderungen zahlreicher früherer WählerInnen der LINKEN ins Nichtwählerlager in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin? Umgekehrt stellt sich die Frage: Wie lange lassen sich WählerInnen mit einer radikalen Attitüde binden, wenn ihre Erwartungen an Politik auf die (schnelle) Verbesserung der eigenen Lage gerichtet sind?

Drittens: Bedeutet der Weg in Regierungsverantwortung unter gegebenen Umständen, dass man aus Sicht des

politisch apathischen Teil der Bevölkerung (typische Nicht-WählerInnen) automatisch Teil des etablierten Systems wird und damit die Hoffnungen auf die nächste Außenseiterpartei projiziert werden? Lässt sich die Rolle des parlamentarischen (und Regierungs-) Mitspielers mit dem Vertretungsanspruch für die sich ausgegrenzt fühlenden verbinden? Wie kann eine immer von Kompromissen gekennzeichnete Parlaments- und Regierungspolitik in diesem Sinne aussehen?

Viertens: Wie geht die LINKE damit um, dass unter ihren Anhängern die Zustimmung zu rassistischen Aussagen hinter den Nichtwählern und der NPD am höchsten ist? Ist das Anlass, für eine verstärkte Thematisierung dieses Themas von Seiten der Partei? Oder läuft eine umgekehrte Strategie: das Thema bloß nicht ansprechen, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen? Kann sich die Gefahr eines bewussten Werbens mit rechten Ideologieelementen ergeben?

Dr. Gerd Wiegel

Erster Mai 2008: Rechtsextremistische Anstrengungen, demokratische Gegenwehr und die Rolle der staatlich Zuständigen¹

Zum 100. Jahrestag der Erstürmung der Bastille tagte in Paris am 14. Juli 1889 ein internationaler Kongress von 400 Vertretern sozialistischer Parteien und Gewerkschaften. Ein französischer Delegierter brachte dort folgende Resolution ein: „Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen (...). In Anbetracht der Tatsache, dass eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund (...) für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.“ Ursprünglich als einmalige Aktion geplant, ist der 1. Mai bis heute für Gewerkschafter und Sozialisten ein besonderer Tag geblieben. In vielen Ländern ist der 1. Mai ein gesetzlicher Feiertag geworden, so in Deutsch-

land seit Beginn der Weimarer Republik. Für den 1. Mai in Deutschland gehört die Erinnerung an den Berliner „Blutmai“ 1929² sowie an den Missbrauch dieses Tages durch die Nazis, die ihn zum „Tag der Nationalen Arbeit“ erkoren, hinzu.

Rechtsextremistische Anstrengungen

Der Hamburger NPD-Funktionär Christian Worch, der in den letzten Jahren deutschlandweit häufig rechtsextremistische Demonstrationen anmeldete und bei ihnen Regie führte, zog nach den eklatanten Wahlniederlagen rechtsextremistischer Parteien zu den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen unter anderem die Schlussfolgerung: Wir müssen weiter auf die Straße gehen, dann werden uns die Medien schon nicht mehr (wie im Wahlkampf) ignorieren, sondern über uns berichten. Die Straße zu behaupten bleibt eine von vier Grundsäulen des politischen Handelns³ rechtsextremistischer Parteien und auch gewaltbereiter, mit den Par-

teien zum Teil in Konflikten befindlichen so genannten Freien Kameradschaften. Demonstrationen bieten außerdem gute Gelegenheiten für öffentlich wirksame Aktivität und Chancen zur Rekrutierung neuer Anhänger.

Der 1. Mai gehört zu den drei wichtigsten Demonstrationen deutscher rechtsextremistischer Gruppierungen, zu denen bundesweit mobilisiert wird und zu denen auch Gleichgesinnte aus dem Ausland eingeladen werden.⁴

Bei den Aktivitäten rechtsextremistische Parteien und Organisationen in Deutschland, insbesondere der NPD, am 1. Mai spielen drei konzeptionelle Überlegungen eine zentrale Rolle, die offener als bei anderen Gelegenheiten zur Sprache kommen.

Erstens: Nur wir treten am konsequentesten für die Rechte der sozial Schwachen ein, das unterscheidet uns von allen „Systemparteien“, auch von der Partei DIE LINKE.

Zweitens: Lösungen der sozialen Frage(n) gehen nur national und am

besten bei Rückführung möglichst vieler, am besten aller Ausländer in ihre Herkunftsländer.

Drittens: Wir knüpfen am 1. Mai bewusst an die geschichtliche Tradition des „Tages der Nationalen Arbeit“ an.

Zu einzelnen ausgewählten Ereignisorten: Nürnberg, Hamburg, Berlin

Nürnberg
Dorthin hatte die Parteiführung der NPD als ihre zentrale Veranstaltung am ERSTEN MAI mobilisiert. An einer Gegendemonstration zum Aufmarsch der Rechtsextremisten nahmen circa 10.000 Menschen teil (Angaben der Organisatoren der Gegendemonstration). Sie folgten damit nicht dem Vorschlag des Oberbürgermeisters von Nürnberg May, den Rechtsextremisten „die kalte Schulter“ zu zeigen, deren Marsch durch Nichtbeachtung zu einem „Geisterlauf“ werden zu lassen. Im Gegenteil, auch der bayrische Ministerpräsident Beckstein ergriff das Wort: „Wir wollen die Nazibande hier nicht haben.“ Demonstration und Gegendemonstration verliefen insgesamt friedlich.

Der Parteivorsitzende der NPD Udo Voigt hatte in seiner Ansprache erneut die politische Hauptrichtung des Agierens der Partei in den Mittelpunkt gestellt, zu der seit März 2008 auch eine längerfristige Kampagne der Partei läuft: „Sozial geht nur national!“

Hamburg

Die Demonstration der Rechtsextremisten in Hamburg, an der circa 1.500 Personen aus verschiedenen Bundesländern und auch aus dem Ausland teilnahmen, war von Inge Nottelmann, die seit mehr als fünfzehn Jahren in der Neonazi-Szene aktiv ist, angemeldet worden. Das Motto der Demonstration: „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen. Gemeinsam gegen Globalisierung.“

An der Gegendemonstration nahmen etwa 10.000 Personen teil.

Erste Anmerkung: Die Teilnehmerzahlen in Nürnberg und Hamburg zeugen für beide Seiten auch von einer neuen Stufe der Fähigkeit zur Mobilisierung der jeweiligen Anhänger.

Der 1. Mai in Hamburg war offensichtlich der Beginn einer neuen qualitativen Stufe gewalttätiger Auseinandersetzung insbesondere von „rechts“, aber auch von „links“ und (wie schon bei den G 8-Protesten) staatlicherseits – hier vor allem im Einsatz gegen linke Gegendemonstranten.

Im Vorfeld wie im Nachhinein gibt es von den Beteiligten an den Auseinandersetzungen

in Hamburg äußerst kontroverse Bewertungen des Geschehens wie auch Vorschläge für notwendige Konsequenzen: Die Hamburger Polizei warf den Justizorganen vor, dass ihre Erlaubnis für eine Gegendemonstration linker Kräfte (was diese als Erfolg verbuchen) zur Eskalation der Situation beigetragen habe. Seitens der Polizei wurde behauptet, dass es ohne ihr Eingreifen in Hamburg Tote gegeben hätte. Gegendemonstranten wie Polizei waren überrascht von der aggressiven Gewalt rechtsextremistischer Demonstranten, die sich in ungewohnter Weise über Auflagen hinwegsetzten und auch vor Angriffen auf Polizisten nicht zurückschreckten.

In der Hamburger Bürgerschaft kam es nach dem 1. Mai zu heftigen Debatten. Bemerkenswert daran ist, dass auch die Grünen dort das Demonstrationsrecht für Neonazis verteidigten. Die Fraktion DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft machte hingegen darauf aufmerksam, dass das Verhalten der Rechtsextremisten die Forderung nach einem neuen Anlauf für ein NPD-Verbot erhärten. Die Tatsache, dass rechte Randalierer schon bei ihrer Anreise einen ganzen S-Bahn-Zug kapern und über den Zuglautsprecher verkünden konnten, dass Deutsche und Ausländer künftig wieder getrennt reisen würden, letztere in Viehwaggons, erfüllt schon ohne NPD-Verbot gültige Straftatbestände.⁵

Der Hamburger Verfassungsschutz berichtet unter anderem: „Die von der Hamburger Kameradschaftsszene angemeldete und von der NPD unterstützte 1. Mai-Demonstration war mit ca. 1.500 Teilnehmern der größte rechtsextremistische Aufmarsch seit der Kundgebung gegen die Wehrmachtsausstellung im Januar 2004. Am Ende des Zuges traten etwa 350 schwarz gekleidete und aggressiv auftretende Personen als ‚Schwarzer Block‘ auf. Neben friedlichen Protesten mehrerer Tausend Gegendemonstranten kam es auch zu massiven Ausschreitungen militanter Linksextremisten, die sich vor allem gegen Polizisten und das Eigentum Unbeteiligter richteten.“⁶

Zweite Anmerkung: Wie schon in anderen Zusammenhängen und von verschiedenen Seiten registriert: „Rechte“ und „Linke“ kann man heutzutage weder am Outfit noch an der Tatsache der Bildung „schwarzer Blöcke“ unterscheiden.

Berlin

In Berlin zahlte sich erneut das Deeskalierungs-Konzept der Veranstalter vieler Aktivitäten zum 1. Mai wie auch der

staatlich Zuständigen (Kommunalpolitiker, Polizei, Verfassungsschutz) aus.

In der so genannten Walpurgisnacht lieferten sich junge Autonome und Kräfte der Polizei die rituell üblichen Rangeleien, ohne dass es zu größeren gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Doch die diesjährige Ruhe ist wohl eher trügerisch: Anzunehmen ist, dass gewaltbereite linke Autonome aus Berlin diesmal nach Hamburg führen.

Zufriedenheit und Erleichterung über weniger Gewalt als in den Jahren zuvor bestimmt für Berlin die Einschätzung in den Medien. Die „Berliner Morgenpost“ kommt beispielsweise zu folgender Einschätzung:

„Randale und Straßenkämpfe rund um den diesjährigen 1. Mai hielten sich in Berlin in Grenzen. Alle Beteiligten haben aus den Schlachten vergangener Jahre gelernt. Das ist das bessere Fazit. Das schlechtere: Von friedlichen Mai-Feiern kann noch immer nicht gesprochen werden angesichts von mehr als 130 Festnahmen, 90 verletzten Polizisten und einem vor dem Mob flüchtenden Polizeipräsidenten. Die Bilanzen am Tage danach sowohl der Veranstalter der Kreuzberger May-Feste, der örtlichen Bezirkspolitiker wie der Polizeiführung erwecken dagegen den Eindruck von Friede, Freude, Eierkuchen. Das ist bedenklich, weil solche Reaktion von der Verdrängung einer eigentlichen Selbstverständlichkeit kündigt. Berlin darf sich nicht daran gewöhnen, dass der Mai nur unter dem Schutz tausender Sicherheitsbeamter begrüßt werden kann, dass man sich damit zufrieden gibt, wenn weder Straßenschlachten toben noch Autos brennen.“⁷

In Marzahn-Hellersdorf wurden an einem leer stehenden Gebäude in der Nacht zum 1. Mai Transparente von sogenannten Nationalen Sozialisten angebracht: „Arbeit, Freiheit, Brot für unser Volk!“.

Demokratische Gegenwehr

Erfolge wie Defizite demokratischer Gegenwehr seien stellvertretend für Kaiserslautern, Neustadt⁸ und Hamburg demonstriert.

Circa 800 Demonstranten in Kaiserslautern und über 1.000 Demonstranten in Neustadt machten den Neonazis mehr als deutlich, dass es für sie in der Vorderpfalz nichts zu holen gibt.

Kaiserslautern

Trotz Totschweigens der antifaschistischen Gegendemonstration und erfolgloser Ignoranz durch die Kaiserslauterer Stadtregierung versammelten sich

circa 800 Bürgerinnen und Bürger auf dem Bahnhofsvorplatz, um den 300 Neonazis ihr ‚Herzlich Willkommen‘ zu demonstrieren. Die Neonazis mussten bis 12 Uhr warten, bis sie sich vollständig versammelt hatten.

Bei den Vorbereitungen der Demonstration zeigte sich wieder einmal, wer es mit dem Antifaschismus Ernst meint und wer sich damit nur schmückt. Im Kaiserslauterer Stadtrat zeigten sich nur die Grünen interessiert, die anderen Parteien versuchten erfolglos, das Thema zu ignorieren. Im Organisationskomitee der Demonstration beteiligten sich neben der LINKEN auch das städtische Jugendparlament, VVN-BdA und andere. Bereits während der Vorbereitungen scherte die der SPD nahe stehende „Friedensinitiative Westpfalz“ aus der gemeinsamen Vorbereitung aus und organisierte unter dem gemeinsamen Label eine „eigene“ Veranstaltung, die den Rathausparteien die Möglichkeit gab, nicht an der Demonstration teilnehmen zu müssen und dennoch „etwas gegen Rechts getan zu haben“.

Diese Veranstaltung wurde selbst von der in der Region führenden Zeitung „Rheinpfalz“ mit Häme überzogen. Das Bündnis nahm diese Veranstaltung mit Entrüstung zur Kenntnis. DIE LINKE stellte in einem einstimmigen Vorstandsbeschluss, als einzige Partei in Rheinland-Pfalz, dem Bündnis auf ihrer Landes-Website Platz für seinen Aufruf zur Verfügung; Vertreter der IG Metall sagten die Unterstützung der Gewerkschafter zu, die an der parallel zur Demonstration laufenden DGB-Veranstaltung teilnahmen. Sollten sich wider Erwarten zu wenige Demonstranten gegen die Nazi-Veranstaltung einfinden, würden per Telefon-Hotline Gewerkschafter aus der DGB-Veranstaltung die Reihen der Antifaschisten verstärken.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz und der Stadtverband der LINKEN waren mit einem starken Kontingent an der Demonstration beteiligt. In Redebeiträgen verdeutlichten die Vertreter der Partei ihre Position: „Es ist eine Frechheit, dass die Nazis den Tag der Arbeit für sich in Anspruch nehmen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen.“ Gefordert wurde ein kompromissloses Verbot der NPD und ihrer „nationalen Kameradschaften“.

Nach weiteren Redebeiträgen, unter anderem durch die Vertreterin des Jugendparlamentes und weiterer Bündnispartner sowie dem abschließenden Marsch durch die Kaiserslauterer Innenstadt, endete die Demonstration wieder auf dem Bahnhofsvorplatz. Ein Redner des

Bündnisses wies darauf hin, dass Adolf Hitler nach wie vor Ehrenbürger der Stadt sei.

Vom Bahnhofsvorplatz aus versuchte eine große Gruppe zum Ausgangs- und Endpunkt der Nazi-Demo zu gelangen, wurde aber durch ein großes Polizeiaufgebot daran gehindert. Nach dreimaliger Aufforderung der Polizei zogen sich die Gegendemonstranten wieder zurück. Nachdem die Nazis in die Bahn nach Neustadt gestiegen waren, löste sich die erfolgreiche antifaschistische Demonstration auf.

Neustadt

Bereits während der Vorbereitung zeigte sich die taktische Ausrichtung des Neustadter Bündnisses. Das Thema „Antifaschismus“ wurde unter der Führung von DGB und Kirche sehr „weich gespült“ behandelt. Die Veranstaltung sollte mit Musik garniert werden, die Rathausparteien konnten nach dem Gottesdienst als erste ihre Positionen darstellen. DIE LINKE, die VVN-BdA liefen unter „sonstiges“ am Ende der Veranstaltung.

Über 1.000 Demonstranten versammelten sich auf dem Neustadter Marktplatz und vor dem Bahnhof. DIE LINKE und die „Unabhängigen“ der VG Lambrecht waren als politische Organisationen mit einem Infostand vertreten. Die bürgerlichen Parteien CDU, FDP und FWG sowie die SPD beschränkten sich auf einen medienwirksamen Auftritt auf der Bühne, um ihren „Widerstand“ gegen den Neofaschismus zu bekunden. Pünktlich um 15 Uhr begannen in Neustadt alle Glocken zu läuten, was im Mittelalter immer bedeutete, dass entweder der Feind vor den Toren stand oder die Pest ausgebrochen war.

Während auf dem Marktplatz die „bürgerliche“ Demo mit Gottesdienst und Reden von Gewerkschaften, Parteien und Organisationen abließ, fand der wahre Widerstand vor dem Bahnhof statt. Hunderte Antifaschistinnen und Antifaschisten verhinderten den Marsch der Rechten durch Blockaden, so dass die Polizei die Neonazis aufforderte, wieder in ihre Züge zu steigen und abzufahren. Den Neonazis wurde somit klar gemacht, dass sie weder in Neustadt noch sonst wo erwünscht sind.

Hamburg

Im Vorfeld der Hamburger Demonstrationen kritisierte der Schauspieler Rolf Becker in einem Interview, dass der DGB von seiner ursprünglichen Planung für diesen Tag abwich, um einem Konflikt mit anderen Demonstrierenden aus dem Wege zu gehen:

„Junge Welt: Man rechnet damit, dass am 1. Mai etwa 1.000 Neofaschisten durch den Hamburger Stadtteil Barmbek marschieren. Die dort vorgesehene Mai-Kundgebung hat der DGB nach St. Pauli verlegt. Das ist von Ihnen und weiteren Gewerkschaftern kritisiert worden. Warum?

Rolf Becker: Wenn die Rechtsextremisten am 1. Mai aufmarschieren, knüpfen sie an das Konzept ihrer faschistischen Vordenker von 1933 an: Gewerkschaftliche Themen besetzen und gewerkschaftliche Passivität nutzen, um Mitglieder zu vereinnahmen und Massenanhänger zu gewinnen. Einer solchen Entwicklung muss frühzeitig entgegengetreten werden. Wir kritisieren, dass die Gewerkschaftsmitglieder nicht sofort informiert und mobilisiert wurden, als bekannt wurde, dass am 1. Mai in Hamburg ein Aufmarsch der Neonazis bevorsteht.“⁹

Die Rolle der staatlich Zuständigen

Insbesondere in Hamburg versuchten Justizorgane und Polizei sich gegenseitig die Hauptverantwortung dafür zuzuschreiben, dass man einerseits die juristischen Voraussetzungen für die Neonazi-Aufmärsche durch allzu laxen Genehmigungen der Verwaltungsgerichte erst geschaffen habe und andererseits die Polizei sich als unfähig erwies, mit einer ihr rechtzeitig bekannten Lage richtig umzugehen.

Nicht nur in Hamburg wurde deutlich, dass der Einsatz verdeckter Ermittler in der rechtsextremistischen Szene keinen Nutzen gebracht hat, die zu erwartende Lage richtig einzuschätzen und effektivere Mittel für Gegenmaßnahmen einzusetzen. Auch aus dieser konkreten Sicht wird die Nützlichkeit solcher V-Männer mehr als fragwürdig.

Führende Politiker der bürgerlichen Parteien wie auch der SPD nutzten die willkommene Gelegenheit, sich als Vorkämpfer für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen den Rechtsextremismus wahlwirksam zu profilieren.

Einige Schlussfolgerungen

Aus der Sicht der dramatischen Ereignisse am 1. Mai 2008 wie auch in Kenntnis anderer in diesem Jahr durchgeführter Aktivitäten von Rechtsextremisten – zum Beispiel bei Wahlkämpfen – bedarf es für eine zutreffende Analyse tatsächlicher unter anderem um die Bewertung folgender Trends:

Erstens: Inwieweit hat sich die zu beobachtende Kluft zwischen so genannten Freien Kameradschaften und rechtsextremistischen Parteien auf längere Frist

vertieft? Funktioniert trotz allem die Arbeitsteilung bzw. Zusammenarbeit zwischen „Nazis in Nadelstreifen“ und gewalttätigen Schlägern?

Zweitens: Haben wir es mit einer neuen Quantität und vielleicht auch Qualität rechtsextremistischer, offensiver Gewaltausübung zu tun? Wenn ja, wie ist dem wirksam zu begegnen – zivilgesellschaftlich wie durch stärkeres Engagement der staatlich Zuständigen?

Drittens: Wie ist umzugehen mit eskalierender staatlicher Gewalt, die sich eindeutig stärker gegen Antifaschisten richtet als gegen Rechtsextremisten?

Viertens: Eine Debatte um Gewalt von „links“, ihre Berechtigung, ihre Motive,

ihre gesellschaftliche Legitimität, auch vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen, erscheint dringend vonnöten.

Dr. Horst Helas

¹ Diese Information basiert auf der Auswertung des Informationsdienstes IDAFAR, auf eigenem, eher zufälligem Studium von Medienberichten sowie auf Informationen von Kollegen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Partnern in einzelnen Bundesländern.

² Vgl. Thomas Kurz: „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Bonn 1988.

³ Die anderen drei Grundsäulen sind: „Eroberung der Köpfe“, „Eroberung der Parlamente“ und neuerdings die so genannte „Wortergreifungsstrategie“. Rechtsextremisten tauchen immer häufiger auf Veranstaltungen demokratischer Parteien und Organisationen auf, um mit zu diskutieren. Das

von ihnen zumeist vorgebrachte Argument lautet: Rechtsextremistische Parteien seien demokratisch gewählt worden und ihnen stünden deshalb alle demokratischen Rechte zu, die andere auch für sich in Anspruch nehmen.

⁴ Die anderen beiden sind: Veranstaltungen zur Erinnerung an die alliierten Bombenabwürfe 1945 über Dresden (Februar) und das jährliche Rudolf-Hess-Gedenken, möglichst an seinem Grab im bayerischen Wunsiedel (August). Wenn ein Aufmarsch direkt in Wunsiedel (wie 2007) wieder verboten werden sollte, ist zu erwarten, dass Rechtsextremisten an verschiedenen Orten in Deutschland Ersatzveranstaltungen durchführen werden.

⁵ Zur Debatte in der Hamburger Bürgerschaft vgl. junge Welt, 9.5.2008, S. 4.

⁶ Siehe: www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de, 7.5.2008.

⁷ Berliner Morgenpost, 3.5.2008.

⁸ Diese Informationen verdanke ich der Landesarbeitsgemeinschaft Rechtsradikalismus Rheinland-Pfalz.

⁹ junge Welt, 29.4.2008, S. 2.

Auf dem Seziertisch: Das NPD-Grundsatzprogramm. Du bist nichts, Dein Volk ist alles!

Eines kann man der NPD nicht vorwerfen – dass sie mit ihrer Weltanschauung hinterm Berg hält. Ein genauer Blick genügt – aber nicht auf die gefälligen Flugblätter, die die Partei so gern verteilt, sondern in ihr Grundsatzprogramm. Es ist ein dünnes Dokument gerade 14 Seiten stark, 1996 wurde es vom Parteitag beschlossen.

Gleich unter Punkt 1 geht es da um „die Grundlage des Staates“, und sofort wird klar, dass die NPD eine eindeutig rechtsextremistische Partei ist, genauer gesagt: eine völkische:

„Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen.“

Das liest man. Und stockt. Hier wird – in einem schlichten wie folgenschweren Satz – die Menschenwürde an Voraussetzungen gebunden. Dabei ist die große Errungenschaft von Humanismus und Aufklärung, von freiheitlichen Revolutionen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahre 1948, dass die Würde des Menschen keine Grundlage hat als den Menschen selbst. Durch seine Geburt steht jedem Menschen ein unveräußerliches Recht auf Achtung seiner Menschenwürde zu – und zwar jedem Menschen. Jeder Mensch ist gleich darin, diese Würde darf ihm nicht genommen, nicht angezweifelt werden – egal welche Hautfarbe er hat, wer seine Eltern sind, ob er behindert ist oder nicht und für das Volk irgendeinen Nutzen bringen kann. Für die NPD gilt alles das nicht. Der zitierte Satz klingt wie eine nur kleine Akzentverschiebung, aber er hat weitreichende

Folgen: Indem die Partei die Würde des Menschen außerhalb seiner selbst begründet – nämlich in Volkstum und Kultur – schränkt sie seine Rechte ein. Und das zeigt sich schon im folgenden Satz: **„Deswegen trägt der Staat, dessen Aufgabe der Schutz der Menschenrechte ist, Verantwortung für das Volk.“**

Nicht der Mensch also ist vom Staat zu achten, sondern ein – wie auch immer zu definierendes – Kollektiv. „Das Volk“ steht im Mittelpunkt aller Politik, dies ist der Kern der Partei-Ideologie. Deshalb ist die NPD eine „völkische Partei“.

Was ist nun so schlimm daran? Ist nicht ein einzelner Mensch wirklich verloren ohne andere Menschen? Mag ja sein. Gibt man aber den Menschen als Ursprung der Menschenwürde einmal auf, lässt man den Einzelnen schutzlos zurück – im Extremfall kann er sich nicht mehr gegen die Willkür der Mehrheit oder die des Staates wehren. Im Interesse „des Volkes“, so könnte ein NPD-Kader argumentieren, müsse das Interesse des Einzelnen schon mal zurückstehen. Er müsse Opfer bringen, vielleicht sogar sein Leben. Und wenn er das nicht einsehe, dann werde man ihm das schon beibringen ...

Dies ist der grundsätzliche Unterschied zwischen allen demokratischen Parteien der Bundesrepublik – von ganz rechts bis ganz links, von CSU bis zur LINKEN: bei ihnen steht der einzelne Mensch im Mittelpunkt. In der Bundesrepublik mit ihrem Grundgesetz kann sich das Individuum gegen Eingriffe in seine Grundrechte wehren – nicht zuletzt mit dem

Gang zum Bundesverfassungsgericht. In einem NPD-Staat ginge das nicht mehr. Im „Politische Lexikon“ der Partei, in dem die NPD auf ihrer Internet-Seite die Grundbegriffe ihrer Weltanschauung erklärt, heißt es denn auch unverblümt:

„Die Volksgemeinschaft schafft die Verpflichtung für die Mitwirkung aller im Volk.“

Um es nochmal ganz klar zu sagen: Natürlich soll sich jeder einzelne Mensch auch für andere einsetzen. Selbstverständlich kann eine humane Gesellschaft nicht auf purem Egoismus basieren, sondern braucht Solidarität. Aber wenn der Einzelne dazu gezwungen werden kann, dann sind Unfreiheit und Diktatur Tür und Tor geöffnet. „Das Volk“ ist bei der NPD übrigens eine ethnisch und rassistisch homogene Gemeinschaft. Für die Partei ist biologisch und genetisch vorbestimmt, wer dazugehört – und wer nicht. Deshalb kann sich bei der NPD niemand aussuchen, für welche Gruppe von Menschen er sich einsetzen oder auch Opfer bringen möchte.

Der einzelne Mensch zählt für die NPD nicht viel. Wichtig ist, was er für „das Volk“ tun kann. Im zweiten Kapitel des NPD-Programms zeigt sich das überdeutlich. Dort geht es um Familienpolitik – für alle Parteien derzeit ein großes Thema. In der Tat ist es wichtig für eine humane Gesellschaft, dass sie familien- bzw. kinderfreundlich ist. Mit sicherem Gespür für das Populäre fordert die NPD „mehr Kindergartenplätze“ und „500 Euro Kindergeld“. Ein Recht darauf soll bei der NPD aber nur „jedes deutsche Kind“

haben – und „deutsch“ ist bei der NPD nur, wer über Generationen die richtigen Vorfahren hat. Die NPD setzt sich außerdem gegen Schwangerschaftsabbrüche ein. Wird irgendwo im Land ein schlimmer Fall von Kindesmissbrauch öffentlich, ist sie schnell mit einer Demonstration vor Ort, die „Todesstrafe für Kinderschänder“ verlangt. Der tieferen Sinn ihrer Familienpolitik offenbart

sich wieder im Grundsatzprogramm: „Die Familie ist Träger des biologischen Erbes.“

Sie ist also nur Mittel zum Zweck. Und weiter:

„Ein Volk, das tatenlos zusieht, wie die Familie zerstört wird oder ihre Kraft verliert, wird untergehen, weil es ohne gesunde Familien kein gesundes Volk gibt.“

Kinder und Familie sind aus einem Grund wertvoll: weil sie dem Rasse-, äh, Volkserhalt dienen. Will man die gesamte Ideologie der NPD auf einen Satz bringen, dann auf diesen: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles!“ Er steht übrigens nicht im NPD-Grundsatzprogramm, sondern stammt von der NSDAP.

Toralf Staudt

Eine Dauerausstellung zu „Flucht und Vertreibung“ in Berlin?

Sichtbares Zeichen „in der Kontinuität der Verständigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland seit ihren Anfängen“?

Im bundeseigenen Deutschlandhaus zwischen Anhalter Bahnhof und Potsdamer Platz in Berlin-Mitte soll auf 2.000 Quadratmetern Gesamtfläche ein „sichtbares Zeichen der Erinnerung an Flucht und Vertreibung“ geschaffen werden, das aus einer Dauerausstellung, einer Fläche für Wechsellausstellungen sowie einem Dokumentations- und Informationszentrum besteht. Als staatliche Aufgabe liegt die Errichtung, so lautet das Konzept des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann (CDU), in dessen eigener Verantwortung. Dafür soll unter der Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums (DHM) eine unselbständige Stiftung gegründet werden. Die Bundesregierung finanziert den Umbau des Gebäudes mit 29 Millionen Euro und übernimmt die laufenden Kosten von geschätzten 2,5 bis 2,9 Millionen jährlich. Im Aufsichtsgremium der Stiftung sollen Vertreter des Bundestages und der Bundesregierung sitzen, auch eine „angemessene“ Mitwirkung „der deutschen Vertriebenen“ ist vorgesehen. Andere „gesellschaftliche Gruppen“ sollen „einbezogen“ werden. „In einem wissenschaftlichen Beirat ist eine dauerhafte Beteiligung auch ausländischer Experten, insbesondere aus Nachbarstaaten, vorgesehen“, heißt es im so genannten Konzeptpapier.¹ Die polnische Regierung selbst wird sich nicht offiziell beteiligen, will aber einer Beteiligung polnischer Historiker nichts in den Weg legen. Von Vertretern anderer Länder, zum Beispiel aus Tschechien, war bislang keine Rede.

Politische Grundlage der Einrichtung ist der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vom November 2005, in

dem es heißt: „Die Koalition bekennt sich zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung“ sowie: „Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um – in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus – an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.“

Nach jahrelangen heftigen Auseinandersetzungen konnte ein gesteigertes Interesse für die Frage erwartet werden, wie das „sichtbare Zeichen“ denn nun inhaltlich gestaltet werden soll. Die Öffentlichkeit erfuhr darüber jedoch nur so viel: Grundlage für die Ausgestaltung soll die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ werden, die vom Bonner Haus der Geschichte der BRD ab 2000 erarbeitet und zwischen dem 6. Dezember 2005 und dem 22. April 2007 in Bonn, Berlin und Leipzig gezeigt wurde. Anscheinend gab es zur inhaltlichen Planung nichts Nennenswertes zu berichten. Alle schienen plötzlich zufrieden. Die SPD war einverstanden, aus Polen kamen keine Einwände mehr, und beim „Bund der Vertriebenen“ (BdV) sorgte man sich nur noch darum, ob die auch innerhalb der bürgerlichen Mitte umstrittene BdV-Präsidentin Erika Steinbach einen Sitz im Aufsichtsgremium erhalten wird – schließlich sei die CDU-Bundestagsabgeordnete die treibende Kraft gewesen, ohne die überhaupt kein solcher Kabinettsbeschluss zustande gekommen wäre.

In der Tat enthält Neumanns Konzeption für jeden etwas. Bei der Dauerausstel-

lung sollen „Flucht und Vertreibung der Deutschen ... einen Hauptakzent“ bilden, aber „auch andere Flucht- und Vertreibungssituationen in Europa im 20. Jahrhundert“ einbezogen werden, „darunter auch jene, die von deutscher Seite veranlasst wurden“. Dabei „müssen die historischen Voraussetzungen für Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den historischen Ost- und Siedlungsgebieten während und nach dem Zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik ausreichend dargestellt und dokumentiert werden“. Als vorrangiges Ziel des „sichtbaren Zeichens“ nennt Neumann, „Erinnerung und Gedenken an das ‚Jahrhundert der Vertreibungen‘ und das damit verbundene tiefe menschliche Leid wach zu halten, die junge Generation an das Thema heranzuführen und die aktuelle Dimension dieser Thematik zu verdeutlichen“. Methodisch wird besonderer Wert auf eine „emotionale Ansprache“ durch „Darstellung von Einzelschicksalen“ und „Darlegung biografischer Erzählstränge“ gelegt.

Liest sich das alles nicht sehr positiv? Kann angesichts dessen die Kritik aufrecht erhalten bleiben, dass es sich bei dem gesamten Projekt, heiße es nun „Zentrum gegen Vertreibungen“ oder „Sichtbares Zeichen“, um eine deutsch-nationale oder gar geschichtsrevisionistische Angelegenheit handelt? Wenn man die in Neumanns Sätzen enthaltenen Chiffren auf dem Hintergrund der Vorgeschichte, der abgelaufenen Debatten und der bereits präsentierten Ausstellungen dechiffriert, muss man leider zu dem Ergebnis kommen, dass in diese Richtung in der Tat alle Türen offen stehen.

Dregger kontra Weizsäcker

Die Vorgeschichte des heutigen „sichtbaren Zeichens“ begann in der BRD lange vor Erika Steinbach. Bereits Ende der 70er Jahre machte sich der BdV für ein zentrales „Mahnmal der Vertreibung“ stark, das in der Rheinaue unweit des damaligen Bonner Regierungsviertels „an die Opfer der Vertreibung weltweit“ hätte erinnern sollen. Das verlief zwar im Sande, doch wurde im Mai 1983 das Projekt einer „nationalen Gedenkstätte“ an gleicher Stelle vorgestellt, durch das „den Kriegstoten des deutschen Volkes ein ehrendes Gedenken bewahrt“ und dies zu einem „Anliegen unseres ganzen Volkes“ gemacht werden sollte. Zentrales Gestaltungselement sollte eine „maßstäblich überzogene Dornenkrone, schwebend oder bodennahe“ sein – eine religiös überhöhte Märtyrerkrone also. Unter den Initiatoren war wieder der BdV, diesmal gemeinsam mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und dem Ring Deutscher Soldatenverbände.

Die neue Bundesregierung – im Oktober 1982 war nach 14 Jahren SPD/FDP-Koalition Helmut Kohl (CDU) Chef einer CDU/CSU/FDP-Regierung geworden und hatte eine „geistig-moralische Wende“ proklamiert – machte sich das Projekt zu eigen. Es scheiterte schließlich, weil sich im April 1986 die Parteien im Bundestag nicht über Gestaltung und Inschrift einigen konnten. Die CDU/CSU-Fraktion unter Führung ihres Vorsitzenden Alfred Dregger bestand darauf, die Gedenkstätte solle „den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft, insbesondere den Toten unseres Volkes“ gewidmet sein, die Grünen wollten gar kein Denkmal, und die SPD sprach sich für eine konkrete Benennung verschiedener Opfergruppen und die Ergänzung des Denkmals durch ein „Denkhaus“ aus. Grundlage der SPD-Konzeption sollte die Rede sein, die Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag der Befreiung im Bundestag gehalten hatte. Der damalige Bundespräsident hatte erstmals in seiner Rede nicht zuerst der deutschen Opfer gedacht, sondern „der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden“, und „aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben“. Er hatte ohne Ausgrenzung alle Gruppen des Widerstands genannt, den 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnet und im Zusammenhang mit der „erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen“ dazu aufge-

fordert, „den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen“. Die Ursache des Leides liege nicht im Kriegsende, sagte Weizsäcker. „Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn der Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

Die sog. Stahlhelmfraktion der CDU/CSU lehnte es vehement ab, diesen Passus aus der Rede ihres Parteikollegen und Präsidenten zur Grundlage der Konzeption für die nationale Gedenkstätte zu machen, und brach eine Kampagne gegen Weizsäcker vom Zaun. Diese gipfelte in einer Rede von Dregger am „Volkstrauertag“ 1986 in der Bonner Beethovenhalle. Darin würdigte der Fraktionsvorsitzende ausdrücklich die Wehrmachtssoldaten, die 1944/45 die „ehrenhafte Wahl“ trafen, „dem Kriegsgegner bis zuletzt zu widerstehen“. Das gelte „insbesondere für die Soldaten des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine“. Egal, an welchen Verbrechen sie beteiligt waren, für ihn „verdienen alle Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft die gleiche Ehrfurcht“. Der 8. Mai war für Dregger keinesfalls ein Tag der Befreiung, sondern Symbol für „eine der größten, wenn nicht überhaupt die größte Katastrophe der deutschen und europäischen Geschichte“. Noch zehn Jahre später, Anfang Mai 1995, gehörte Dregger, zusammen mit prominenten Rechtsradikalen, zu den Unterzeichnern eines Aufrufs in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in dem es hieß: „Einseitig wird der 8. Mai von Medien und Politikern als Befreiung charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, dass dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes. Ein Geschichtsbild, das diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewussten Nation sein.“⁴

Was Dregger unter „Befreiung“ verstand, hatte er in seinem 1985 erschienenen Buch „Der Preis der Freiheit“ deutlich gemacht: „Dass Hitler glaubte, das Patt im Westen 1940/41 durch einen Blitzkrieg gegen die Sowjetunion ausräumen zu können, war abenteuerlich. Dass dieser Krieg von Hitler zudem nicht als Befreiungs-, sondern als Eroberungskrieg konzipiert wurde, war ebenso dumm wie verbrecherisch.“⁵

Kontinuitäten und scheinbare Brüche

Aus dem Dunstkreis dieses Mannes, in dem sich auch Leute wie Martin Hohmann, Manfred Kanther, Roland Koch, Christian Schwarz-Schilling und Walter Wallmann (allesamt aus der CDU Hessen) tummelten, stammt Erika Steinbach, die für sich in Anspruch nimmt, den Stein des „sichtbaren Zeichens“ ins Rollen gebracht zu haben. Vom Bund der Vertriebenen wurde sie im April 2008 erneut zur Präsidentin gewählt und für das Leitungsgremium des „sichtbaren Zeichens“ nominiert. Noch heute schwärmt Steinbach von der „charismatischen Persönlichkeit“ Dreggers, dessen politische Aussagen sie „doch sehr fasziniert“ und Anfang der 1970er Jahre zum politischen Engagement motiviert hätten.⁶ Voller Bewunderung erinnert sie sich in einem Anfang 2008 erschienenen Jubelband der Stadt Fulda – in der Dregger Oberbürgermeister war, bevor ihn Kohl nach Bonn holte – an ihren 2002 verstorbenen politischen Ziehvater: „1985 war auch das Jahr, in dem der damalige Bundespräsident von Weizsäcker mit einer umstrittenen Rede zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes mit der nicht akzeptablen Floskel von der ‚erzwungenen Wanderschaft‘ für die brutale Massenvertreibung von mehr als zwölf Millionen Landsleuten aus dem Osten viel ‚böses‘ Blut stiftete. Wiederum war es Dregger, der in einer viel beachteten Rede zum Volkstrauertag wenige Monate später – wie zuvor schon Franz Josef Strauss – einen erforderlichen und gerade von den Vertriebenen als überfällig empfundenen Kontrapunkt setzte.“⁷

Dort also ist der politische Standort der Erika Steinbach: in den hart gesotenen deutschnationalen Kreisen, die von Anfang an die Vertriebenenverbände beherrschten und jede Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit beenden wollten, kaum dass sie begonnen hatte (Dregger 1982: „Ich rufe alle Deutschen auf, aus dem Schatten Hitlers hervorzutreten – wir müssen normal werden“). Dennoch brachte die in Polen geborene Tochter eines deutschen Besatzungssoldaten („Ich selbst bin ein Flüchtlingskind“⁸), als sie 1998 oberste Repräsentantin der „Vertriebenen“ wurde, erhebliche Veränderungen in den Verein.

An der Spitze des BdV hatte von 1970 bis 1994 Herbert Czaja (CDU) gestanden. Der wollte sich noch in den 1990er Jahren nicht mit dem Verlust der „deutschen Ostgebiete“ abfinden. Er träumte weiterhin von der Auferstehung des

Reiches in den Grenzen von 1937, wobei auch das seiner Ansicht nach noch „keineswegs der Endpunkt sein“ müsse. So schrieb er in seinem 1996 erschienenen Buch „Unterwegs zum kleinsten Deutschland“. 1994 wurde Czaja von dem ehemaligen Vorsitzenden des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU (Vorläufer der „Münchner Sicherheitskonferenz“) und sudetendeutschen Multifunktionär Fritz Wittmann abgelöst. Auch er hatte die traditionelle Vertriebenenpolitik seit Anfang der 1970er Jahre in führenden Positionen mitgestaltet. Nach dem Beginn der Verhandlungen über die Osterweiterung der EU 1997 wurde jedoch eine neue taktische Linie gebraucht. In deutsch-nationalen Kreisen hoffte man (vergeblich, wie sich zeigen sollte), das Europaparlament würde sich dazu bewegen lassen, die Forderungen der Vertriebenenverbände gegenüber Polen und Tschechien zu übernehmen und ihre Erfüllung zur Bedingung für die Aufnahme beider Länder in die EU zu machen. Dazu mussten diese Forderungen jedoch so verpackt werden, dass sie nicht nur im Inland, sondern auch im europäischen Ausland für breitere Kreise akzeptabel wurden.

Als Erika Steinbach 1998 für den BdV-Vorsitz kandidierte, hatte sie Geeignetes anzubieten: Sie war „überzeugt davon, dass das eine Menschenrechtsfrage ist“.⁹

Das war nicht sehr originell, aber wirksam. Seit 1990 lief in Deutschland die Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen erfolgreich auf dieser Schiene. Mit dem Argument, man müsse „den Menschenrechten“ Geltung verschaffen, konnten auch Menschen für „humanitäre“ Militäreinsätze gewonnen werden, die früher strikt dagegen gewesen waren. Ähnelten nicht die Fernsehbilder von den sog. „ethnischen Säuberungen“ in Jugoslawien frapperend den Bildern, die als konzentrierter Ausdruck des Elends deutscher Flüchtlingstrecks in der kollektiven Erinnerung verankert waren? Die Fernsehbilder mochten sich ähneln, die historischen Zusammenhänge waren grundverschieden. Aber das war ja ein zusätzlicher Vorteil der neuen Taktik: Wer mit den Menschenrechten argumentiert, hat immer Recht und braucht auf unliebsame Fragen nach dem historischen Kontext nicht einzugehen. Faschismus? Besatzung? Deutsche Verbrechen? Ja, natürlich, das war alles schlimm, niemand wird es leugnen, aber wir haben das ja schon alles ganz vorbildlich aufgearbeitet, und überhaupt: Egal, was vorher war – jede Vertreibung ist Unrecht.

Am 13. Mai 1999 missbrauchte der Außenminister der SPD/Grünen-Regierung, Joseph Fischer, auf dem außerordentlichen Parteitag der Grünen in Bielefeld den Schwur „Nie wieder Auschwitz“ zur Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien (sog. Kosovo-Krieg, 24.3. bis 10.6.1999) und der Beteiligung der Bundeswehr daran. Am 23. Mai 1999 stellte der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer (CSU), unter Vertauschung von Ursache und Wirkung zufrieden fest: „Vertreibung wird jetzt als ein so schweres Verbrechen angesehen, dass man bereit ist, sogar mit Waffengewalt dagegen vorzugehen.“¹⁰ Beim „Tag der deutschen Heimatvertriebenen“ am 29. Mai 1999 trat Erika Steinbach erstmals mit dem Projekt eines „Zentrum gegen Vertreibungen“ an die Öffentlichkeit. Anfang September 2000 wurde die Stiftung gleichen Namens gegründet, als Co-Präsidenten hatte Steinbach den ehemaligen SPD-Bundesgeschäftsführer und Bundestagsabgeordneten Prof. Peter Glotz († 2005) gewonnen.

„Das Zentrum gegen Vertreibungen soll allgemein zugänglich einen Gesamtüberblick über die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen geben und der Aufarbeitung dieses einschneidenden Teils deutscher und europäischer Geschichte dienen ... Die Vertreibung anderer Völker, insbesondere im Europa des 20. Jahrhunderts, soll im Zentrum erfahrbar werden.“¹¹ Der Kern des Zentrums sollte aus einer „Requiem-Rotunde“ und einer Dauerausstellung bestehen. Hinsichtlich der Gestaltung sollte sich die Ausstellung am Einwanderermuseum auf Ellis Island in New York und am Holocaust Memorial Museum in Washington orientieren. Das Zentrum sollte, so Steinbachs Vorstellung, aus Steuermitteln finanziert, aber von der Stiftung realisiert werden. Bei der rotgrünen Bundesregierung fiel der Vorschlag auf geteiltes Echo. Bundeskanzler Schröder (SPD) verhielt sich zunächst reserviert, später ablehnend, hielt dem BdV aber im Jahr 2000 als erster Bundeskanzler seit 10 Jahren die Festansprache zum „Tag der Heimat“; Innenminister Otto Schily (SPD) sprach sich entschieden dafür aus. Die CDU machte Steinbach im Jahr 2000 zum Mitglied ihres Bundesvorstandes.

Die „europäische Ausrichtung“

Am 16. Mai 2002 wurde im Bundestag über das Thema diskutiert. CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne waren sich in der Verurteilung der Potsdamer Beschlüsse („... Unrecht – egal was vorher war ...“)

und der Notwendigkeit eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ einig. Uneinigkeit gab es nur darüber, wie sehr das „eigene Leid“ und die „eigene Trauer“ um deutsche Opfer im Mittelpunkt stehen sollten. Das von der CDU/CSU befürwortete BdV-Projekt bezog sich ausdrücklich auf die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ von 1950, in der es – neben anderen Geschichtsverdrehungen – heißt, diese seien die „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“. Auch das von Steinbach vorgelegte Exposé für die Dauerausstellung ließ erkennen, dass es vor allem um die Erinnerung an deutsches Leid gehen sollte. Der Sprecher der SPD, Markus Meckel, monierte, das sei ein „nationales Projekt mit entsprechendem Ausblick und mit einer möglichen europäischen Ergänzung im Rahmen eines Kuratoriums“.¹² SPD und Grüne forderten ein von Anfang an „europäisch ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibungen“, das sich nicht vorrangig den Leiden der Deutschen widmen, sondern Vertreibung als europäisches Geschehen darstellen sollte, von dem zahlreiche Nationen betroffen waren. Auch sollte die Konzeption des Projektes von Anfang an zusammen mit Vertretern anderer europäischer Länder entwickelt werden.

Steinbach antwortete Meckel, mit der Forderung einer „europäischen Ausrichtung“ des Zentrums renne er bei ihr offene Türen ein. Selbstverständlich habe auch ihr Zentrum einen durch und durch „europäischen Ansatz“. Im Übrigen, fand sie, sei „heute ein guter Tag“, obwohl doch klar war, dass der CDU/CSU-Antrag auf Unterstützung ihres Projektes mit den Stimmen der Koalition und der PDS abgelehnt werden würde.

Die BdV-Präsidentin hatte Grund zum Jubeln. Mochte die Argumentation Meckels und seiner Mitstreiter auch von dem Wunsch ausgehen, den Anspruch, die deutschen Vertriebenen seien die „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“, zurückzuweisen, so hatte sie doch tückische Fußangeln. Die meisten dieser Redner verstanden unter „europäische Ausrichtung“ nicht nur die Anerkennung, dass Andere mindestens so schwer bzw. schwerer betroffen waren, sondern sie verbanden dies mit dem Versuch, für die verschiedenartigsten Geschehnisse eine gemeinsame „europäische“ Erklärung zu finden.

Am deutlichsten formulierte eine solche Position die damalige Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen). Sie sah die Ursache des „Ungeistes der Vertreibungen“, der Europa im 20. Jahrhundert heimgesucht

habe, in einer europaweit grassierenden Wahnidee – die die „zerstörerischste Wahnidee war, die Europa je hatte, nämlich die von ethnisch homogenen Nationalstaaten, so dass diese nicht mehr in der Lage waren, mit anderen Kulturen und anderen Ethnien zusammenzuleben“. Der Nationalismus, der dieser Wahnidee zugrunde liege, habe seinen Ursprung in zwei Ereignissen: Das erste sei die Französische Revolution, die „die politisch ungebildeten Völker“ zum „Subjekt von Geschichte gemacht“ habe. Als „dunkle Kehrseite“ davon seien „Populismus und Nationalismus“ aufgeblüht und hätten zu dem zweiten Ereignis geführt: dem „Auseinanderbrechen der früheren europäischen Großreiche, die alle multikulturelle, multiethnische Großreiche und im Kleinen Vorbilder dieses Europas der vielen Völker und der vielen Sprachen gewesen“ seien. „Aus diesen zusammenbrechenden Großreichen und mit diesem Geist von Populismus und radikalem Nationalismus“ sei die oben genannte „Wahnidee“ aufgekommen.

Hatte Vollmer noch nie gehört, dass mit der Französischen Revolution ein Konzept der Nation aufkam, das die Zugehörigkeit zu einer Nation nicht von der ethnischen Abstammung abhängig machte? Wollte Vollmer wirklich das Osmanische Reich und das Habsburgerreich zu Vorbildern des heutigen Europa erklären? Wollte sie als Quelle der „zerstörerischsten Wahnidee“ wirklich das Unabhängigkeitsstreben der Völker auf dem Balkan, der Tschechen, Slowaken und Polen denunzieren? Wollte sie wirklich behaupten, der Holocaust und die Ausrottungspläne der Nazis bezüglich der slawischen Völker („Generalplan Ost“) beruhten auf derselben Motivation wie die Nachkriegsordnung, die die Antihitlerkoalition in Jalta und Potsdam beschloss?

Ob sie es wollte oder nicht – nach ihrer Logik wäre die Umsiedelung der Deutschen nicht die Konsequenz der Kriegs- und Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus mit dem Ziel der Errichtung eines deutschen Kolonialreiches im Osten, sondern Folge eines Wahns, der – beginnend mit den Ideen der Französischen Revolution von 1789 – im 19. und 20. Jahrhundert ganz Europa befallen habe. Der Holocaust und die „Vertreibung“ wären dann nur zwei Manifestationen derselben Krankheit. Das Bild eines „Jahrhunderts der Vertreibungen“ entsteht, in dem der deutsche Faschismus seinen Ursprung nicht in spezifisch deutschen Gegebenheiten hat, sondern nur eine – wenngleich die krasses-

te – Ausprägung eines allgemeinen europäischen Irrwegs ist, dessen größte Opfergruppe wiederum die Deutschen darstellen.

So muss man wohl auch die folgenden Sätze von Markus Meckel verstehen: „Gerade die Geschichte der Vertreibungen ist ein Teil der europäischen Geschichte und als singuläres Ereignis überhaupt nicht zu verstehen.“

Norbert Lammert (CDU), von Anfang an ein eifriger Streiter für das BdV-Projekt, nahm diesen Faden auf und sprach in seiner Schlussrede am 16. Mai 2002 von „dramatischen Verirrungen der deutschen und europäischen Geschichte im letzten Jahrhundert“ und davon, dass das Zentrum „ein Stachel im Fleisch der Stadt, des Landes und dieses Europas sein (werde), das sich diese Verirrungen gemeinsam geleistet hat“.

Der „neue Ansatz“ in der Presse

Seit dieser Bundestagsdebatte zum Thema „Zentrum gegen Vertreibungen“ sind mehr als sechs Jahre vergangen. Die These vom „europäischen Irrweg“ ist in dieser Zeit zum Gemeinplatz geworden, ebenso die Charakterisierung des 20. Jahrhunderts als „Jahrhundert der Vertreibungen“. Mit der Vokabel „Nationalismus“ lässt sich scheinbar alles erklären; grundverschiedene Dinge – z. B. das Unabhängigkeitsstreben kolonialisierter Völker und die Weltoberungsgelüste imperialistischer Herrschercliquen – werden in einen Topf geworfen. Die Frage, welche spezifischen Ziele die führenden Vertreter des deutschen Imperialismus, die Thyssen und Krupp, Siemens und IG Farben, verfolgten, als sie die Nazi-Bewegung bereits vor 1933 finanzierten und schon damals Hitlers Politik gut hießen, hat da keinen Platz mehr. Auch die Frage nach spezifischen Voraussetzungen in der deutschen Gesellschaft – die Frage nach Obrigkeitdenken, militaristischen Traditionen und brutalisierenden Sozialisationsstrukturen – braucht nicht mehr gestellt zu werden.

Wer Beispiele für die Verbreitung des neuen „europäischen Ansatzes“ sucht, braucht nicht in ausgeprägt konservativen Zeitungen wie der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ oder der „Welt“ zu blättern. In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 24. Juli 2003 beispielsweise schrieb Götz Aly unter der Überschrift „Europas Selbstzerstörung – Zum geplanten ‚Zentrum gegen Vertreibung‘“: „Notwendig wäre es, die Verbindungslinien zwischen Holocaust und Vertreibung offen zu legen.“ In den Vernichtungslagern hätten „Deutsche die äußerste Form

einer europäischen Politik der Dissimilierung der ethnisch, also rassistisch begründeten Diskriminierung, Zwangsenteignung und Deportation“ verwirklicht. „Doch gehört die Ermordung der europäischen Juden mitten in die skizzierte historische Konstellation ethnokratischer Politik hinein“, behauptet der Autor. Auch das Potsdamer Abkommen erklärt Aly als „Produkt derselben europäischen Denkschule“, und die „Vertreibung von mehr als zwölf Millionen Deutschen aus Ostmitteleuropa“ gehört für ihn unterschiedslos „zu den Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts“. Der Kulturwissenschaftler Andreas F. Kelle hat für derartige Konstruktionen die Bezeichnung „Holocaustisierung des Flucht- und Vertreibungsdiskurses“ geprägt.¹³ Entscheidend vorangetrieben wurde diese auch durch den US-amerikanischen Historiker Norman F. Naumark mit seinem Buch „Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert“ (deutsche Ausgabe 2004) und seinen Aufsatz „Die Killing Fields des Ostens und Europas geteilte Erinnerung“¹⁴.

Ein aktuelleres Beispiel findet sich in Folge 5 des Bildungskanon der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ unter dem Stichwort „Nationalismus“: Nach der Schilderung eines antigriechischen Pogroms, der 1955, während der Amtszeit des türkischen Ministerpräsidenten Adnan Menderes, in Istanbul verübt wurde, fährt der Autor Michael Thumann fort: „Im internationalen Vergleich war Adnan Menderes freilich einer der kleinen Täter. Wenige Jahre vor ihm hatten europäische Regierungschefs und Diktatoren in großem Stil den Vielvölkerkontinent Europa umgepflügt, Millionen Menschen entwurzelt, deportiert, ermordet oder in Todesfabriken vergast. Vor allem die Deutschen unter Hitler haben der Welt das bis heute unübertriffene Schreckbild eines entfesselten Nationalismus geliefert. Dagegen benutzte der Georgier und Kommunist Josef Stalin den russischen Nationalismus, um ganze Völker umzusiedeln und auszurotten. Der Brite Winston Churchill stimmte auf den Kriegskonferenzen bis 1945 der erzwungenen Umsiedelung von Millionen Polen und Deutschen zu. Der Tscheche Edvard Benes verwirklichte nach der Rückkehr aus dem Exil nach Prag seinen lange gehegten Plan der Vertreibung der Sudetendeutschen.“¹⁵ Sätze voller Geschichtsklitterungen. Nur zwei seien herausgegriffen: Es waren eben nicht „europäische Regierungschefs und Diktatoren“, die Millionen Menschen in Todesfabriken vergast – es war, wenn

man denn von den Verantwortlichen in den Führungspositionen des Großkapitals absehen und sich auf die oberste Regierungsspitze beschränken will, nur einer: der deutsche Regierungschef und Diktator Hitler. Und es war keineswegs Edvard Benes, der ein Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in einem gemeinsamen Staat ablehnte. Wenn er die Umsiedelung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg für den einzig realistischen Weg hielt, um einer Wiederholung der Geschichte vorzubeugen, so stand dahinter nicht der Traum von einem ethnisch homogenen Nationalstaat, sondern die Erfahrung, dass die sudetendeutsche Irredenta¹⁶ sich bedenkenlos für die großdeutschen Kolonialisierungspläne einspannen ließ. Die Behauptung, Benes habe schon lange Vertreibungspläne „gehegt“, dient dazu, diesen Zusammenhang zu leugnen – so wie es Erika Steinbach ganz offen in einem Interview mit dem Deutschlandfunk tat. Gefragt, wie sie zu der Aussage des Bundespräsidenten Horst Köhler (CDU) stehe, die Ursache von Flucht und Vertreibung sei das Naziregime und der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg, reduzierte sie die Bedeutung der NS-Verbrechen auf die eines „auslösenden Faktors“. Die Ursachen sah sie in einem angeblich schon vorher bei Tschechen und Polen vorhandenen Wunsch, die Deutschen zu vertreiben. Steinbach: „Hitler hat die Tore aufgestoßen, durch die andere dann gegangen sind, um zu sagen, jetzt ist die Gelegenheit, die packen wir beim Schopfe.“¹⁷

Vorbereitende Ausstellungen

Nicht nur in der Presse wurde die Geschichte auf diese Weise umgeschrieben. Dieselben „neuen“ Interpretationen finden sich, in unterschiedlicher Ausführlichkeit, in den beiden Ausstellungen, die in den letzten Jahren zum Thema „Vertreibung“ fertig gestellt und in verschiedenen Städten gezeigt wurden. Die Ausstellung der Stiftung des BdV „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ hatte mit dem ursprünglichen Konzept für die Dauerausstellung im „Zentrum gegen Vertreibungen“ nicht mehr viel zu tun. Das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen war etwas zurückgenommen, dafür wurden verschiedenste Ereignisse nebeneinander gestellt, als „ethnische Säuberungen“ klassifiziert und auf eine gemeinsame Ursache zurückgeführt. Im Prolog der Ausstellung hieß es: „Die Umsetzung der Idee eines ethnisch homogenen Nationalstaates ist eine der Hauptursachen für Vertreibun-

gen ethnischer Gruppen und Minderheiten im 20. Jahrhundert. Rassismus und Antisemitismus waren neben dem Nationalismus weitere Antriebskräfte für Vertreibung und Vernichtung.“¹⁸ Die inhaltliche Ausrichtung dieser Ausstellung entsprach also im Wesentlichen dem Verständnis von „europäischem Charakter“, das in Antje Vollmers Bundestagsrede und Norbert Lammerts Ausspruch von dem Irrweg zum Ausdruck gekommen war, den sich „Europa gemeinsam geleistet“ habe.

Die Ausstellung des Bonner Hauses der Geschichte der BRD (HdG) heißt „Flucht, Vertreibung, Integration“ und ist jetzt als Grundlage des „sichtbaren Zeichens“ vorgesehen. Erstellt in den Jahren 2000 bis 2005, wurde sie vielfach als rotgrüne Alternative zu Steinbachs „Zentrum gegen Vertreibungen“ interpretiert. Verantwortlich für Konzept und Realisierung war jedoch der 1987 von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) zum Gründungsdirektor des HdG berufene Hermann Schäfer. Der wurde im Februar 2006 von Bernd Neumann (CDU) als Abteilungsleiter für Kultur und Medien ins Bundeskanzleramt geholt. Sein (Un-)Verständnis der historischen Zusammenhänge demonstrierte er im August 2006 beim Kunstfest in Weimar. In seiner Rede beim Eröffnungsabend, der den Häftlingen des KZ Buchenwald gewidmet war, sprach er ausschließlich über die Leiden der Deutschen infolge von „Flucht und Vertreibung“ und verlor kein Wort über die KZ-Häftlinge – bis ihn das Publikum zum Aufhören zwang. Nachher rechtfertigte er sich obendrein, er sei eingeladen gewesen, allgemein über Gedenkpolitik und auch über das Thema „Flucht und Vertreibung“ zu sprechen, und niemand habe ihm gesagt, dass auch ehemalige Buchenwald-Häftlinge anwesend sein würden. Neumann verteidigte seinen Vize: Der habe die falsche Rede am falschen Ort gehalten, aber seine politisch-moralische Integrität stehe außer Zweifel. Wenig später sollte Schäfer seinen Chef in Berlin bei einer Feier zu Ehren des 70. Geburtstages des ehemaligen tschechischen Präsidenten Václav Havel vertreten. Doch erklärte der tschechische Botschafter, er werde nicht kommen, wenn Schäfer dort spreche. Danach trat Neumanns Vize in der Öffentlichkeit kaum noch in Erscheinung; am 1. Februar 2008 wurde er schließlich durch die bisherige Abteilungsleiterin im bayerischen Kulturministerium, Ingeborg Berggreen-Merkel abgelöst.

Schäfers Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ ist leider nicht mit ihm von der Bildfläche verschwunden.

Sie erscheint – ironisches Wechselspiel – inhaltlich im Wesentlichen als Verwirklichung des ursprünglichen Ausstellungsconzeptes, das Erika Steinbach nach der Bundestagsdebatte von 2002 zugunsten der „europäischen“ Variante verließ. Das ist weniger überraschend, wenn man weiß, dass Schäfer bis zu seinem Abtauchen Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ war. Die beiden Hauptteile seiner Ausstellung beschäftigen sich ausschließlich mit dem Schicksal deutscher „Vertriebener“. Im ersten Hauptteil geht es um „Flucht und Vertreibung“, im zweiten um die „Integration“. Freilich erfährt man in dem ersten Teil nichts über die vielfältige Art, in der die Menschen damals ihre Heimat verloren. Nichts über die „Heim-ins-Reich“-Aktionen der Nazis, nichts über die Durchhalteparolen und das Verbot einer rechtzeitigen Evakuierung der Zivilbevölkerung, nichts über die schließlich durch die Nazis erzwungene chaotische Flucht, nichts darüber, wie viele ehemalige Bewohner der östlichen Reichsgebiete es als Wehrmacht- und SS-Angehörige vorzogen, sich gleich nach dem Westen abzusetzen. Alle sind gleichermaßen „Vertriebene“, selbst wenn sie, wie Erika Steinbachs Eltern, die „angestammte Heimat“ erst während des Krieges als Angehörige der Besatzungsmacht betraten und sie mit dieser räumen mussten. „Jede Vertreibung ist Unrecht“, wird dem Besucher der Ausstellung eingehämmert, und er bekommt die althergebrachten symbolträchtigen Bilder vorgesetzt, in denen alles in einem großen Brei des Elends schwimmt. Dafür darf man sich – als ein „Glanzstück“ der Ausstellung – ein kunstvolles Modell der Wilhelm Gustloff und alle möglichen Filmsequenzen über die heldenhaften Bemühungen der deutschen Wehrmacht ansehen, den Flüchtlingen das Entkommen übers Meer zu ermöglichen.

Die Abteilung zur Integration entspricht der Aufgabe, die Kohl dem Haus der Geschichte der BRD zugedacht hat. Es soll den Deutschen eine positive nationale Identität zurückgeben, also zeigt dieser Teil eine Erfolgsgeschichte; die Vertriebenenverbände durften dabei ihre Rolle ganz nach eigenem Gusto darstellen. Die Integration in der DDR, die Zuteilung von Bodenreformland, der Bau von Neubauernhäusern – natürlich alles Betrug und Misserfolg. Ein Kuriosum aus längst vergangenen Zeiten: Ein Blatt mit einer eigenhändigen Unterschrift des Josef Ratzinger, als er noch kein Papst und noch kein Kardinal war: In den 1960er

Jahren erklärte er schriftlich seine Unterstützung für die Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Doch das ist lange her ...

Den Hauptteilen vorgeschaltet ist ein Rückblick, der kurz nach der Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies beginnt und mit einer Aufzählung von Flucht- und Vertreibungsereignissen im 20. Jahrhundert endet. Nachgeschaltet dann ein Bildschirm, auf dem kommentarlos Video-Sequenzen von „Vertreibungen“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und dem Anfang des 21. Jahrhunderts laufen. Auch hier also eine „Europäisierung“ bzw. „Globalisierung“ im oben beschriebenen Sinne. Dies bestätigt Hermann Schäfer in seiner Einleitung zu dem Ausstellungskatalog: „Dass das fürchterliche Schicksal der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen nicht singulär in der Geschichte des 20. Jahrhunderts war, ist Grundgedanke unseres historischen Rückblicks zu Beginn. Zum einen werden die Ereignisse in einen größeren historischen Kontext eingeordnet. Vertreibungen und ethnische Entflechtungen waren während des gesamten 20. Jahrhunderts häufig ein Instrument der Großmächtepolitik. Es war ein übergeordnetes Ziel, ethnisch homogene Staaten zu schaffen.“¹⁹

Vielfach wurde behauptet, dass in dieser Ausstellung der Kausalzusammenhang zwischen den Verbrechen des deutschen Faschismus und den großen Umsiedelungen der Deutschen ohne Wenn und Aber dargestellt sei. In Wirklichkeit lässt die gewählte Form der Darstellung viel Raum für verschiedene Interpretationen. Ein kurzer Tunnel, eher ein Tor, zwischen Vorraum und erstem Hauptraum ist mit großen Schwarzweiß-Fotos von Verbrechen der Nazis in den besetzten Ländern ausgekleidet. Am Fuße der Tunnelwände befinden sich flache Vitrinen, in denen Dokumente wie z. B. der „Generalplan Ost“ ausgestellt sind. Die vorhandenen Erklärungen sind knapp und schwer zu lesen. Man müsste verweilen, sich bücken, um sie zu entziffern. Der Tunnel, der eher ein Tor ist, bildet jedoch einen Engpass; wer hier stehen bleibt, ist ein Hindernis und wird weitergedrängt. Eine eindeutige Aussage über den Zusammenhang ist weder in der Ausstellung selbst noch in den Begleitmaterialien zu finden. Man liest nur Aussagen, die ohne Weiteres auch mit Frau Steinbachs Version – „Hitler hat die Tore aufgestoßen, durch die andere dann gegangen sind, um zu sagen, jetzt ist die Gelegenheit, die packen wir beim Schopfe“ – zu vereinbaren sind.

In der Einleitung von Hermann Schäfer heißt es beispielsweise: „Ohne den Waffengang, der von deutscher Seite vor allem im Osten als Rassen- und Vernichtungskrieg geführt worden war, wäre es nicht zu millionenfacher Flucht und Vertreibung gekommen. Der Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistischen Verbrechen waren unmittelbarer Anlass für die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten.“²⁰ Unmittelbarer Anlass – nicht Ursache. Auch der Werbe-Prospekt zu der Ausstellung tut nur so, als ob er die Ursache benennen würde: „Zwischen 60 und 80 Millionen Menschen müssen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts allein in Europa ihre Heimat verlassen. Durch den vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg erreichen Flucht und Vertreibung eine neue, erschreckende Dimension. Die Deutschen sind mit bis zu 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen am stärksten betroffen.“

Im Katalog fährt Schäfer fort: „Gleichwohl muss hier angemerkt werden, dass in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten – vor allem in der Tschechoslowakei – bereits im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges Entflechtungspläne existierten, die geprägt waren vom Traum eines ethnisch homogenen Staatsvolkes.“²¹ Das ist nun der blanke Zynismus. Wenn Edvard Benes 1938, kurz vor dem Münchner Diktat, Überlegungen anstellte, wie er die von Berlin aus dirigierte Destabilisierungspolitik der Sudetendeutschen Partei unter Konrad Henlein entschärfen könnte, ohne dass die junge Tschechoslowakische Republik ihrer Verteidigungsanlagen und eines großen Teils ihres Wirtschaftspotenzials verlustig gehen würde, dann hatte das mit einem Traum von einem ethnisch homogenen Staatsvolk wirklich nichts zu tun, wohl aber mit dem Albtraum der Bedrohung durch Hitler-Deutschland und dessen Fünfter Kolonne im eigenen Land. Der entsprechende Abschnitt der Ausstellung ist denn auch von skandalöser Bedenkenlosigkeit im Umgang mit den historischen Tatsachen geprägt – bis dahin, dass das Sudetendeutsche Freikorps, eine aus mehr als 30.000²² sudetendeutschen Separatisten bestehende bewaffnete Terrortruppe, die im September 1938 von Bayern und Sachsen aus die Tschechoslowakei angriff, als Instrument einer unterdrückten Minderheit im Kampf um ihre Rechte dargestellt wird.

Nicht nur Schäfer, auch Bernd Neumann in seiner jetzigen Konzeption für das „sichtbare Zeichen“ drückt sich um

eine klare Aussage über die Kausalzusammenhänge herum. Wohl heißt es auf seiner Internet-Seite: „Dargestellt wird auch die Ursache von Flucht und Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg: die nationalsozialistische Expansions- und Vernichtungspolitik.“²³ In der Konzeption selbst kommt aber das Wort „Ursache“ nicht vor. Neumann windet und schlängelt sich mit den Begriffen „Voraussetzungen“ und „Hintergrund“ darum herum (siehe oben).

Keine Wendung zum Besseren

Aus all dem wird klar: Die Auseinandersetzung um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ bzw. das „sichtbare Zeichen“ geht mit einer massiven Umdeutung der Geschichte einher. Diese betrifft nicht nur den ursächlichen Zusammenhang der Umsiedelung der Deutschen mit der Kriegs- und Vernichtungspolitik Hitler-Deutschlands, sondern das Wesen des NS-Regimes insgesamt: Stelle dieses – wie es die Sichtweise vom angeblichen „europäischen Irrweg“ suggeriert – nur eine besonders krasse Ausprägung damaliger europäischer Normalität dar – oder liegen die Wurzeln in der Bedenkenlosigkeit, mit der der deutsche Imperialismus seine hegemonialen Bestrebungen in Europa und der Welt durchzusetzen versuchte? Die Antwort auf diese Frage nach der Verantwortung für 53 Millionen Tote und die Verwüstung ganzer Kontinente zieht gegensätzliche Folgerungen nach sich. Antje Vollmer erwartete geradezu Wunder von der Errichtung eines „europäisch ausgerichteten“ Vertreibungszentrums: „Es wird Europa stabilisieren, es wird es sicherer machen, und es wird dieses wunderbare Europa der vielen Völker und Staaten fähig zum Zusammenleben machen.“²⁴

Der FDP-Abgeordnete Hans-Joachim Otto – und nicht nur er – leitete davon die Berechtigung zu Militäreinsätzen in aller Welt ab; es sei die Aufgabe, „auf der Grundlage dieser historischen Erfahrungen Strategien zu entwickeln, um das Menschenrecht auf Heimat weltweit dauerhaft zu sichern, zum Beispiel auch in jüngster Zeit im Kosovo, im Sudan, in Liberia und in anderen Teilen der Welt“.²⁵

Dem steht die Forderung gegenüber, auf alle militärischen Interventionen zu verzichten und mit den Traditionen deutscher Hegemonialpolitik zu brechen. Dies könnte sich beispielsweise in der Anerkennung der Null-und-Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an ausdrücken. Der 70. Jahrestag (29. September 2008) dieses Ereignisses,

das von den Tschechen als die zweite große Katastrophe in ihrer Geschichte betrachtet wird, wäre ein geeigneter Anlass, um ein Zeichen zu setzen, das tatsächlich das Zusammenleben in Europa erleichtern könnte.

Damit ist allerdings nicht zu rechnen. „Das ‚sichtbare Zeichen‘“, so steht es in Neumanns Konzeption, „steht in der Kontinuität der Verständigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland seit ihren Anfängen.“ In der Tat – es gibt keinen Grund für die Annahme, das „sichtbare Zeichen“ könnte Ausdruck einer Wendung zum Besseren sein.

Renate Hennecke

- ¹ Konzeption „Sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“, Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum in Berlin, <http://www.bundesregierung.de>, Beauftragter für Kultur und Medien.
- ² Der Spiegel, Nr. 48/1986.
- ³ FAZ, 27.12.1984.
- ⁴ FAZ, 7.4.1995 (auch am 28.4. und 5.5.).
- ⁵ Alfred Dregger, Der Preis der Freiheit – Sicherheitspolitik im geteilten Europa, München 1985, S. 11.
- ⁶ Interview mit dem Bayerischen Rundfunk, 19.5.2004.
- ⁷ Erika Steinbach, Menschenrechte waren für ihn unteilbar, in: Alfred Dregger für Fulda und Deutschland, Dokumentationen zur Stadtgeschichte Nr. 26, Fulda 2008, S. 117.
- ⁸ Bundestagsprotokoll, 1.6.1995.
- ⁹ Interview mit dem Bayerischen Rundfunk, 19.5.2004.
- ¹⁰ Franz Neubauer, Rede beim Sudetendeutschen Tag 1999.
- ¹¹ Exposé für das Zentrum gegen Vertreibungen, am 5.6.2000 von Erika Steinbach an die Mitglieder mehrerer Bundestagsausschüsse versandt.
- ¹² Bundestagsprotokoll vom 16.5.2002 (daraus auch die folgenden Zitate).
- ¹³ Andreas F. Kelletat, Von der Täter- zur Opfernation? Die Rückkehr des Themas „Flucht und Vertreibung“ in den deutschen Vergangenheitsdiskurs bei Grass und anderen, in: Triangulum. Germanistisches Jahrbuch für Estland, Lettland und Litauen 2003/2004 (Riga: 2006), S. 132–147, zitiert nach: www.bohemistik.de.
- ¹⁴ In: Transit, Bd. 30, 2005/2006.
- ¹⁵ Die Zeit, 22.11.2007.
- ¹⁶ Irredenta: Vertreter der Auffassung, dass alle Angehörigen einer Ethnie in einem gemeinsamen Staat leben sollten.
- ¹⁷ Interview mit dem Deutschlandfunk, 5.9.2006.
- ¹⁸ Erste Tafel der Ausstellung „Erzwungene Wege“, auch abgedruckt im Katalog der Ausstellung, S. 22.
- ¹⁹ Begleitbuch zur Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“, Seite 10
- ²⁰ Ebenda, Seite 8/9.
- ²¹ Ebenda, Seite 9.
- ²² Am 1. Oktober 1938 standen 34.500 Staatsangehörige der Tschechoslowakischen Republik auf den Verpflegungslisten der Angreifer gegen den eigenen Staat, schreibt Werner Röhr in seinem Beitrag zum „Fall Grün“ in: Hans Henning Hahn, Hrsg., Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte – Eine völkische Bewegung in drei Staaten, Band 1 der Reihe: Die Deutschen und das östliche Europa, Studien und Quellen, Peter Lang Verlag, Frankfurt/M. 2007.
- ²³ www.bundesregierung.de/nn_23686/Content/DE/Artikel/2008/03/2008-03-19-sichtbares-zeichen-gegen-flucht-und-vertreibung.html (Zugriff 13.5.2008).
- ²⁴ Bundestagsprotokoll, 16.5.2002.
- ²⁵ Ebenda

Dieser Artikel wurde am 7. und 8. Juli 2008 unter der Überschrift „Reaktionäre Ausrichtung“ bzw. „Historischer Tunnelblick“ auf den „thema“-Seiten der Jungen Welt erstmals veröffentlicht. Wir danken dem Chefredakteur der „JW“ und der Autorin für die Genehmigung zum Nachdruck.

Weiterführende Literatur zum Thema:

- Ulrich Schneider, Geschichtspolitik als Feld der ideologischen Auseinandersetzung, in: Wie rechts ist der Zeitgeist? Aktuelle Analysen und Erfahrungen. Mit einem Vorwort von Dr. Gregor Gysi, Edition Ost, Berlin 1997, S. 99–121.
- Emil Hruska, Die Propagierung einer Beendigung des konfliktreichen Zusammenlebens. Die Benes-Dekrete – Mythos und Realität (Thesen), in: Rundbrief, H. 1/2002, S. 34–36.
- Reiner Zilkenat, Edvard Benes – Biographische Skizze eines europäischen Staatsmannes (2 Teile), in: Rundbrief, H. 2–3 u. 4/2002, S. 41–44 u. 24–30.
- Reiner Zilkenat, Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ und die „Preußische Treuhand“ – Bemerkungen zur Methode und zur politischen Funktion des gegenwärtigen Geschichtsrevisionismus, in: Rundbrief, H. 2–3/2004, S. 5–11.
- Kurt Pätzold, Die Deutschen als Opfer. Zu einem verzeichneten Rückblick auf Faschismus und Krieg, in: Antifaschismus als humanistisches Erbe in Europa. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter, hrsg. v. Roland Bach u. a., Berlin 2005, S. 87–93.
- Renate Hennecke, Die bayerischen Arbeits- und Schirmherrschaftsminister. Von Walter Stain bis Christa Stewens. Sudetendeutsche Landsmannschaft und Bayerische Staatsregierung, in: Rundbrief, H. 3/2005, S. 15–18.
- Werner Röhr, 60 Jahre Befreiung vom Faschismus. Die Kriegsniederlage Nazideutschlands und die Aufhebung ihrer Folgen, in: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, H. 25/26, 2005, S. 1–32.
- Ludwig Elm, „Rot gleich braun – sonst gibt’s kein Geld!“ Konservative Grundtendenzen in der Geschichts- und Erinnerungspolitik der Bundesrepublik, insbesondere in den neuen Bundesländern, in: Rundbrief, H. 4/2005, S. 7–12.
- Renate Hennecke, Der Streit um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ geht weiter – Jetzt als „Chefsache“ Angela Merkels?, in: ebenda, S. 12–14.

- Reiner Zilkenat, Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ und der grassierende Geschichtsrevisionismus. Vorgeschichte, Ziele, Planungen, in: Horst Helas u. Dagmar Rubisch, Hrsg., Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien, Berlin 2006, S. 34–49.
- Reiner Zilkenat, Geschichtsrevisionismus – Nur eine Angelegenheit des Rechtsextremismus? Thesen zur Diskussion, in: Rundbrief, H. 1–2/2006, S. 13–24.
- Renate Hennecke, Eine notwendige Wortmeldung zur Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“, in: Rundbrief, H. 3/2006, S. 29–32.
- Dirk Burczyk, Gegen Geschichtsrevisionismus und das „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: ebenda, S. 32–33.
- Renate Hennecke; Zum Schicksal deutschstämmiger Antifaschisten aus der Tschechoslowakei. Arbeitskonferenz „Auch sie waren dagegen“ in Usti nad Labem, in: Rundbrief, H. 1–2/2007, S. 78–80.
- Eva Hahn u. Hans-Henning Hahn, Die „Holocaustisierung des Flucht- und Vertreibungsdiskurses“. Historischer Revisionismus oder alter Wein in neuen Schläuchen?, München 2008 (Deutsch-Tschechische Nachrichten, Dossier Nr. 8).
- Reiner Zilkenat, „Volkstumspolitik“, faschistische Geheimdienste und die Politik der Sudetendeutschen Partei. Zur Vorgeschichte der Zerstückelung der Tschechoslowakei 1938, in: Rundbrief, H. 1–2/2008, S. 18–38.

Neonazistische Alltagsmode – die Bekleidungs-marke Thor Steinar

Jugendliche und junge Erwachsene, gleich welcher politischen und kulturellen Couleur, haben eines gemeinsam: Musik und Bekleidung spielen eine herausragende Rolle zur Verortung der eigenen Zugehörigkeit in die verschiedenen Szenen und (Sub-)Kulturen und damit schließlich zur Selbstvergewisserung von Identität. Gleichzeitig dienen Musik und Bekleidung als die Mittel schlechthin, sich nach außen, also von anderen, abzugrenzen.

Gerade in der Neonazi-Szene dient das Tragen und somit Zeigen von diversen Parolen, Logos, u. ä., genauso wie das Tragen von bestimmten Marken, zur Demonstration der politischen Gesinnung. Während es bis zum Beginn des neuen Jahrtausends noch die Bomberjacken-Springerstiefel-Glatzköpfe waren, die allein mit ihrem Outfit eine bestimmte und zumeist bedrohliche Ausstrahlung erreichen, stellt sich die Situation heute deutlich differenzierter dar. Dennoch blieb das Muster dasselbe. Das Tragen bestimmter Marken und Aufdrucke und damit letztendlich das Zur-Schau-Tragen äußerer (Wieder-) Erkennungsmerkmale schafft nach wie vor eine Binnenwirkung („ich gehöre dazu“, „der ist einer von uns“) und eine Außenwirkung („der gehört zu den Rechten“, „der will als Rechter erkannt werden“).

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Auseinandersetzung mit neonazistischer Alltagskultur immer auch im Zusammenhang mit den jeweils aktuell rezipierten Lebensweisen, Musikstilen und eben auch Bekleidungs-vorlieben geführt werden muss.

Thor Steinar – Ausdruck von Veränderungsprozessen in der Neonazi-Szene

In den letzten Jahren entwickelte sich dabei die Marke Thor Steinar zu der Neonazi-Marke schlechthin. Überall, wo neonazistische Jugendliche und Erwachsene zusammen kommen, sei es ein Aufmarsch, eine Saalveranstaltung, im Jugendklub, der Treff an der Ecke, usw. – Thor Steinar ist dabei. Gerade an den Aufmärschen als öffentliche politische Veranstaltung kann beobachtet werden, dass Thor Steinar mit Abstand die beliebteste Marke ist. Dass das nur Zufall und Modebewusstsein wäre, kann gestrost von sich gewiesen werden.

Wer Thor Steinar trägt, zeigt dass er oder sie sich stilbewusst für eine modi-

sche und sportliche Marke entschieden hat. Damit ist die Marke Ausdruck und einer der Motoren der aktuellen Veränderungsprozesse innerhalb der neonazistischen Szene.

Obleich die enge Verquickung mit der organisierten Neonazi-Szene offensichtlich scheint, sind konkrete Nachweise zumeist nur indirekt zu führen. Deren Vielzahl jedoch ergibt ein umfassendes Bild, dass nur die Schlussfolgerung zulässt, dass Thor Steinar eine Bekleidungs-marke ist, die explizit modewusste Jugendliche und junge Erwachsene aus der rechten und neonazistischen Szene ansprechen will.

Einem größeren Spektrum der Öffentlichkeit wurde die Marke Thor Steinar erst bekannt im Zuge der verschiedenen Gerichtsverfahren um das alte Logo des Labels. Damals zeigte das Logo eine Binderune, bestehend aus der Tyr- und der Sig-Rune. Die erste war im Nationalsozialismus Symbol der SA-Reichsführerschule, letztere des Deutschen Jungvolks. Nach wie vor ist die Rechtslage zu dem Logo nicht eindeutig. Während es in einigen Bundesländern inzwischen nicht mehr juristisch verfolgt wird, stellt das Zeigen des Logos in anderen Bundesländern einen Verstoß gegen Paragraph 86a des Strafgesetzbuches (StGB) dar. So kam es zu der merkwürdigen Situation, dass beispielsweise Zugreisende von Cottbus nach Leipzig, in Cottbus mit dem Symbol auf der Brust legal einsteigen können, in Leipzig beim Aussteigen aber ein Ermittlungsverfahren riskierten. Dieses Vorgehen führte unter anderem zu einem deutlichen Anstieg der Propagandadelikte in der sächsischen Statistik. Jedenfalls bis Anfang diesen Jahres. Im Februar 2008 entschied das Oberlandesgericht Sachsen dann, dass das Tragen der alten Thor-Steinar-Symbolik nicht strafbar entsprechend Paragraphen 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) sei.

Thor Steinar reagierte auf die unklare Rechtslage noch vor einer endgültigen gerichtlichen Klärung mit der Verwendung eines neuen Logos.

Dieses zeigt ein schlichtes x mit zwei Punkten auf rotem Grund.

Je nach Lesart kann auch hier ein Bezug zum Nationalsozialismus hergestellt werden. So erkennt das Onlineportal NPD-Blog hierin eine Gifu-Rune und schreibt dazu: „Tatsächlich aber

hat 1932 Siegfried Adolf Kummer im Buch „Heilige Runenmacht“ die Gifu-Rune noch als ‚die stellvertretende Rune des Fyrfors, des Hakenkreuzes‘ bezeichnet.“ Die Rechtsabteilung von Thor Steinar dementiert diese Anspielung aber und verweist zudem zutreffend darauf, dass die Gifu-Rune keine bekannte Verwendung im NS gefunden hat.

Eine weitere abenteuerliche Interpretation bezieht sich auf den Namen der Marke selbst. Diese liest sich bei NPD-Blog wie folgt: „Der Donnergott Thor trifft auf eine Namensabwandlung des Generaloberst der Waffen-SS Felix Steiner.“

Unabhängig von den zugeschriebenen Interpretationen des Symbols, bietet die Firma selbst auf der hauseigenen Homepage einige Verweise, die den Bezug zur neonazistischen Szene verdeutlichen. Dabei spielen nicht nur die Vielzahl von eindeutigen T-Shirt-Motiven eine Rolle, die die avisierte Zielgruppe auch politisch ansprechen sollen, sondern auch weitere Darstellungen.

So wird in der Rubrik „Wissen!“ ein Zitat aus dem Gedicht „Wir rufen deine Wölfe“ von Friedrich Hielscher veröffentlicht. Der Nationalrevolutionär war einer der Vordenker der esoterisch-okkultistisch angehauchten Reichsidee eines geheimen „Deutschland“. Nach wie vor ist er in der Szene hoch im Kurs, genauso wie die Externsteine, deren Bild als Wallpaper zum Download bereit gestellt wird.

In der Rubrik „Thor Steinar Mystik“ findet sich eine Darstellung des Forts Namutoni. Mit gleichnamiger Aufschrift bietet die Firma auch Shirts an.

Namutoni war ein Fort der Deutschen Kolonialmacht in Deutsch-Südwestafrika.

Gemeinhin gilt die deutsche Kolonialzeit nicht als Aushängeschild, zudem waren die im Fort zusammengezogenen Soldaten beteiligt an der grausamen Niederschlagung des Herrero-Aufstandes 1904.

Besonders deutlich werden die Verknüpfungen zwischen Thor Steinar und der Neonazi-Szene beim Blick ins europäische Ausland.

Beispiel Tschechien

Der Prager Laden für neonazistische Streetwear „Hatecore-Shop“ hat neben Neonazi-CDs auch diverse einschlägige Streetwear-Marken im Angebot. Um auf die Homepage des Versandgeschäfts

zu gelangen, muss ein Logo angeklickt werden, auf welchem eine Person eine Pistole auf den Betrachter richtet, umrandet von dem Slogan „Good Night, Left Side“. Nach Angaben tschechischer AntifaschistInnen vertriebt der Betreiber des Ladens, Martin Franek, die Marke Thor Steinar exklusiv in Tschechien. Franek gehört seit Jahren zu den Führungspersonen der militanten tschechischen Neonaziszene. Er ist aktiv für „Narodni Odpor“ – die Nachfolgebewegung der böhmischen Blood-and-Honour-Sektion und war gilt als einer der führenden Organisatoren von Neonazi-Konzerten in Tschechien. So organisierte er mit Robert Furych aus Plzen am 18. November 2006 im tschechischen Dražice eine sogenannte „Hate Core Night“ mit Teardown (US), Race Riot und Path of Resistance (beide Deutschland) – den derzeit beliebtesten Hatecore-Bands.

Robert Furych betreibt in Plzen ebenfalls ein Bekleidungsgeschäft mit Thor Steinar und Hooligan-Streetwear. Dazu

ist er Manager der Blood-and-Honour-nahesten Band Conflict 88 (Tschechische Republik).

Beispiel Skandinavien

Der einzige schwedische Thor Steinar Laden in Stockholm-Huddinge wird betrieben von Aktivisten der Svenska Motståndsrörelsen (SMR, Schwedische Widerstandsbewegung). Diese gilt aus Sicht schwedischer AntifaschistInnen als eine der militantesten schwedischen Nazigruppierungen. Ihren Mitgliedern wird die Beteiligung an mehreren bewaffneten Übergriffen zur Last gelegt. Zudem wird in dem Laden auch die Neonazi-Zeitschrift „Nationellt Motstånd“ (Nationaler Widerstand) verkauft.

Dänische AntifaschistInnen berichten, dass in Dänemark mittlerweile Thor Steinar exklusiv durch ein Mitglied der Hells Angels vertrieben wird. Dass es in der Vergangenheit enge Verbindungen zur organisierten Neonazi-Szene gab, wird beispielsweise dadurch belegt, dass Online-Bestellungen teilweise vom

selben Postfach aus versendet wurden, dass auch von der Neonazi-Partei Dansk Front und Blood&Honour Danmark genutzt wurde.

Auch wenn sich die Betreiber und Inhaber von Thor Steinar um ein seriöses und unauffälliges Geschäftsgebahren bemühen, so wird an den genannten Beispielen doch deutlich, dass Thor Steinar eine Marke ist, die nicht nur aus dem Szene-Verständnis selbst, sondern auch durch aktives Handeln seitens der europäischen Geschäftsebene, mit Fug und Recht als neonazistische Streetwear-Marke verstanden werden kann.

Peter Conrady

Linktipps:

Stop Thor Steinar-Kampagne – www.infortot.de/red/
Schöner leben ohne Naziläden – www.stopnazilaeden.de.vu
Ladenschluss – www.ladenschluss.blogspot.de

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof: Aktivitäten eines rechtsextremen Bundeswehr-Generals im Jahre 2007¹

Veröffentlichungen

Eine 6. überarbeitete und erweiterte Auflage von Schultze-Rhonhofs 2003 zuerst veröffentlichten geschichtsrevisionistischen Buch: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“ ist im Oktober 2007 erschienen – bisherige verkaufte Gesamtauflage nach Verlagsangabe 30.000 Exemplare. Die Aussagen des Autors werden mittlerweile auch über Hörbücher, eine Internetseite, einen Videovortrag und über eine DVD verbreitet.

Schultze-Rhonhof hat 2007 ein weiteres Buch mit dem Titel: „Deutschland auf Augenhöhe“ veröffentlicht. Die NPD-nahe Deutsche Stimme Verlags GmbH („Das nationale Warenhaus“) hat das Buch in ihr Verlagsprogramm aufgenommen und kündigt es wie folgt an: „Gerd Schultze-Rhonhof hat mit seinem Buch ‚Der Krieg der viele Väter hatte‘ die Diskussion über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs erneut entfacht. Seine Botschaft lautet: Fast alle Nationen waren in die Entfesselung des Krieges verstrickt. Im Gespräch mit Götz Kubitschek referiert Schultze-Rhonhof die zentralen Thesen

und zeigt, warum die Kriegsschuldfrage zu seinem Lebensthema geworden ist. Der General erzählt ausführlich von seiner soldatischen Laufbahn, bewertet die historisch-politische Ausbildung des Offiziersnachwuchses und beschreibt, warum die Geschichtspolitik so wichtig für die Selbstbehauptung der deutschen Nation ist.“

Ein beschäftigter Referent

Die Marburger Burschenschaft „Germania“ kündigte Schultze-Rhonhof neben Dr. Stefan Scheil und Dr. Walter Post als Redner beim „Marburger Diskurs“ am 3. Februar 2007 an. „Auf dem Weg zum zweiten Weltkrieg“ nannte die Burschenschaft ihren Diskurs, Schultze-Rhonhof referierte zum Thema: „Auslöser und Polenfeldzug“. Bei seinem regionalem Rotary Club in Buxtehude hielt der Generalmajor a. D. („ein langjähriges und außerordentlich geachtetes Mitglied unseres Clubs“) am 13. Februar 2007 einen Vortrag mit dem Titel: „Wer war Kuno, ein alter Rittersmann?“. „Projekte, Strategien, Erfolge“ nannte sich eine Gesprächsrunde mit Schultze-Rhonhof

und Dieter Stein beim 13. Berliner Kolleg vom Institut für Staatspolitik (IFS) am 17. Februar 2007 in Berlin.

Die rechtsextreme Zeitschrift „Deutsche Geschichte“, dessen Verleger Gerd Sudholt wegen Volksverhetzung vorbestraft ist, kündigte für den 24. Februar 2007 in Chemnitz, für den 25. Februar 2007 in Dresden und für den 25. März 2007 im Großraum Hamburg Zeitgespräche mit dem Titel „Wer wollte den Zweiten Weltkrieg“ an. Schultze-Rhonhof wurde neben Dr. Stefan Scheil und Dr. Walter Post als Referent angekündigt. Die Zeitgespräche wurden laut Ankündigung von „örtlichen und regionalen historisch-politischen Vereinigungen unterstützt“. Das Seminarzentrum Chemnitz trat dann in Dresden und Chemnitz als Veranstalter auf. Die „Jungen Nationaldemokraten“ in Sachsen und „Nationales Forum Sachsen“ haben für diese beiden Veranstaltungen auf ihren Internetseiten geworben. In Hamburg wurde das Zeitgespräch allein und in eigener Regie von der SWG (Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft) durchgeführt.

In Fulda fand am 3. März 2007 die Jahrestagung der „Stimme der Mehrheit“ unter dem Titel „Unsere Zukunft wächst aus unseren Wurzeln“ statt. Schultze-Rhonhof, er ist einer der Sprecher der Organisation, er moderierte die Veranstaltung.

Am 30. Juni 2007 hielt er einen Vortrag in der revisionistischen Gedächtnisstätte Borna. Die Einladung ging auch über einen Briefverteiler der NPD. Militante Neonazis berichteten auf einer Homepage: „Zu diesem Vortrag, welcher einen kritischen Blick auf die Ereignisse vor dem 2. Weltkrieg zum Thema hatte, kamen auch etwa 130 junge nationale Sozialisten aus Leipzig, dem Leipziger Umland und Chemnitz.“ Schultze-Rhonhof äußerte sich dazu in einem Leserbrief, der „Vortrag in Borna war für Kriegsoffer vorgesehen. Das sind alte Leute. Plötzlich nahmen etwa 100 junge, höfliche, sauber gekleidete Leute unangemeldet im Saale Platz und hörten zu.“

Der „Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung“ lud Schultze-Rhonhof zu einer Vortragsveranstaltung am 20. Oktober 2007 nach Lüneburg ein und am 20. November 2007 war der Generalmajor a. D. Referent bei der Tübinger Burschenschaft „Arminia Straßburg“.

„Deprecabile errore“

Ein „deprecabile errore“ (unentschuldbarer Fehler) war nach Aussage des Kommandanten des Südtiroler Schützenbundes die Einladung an Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof zu zwei Vorträgen in Italien im Frühjahr 2006. Die Vorträge führten dazu, dass der Bildungsreferent der Südtiroler Schützen im Januar 2007 seines Amtes enthoben wurde. Die österreichische Zeitung „Der Standard“ schrieb am 8. Februar 2007 auf ihrer Internetseite: „Nach den Turbulenzen wegen einer Kadernschulung für Schützen durch den NS-Revisionisten Gerd Schultze-Rhonhof sind der Bildungsreferent des Südtiroler Schützenbundes, Peter Piock, der auch im Vorstand des Gesamttiroler Bundes saß, und der Adjutant des Landeskommandanten Efreim Oberlechner aus der Bundesleitung ausgeschieden.“ Das italienische Innenministerium machte bei der Beantwortung einer Parlamentsanfrage am 24.7.2007 zu den Vorfällen eine klare Beurteilung („der von den deutschen Geheimdiensten der extremen Rechten zugeordnet wird, da er bekannt ist für seine revisionistischen Thesen und die Verleugnung der nazistischen Schuld“) über Schultze-Rhonhof. Der

witterte hinter alledem eine Verschwörung und kommentierte die Vorgänge in Italien mit Aussagen wie: „Ich verwahre mich energisch dagegen, rechtsradikal zu sein, und bin empört darüber, dass ein ‚anonymer Brief‘ Menschen in solche Schwierigkeiten bringt“ und „Ich finde es empörend, dass Denunzianten aus Deutschland Menschen in Italien in solche Schwierigkeiten bringen.“ Die internen Schulungen beim Schützenbund machte übrigens, im Rahmen von Auseinandersetzungen im rechtsextremen Milieu, ein „Süd Tiroler Kampfring“ öffentlich.

Proteste, Absagen und Auseinandersetzungen

Die Veranstalter von Vorträgen mit Schultze-Rhonhof sahen sich 2007 mit vielfältigen Protesten gegen seine Auftritte konfrontiert. Es fanden Demonstrationen vor den Veranstaltungsorten in Marburg und Tübingen statt. Die in Chemnitz und Dresden geplanten Vorträge sollen vom Veranstalter abgesagt worden sein und der Vortrag in Lüneburg wurde nach öffentlichen Protesten der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen abgesagt. Schultze-Rhonhof sah sich zweimal genötigt, in der lokalen Tageszeitung Stellung zu beziehen, da in Leserbriefen seine Auftritte bei der extremen Rechten (Schultze-Rhonhof: „Ich nehme bei meinen Zuhörern keine Gesinnungsprüfungen vor“) thematisiert wurden. Das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz beurteilt 2007 eine Aussage von Schultze-Rhonhof („entscheidende Bemühungen der damaligen Reichsregierung, die den Frieden retten wollte und um alles in der Welt einen Krieg zu vermeiden suchte.“) zum Kriegsbeginn 1939 wie folgt: „Die in dieser Aussage zum Ausdruck kommende, jeden seriösen Forschungsstand ignorierende Behauptung, Hitler-Deutschland habe nicht einmal den Krieg gegen Polen gewollt und sei daher ganz unschuldig am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gewesen, gehört zu den klassischen Konstanten in der verzerrten Realitätswahrnehmung rechtsextremer Geschichtsrevisionisten.“

Nachtrag 2008

Die Burschenschaft „Franconia“ zu Münster hatte den Generalmajor a. D. Schultze-Rhonhof als Referent zu ihrem alljährlichen „Reichsgründungskommerz“ für den 19. Januar 2008 nach Münster eingeladen.

Nachdem AntifaschistInnen die Veranstaltung im Januar 2008 publik machten, erklärte die Burschenschaft Franconia,

dass die Veranstaltung mit Schultze-Rhonhof schon lange abgesagt sei, da er einen Schlaganfall erlitten habe. Bis Ende Juni 2008 wurden keine weiteren öffentlichen Auftritte von ihm bekannt.

Michael Quelle

¹ Vgl. zu Schultze-Rhonhofs Aktivitäten auch: Michael Quelle, Ein Bundeswehr-General fälscht Geschichte. Zur angeblichen Flucht einer halben Million polnischer Juden im faschistischen Deutschland, in: Rundbrief, H. 1–2/2008, S. 50f.

HISTORISCHES ZU RECHTSEXTREMISMUS UND ANTIFASCHISMUS

„Rote Kämpfer“ gegen die NS-Diktatur

Wenig bekannt und kaum erforscht ist der umfangreiche Widerstand einer antifaschistischen Berliner Gruppe, die sich nach ihrer illegalen Zeitschrift „Die Roten Kämpfer“ nannte. Ausführlich geht der Berliner Historiker Hans-Rainer Sandvoß in seiner 2007 erschienenen Publikation „Die ‚andere‘ Reichshauptstadt“ auf diese Widerstandsgruppe ein, die er ebenfalls in den Bänden zum Widerstand in Neukölln, in Friedrichshain und in Lichtenberg würdigt, die von der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ herausgegeben worden sind.¹

In der sonstigen einschlägigen Literatur sucht man vergeblich nach dem Anteil des Widerstandes dieser weitverzweigten illegalen Gruppe, die sich dank ihrer strikt eingehaltenen Konspiration bis zum Jahresende 1936 entfalten und wirken konnte. Die „Roten Kämpfer“ organisierten sich nach dem Grundsatz: Niemand wird in unser Vertrauen und illegales Wirken einbezogen, den wir nicht über einen langen Zeitraum persönlich kennen gelernt haben.

Die Widerstandsgruppe hatte nicht nur in Berlin Mitstreiter, sondern laut der „Anklageschrift des Generalstaatsanwaltes beim Kammergericht in Berlin vom 8. Juli 1937“ auch in verschiedenen Städten in Westdeutschland. In Berlin bestanden insgesamt sieben Ortsgruppen. So „Berlin-Ost“ (Lichtenberg I und II), Berlin-Südost, Berlin-Neukölln I und II, Berlin-Steglitz und Berlin-Nord.

„Jede Gruppe bestand aus 4–5 Personen, die von einem Gruppenobmann geleitet wurde. Von jeder Gruppe wurde abwechselnd ein Obmann gestellt, der in Verbindung mit dem Vertrauensmann des Bezirks Berlin die örtliche Berliner Leitung bildete.“²

An der Spitze der Widerstandsgruppe standen mit Dr. Alexander Schwab und Dr. Karl Schröder Marxisten, die aus der rätekommunistischen Bewegung hervorgegangen waren. So gehörte Karl Schröder bereits 1911 der SPD an. Seit 1918 war er Mitglied des Spartakusbundes und seit 1920 Mitglied und Vorstandsmitglied der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschland (KAPD). Der scharfe Kritiker dogmatischer Tendenzen in der KAPD erklärte schließlich seinen Parteiaustritt und entschloss sich zur Rück-

kehr in die SPD. Dort blieb er ebenfalls ein unangepasster Politiker.

Dr. Alexander Schwab kam aus der USPD zum Spartakusbund und war 1920 Mitbegründer der KAPD. Er war von 1929 bis 1933 als Pressechef der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeiterlosenversicherung in Berlin tätig. Bereits im Mai 1933 kam der engagierte Sozialist für sechs Monate in ein Konzentrationslager. Aus der Haft entlassen, bildete er mit Karl Schröder die Reichsleitung der „Roten Kämpfer“ – so benannt nach ihrer illegalen Zeitschrift, die sie regelmäßig herausbrachten und verbreiteten.

Eine Stärke der Gruppe war, dass sie Vertreter von direkten Aktionen waren und jeder Form von Hierarchie und Obrigkeit misstrauten.

Parteipolitisch kamen die Angehörigen der Gruppe aus unterschiedlichen Richtungen der Arbeiterbewegung. Den Anklageschriften „A“ und „B“ des Berliner Kammergerichts ist zu entnehmen, dass die 22 Angeklagten in der Mehrzahl aus der SPD kamen, einige sich zur SAP gehörend bezeichneten und andere als Parteilose mit der KPD sympathisierten. Beruflich reicht die Spannweite der Angeklagten vom Akademiker, technischen und kaufmännischen Angestellten, Facharbeiter bis zum Expedienten. Das effektive Wirken der „Roten Kämpfer“ resultierte aus langjähriger Bekanntheit und der Organisation gemeinsamer Schulungsabende, die sie bereits vor 1933 durchführten. Sie sahen nur eine geringe Chance, den Faschismus in Deutschland zu verhindern zu können und begannen schon 1931, sich auf die illegale politische Arbeit vorzubereiten. Bereits zu diesem Zeitpunkt bildeten sie Fünfergruppen, um ihre Arbeit gut zu tarnen. Diese langjährige Vorbereitung auf die Illegalität und die stets eingehaltene Konspirativität der „Roten Kämpfer“ ermöglichte ihre langjährige illegale Arbeit bis zum Dezember 1936.

Der Generalstaatsanwalt beim Berliner Kammergericht hebt in seiner Anklageschrift „A“ gegen den Buchbinder Hugo Broecker und 10 weitere Mitangeklagte hervor, dass „die roten Kämpfer aus der Zusammenfassung der früher in Berlin bestehenden Sozialwissenschaftlichen Vereinigung (SWF) mit einer in

Westdeutschland bestehenden Organisation entstanden. Die Vereinigung bestand nach der Machtübernahme im Geheimen weiter. Die Reichsleitung bestand aus folgenden vom Reichsanwalt beim Volksgerichtshof verfolgten Personen: Dr. Alexander Schwab, Dr. Karl Schröder, Bruno Lindner und Georg Eitelsberg. Die Reichsleitung stand mit anderen in Berlin bestehenden Organisationen in der Zeit vom Frühjahr 1935 bis Oktober 1936 in Verbindung. Die roten Kämpfer hatten in Westdeutschland in verschiedenen Städten Gruppen. ... im Jahr 1934 und im August 1936 fanden Reichskonferenzen im Freien außerhalb Berlins statt.

Die Ziele der ‚Roten Kämpfer‘ waren nach den Angaben des Reichsleiters Schwab folgende: ‚Die roten Kämpfer die der marxistischen Wirtschaftslehre folgen, stehen zwar in einem gewissen Gegensatz zur Sozialdemokratie und zum Bolschewismus. Sie erstreben aber als Endziel die ‚Diktatur des Proletariats‘ im Wege des Klassenkampfes. Dieses Ziel kann zwar nicht in absehbarer Zeit erreicht werden. Erste Aufgabe der roten Kämpfer ist daher, ein Netz von Propagandisten der neuen Auffassung zu schaffen und mit verwandten Gruppen Fühlung zu gewinnen.‘ Demnach war das Ziel der roten Kämpfer die Änderung der Verfassung des Deutschen Reichs. Diese Änderung sollte im Wege des Klassenkampfes also auf gewaltsamem Wege, erreicht werden.

Der Vorbereitung dieses Endzieles diente der organisatorische Aufbau der roten Kämpfer auf folgende Weise:

Von der Reichsleitung wurden Hetzschriften herausgegeben und an Mitglieder verteilt. Die Hetzschriften hatten bis zum Frühjahr 1936 den Titel ‚Rote Kämpfer‘. Von da an hatte die Schrift die Bezeichnung ‚Der Arbeiterkommunist‘. Die Schriften erschienen ungefähr alle 8 Wochen. Als Material für die Herstellung der einzelnen Artikel wurden die Hetzschriften benutzt, die die Reichsleitung der Roten Kämpfer von anderen illegalen Organisationen erhielt. Ferner fanden innerhalb der einzelnen Ortsgruppen Schulungsabende statt, bei denen verschiedene Themen behandelt wurden, wie die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterbewegung, ‚Der histo-

rische Materialismus‘ und ‚Die Gewerkschaftsbewegung‘. Außerdem wurden die Schriften ‚Roter Kämpfer‘ oder ‚Arbeiterkommunist‘ besprochen. Alle Mitglieder sollten einen Beitrag von 1 von Hundert des Einkommens bezahlen. (...) Die einzelnen Mitglieder kannten die Ziele der roten Kämpfer aus den Hetzschriften und den Schulungsabenden. Sie wußten auch, dass sie als Funktionäre für die roten Kämpfer, deren zahlenmäßige Vergrößerung man erwartete, geschult werden sollten.

Die Anklage betrifft die Mitglieder der Berliner Gruppen der ‚Roten Kämpfer‘ und zwar die Gruppen Lichtenberg I, II und Kreuzberg, in der Anklage B die Mitglieder der übrigen Gruppen und diejenigen Personen, die ohne Mitglieder der ‚Roten Kämpfer‘ zu sein deren Bestrebungen förderten.“³

Die Mitglieder der Reichsleitung wurden bewußt von dem Verfahren vor dem Kammergericht abgetrennt und vor dem so genannten Volksgerichtshof gezerrt, um sie dort besonders hart bestrafen zu können.

Die Gestapo war im Westen des Landes durch Verhaftungen und durch unter der Folter formulierte Aussagen der Inhaftierten auf die Spur der Leitung in Berlin gekommen. 150 Antifaschisten verhaftete die Gestapo, 39 davon kamen aus Berlin. Zur Verschleierung der umfangreichen Aktivitäten und des personellen Umfangs der Gruppe kam es zu mehreren Prozessen mit unterschiedlicher Anzahl von Angeklagten. im jeweiligen Prozeß.

Die Antifaschisten, deren Verfahren vor dem „Volksgerichtshof“ verhandelt wurden, hatten mit drakonischen Strafen zu rechnen. So wurde Dr. Alexander Schwab, der, um seine Mitstreiter zu entlasten, alle Schuld auf sich nahm, am 30. Oktober 1937 vom „Volksgerichtshof“ zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Er erlag den Strapazen im Moorlager am 12. November 1943 im Zuchthaus Zwickau. Eine Gedenktafel in Berlin-Schöneberg, Keithstr. 8, erinnert an den unbeugsamen Antifaschisten.

Ähnlich hohe Strafen erhielten die Mitangeklagten Alfons Harlinghausen und Dr. Karl Schröder. Sie wurden zu jeweils vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Besonders hart wurde der Lehrer Bruno Lindtner mit sieben Jahren Zuchthaus bestraft. Zur Begründung des drakonischen Urteils führte die NS-Justiz die Verletzung der Staatstreue als Beamter an.

Die Urteile in den Prozessen „A“ und „B“ vor dem Berliner Kammergericht fielen am 22. Oktober 1937 wesentlich diffe-

renzierter aus. Hugo Broecker, der die illegalen Gruppen in Lichtenberg leitete, erhielt mit drei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus die höchste Strafe von den Mitangeklagten im Prozeß „A“. Emil Schotter, der zur Berliner Leitung der „Roten Kämpfer“ gehörte, wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Mitangeklagten Franz Stadie, Alfred Engel und Erwin Beck wurden jeweils zu zwei Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Kurt Goscinski, Angehöriger der Gruppe Lichtenberg I, der Schulungsmaterial erhielt und an illegalen Versammlungen teilnahm sowie einen monatlichen Beitrag von 0,50 bis 1,- RM leistete, wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Gerhard Müller, Felix Jano und Rudolf Korth bestrafte das Kammergericht mit Gefängnishaft zwischen ein bis zwei Jahren.⁴

Zum gleichen Zeitpunkt wurden in der Anklageschrift „B“ des Kammergerichts ebenfalls elf Angehörige der „Roten Kämpfer“ angeklagt. In diesem Prozeß erhielt nur der technische Angestellte Kurt Hess eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Karl Bergner, Erwin Unger, Helmut Schlegelmilch, Fritz Kleinecke, Margarete Vogel, Rudolf Schwarz, Kurt Englich und Rudi Loewel wurden zur Gefängnishaft unterschiedlicher Höhe von acht Monaten bis zu einem Jahr verurteilt. Udo-Heinz Donalies und Wilhelm Schmidt wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen.⁵

Von besonderer Brisanz im Rahmen der Folgeprozesse war die Anklageschrift des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht in Berlin gegen den Sattler und Tapezierer Ernst Froebel aus Berlin-Steglitz, den Silberschmied Georg Eitelsberg aus Berlin-Kreuzberg, den Tischler Franz Utzelmann, ebenfalls in Berlin-Kreuzberg wohnhaft, und den Schlosser Willy Richter aus Berlin-Neukölln. Mit Ausnahme von Willy Richter enthielt die Anklageschrift den Vorwurf, dass die anderen Mitangeklagten höhere Funktionen innerhalb der Reichsleitung der „Roten Kämpfer“ wahrgenommen hatten. Durch geschicktes Aussageverhalten blieb dem Untersuchungsrichter und Staatsanwalt verborgen, dass Ernst Froebel, der Schwiegersohn von Dr. Karl Schröder, eine umfangreiche Kurierarbeit für die Gruppe im In- und Ausland leistete, sowie die Funktion des Leiters des Sicherheitsdienstes der Gruppe ausübte. Gleiches trifft für die maßgebliche Führungstätigkeit der Kampfgefährten Georg Eitelsberg und Franz Utzelmann zu.

Das langjährige illegale Wirken der „Roten Kämpfer“ ist ein bedeutsamer Be-

weis für die politische Differenziertheit des Widerstandes in Berlin und anderen Orten gegen die NS-Diktatur.

Von einigen Überlebenden der „Roten Kämpfer“ gibt es Hinweise über ihr Engagement nach 1945. Dr. Karl Schröder war als Leiter der Volkshochschule in Berlin-Neukölln tätig. Nach seinem Eintritt in die SED wurde er seines Amtes enthoben. Er ging daraufhin in die DDR. Hier arbeitete er im Schulwesen und als Lektor beim Verlag Volk und Wissen in Berlin. Eine Gedenktafel in Berlin-Neukölln, Fuldastr. 37–38, erinnert an sein mutiges Widerstehen.

Ernst Froebel, nach dem Kriege zurückgekehrt aus französischer Gefangenschaft, arbeitete als Funktionär der Jugendorganisation „Die Falken“, später als Leiter des „Arbeitskreises Politische Bildung.“ Er war Ehrenvorsitzender der Berliner SPD und Ehrenbürger von Lidice. Die „Ernst-Froebel-Gesamtschule“ in Berlin-Glienicke pflegt und bewahrt seinen Einsatz gegen die braune Barbarei.⁶

Dr. Günter Wehner

¹ Vgl. Hans-Rainer Sandvoß: Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007, S. 200ff.

² Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, NJ 14918, Bd. 3, Bl. 22ff.

³ Ebenda.

⁴ Vgl. ebenda, Bl. 59ff.

⁵ Vgl. ebenda, Bl. 43ff.

⁶ Vgl. Märkische Allgemeine Zeitung v. 6.9.2002 u. v. 14./15.9.2002.

Im Schatten der Thungasse

Über einen nicht enttarnten Gestapospitzel unter antifaschistischen Emigranten in Prag 1933

Am 19. April 1933 überschreitet Max Goldemann, ein 38jähriger Kaufmann, bei Zittau die sächsische Grenze zur Tschechoslowakei. Er kommt aus Görlitz; Frau und Kind muss er zurücklassen. In Prag meldet er sich im Büro der „Demokratischen Flüchtlingsfürsorge“. Diese Einrichtung war bereits wenige Tage nach dem Reichstagsbrand, am 5. März, von der Liga für Menschenrechte der ČSR ins Leben gerufen worden. Ihr Büro befindet sich im Kolowratpalast am Graben, über dem Café „Continental“, dem bekannten Anlaufpunkt für deutschsprachige Prager und Emigranten.

Der Flüchtling aus Görlitz weist sich mit einer Bescheinigung über seine deutsche Staatsangehörigkeit aus; auch einen Taufschein und Gewerbeschein kann er vorlegen. Nachdem der Hilfsverein seine Ankunft bei der Evidenzbehörde des Prager Polizeipräsidiums avisiert hat, muss er beim Amt noch zwei Fragebögen ausfüllen und eine Erklärung unterschreiben¹, bevor man ihm, dem „reichsdeutschen Staatsangehörigen ohne Reisepass“, einen abgestempelten Bogen überreicht, der es ihm ermöglicht, sich frei in der ČSR zu bewegen. Nach den Gründen für die Flucht befragt, verweist er auf seine Mitgliedschaften in der SPD und im Reichsbanner und zeigt dem Beamten den Artikel aus einer deutschen Zeitung vor, in dem es offenbar um die Verfolgung von Sozialdemokraten geht. Für drei Wochen findet er nun eine Bleibe in der Klimentská, bis ihm Kurt Grossmann, der Leiter der Flüchtlingsfürsorge, den Vorschlag unterbreitet, in seiner Fürsorgestelle als Portier und Obmann zu walten. Er sagt zu. Als Gegenleistung bekommt er ein Zimmer zur Untermiete im selben Haus.² Somit hat Goldemann spätestens Anfang Juni eine Vertrauensstellung in der Fürsorgestelle inne, berät Emigranten und macht sich auch sonst unentbehrlich. Und nebenbei ergeben sich in der alltäglichen Arbeit Kontakte zu den führenden Männern der Sopade, der Exil-SPD. Der Fürsorgeverein hat viele Probleme zu lösen, da wird jede Hand gebraucht.

Doch in Prag wimmelt es von Gestapospitzeln. In den ersten Monaten ihrer Existenz fungiert die Flüchtlingshilfe zugleich als Zentrale für die nachfolgend entstehenden Flüchtlingskomitees in Prag. Sie bewahrt anfangs die Emigrantenlisten aller Prager Hilfskomitees in

den eigenen Räumlichkeiten auf. Damit die Daten nicht in falsche Hände geraten, sind Vorsichtsmaßnahmen vonnöten. Als im Juni bekannt wird, dass die Gestapo offenbar in Besitz solcher Listen geraten ist, wird der neue Obmann zum „Beauftragten für Spitzelabwehr“ berufen.

Die Sopade beklagt in einem ihrer „Deutschland-Berichte“ anlässlich einer statistischen Erhebung unter den sozialdemokratischen Emigranten, dass ihr eine vollständige Übersicht über ihre Flüchtlinge nicht gelungen sei, „da in einigen Ländern die Emigranten aus übertriebener Vorsicht die Ausfüllung unseres Fragebogens ablehnten“.³ Die Vorsicht ihrer Mitglieder war nicht unbegründet, waren doch immer wieder einmal Gestapospitzel in den eigenen Reihen bekannt geworden. Reiner Zilkenat berichtete im zuletzt erschienenen „Rundbrief“, über den Fall Peter Ochmann.⁴ Er war Portier im Sopade-Haus in Prag und hatte damit auch Zugang zum Büro der sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe, die im gleichen Haus wie die Sopade zuhause war. 1935 lässt Ochmann sich von der Gestapo ködern und gibt gegen Salär fortan Emigrantenlisten heraus. 1936 wird er enttarnt, als die tschechischen Grenzpolizisten einen Kurier mit den von ihm verfilzten Listen dingfest machen. Naturgemäß sind nur jene Spitzelfälle bekannt geworden, die man aufdecken konnte. Viele Vertrauensmänner („V-Männer“) der Gestapo sind weder damals noch nach dem Krieg entlarvt worden. Über einen solchen nie entdeckten Fall soll hier die Rede sein. Mein Bericht beruht auf eigenen Recherchen in bundesdeutschen und tschechischen Archiven.⁵

22. Juni 1933. Max Goldemann, nunmehr Obmann bei Kurt Grossmanns Flüchtlingshilfe, begibt sich acht Tage nach Erledigung seiner Meldepflichten zur deutschen Gesandtschaft in Prag und lässt sich bei Legationssekretär Freiherr von Bibra melden.⁶ Hitlers Gesandtschaft befand sich damals noch in der Thunovská, zu deutsch Thungasse. Heute hat das Tschechische Rote Kreuz in dem Gebäude seinen Sitz.

In der Thungasse

Goldemann wird vorgelassen. Der Gesandtschafts-Mitarbeiter Teichmann notiert: „Heute erscheint hier der am

4.7.1895 in Lissa geborene reichsdeutsche Kaufmann Max Goldemann (...). Er führt hier [bei der Flüchtlingshilfe] in Prag auch den Decknamen ‚Ernst Fischer aus Koblenz‘“. Die Visite hat Folgen, und so muss drei Tage später ein Sekretär der Gesandtschaft ein weiteres Protokoll aufsetzen. „Goldemann bot Herrn von Bibra seine Dienste an, worauf Bibra Herrn Goldemann erklärte, dass die Gesandtschaft kein Interesse an den Flüchtlingen habe und Goldemann sozusagen herauswarf. Da Goldemann betont hatte, als Obmann der Flüchtlingsfürsorge der Einzige zu sein, der im Besitze der Schlüssel des Zimmers und des Geheimschranks sei, in dem die gesamte Geheimkorrespondenz über die Emigrantenfrage sowie ein Evidenzverzeichnis sämtlicher Emigranten in der Tschechosl. aufgehoben wird, hat Herr von Bibra ihm gesagt, daß die einzige Visitenkarte, mit der er sich bei ihm einführen könne, die sei, daß er ihm abends um 9 Uhr das gesamte Material in die Wohnung bringe⁷, wo er es sich am nächsten Tag wieder abholen könne. Tatsächlich erschien G. gestern abends in der Wohnung von Herrn von Bibra (...) und hinterließ dort 2 Aktenbände, in denen mit Ausnahme von etwa 100 (3. Band) (G. hatte Angst, mit einem zu großen Paket in die Wohnung von H. v. B. zu kommen) sämtliche Emigranten in der Tschechoslowakei alphabetisch geordnet registriert sind. Die Aktenstücke bestanden aus 2 Schnellheftern, in denen über jeden Emigranten ein Bogen (...) eingheftet war. (...) Um uns die Arbeit des Abschreibens zu erleichtern, hatte Herr G. mit den beiden Aktenstücken gleich ein Paket Formulare mitgebracht. Die 4 Stenotypistinnen der Gesandtschaft haben in der gleichen Nacht sämtliche Bogen abgeschrieben (...). Als heute morgen 7 Uhr G. bei H. v. B. seine Akten wider abholte, hat Bibra sich etwa eine Stunde mit ihm unterhalten und den Eindruck bekommen, daß es wohl möglich ist, daß G., der behauptet, täglich mit Stampfer⁸, Wels⁹ und Hertz¹⁰ in engster Berührung zusammenzuarbeiten, Obmann der Flüchtlinge ist, zumal er einen Aufruf an die Emigranten vorlegte, den er mitunterschrieben hat. (...) Das bemerkenswerteste bei der Unterhaltung zwischen Bibra und Goldemann dürfte sein, daß die ganze Propagandaarbeit, die von der

sozialdemokratischen Partei hier draußen geleistet werde, von Deutschland [aus] bezahlt würde. Während es noch vor 14 Tagen über Dresden (...) nach Prag kam, käme es jetzt über Breslau nach Prag. (...) Die sächsische Grenze sei weit besser gesichert als die nach Preußisch-Schlesien.“¹¹

Bibra bittet Goldemann, ihm an einem weiteren Abend die restlichen Evidenzlisten und die Korrespondenz der Flüchtlingshilfe in die Wohnung zu bringen. Bei der derzeitigen knappen Personalbesetzung in der Gesandtschaft sei es schwierig, Schreibkräfte „für derartige Anlässe“ zur Verfügung zu haben. Goldemann willigt ein und gibt sich auch sonst jede Mühe, seinen Gastgeber mit zahlreichen Informationen zufrieden zu stellen. Er erklärt Bibra die genaue Arbeitsweise und Struktur der Flüchtlingshilfe in Prag und händigt ihm die komplette Abschrift eines Protokolls der Vorstandssitzung der Flüchtlingsfürsorge vom 13. Mai aus. Auch verrät er Kanäle nach Deutschland, durch die tagtäglich „größere Massen hier gedruckten Propagandamaterial über die Grenze nach Deutschland“ gingen und gibt die nächsten Pläne seiner Fürsorgestelle preis. So weiß er zu berichten, dass die Sopade in München „gut durchgebildete Bergsteiger angefordert habe, um im Erzgebirge einen gesicherten Dienst [der Sopade-Grenzstellen] aufrecht erhalten zu können.“ Die Niederschrift schließt mit der Bemerkung, noch seien die Gründe, „welche G. zu seinem offenen Verrätertum veranlassen“, nicht zu erkennen. Der Besucher habe betont, dies alles nicht um des Geldes willen zu tun, sondern „weil er ein Deutscher sei“ und Deutschland helfen wolle. „Als Bibra ihm allerdings 500 Kronen¹² für seine Unkosten in die Hand drückte, hat er sie eingesteckt.“

Der Bock als Gärtner

Goldemann wird fortan ein eifriger Spion und Zuträger für Gesandtschaft und Gestapo. Am 30. Juni trifft er sich im Café „Tatra“ mit dem Gesandtschaftsmitarbeiter Teichmann, übergibt ihm eine Liste mit Personalien von 18 neu angekommener Emigranten und informiert über die in der letzten Nacht eingetroffenen 10.000 Reichsmark, die ein Sopade-Kurier aus Breslau über die Grenze gebracht habe. Stolz gibt er bekannt, dass ihn die Fürsorgestelle jetzt zum „Leiter des Nachrichtendienstes“ berufen und ihn am letzten Wochenende „zur Inspektion wegen Spitzelgefahr“ zur Druckerei der Exil-SPD „Vorwärts“ nach Karlsbad geschickt habe. Auch plaudert er über

die in Karlsbad gedruckten Materialien, die mit den Ausflugschiffen der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft nach Dresden geschmuggelt würden.

Der Eifer und die offensichtlich ganz unproblematische Beschaffung der Materialien und Nachrichten durch ihren neuen Gewährsmann macht die Gesandtschaftsmitarbeiter misstrauisch. Teichmann notiert: „Es ist noch schwer, Go's wahre Absichten zu durchschauen“. Auch Bibra hat große Vorbehalte. Doch „Go“, wie er in den Protokollen fortan genannt wird, beliefert die Gesandtschaft unbeirrt mit Listen neu angekommener Emigranten, warnt vor bevorstehenden Grenzaktionen der Antifaschisten, verrät Literaturtransporte nach Deutschland und gibt Parolenänderungen der Grenzkuriere bekannt.

Beim nächsten Rendezvous verspätet sich Goldemann allerdings. Erregt betritt er am 3. Juli um 20 Uhr 45 das Kaffeehaus „Tatra“, erklärt dem wartenden Teichmann, er habe gerade an einer Versammlung der Sozialdemokraten teilgenommen. Und dann sprudelt es aus ihm heraus: „Um Gotteswillen! Man hat hier schon Kenntnis erhalten, daß der Reichsregierung sämtliche hiesige Emigranten bekannt sind. Wie kann das passiert sein?“ Und er berichtet von einer Emigrantin, die mit einer jungen Frau in Deutschland Briefkontakt pflege, die bei einem prominenten Nationalsozialisten in Stellung sei. Der Nazi habe gegenüber seiner Bediensteten über Emigrantenlisten geplaudert, die er selber habe einsehen dürfen. Teichmann hält über die Konsequenzen fest: „Auf Grund dieser Meldung wird im Evidenzbüro morgen ein Geldschrank aufgestellt, den Regierungsrat Wiszmeyer gestiftet hat. Die Schlüssel hat sich Go wieder zu verschaffen gewusst. Ursprünglich sollten im Evidenzbüro zur Bewachung einige Leute schlafen, doch will Go das dadurch verhindert haben, daß er sich bereit erklärt hat, nachts von 1–4 das Evidenzbüro von der Straße aus zu bewachen.“

1969 wird Kurt Grossmann in seinem Buch „Emigration“ auf die von ihm praktizierten Sicherungsmaßnahmen in der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge Prag zurückkommen: „Wenn Flüchtlinge in die Fürsorgestellen kamen, wurden Protokolle aufgenommen, die Angaben über die Fluchtgründe, die illegale Arbeit usw. enthielten. Diese Protokolle, wenn sie jemals in die Hände der Gestapo gefallen wären, hätten für diese nicht nur eine willkommene Fundgrube dargestellt, sondern für Hunderte von

Menschen Verfolgung, Konzentrationslager, ja möglicherweise den Tod bedeutet. Jede Fürsorge hatte ihr eigenes Sicherungssystem. Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge nahm die Protokolle in einem Code auf und, was wichtiger war, sie und alle anderen entscheidenden Akten wurden jede Nacht in einem Bankschließfach aufbewahrt. Diese Methode des täglichen Abholens und Hinbringens war zwar mühevoll, aber sie garantierte einen ziemlich sicheren Schutz gegen Spitzel und Spionagearbeit.“¹³

Grossmann verschweigt, dass die von ihm beschriebenen Sicherungsmaßnahmen keineswegs von Beginn an in Kraft waren. Denn eben jene Protokolle, deren sichere Verwahrung Grossmann hier beschwört, hat „Go“ im Juni und Juli 1933 der Gestapo ausgeliefert, und zwar komplett. Welches Ausmaß an Verfolgung und Leid in Nazideutschland der Besitz dieser Protokolle und Listen in den Händen der Gestapo damals angenommen haben mag, ist gar nicht abzuschätzen.

Doch zurück zum Agententreff im Kaffeehaus. „Go“ unterbreitet Teichmann weitere Vorschläge. Um den Geldfluss aus Breslau trocken zu legen, müsse man, so sein neuer Vorschlag, der „Zentrale in Breslau“ auf die Spur kommen. Dazu wolle er nach Deutschland reisen und benötige von der Gesandtschaft Ausweisungspapiere. Aber er hat noch mehr in petto: Er habe auch von einem am nächsten Tag geplanten Literaturtransport an der Tafelfichte bei Gablonz a. N. (Jablonec n. N.) erfahren. Zwanzig ausgesuchte Leute unter Leitung des Studenten Paul Bromme seien mit dem Unternehmen betraut. Die Gruppe müsste, so Goldemann, in Deutschland unbedingt abgefangen werden. Er wolle dabei mitwirken. Vorteilhaft sei, dass die Grenze von Preußisch-Schlesien nach Böhmen jetzt besser gesichert sei als noch vor Wochen, auch der Riesengebirgskamm.

Der Agent schüttelt noch Statistisches aus dem Ärmel: Die Auflage des „Neuen Vorwärts“ sei auf 18.000 Exemplare geklettert, die der „Arbeiter Illustrierten-Zeitung“ (AIZ) um 3.000 erhöht worden, wovon der größte Teil nach Deutschland gehe. Teichmann schließt sein Protokoll mit dem Bemerkten: „Die ihm angebotenen 500 Kc nahm Go ohne weiteres an. (...) Schluß der Besprechung vom 3.7., 1/4 11 Uhr.“

Eine Woche später teilt er beim Folgetreffen in Bibras Wohnung mit, er habe die Absicht, sich in das sozialdemokratische Flüchtlingskomitee versetzen zu lassen. Er plane, an seiner Stelle ei-



Legationssekretär Sigismund v. Bibra

nen Rechtsanwalt in die Demokratische Flüchtlingsfürsorge nachzuziehen, der ihm dann die Neuankömmlinge in Prag mitteilen werde. Goldemann erhält wiederum 600 Kronen ausgehändigt. Es wird nun zur Gewohnheit, dass er bei den wöchentlichen Treffen eine Liste der neu in der Tschechoslowakei angekommenen Flüchtlinge übergibt. Somit ist die Gestapo immer auf dem aktuellsten Stand.

Im August konnte die Gesandtschaft nach Berlin melden: „Etwa 600 Emigranten sind der Gesandtschaft namentlich bekannt.“¹⁴ Damit waren nach heutigem Kenntnisstand zu diesem Zeitpunkt wenn nicht alle, so doch etwa 85 Prozent aller 700 politisch und rassisch Verfolgten, die in der ČSR bei der Fürsorge im Graben registriert waren, der Gestapo namentlich bekannt.¹⁵

Missionen in Berlin und Linz

In der dritten Juli-Woche „reist“ Max Goldemann mit Unterstützung der Gesandtschaft und ausgestattet mit 2.700 Kronen nach Berlin, um – wie vorgeschlagen – die Geldquelle der Sozialdemokraten in Breslau zu stopfen. Ob diese Mission gelingt, ist in der Korrespondenz der deutschen Gesandtschaft Prag nicht überliefert. Spätestens im

August ist er wieder an seinem Platz in der tschechoslowakischen Hauptstadt. Im August informiert er die Gestapo über eine „Paßfälscherzentrale“ in Prag. Mit ihrer Hilfe sollen, so Goldemann, mehrere Hundert Sozialdemokraten mit Militärdienst Erfahrung nach Linz verschickt werden, die über Österreich, über die Schweiz oder über Frankreich und Holland nach Deutschland einreisen sollen, um dort ohne Aufsehen in die SA oder im Arbeitsdienst einzudringen. Auf den Listen dieser Bereitwilligen sei ausdrücklich ihr letzter militärischer Dienstgrad notiert. „Go“ schließt sich den Österreichfahrern an. Von Linz aus lässt er Ende August seinen Geldgebern einen ersten Bericht zukommen:

„Wie verabredet, ohne Benützung des Passes als Emigrant abgeschoben nach Linz. Zunächst Überweisung [meiner Person] an das dortige Flüchtlingskomitee. Einige Herren der S.P.Ö. nahmen mich sofort freundschaftlich auf (...). Da der S.P.Ö. meine Tätigkeit in Prag als Obmann der Emigranten und als Leiter des Nachrichtendienstes dem Namen nach bekannt war, wurde ich extra gut aufgenommen.“ Er kommt überall in den Genuss finanzieller Zuwendungen und lässt sich bis zu Dr. Altmann, dem Chef des österreichischen Nachrichtendienstes, durchreichen. Altmann sei die rechte Hand des österreichischen Sicherheitsministers in der Dollfuß-Regierung, Emil Fey, einem erklärten Gegner der Sozialdemokraten. Altmann habe versucht, so berichtet Goldemann, ihn für den 14. oder 15. September für eine Beteiligung an Sprengstoffanschlägen zu gewinnen, die den Nationalsozialisten untergeschoben werden sollten. Er habe das Ansinnen jedoch abgelehnt.

„Go“ schlägt der Gestapo vor, „kleine Auflagen nationalsozialistischer Tagesblätter auf ganz dünnem Papier zu drucken“ und ergänzt, „ich werde versuchen, dieselben trotz aller Schwierigkeiten, den nationalsozialistischen Genossen drüben [in Österreich] auszu-

händigen.“ Es bleibt weiteren Forschungen in den Archiven vorbehalten, um die von ihm verratenen Pläne der österreichischen Sozialdemokraten und der Sicherheitsdienste Österreichs gegen die hauseigenen Nazis und gegen Nazi-Deutschland und die mögliche Ausführung seiner eigenen Vorschläge zu rekonstruieren.

Während Goldemann die Aktionen seiner österreichischen Genossen verrät, gewährt ihm der tschechoslowakische Staat ein Aufenthaltsrecht in der ČSR für mehr als ein Jahr, bis zum 30. September 1934.

Da seine Verbindungen nach Deutschland nun über Kontaktleute der Gestapo laufen, schlagen sich seine Aktivitäten nur noch punktuell in den Akten der Prager Gesandtschaft nieder. Doch diese wenigen erhaltenen Dokumente erhellen, wie zielgerichtet Goldemann für die Gestapo arbeitet. Am 18. September teilt Hitlers Gesandter in Prag, Dr. Walter Koch, in einer chiffrierten Botschaft nach Berlin mit, „Go“ habe Graf Pfeil vom deutschen Konsulat in Reichenberg (Liberec) zur Kenntnis gebracht, dass er zwei Männer aus Morchenstern bei Gablonz a. N. auf das Territorium Deutschlands locken wolle, um sie dort festnehmen zu lassen. Sie hätten ein Attentat auf Göring geplant. Welchen Schaden dieser Verrat in der antifaschistischen Grenzarbeit der Sozialdemokraten tatsächlich hinterlässt, wie viele Verhaftungen und Hinrichtungen auf sein Konto gehen, wissen wir nicht. Dass er nicht erfolglos ist, belegen die Geldbeträge, die er kassiert. So quittiert er vom Grafen Pfeil im Konsulat von Reichenberg am 13. September 1933 den Empfang von 400 Kronen.

Die Gestapo nutzt die Emigrantenlisten, um im Nachbarland Behörden und Emigranten zu verunsichern. Der „Prager Mittag“, ein den Hilfskomitees nahestehendes Blatt, schreibt im Dezember 1933: „In den letzten Wochen ist es den Prager Sicherheitsbehörden (...) aufgefallen, dass die Prager deutsche Gesandtschaft und alle anderen offiziellen Vertretungen des Dritten Reiches in unserem Staate für Adressen verschiedener Reichsdeutscher ein auffallendes Interesse an den Tag legen. Dem Prager Wohnungsmeldeamt liegen fast alltäglich Anfragen der deutschen Gesandtschaft nach den Adressen einzelner Emigranten vor. Diese Auskünfte werden von allen tschechoslowakischen Behörden prinzipiell verweigert. Die Absicht der bisherigen diplomatischen Vertretung des Dritten Reiches geht offenbar dahin, genaue Verzeichnisse der in

der Tschechoslowakei lebenden Emigranten anzufertigen. Dass aus dem Dritten Reich überdies Spitzel in die Tschechoslowakei entsandt werden, die über die Tätigkeit einzelner Emigranten zu berichten haben, ist aus den zahlreichen Verhaftungen bekannt.“¹⁶

Goldemanns Festnahmen

Ab Herbst 1933 wird die Aktenlage zu „Go“ noch lückenhafter. Recherchen im Bundesarchiv ergaben lediglich, dass die Gestapo Anfang Dezember 1933 eine „Aufenthaltsermittlung“ in die Wege leitete¹⁷ und ihn ab Februar 1935 in ihren Listen als „unzuverlässige Vertrauensperson“ führte.¹⁸ Deshalb kennen wir auch nicht die Gründe, die ihn bewegen, am 3. September 1935 abermals von Deutschland aus die Grenze nach der ČSR zu passieren, – dieses Mal bei Polubný (dt. Polaun), einem kleinen Grenzort im Isergebirge. Die tschechoslowakische Polizei greift ihn dort auf. Im Kommissariat von Gablonz a. N. legt er wieder seinen Gewerbeschein vor. In der Vernehmung gibt Goldemann folgende Geschichte zu Protokoll. „Ich bin Geschäftsmann jüdischer Religion aus Breslau, war in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands organi-

siert und bin wegen der Zugehörigkeit zu dieser Partei im Jahr 1933 im KZ Osabrück, von März bis Dezember, inhaftiert gewesen. Nach der Entlassung aus dem Lager wurde mir auferlegt, mich jeden Mittwoch in der Polizeibehörde und jeden Sonnabend im Braunen Haus zu melden. Die Polizei bot mir dann an, über staatsfeindliche Aktivitäten von SPD-Mitgliedern Spionagedienste zu leisten, für Geldleistungen. Als ich

das Anerbieten ablehnte, wurde ich geschäftlich boykottiert und politisch verfolgt. (...) Ich bin erst jetzt geflohen, weil für Ehen mit Juden verschärfte Bestimmungen ausgegeben worden sind, in deren Folge ich gezwungen war, mich von meiner [evangelischen] Frau zu trennen.“¹⁹

Auch wolle er bei einem Max Simm, der in der Mozartova in Gablonz wohnt, übernachten und sich am Folgetag nach Prag begeben, um sich dort an die Flüchtlingszentrale zu wenden. Man fotografiert Goldemann, nimmt Fingerabdrücke und lässt ihn laufen. Die jüdische Gemeinde von Gablonz gewährt ihm obendrein eine Zuwendung von 30 Kronen.

Ein halbes Jahr später. Abermals wird Goldemann, am 27. April 1936 beim Versuch, die Grenze zu wechseln, aufgegriffen; dieses Mal auf dem Weg vom ostschlesischen Annaberg zum Grenzstädtchen Bohumín (dt. Oderberg) in der ČSR. Er zeigt einen Ausflugschein²⁰ und ein Patent vor, das ihn als elektrotechnischer Ingenieur ausweist. Er wolle sich, so äußert er gegenüber den Beamten, in Mährisch Ostrau (Moravská Ostrava) niederlassen, mit Hilfe seines Patentbesitzes eine Arbeitserlaubnis und die

für immer vom Territorium der ČSR ausgewiesen und noch am selben Tag, um 11 Uhr 06 in Bohumíl, über die Grenze nach Deutschland abgeschoben wird.²¹ Eine Begründung für diese Ausweisung ist in den Archiven nicht mehr aktenkundig. Man kann aber unterstellen, dass die Widersprüche zwischen den Aussagen zu seiner angeblichen KZ-Haft im Jahr 1933 und den Meldedaten über seinen ersten Prag-Aufenthalt Verdacht erregt haben.

Das weitere Schicksal Max Goldemanns liegt im Dunkeln.

Bei den Verhaftungen nach der so genannten Reichskristallnacht in Deutschland im November 1938 werden 8.000 jüdische Männer ins KZ Buchenwald eingeliefert. Unter den Inhaftierten in Buchenwald sind auch zwei Personen des Namens Max Goldemann. Auf den Zugangslisten dieser Verhaftungsaktion werden jedoch keinerlei Geburtsdaten vermerkt, so dass heute unklar ist, ob er überhaupt zu den Verhafteten gehört. Gewiss ist aber dass beide Buchenwalder Häftlinge seines Namens wieder entlassen werden, der eine am 9.12. 1938, der andere am 5.1. 1939.²²

Goldemanns Ende

Nur noch mit wenigen Daten wird die Biographie Goldemanns aktenkundig. Die Volkszählung im Mai 1939 erfasst seine Anschrift: Breslau, Israelitische Kranken- und Pflegeanstalt Hohenzollernstraße 96. Breslau war nach Lissa seine zweite Heimat.

Zusammen mit 160 Menschen wird er vom 9. bis 11. Juni 1943 mit dem Transport IX/5 von Breslau ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Am 23. Oktober 1944 kommt er mit dem Transport „Et“ von Theresienstadt nach Auschwitz (es ist der vorletzte Zug von Theresienstadt nach Auschwitz überhaupt) und wird dort am Tag der Einlieferung, am 24. Oktober 1944, umgebracht.²³ Über das Schicksal seiner Familie ist nichts bekannt.

René Senenko



Deutsche Gesandtschaft in Prag um 1930

tschechoslowakische Staatsangehörigkeit erwerben. Tatsächlich reicht Goldemann die Anträge in Prag ein und wird beim Evidenzamt zur Miete bei Frau Weissová auf dem Smetanovo náměstí in Ostrau gemeldet. Heimisch wird er dort nicht, denn nur wenig später wird er festgenommen und bleibt in Polizeihaft, bis er mittels rechtskräftigem Bescheid des Polizeipräsidiums Ostrava am 25. Mai 1936

siert und bin wegen der Zugehörigkeit zu dieser Partei im Jahr 1933 im KZ Osabrück, von März bis Dezember, inhaftiert gewesen. Nach der Entlassung aus dem Lager wurde mir auferlegt, mich jeden Mittwoch in der Polizeibehörde und jeden Sonnabend im Braunen Haus zu melden. Die Polizei bot mir dann an, über staatsfeindliche Aktivitäten von SPD-Mitgliedern Spionagedienste zu leisten, für Geldleistungen. Als ich

¹ Staatliches Zentralarchiv Prag (SUA), Akten der Polizeidirektion Prag, Bestand Polizeipräsidium 1933, unsig.

² SUA, Akten der Polizeidirektion Prag, Bestand Allgemeine Registratur 1933 und Bestand Bevölkerungsevidenz 1933, unsig.

³ Deutschland-Berichte der Sopade. Erster Jahrgang 1934, Nr. 1, April/Mai 1934 (Prag, am 17. Mai 1934). Teil A: Nachrichten und Berichte.

⁴ Vgl. Reiner Zilkenat, „Volkstumspolitik“, faschistische Geheimdienste und die Politik der Sudetendeutschen Partei. Zur Vorgeschichte der Zerstückelung der Tschechoslowakei 1938, in: Rundbrief, hrsg. v. d. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus

- beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE, H. 1-2/2008, S. 31f.
- ⁵ Unveröffentlichtes Material, das die Sicht der Demokratischen Flüchtlingshilfe und der Sopade zum Fall Ochmann dokumentiert, in: Archiv der sozialen Demokratie Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung), Bestand Sopade, Mappen 6–10 und Mappe 107/12. Veröffentlichungen zum Fall Ochmann gibt es zahlreiche, die sowohl vor als auch nach 1945 geschrieben wurden.
- ⁶ Sigismund Freiherr v. Bibra, 1894–1973. Dr. rer. pol., seit 1924 im diplomatischen Dienst: 1927 Rio de Janeiro, 1931 Prag, 1936 Bern, 1943 Madrid, danach als „Gesandter a.D.“ im Ruhestand. 1935 Kreisleiter der NSDAP-Auslandsorganisation in Prag, 1936 Landesgruppenleiter der NSDAP-Auslandsorganisation in der Schweiz. Trotz seiner hohen politischen Verantwortung vor 1945 wird er im Entnazifizierungsverfahren 1949 als „Mitläufer“ eingestuft. Er galt in der Schweiz als einer der meisten gehassten und am meisten gefürchteten Nazis.
- ⁷ Von Bibra hatte in der Karmelitská seine Wohnung.
- ⁸ Friedrich Stampfer (1874–1957), 1933–1940 Mitglied d. Parteivorstandes d. Sopade, 1933–1935 Chefredakteur des in Prag veröffentlichten „Neuen Vorwärts“.
- ⁹ Otto Wels (1873–1939), 1919–1939 Vorsitzender d. SPD bzw. d. Sopade.
- ¹⁰ Paul Hertz (1888–1961), 1933–1938 Mitglied d. Vorstandes d. Sopade.
- ¹¹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Folgenden: PA AA), Akten der Gesandtschaft Prag 51/5, dreiseitiger Bericht Teichmanns v. 22.6.1933 u. siebenseitiger Bericht v. 24.6.1933 an das Auswärtige Amt in Berlin. Alle in dieser Arbeit zitierten Gesandtschaftsberichte über Goldemann entstammen, wenn nichts anderes vermerkt wird, ebenfalls dem Band 51/5 der Gesandtschaft Prag. Es handelt sich um die Berichte u. Belege vom 29.6., 30.6., 1.7., 4.7., 10.7., 11.7., zweimal 20.7., 16.8. u. 26.8.1933 sowie um die Dokumente v. 13.9. u. 18.9.1933, die im Band 51/6 vorhanden sind. Vgl. weiterhin die Gesandtschaftsbericht im Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BArch), R 1501/390 u. 391 sowie 125954/85 v. 13. u. 18.9.1933 u. zweimal v. 17.8.1933.
- ¹² 500 Kronen entsprachen 62 Reichsmark. In der Tschechoslowakei jener Jahre kostete ein 20-Gramm-Brief nach Deutschland 2,50 Kronen, der billigste Imbiss 2 Kronen und eine Straßenbahnfahrt 1,20 Kronen.
- ¹³ Kurt R. Grossmann, Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt a. M. 1969, S. 77.
- ¹⁴ Konzept zum elfseitigen Bericht „Die deutsche Emigration in der Tschechoslowakei“ an das Auswärtige Amt in Berlin, verfasst vom Gesandtschaftsrat Rudolf Holzhausen. PA AA, Gesandtschaft Prag 51/5, Dokument v. 10.8.1933. Als fertiger Bericht nachlesbar: BArch, R 1501/125954.
- ¹⁵ Bei den tschechoslowakischen Behörden waren am 1. Juli 1933 700 Emigranten registriert. Da sich die Flüchtlingsfürsorge weigerte, die Parteizugehörigkeit ihrer Schützlinge mitzuteilen, war den Behörden lediglich bekannt, dass unter den 700 Registrierten 124 Sozialdemokraten und 64 Kommunisten waren. Vgl. Bohumil Cerny u. Jaroslav Cesar, Die deutsche antifaschistische Emigration in der Tschechoslowakei (1933–1934), in: Historica XII, Praha 1966, S. 152. Die Sopade in Prag gab Mitte Juli 1933 die Zahl ihrer nach der ČSR emigrierten Mitglieder mit 200 an. Vgl. PA AA, Gesandtschaft Prag 51/5, Bericht v. 10.8.1933, S. 1. Auch die KPD erfasste ihre exilierten Mitglieder statistisch. Viele von ihnen wollten eine amtliche Anmeldung umgehen, riskierten aber damit nach einem Erlass des Innenministeriums v. 1.3.1933 die Auslieferung nach Deutschland und die strafrechtliche Verfolgung ihrer Quartiergeber. Nur wenige tauchen in der behördlichen Zählung auf. In einem internen Bericht zählte die KPD am 31.7.1933 200 in die ČSR emigrierte Mitglieder, davon rund die Hälfte in Prag. Hinzu kamen noch 50 bis 70, zu denen nach ihrer Flucht der Kontakt abgerissen war. Vgl. BArch RY 1 1/2/3 372. Bei allen genannten Zahlen ist zu berücksichtigen, dass es sich um amtliche und parteinterne „Tageswerte“ handelt, die man auf Grund der fluchtbedingten hohen Mobilität auf ein mehrfaches hochrechnen muss, um eine reale Anzahl von Emigranten in einem bestimmten Zeitraum zu ermitteln. Die Gesamtzahl der auf dem Boden der Tschechoslowakei sich aufhaltenden Emigranten schätzte man, wie Reiner Zilkens, „Volkstumspolitik“, faschistische Geheimdienste und die Politik der Sudetendeutschen Partei, auf S. 31 schreibt, im August 1933 auf etwa 4.000. An dieser Zahl hat auch die neuere Forschung nichts korrigiert.
- ¹⁶ Prager Mittag, 6.12.1933: „Emigrantenverzeichnis für die deutsche Regierung“, in: PA AA Gesandtschaft Prag 51/5.
- ¹⁷ Vgl. Hessisches Hauptstaatsarchiv, Eintrag in der Personenkartei der Politischen Polizei Frankfurt a. M. („Frankfurter Gestapo-Kartei“), v. 6.12.1933, Sign.: Abt. 486.
- ¹⁸ Vgl. BArch ZC 19840, Bl. 8. Nachrichtenblatt des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin Nr. 9/1, darin Liste 1: „Erfassung unzuverlässiger Vertrauenspersonen“, S. 4 der Liste.
- ¹⁹ SUA, Akten der Polizeidirektion Prag, Bestand Präsidium 1935. Die Polizeifotos und Fingerabdrücke sind verschollen. Überhaupt ist ein Foto, das Goldemann zeigt, bislang nicht aufgetaucht.
- ²⁰ Ausflugscheine wurden damals für den kleinen Grenzverkehr von den Bürgermeistereien der deutschen Grenzgemeinden ausgestellt. Sie kosteten 50 Pfennig. Viele Emigranten, die nicht im Besitz eines Passes waren, wiesen sich bei ihrer Ankunft in der Tschechoslowakei mit solch einem Papier aus.
- ²¹ Vgl. Landesarchiv Opava, Bestand PRMO, Karton 1646, Z 5790/36 u. SUA, Akten der Polizeidirektion Prag, Bestand Präsidium 1936 (Schreiben v. Dr. Müller, Polizeipräsident Moravská Ostrava an das Polizeipräsidentium Prag v. 27.5.1936).
- ²² E-mail v. 11.11.2006 u. Brief v. 12.11.2007 v. Frau Sabine Stein, Archivarin der Gedenkstätte Buchenwald, an den Verfasser. Die Angaben basieren auf der in Buchenwald erhalten gebliebenen Nummernkartei der Schreibstube und der Zugangsbögen des KZ.
- ²³ Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, 2. Aufl., Bd. II: G-K, Koblenz 2006, S. 974.

„Eine taktische Episode im strategischen Kampf um ganz Deutschland.“

Die Berliner Krise von 1948/49 – Ursachen und historische Bedeutung¹

Das Ziel der folgenden Bemerkungen ist es ausschließlich, den Platz der Berliner Krise 1948/49 im sich entfaltenden Kalten Krieg zu skizzieren. Dabei müssen vor allem die politischen, ökonomischen und militärstrategischen Interessen der USA und der Sowjetunion in den Blick genommen werden.²

Wie definierten diese beiden Staaten, die entscheidend die Niederlage des Hitlerfaschismus im Zweiten Weltkrieg herbeigeführt hatten, ihre zukünftige Rolle in der Welt? Welche politischen Perspektiven billigten sie Deutschland zu? Welche Folgen ergaben sich daraus für ihre Besatzungspolitik? Inwieweit waren sie an der Existenz eines deutschen Staates interessiert – oder dachten sie an separate Staatsgründungen?

Es sei noch einmal hervorgehoben: Die Berliner Krise in den Jahren 1948/49

ist nicht in erster Linie aus der Berliner oder deutschen Perspektive zu erklären, sondern erfordert die Analyse der sich damals vollziehenden, neuartigen weltpolitischen Prozesse. Hier ging es um den sich immer spürbarer durchsetzenden Kalten Krieg, der in Deutschland, und besonders in Berlin, eines seiner wichtigsten Aktionszentren bekommen sollte.³ Auf dem Spiel stand – mit den Worten von Gerhard Keiderling – „die Gesamtheit der Ost-West-Beziehungen“⁴.

Die ökonomischen Folgen des Zweiten Weltkrieges für die USA und für die Sowjetunion

Am Beginn unserer Überlegungen sollte mit der gebotenen Ausführlichkeit ein Blick auf die wirtschaftliche Lage in den beiden wichtigsten Siegerländern ge-

worfen werden, weil sich daraus manche grundsätzliche Überlegungen hinsichtlich der Interessenlagen der USA und der UdSSR nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges ableiten lassen. Zur Erinnerung: Die USA hatten bereits nach dem Ersten Weltkrieg Großbritannien als weltweit größte Industrie- und Gläubigernation abgelöst. Diese Entwicklung sollte sich nach 1945 weiter ausprägen.⁵ Als einzige der vier alliierten Siegermächte war das Territorium der Vereinigten Staaten von den Kampfhandlungen des Krieges vollständig unberührt geblieben. Die Massenmorde und der alltägliche Terror, ausgeübt von den Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes der SS (SD) und der Gestapo, von der Wehrmacht, den Polizei-Bataillonen und anderen Todesschwadronen vom ersten bis zum letzten Tag der Na-

zi-Okkupation, blieb den USA ebenso erspart wie die Bombenangriffe der Göringischen Luftwaffe. Desgleichen die hemmungslose Ausplünderung der landwirtschaftlichen Ressourcen und der Bodenschätze, der massenhafte Einsatz von Zwangsarbeitern für die Zwecke der NS-Rüstungswirtschaft, die systematischen Zerstörung von Industrieanlagen und Verkehrswegen, wie sie die Nazi-Wehrmacht bei ihrem Rückzug aus der Sowjetunion anrichtete. Das alles waren für die US-amerikanische Bevölkerung und ihre politischen Repräsentanten angesichts der Unerreichbarkeit Nordamerikas für die Waffen des faschistischen Deutschlands unbekannt Erfahrungen. Im Gegenteil. Die Rüstungsindustrie des Landes konnte auf Hochtouren produzieren und Waffen, Fahrzeuge, Munition, Ausrüstungsgegenstände, Kriegsschiffe und Flugzeuge auch an die Alliierten liefern. Bezahlt wurden diese Waffen lange Zeit mit dem Blut der britischen Soldaten und Matrosen sowie – ab 1941 – von Millionen gefallener Rotarmisten.⁶

Im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges waren die USA als einzige Großmacht ökonomisch gestärkt hervor gegangen. In den Tresoren ihrer Zentralen Notenbank lagerten mehr als die Hälfte aller Goldreserven, auch die Devisenreserven waren die mit Abstand größten weltweit. Deshalb war es folgerichtig, dass der US-Dollar seit 1944 endgültig die Rolle der unangefochtenen Leitwährung spielte. Zugleich verfügten die USA über zwei Drittel der Industriekapazität der Welt. Ein Drittel aller Exportgüter und etwa drei Viertel des globalen Anlagekapitals stammten aus den Vereinigten Staaten. Sie beherrschten außerdem fast 60 Prozent der Welterdölproduktion.⁷ Nicht zuletzt waren sie seit 1945 im exklusiven Besitz der Atombombe, deren unvorstellbar verheerende Wirkung in Hiroshima und Nagasaki demonstriert worden war.

Die Sowjetunion hatte dagegen Verluste an Menschen und Ressourcen erlitten, die historisch beispiellos waren. Mehr als 20 Millionen Menschen fielen dem Krieg zum Opfer. Es kam zu Erscheinungen der Verwahrlosung und steigender Kriminalität, nicht zuletzt bei den zahlreichen, elternlos aufwachsenden Kindern.⁸ Unter den demobilisierten Soldaten befanden sich 2 Millionen Invaliden, darunter fast eine halbe Million mit Arm- oder Beinamputationen. Von Moskau westwärts bis zur Staatsgrenze hatten die faschistischen Truppen eine Zone der Verwüstung hinterlassen. Städte, Dörfer, Fabriken, Förderanlagen, landwirtschaftliche Betriebe und Verkehrs-

wege mussten zum Teil vollkommen neu errichtet werden. Auf dem Lande kam es zu einer Entvölkerung: waren im letzten Friedensjahr 1940 noch 17 Millionen Menschen in den Kolchosen beschäftigt, so war ihre Anzahl bis Anfang 1946 in dramatischer Weise auf 6,5 Millionen abgesunken; zum großen Teil bestand die Landbevölkerung aus Frauen.⁹ Die ökonomischen Schäden, die von den Nazi-Okkupanten angerichtet worden waren, bezifferten die USA auf circa 36, die Sowjetunion auf 128 Milliar-

Gütern im Jahre 1948 die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger wirksam zu verbessern.¹¹ Bedeutende Ressourcen unterlagen jedoch rüstungswirtschaftlichen Zwängen: Es ging um den für die Sowjetunion unerhört kostspieligen Versuch, das Atomwaffen-Monopol der USA zu brechen. Solange dies nicht realisiert werden konnte, kompensierten die groß dimensionierten Landstreitkräfte, die ebenfalls ihren Preis hatten, das Fehlen der atomaren Bewaffnung.

Indikatoren zur ökonomischen Entwicklung in der UdSSR 1945–1950			
	1940	1945	1950
Aussaatfläche in Millionen Hektar	151	114	146
Getreidefläche in Millionen Hektar	111	85	103
Futterkulturen in Millionen Hektar	18	10	21
Getreideproduktion in Millionen Tonnen	96	47	81
Rinderbestand in Millionen Stück	55	48	57
Schweinebestand in Millionen Stück	28	11	24
Pferdebestand in Millionen Stück	11,6	4,6	
Fleischerzeugung in Millionen Tonnen	4,7	2,6	4,9
Milcherzeugung in Millionen Tonnen	34	26	35
Baumwollerzeugung in Hunderttausend Tonnen	ca. 900	ca. 870	
Lastkraftwagen in der Landwirtschaft (1.000 Stück)	288	62	283
Traktoren (1.000 Stück)	531	397	595
Erdöl-Förderung in Millionen Tonnen	31		38
Erdgas-Förderung in Milliarden Kubikmeter	3		6
Steinkohle-Förderung in Millionen Tonnen	140		185
Schienennetz in 1.000 Kilometer	106		117
Lederschuhe in Millionen Paar	211		203
Stahlproduktion in Millionen Tonnen	22,4	10,6	22

Quellen: Europa-Archiv, 2. Jg., Juli 1947–Dezember 1947, 4. Folge, S. 925ff.; Adolf Karger, Die Sowjetunion als Wirtschaftsmacht, 3. Aufl., Frankfurt a. M. u. Aarau 1983 (Studienbücher Geographie), S. 24, 48 u. 95; Lothar Rühl, Aufstieg und Niedergang des Russischen Reiches, Stuttgart 1992, S. 514f.

den US-Dollar, zuzüglich Folgeschäden in Höhe von 317 Milliarden Dollar.¹⁰ In den ersten Nachkriegsjahren fehlte es oft am Nötigsten – Nahrung, Bekleidung, Brennstoffe, Rohstoffe, medizinische Versorgung, nicht zuletzt an menschenwürdigen Wohnungen. Zwar wurde zu Beginn der 50er Jahre wieder das Niveau der Industrie-, nicht aber der Agrarproduktion, aus der Vorkriegszeit erreicht und überschritten (siehe die oben stehende Tabelle). Auch unternahm die Regierung der UdSSR große Anstrengungen, um mit Hilfe von zwei aufeinander folgenden Fünfjahresplänen sowie durch eine Währungsreform und die Abschaffung des Kartensystems bei Lebensmitteln und anderen

Allein die volkswirtschaftlichen Parameter dokumentieren, dass die Sowjetunion außerstande gewesen wäre, einen Krieg gegen die bis 1949 exklusive Atommacht USA zu führen. Die von den Protagonisten des Kalten Krieges verbreitete Anschauung von der „sowjetischen Gefahr“, ihre Warnungen vor einem geplanten militärischen Angriff der Roten Armee auf Westeuropa, waren frei erfunden. In einer Zeit, wo nicht allein Armeen, sondern Volkswirtschaften Krieg gegeneinander führen, fehlten hierfür alle notwendigen Voraussetzungen. Die Interessen der UdSSR konnten nur darin bestehen, die danieder liegende Ökonomie wieder herzustellen, das

Atomwaffen-Monopol der USA möglichst schnell zu brechen, um politisch nicht erpressbar zu werden, und zukünftigen Gefährdungen für die Sicherheit des Landes durch Formen der Zusammenarbeit mit den USA, aber auch mit Großbritannien und Frankreich sowie den anderen Staaten Europas, wirksam vorzubeugen.

Bezogen auf die Besatzungspolitik in Deutschland bedeutete dies eine Orientierung auf solche politische Entscheidungen, die unbedingt sicherstellen sollten, dass künftig von deutschem Boden aus keinerlei militärische Bedrohung für die Sowjetunion entstehen durfte – ein aus den leidvollen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges verursachtes Trauma, das lange Zeit seine Wirkung in der politischen Führung und in der Bevölkerung entfaltete. Hierin – weniger in ideologischen Gesichtspunkten, die selbstverständlich auch ihre Rolle spielten – ist die Ursache für die von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) rigide durchgeführte Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse hinsichtlich der Bodenreform, der nachhaltigen Zerschlagung der Monopole und der Betriebe anderer Kriegsverbrecher zu erkennen.

Es kam hinzu, dass für die Sowjetunion Reparationen aus Deutschland eine nicht zu ersetzende Bedeutung hatten, zumal die USA sofort nach der Beendigung der Kampfhandlungen 1945 die Lieferung lebenswichtiger Güter in die UdSSR gemäß dem „Leih-und-Pacht-Abkommen“ ohne Vorankündigung gestoppt hatten,

eine im Januar 1945 von Seiten der sowjetischen Regierung geäußerte Bitte, einen Kredit in Höhe von 6 Milliarden US-Dollar zu erhalten, dilatorisch behandelt wurde¹² und die Sowjetunion seit dem Mai 1946 auch keinerlei Reparationen mehr aus der US-amerikanischen Besatzungszone erhielt.¹³ Letzteres geschah, obwohl die Repräsentanten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im Potsdamer Abkommen zugestimmt hatten, dass „in Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR aus ihrer eigenen Zone erhält“, sie befugt sei, „zusätzlich aus den westdeutschen Zonen“¹⁴ weitere industrielle Ausrüstungen zu entnehmen. In einem internen Arbeitspapier der US-amerikanischen Delegation auf der Potsdamer Konferenz vom 14. Juli 1945 hieß es hierzu: „Wir sind der Meinung, dass 50 Prozent der Gesamt Reparationen kein unangemessen hoher Anteil für die Sowjetunion sind ...“¹⁵ Auch die der Sowjetunion ursprünglich zugesagte Viermächte-Kontrolle des Ruhrgebietes wurde erst auf die lange Bank geschoben, dann zu den Akten gelegt.¹⁶ Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang, dass die dem polnischen Staat zugesagten Reparationen fast ausschließlich aus der sowjetischen Besatzungszone entnommen wurden. Wie sollte die politische Führung des Landes ihrer zum Teil in sehr schwierigen materiellen Verhältnissen lebenden Bevölkerung erklären, dass die Verursacher dieses Elends nicht mit Entnahmen aus laufender Produktion und durch Demontagen den angemessenen Preis für

die von ihnen systematisch vorgenommenen Verwüstungen zahlen müssten? Wie sollte politisch nachvollziehbar vermittelt werden, dass die Lebensmittelrationen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) unter Umständen eine bessere Ernährung gewährleisten als in der UdSSR? Dies alles muss auch vor dem Hintergrund der durch eine extreme Trockenheit verursachten Missernte des Jahres 1946 betrachtet werden, an deren Folgen eine Hungersnot ausbrach. Neueren Forschungen zufolge starben etwa 2 Millionen Menschen an Unterernährung bzw. an den damit einhergehenden Krankheiten.¹⁷

Die sowjetische Führung befand sich in auch in anderer Hinsicht in einem großen Dilemma: Da Reparationen aus den anderen Zonen nicht mehr realisiert wurden, blieb allein die SBZ übrig, aus der Güter entnommen und Demontagen durchgeführt werden konnten. Dies musste wiederum zu Misstrauen und einer negativen Stimmung gegenüber der SMAD, aber auch gegenüber derjenigen Partei führen, die stets auf ihre enge Verbundenheit mit der KPdSU und der Sowjetunion hinwies: der KPD bzw. der SED.

Soviel zur ökonomischen Lage der USA und der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Entstehung des Kalten Krieges – eine historische Gesetzmäßigkeit?

Es wäre eine unzulässige Vereinfachung den Anschein zu erwecken, als sei die Durchsetzung des Kalten Krieges „ge-

Geheime Darstellung des US-amerikanischen Außenministeriums über die Lage in Deutschland, 26. August 1948

„Deutschland ist zu einer Region von strategischer Bedeutung im Ost-West-Konflikt hinsichtlich der Zukunft Europas geworden. Die Bedeutung der neuesten Entwicklungen besteht hauptsächlich darin, dass die USA, gemeinsam mit ihren Verbündeten, die Initiative in Deutschland ergriffen haben. Dies führte zu energischen sowjetischen Gegenmaßnahmen. Die Hoheitsrechte der westlichen Mächte in Berlin werden angefochten und jeglicher Versuch ist unternommen worden, um ihre dortige Stellung unhaltbar zu machen. Die Umsetzung der Londoner Beschlüsse für Westdeutschland wird jederzeit auf den Protest und die Opposition der Sowjetunion treffen. Der Erfolg dieser Beschlüsse wird aber auch von anderen unsicheren Faktoren abhängen – von der Schnelligkeit der wirtschaftlichen Erholung, der Kooperationsbereitschaft der Deutschen und von der Unterstützung Frankreichs, die den Beschlüssen noch nicht aus ganzem Herzen zustimmen und die möglicherweise versuchen werden, sie in späteren Verhandlungen zu verändern. (...)

Zweifellos wird es fortgesetzte Spannungen in den US-amerikanisch-sowjetischen Beziehungen geben, die ein kritisches Stadium erreichen werden, falls die UdSSR zu Maßnahmen Zuflucht nehmen sollte, um die Westmächte aus Berlin zu vertreiben. (...)

Deutschland wird wahrscheinlich geteilt bleiben. Die sowjetische Zone und die westlichen Zonen werden dann fortfahren, sich in ökonomischer und verfassungsmäßiger Hinsicht in unterschiedliche Richtungen zu entwickeln, obwohl die Kräfte der ökonomischen Unabhängigkeit und des deutschen Nationalgefühls in gewisser Weise der Teilung entgegenarbeiten werden. Deutschland wird eine wichtige, vielleicht die wichtigste Konflikt-Region in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West bei der Neugestaltung Europas werden.“

Foreign Relations of the United States 1948, Vol. II: Germany and Austria, Washington 1973, S. 1318f. Übersetzung von mir – R. Z.

setzmäßig“ erfolgt, als habe es keine Alternativen gegeben. Allerdings: Die Entstehung und Ausprägung einer aggressiv gegen die Sowjetunion gerichteten politischen Strategie innerhalb der herrschenden Eliten in den westalliierten Siegermächten, besonders in den USA, nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges war nahe liegend.

Noch zu Kriegszeiten artikulierten, jedoch nicht coram publico, Politiker und Militärs auf Seiten der Vereinigten Staaten ihre Auffassung, dass für die Zeit nach dem Sieg über den deutschen Faschismus ein Konfrontationskurs gegen die UdSSR vorbereitet werden müsse. Zwei Beispiele seien hier zitiert. Nur wenige Tage nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands notierte der stellvertretende US-amerikanische Außenminister Joseph C. Grew: „**Ein zukünftiger Krieg mit Russland ist so sicher wie irgendetwas auf der Welt nur sein kann.** Er mag innerhalb weniger Jahre ausbrechen. Wir sollten deshalb darauf achten, unsere militärische Stärke aufrecht zu erhalten und alles zu unternehmen, was in unserer Macht steht, um unsere Beziehungen zur freien Welt zu stärken.“¹⁸

Und der Botschaftsrat an der diplomatischen Vertretung der USA in Moskau, George F. Kennan, gab zu Protokoll: „**Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn.** Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches, stabiles und freundliches Deutschland steigen. Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland ... zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen (...) **Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellbock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorlässt.**“¹⁹ Keineswegs vorprogrammiert war jedoch, dass Anschauungen à la Grew und Kennan schließlich das Denken und Handeln der US-amerikanischen Administration und des „Big Business“ dominieren **mussten**.

Denn innerhalb der politisch und ökonomisch herrschenden Kreise in den USA existierten – stark vereinfachend dargestellt – zwei unterschiedliche Konzeptionen für die Gestaltung der Nachkriegsordnung.²⁰

Zum einen die „Roosevelt-Linie“, die darauf orientierte, dass Sicherheit vor potenziellen neuen Aggressionen nicht gegeneinander, sondern nur miteinander

organisiert werden könnte. Die Antihitlerkoalition hatte nach dieser Lesart mit der Befreiung der Welt vom deutschen Faschismus und japanischen Militarismus ihre Mission noch nicht erfüllt, sondern sie sollte auch für die Gestaltung einer stabilen und friedlichen Nachkriegsordnung aufrecht erhalten werden. Nicht hinweg zu leugnende, auch schwer wiegende Gegensätze zwischen den USA und der UdSSR, die aus den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen resultierten, galten hier als letztlich überbrückbar und als sekundär gegenüber den gemeinsamen Interessen. Als Repräsentant dieser Kräfte galt der von 1941 bis 1945 amtierende Vizepräsident Henry A. Wallace, der anschließend zum Handelsminister ernannt wurde. Wallace erklärte jedoch bereits im September 1946 im Streit um die Außenpolitik resigniert seinen Rücktritt.

Zum anderen setzten sich nach dem Tod von Präsident Franklin D. Roosevelt am 12. April 1945 allmählich diejenigen Kräfte innerhalb der Administration seines Nachfolgers Harry S. Truman und in den Vorstandsetagen großer Banken und Industriekonzerne durch, deren Antikommunismus und Antisowjetismus sie weitgehend blind für die Erfordernisse des heraufziehenden atomaren Zeitalters machte. Hier galt die „Eindämmung“ des Kommunismus (containment), bei einigen sogar die „Befreiung“ der Welt von der „sowjetischen Gefahr“ (liberation policy, roll back), als oberstes Gebot der US-amerikanischen Außenpolitik. Die Grenzen zwischen diesen beiden Konzeptionen der außenpolitischen Strategie der USA waren durchaus fließend. „Es wäre ein grundlegendes Missverständnis“, so lautet die These von Gunther Mai, „die reale wechselseitige Ergänzung von ‚containment‘ und ‚roll back‘ aufzulösen und in historische Phasen zu zergliedern. Die ‚Eindämmung‘ implizierte immer auch die ‚Befreiung‘.“²¹

Zweifelsfrei ist in jedem Falle: Das „Wandeln am Rande des Abgrunds“ (brinkmanship), d. h. das verantwortungslose Spiel mit der möglichen Entfesselung eines atomaren Dritten Weltkrieges, gehörte mit großer Selbstverständlichkeit zum Arsenal der Verfechter des „roll-back“-Konzeptes.²² Letztlich ging es den Verfechtern beider Konzeptionen um die ökonomische und politische Beherrschung der Welt durch die USA, wozu die reichlich vorhandenen Ressourcen des Landes eingesetzt werden sollten. Jegliche politische Entwicklungen, die zum Beispiel den Einfluss der kommunistischen Parteien im damaligen Frank-

reich, Griechenland oder Italien stärkten, wurden als „Bedrohung“ für die global definierten US-amerikanischen Interessen wahrgenommen. Zugleich glaubte man, die „Hand Moskaus“ als Urheber der vor allem in Europa – und zwar sowohl im Westen wie auch im Osten des Kontinents – sich vollziehenden politischen Veränderungen identifizieren zu müssen, die das politische Kräfteverhältnis nach der Befreiung vom Faschismus insgesamt „nach links“ zu verschieben begann.

Verständlicherweise rekrutierten sich, wie John C. Donovan schreibt, die Protagonisten des Kalten Krieges „aus den obersten Ebenen des Establishments, den führenden Finanzinstituten, den am meisten angesehenen Rechtsanwaltskanzleien in New York und Washington, den großen Unternehmen und den besten Universitäten. Diese aus Geschäftsleuten und Juristen bestehenden Kreise verfügten über ein reiches Reservoir von Talenten, aber auch über enorme materielle Ressourcen und ihre Interessen haben im gesamten 20. Jahrhundert den bestimmenden Einfluss auf die amerikanische Gesellschaft ausgeübt.“²³

Was alles bedeutete dies, unabhängig davon, ob die in Washington verantwortlichen Politiker und die Repräsentanten des „Big Business“ eher die „Eindämmungs“- oder die „roll-back“-Konzeption bevorzugten, für die US-amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland?

Je mehr sich die von blindem Antisowjetismus geprägte Linie der US-amerikanischen Außenpolitik durchzusetzen begann, desto weniger spielten die gemeinsamen Festlegungen der Antihitlerkoalition, die während der Konferenzen in Jalta und Potsdam 1945 erzielt worden waren, noch eine Rolle. Sie standen stattdessen zur Disposition. Dies betraf vor allem die Vereinbarung, Deutschland als Ganzes zu behandeln und gemeinsam zu verwalten. Das Jahr 1947 brachte dann den Durchbruch der auf die Konfrontation mit der Sowjetunion ausgerichteten Kräfte in den USA. Zu den entscheidenden Ereignissen gehörte in diesem Zusammenhang die am 1. Januar 1947 gebildete Bizone, bestehend aus der US-amerikanischen und der britischen Zone, die innerhalb kurzer Zeit alle äußeren Merkmale eines eigenständigen Staates aufwies und sich, durch den Beitritt der französischen Zone am 8. April 1949, später zur Trizone erweiterte.

Der wichtigste Beweggrund für die Truman-Administration, den Weg in Richtung eines westdeutschen Separatstaates zu beschreiten, bestand in seiner

Funktion, als ökonomisches Herzstück eines gegen die UdSSR gerichteten, aggressiven Kurses zu dienen. Ohne die Rohstoff-Ressourcen sowie die Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, ohne die chemische Industrie in Ludwigshafen und Leverkusen, ohne die Fahrzeug- und Maschinenbau-Unternehmen in Baden-Württemberg, ohne die hoch qualifizierten deutschen Ingenieure, Techniker und Facharbeiter – um nur diese Beispiele zu nennen – war eine ökonomische Unterersetzung des antisowjetischen Kurses nicht denkbar. Konrad Adenauer brachte während eines Gesprächs mit den westalliierten Hohen Kommissaren im August 1950 diesen Sachverhalt in der ihm eigenen Art zum Ausdruck, indem er lakonisch erklärte, „dass, **wer Westdeutschland und seine Stahlproduktion besitze, voraussichtlich den dritten Weltkrieg zu seinen Gunsten entscheiden werde**“²⁴. Selbstverständlich spielten auch bereits in den Jahren 1948/49 im Verborgenen angestellte Überlegungen eine gewisse Rolle, Westdeutschland zu remilitarisieren.

Mit der von Präsident Truman am 12. März 1947 verkündeten Doktrin, der zufolge die USA zukünftig „freie Völker unterstützen“ sowie ihnen helfen würden, „Unterwerfungsversuche von bewaffneten Minderheiten oder durch äußeren Druck“ zu widerstehen²⁵ und angesichts des von Außenminister George C. Marshall am 5. Juni desselben Jahres öffentlich vorgestellten Programms, das eine „Wiederaufbauhilfe“ für die Staaten Westeuropas vorsah (Marshall-Plan)²⁶, war offensichtlich geworden, dass die USA die Signale auf Konfrontation gestellt hatten. Wolfgang Benz nennt die Truman-Doktrin deshalb zutreffend „eine amerikanische Demonstration gegen Stalin“ und die Wirkung der Ankündigung des Marshall-Plans für „die Sowjetunion ausgrenzend und bedrohlich“²⁷. Der US-amerikanische Senator Edwin Carl Johnson, ein scharfer außenpolitischer Opponent Trumans, formulierte vor dem Kongress am 22. April 1947, dass die vom Präsidenten öffentlich verkündete außenpolitische Doktrin „eine Art Kriegserklärung an die Sowjetunion“²⁸ sei.

Für die Politik gegenüber Deutschland hieß das vor allem, dass mit Dollar-Milliarden die Ökonomie der drei Westzonen innerhalb kürzester Zeit auf den modernsten Standard wiederaufgebaut werden konnte. Zugleich bedeutete die Durchsetzung des Marshall-Plans letztlich die politische Abtrennung der Westzonen von der Sowjetischen Besatzungszone. Die Botschaft lautete: Die

Truman-Administration hatte nun endgültig Kurs auf die Errichtung eines von den USA politisch wie ökonomisch abhängigen westdeutschen Teilstaates genommen.

Eine Währung für ganz Deutschland?

In diesem Zusammenhang stand seit längerer Zeit die Frage einer Währungsreform im Raum, mit deren Hilfe die weitgehend wertlose Reichsmark zugunsten einer neuen Währung abgelöst werden sollte; denn einer immensen Menge an Reichsmark stand eine nicht annähernd adäquate Menge von Gütern gegenüber. Die Folge waren die Rationierungen fast aller Waren und die Existenz eines „Schwarzen Marktes“, dessen wichtigste „Währung“ neben Nylonstrümpfen und Bohnenkaffee US-amerikanische Zigaretten darstellten. Selbstverständlich war eine Währungsreform von den Alliierten von Anfang an als gesamtdeutsche, zonenübergreifende Maßnahme gedacht gewesen: „Ein Land, eine Währung“.

Doch die neue Währung, die „D-Mark“, war insgeheim bereits im Herbst 1947 in den USA von der American Note Company gedruckt und die Geldscheine anschließend auf dem Seeweg nach Deutschland transportiert worden, wo sie im November 1947 eintrafen („Operation Bird Dog“). Sie lagerten in den Kellern der Reichsbankhauptstelle in Frankfurt am Main und warteten hier auf den „Tag X“. Dieser Tag war am 20. Juni 1948 gekommen, als in den Westzonen das neue Geld ausgegeben wurde; zunächst 40 DM, später noch einmal 20 DM pro Kopf der Bevölkerung. Damit existierte jetzt in den Westzonen ein von der SBZ klar zu unterscheidendes Wirtschaftsgebiet mit eigener Währung.

In der Bizone kamen hinzu: ein eigenes Parlament (der so genannte Frankfurter Wirtschaftsrat und der Länderrat als Vorläufer von Bundestag und Bundesrat), ein oberster Gerichtshof sowie eine eigenständige Regierung (Verwaltungsrat), deren Kompetenzen freilich von den Militärgouverneuren noch sehr stark eingeschränkt wurden: Diese „bizonalen Organe sind denn auch“, wie Falk Pingel zutreffend formuliert, „genau diese Entwicklung von Beratungs- und Verwaltungs- zu parlamentarischen und Regierungsorganen gegangen, bevor die Bundesrepublik gegründet wurde.“²⁹

Es konnte angesichts alles dessen kein Zweifel daran bestehen, dass die politischen und ökonomischen Strukturen eines westdeutschen Separatstaates bereits klare Konturen bekommen hat-

ten – und dass es sich dabei um eine bewusste und gewollte Entscheidung der Regierungen in Washington und London handelte .

Die Lage in Berlin am Vorabend der „Blockade“

Eine besonders komplizierte Situation herrschte zeitgleich in Berlin. Der hier tagende Alliierte Kontrollrat, das oberste Gremium der vier Siegermächte zur Festlegung gemeinsamer Beschlüsse, war seit dem 20. März 1948 durch den Auszug der sowjetischen Delegation, die unter der Leitung von Marschall Sokolowski stand, praktisch lahm gelegt.³⁰ In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird dieser Vorgang in der Regel als von den Westmächten unprovokiert und deshalb als vollkommen unverständlich hingestellt.

Die Handlungen der westalliierten Mächte zeichnen jedoch ein anderes Bild. Denn in den Monaten zuvor hatten sich die USA und Großbritannien von den Festlegungen der Potsdamer Konferenz endgültig verabschiedet und die Sowjetunion vor außerordentlich gravierende, vollendete Tatsachen gestellt. Was war geschehen?

Im Zentrum der Auseinandersetzungen standen die Ergebnisse der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz, an der die USA, Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Staaten teilnahmen (23.2. bis 6.3.1948 und 20. April bis 7. Juni 1948). Die Sowjetunion hatte keine Einladung erhalten, obwohl hier außerordentlich bedeutsame Beschlüsse, die „Londoner Empfehlungen“, ausgearbeitet und verabschiedet wurden, die Deutschland als Ganzes betrafen: So zum Beispiel die Einbeziehung der Westzonen in den Marshall-Plan, die Durchführung einer einheitlichen Wirtschaftspolitik in diesen Zonen, die endgültige Absage einer Vier-Mächte-Kontrolle über das Ruhrgebiet sowie – besonders gravierend – die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die ein Grundgesetz für den angestrebten Separatstaat ausarbeiten und beschließen sollte. Alle derartigen Themen hätten jedoch unbedingt zuvor im Alliierten Kontrollrat bzw. auf einer Außenministerkonferenz der vier Mächte erörtert werden müssen.

General Lucius D. Clay, der Oberkommandierende der US-amerikanischen Streitkräfte in Europa und Militärgouverneur in Deutschland, schrieb in seinen Memoiren in dankenswerter Offenheit über die Ergebnisse der Londoner Konferenz:

„Die Londoner Besprechungen hatten als unmittelbares Ergebnis den Vorteil, dass

die **Maßnahmen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Doppelzone beschleunigt** und ein Stück weiterer politischer Verantwortung **innerhalb dieses Gebietes** an deutsche Stellen übertragen wurde. Auch erkannte Frankreich ..., dass ihm die Beziehungen zwischen den vier Mächten nicht mehr länger erlaubten, in Deutschland allein zu bleiben, und dass es nun an der Zeit war, die **Verschmelzung der französischen Zone mit der Doppelzone zu erwägen. Damit bereitete die Konferenz von London den Weg für einen anderen entscheidenden Beschluss in der Deutschlandpolitik: den Entschluss, eine westdeutsche Regierung zu errichten.**³¹

Weiter: Am 17. März wurde auf einer Konferenz in Brüssel zwischen Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten eine „Verteidigungsgemeinschaft“ abgeschlossen. Nur zwei Tage später begannen Verhandlungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Erweiterung der Bi- zur Trizone. In plumper Weise wurde der Sowjetunion nahe gelegt, ihre Zone mit den Westzonen zu vereinen – selbstverständlich auf der Basis der dort geschaffenen vollendeten Tatsachen, an deren Zustandekommen die UdSSR keinerlei Einfluss hatte ausüben können. Sie wurde zu nichts anderem als zur politischen Unterwerfung unter den Willen der USA aufgefordert. Es wurde jetzt klar erkennbar: Die bereits mit der Bildung der Bizone und der Verkündung der Truman-Doktrin sowie des Marshall-Plans im Jahre 1947 offensichtlich gewordene Politik der USA, die Sowjetunion als eine Siegermacht „2. Ranges“ zu behandeln, ja deren legitime Interessen schlicht zu ignorieren, spitzte sich weiter zu.

Auf der Kontrollratssitzung am 20. März 1948 erbat Marshall Sokolowski deshalb von seinen westalliierten Kollegen verständlicher Weise Informationen über die genauen Inhalte und die Bedeutung der „Londoner Empfehlungen“, die ihm jedoch verweigert wurden.

Daraufhin verließ der Repräsentant der Sowjetunion die Sitzung, da – wie er erklärte – aufgrund der Handlungen der Westalliierten „der Kontrollrat als oberstes Machtorgan in Deutschland, das die Viermächteverwaltung dieses Landes verwirklicht, faktisch nicht mehr besteht“³².

Unter welchen politischen Optionen konnte die sowjetische Führung angesichts dieser Entwicklungen eine Auswahl treffen, immer unter dem Gesichtspunkt, den beginnenden Kalten Krieg nicht unnötig zu verschärfen und – ganz im Gegenteil – die westalliierten Part-

ner wieder auf eine Politik einschwenken zu lassen, die sich von den Prinzipien des Potsdamer Abkommens leiten ließ? Die Sowjetunion entschied sich für eine „Mischung aus Konzilianz und Pressionen“³³. Das bedeutete zum einen die ständige Bereitschaft zu Verhandlungen, auch auf hoher und höchster Ebene, zum anderen die Ausübung von Druck, um die drohende Konstituierung eines westdeutschen Separatstaates, der sich womöglich in nicht allzu ferner Zeit in eine antisowjetische Allianz einreihen könnte, zu verhindern.

Die „Blockade“ beginnt

In diesen Zusammenhang gehörten die ersten von der SMAD verfügten, eher sporadischen Behinderungen des Verkehrs von und nach Berlin ab dem Januar, dann häufiger praktiziert, seit dem März 1948.³⁴ Als schließlich am 20. Juni die D-Mark in den Westzonen und am 24./25. Juni auch in den Westsektoren Berlins eingeführt wurde, entstand eine neue Situation. Es bestand ökonomisch die Gefahr, dass die Reichsmark-Bestände jetzt für Käufe in der SBZ, einschließlich des sowjetischen Sektors in Berlin, genutzt werden und dort eine importierte Inflation sowie einen Ausverkauf nicht kontingentierter Güter auslösen würden. Im Kern handelte es sich für die Sowjetische Militäradministration darum, „den dramatischen Verfall der Ost-Währung und den daraus zwangsläufig folgenden Ausverkauf ihrer Besatzungszone zu verhindern“³⁵. Die SMAD reagierte daraufhin neben der Organisierung einer eigenständigen Währungsreform mit der Kappung der Verkehrswege zu Wasser, auf der Schiene und auf der Straße in der Nacht vom 23. zum 24. Juni 1948.

Für die Westmächte kamen diese Maßnahmen keineswegs unerwartet. In seinen Memoiren berichtet Robert D. Murphy, politischer Berater des Außenministeriums der USA für General Lucius D. Clay, dass eine harte Reaktion der UdSSR auf Seiten der Westalliierten für durchaus möglich gehalten wurde: „Wir schickten unsere Warnungen an alle beteiligten Stellen in Washington, London und Paris und baten um genaue Anweisungen darüber, ob die Währungsreform in der Bizone auch auf die Gefahr einer sowjetischen Gegenaktion hin weitergehen und ob gegebenenfalls mit Gewalt gegen eine russische Blockierung Berlins vorgegangen werden sollte. Nicht nur einmal, sondern mehrfach befassten sich die höchsten Regierungsstellen mit dieser sehr dringenden Anfrage. Es war offensichtlich, dass die politischen Autoritäten in Washington unter-

schiedliche Auffassungen zu dieser Angelegenheit hatten.“³⁶ Man wusste in den Hauptstädten der Westalliierten also Bescheid, welche Risiken die Einführung der D-Mark in ihren Berliner Sektoren mit sich bringen könnten.

Im übrigen hatten die Westmächte von vornherein ein unehrliches Spiel mit ihrem sowjetischen Alliierten betrieben: Während am 20. Juni 1948 Finanzexperten darüber berieten, wie die Einführung der D-Mark in den Westsektoren Berlins verhindert werden könnte, waren insgeheim, getarnt als militärischer Nachschub, zehn Flugzeugladungen mit Geldscheinen der neuen Währung im Werte von 250 Millionen D-Mark bereits im Westen der Stadt eingetroffen. Streng abgeschirmt vor der Öffentlichkeit, bereiteten im York House der britischen Besatzungsmacht zwölf deutsche Finanzexperten die Einführung der neuen Währung in den Westsektoren Berlins vor.³⁷ Soviel zum Thema politische Seriosität der US-amerikanischen Besatzungspolitik am Vorabend der „Blockade“.

Als es schließlich am 23./24. Juni 1948 zu den von der SMAD verordneten Absperrungen gekommen war, sahen sich die West-Berliner jedoch keinesfalls einer totalen „Blockade“ ausgesetzt. Für sie wurde vom 1. August an die Möglichkeit geschaffen, sich im sowjetischen Sektor der Stadt, aber auch in der umgebenden Mark Brandenburg – bei so genannten Hamsterfahrten – regelmäßig mit Lebensmitteln versorgen, ist nicht mehr zweifelsfrei festzustellen. In der Literatur differieren die Angaben zwischen etwa 20.000 und 100.000 Westberlinern, die ihre Lebensmittelkarten im sowjetischen Sektor Berlins registrieren ließen.³⁸

Zugleich ergriff Fritz Selbmann (SED), stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission in der SBZ, die Initiative, um die Westsektoren Berlins mit Energie und Brennstoffen zu versorgen.³⁹

Sein Vorschlag, für den er sicherlich die Rückendeckung der Sowjetischen Militäradministration eingeholt haben dürfte, lautete: das im Ostsektor liegende Kraftwerk Klingenberg werde Strom liefern, zusätzlich würden Brennholz und Braunkohlen in ausreichender Menge zur

Verfügung gestellt. Als Gegenleistung müsse Steinkohle aus dem Ruhrgebiet angeliefert werden. Zwar erklärte die amtierende Berliner Oberbürgermeisterin Louise Schröder (SPD) am 19. Juli ihr Einverständnis mit diesem Vorschlag, sie war jedoch außerstande verbindlich mitzuteilen, ob die britische Militärregierung die notwendige Menge Steinkohle aus dem in ihrer Zone liegenden Ruhrgebiet zur Verfügung stellen werde. Die intensiven Bemühungen Fritz Selbmanns, die in schriftlicher Form und per Telefon sowie im persönlichen Gespräch mit dem stellvertretenden Oberbürgermeister Ferdinand Friedensburg (CDU) ihren Ausdruck fanden, blieben leider erfolglos. Von westlicher Seite wurde nicht einmal der Versuch unternommen, die Seriosität dieses Vorschlages zu testen, dessen Realisierung die Lage in und um Berlin wesentlich entschärft hätte. Stattdessen entfaltete sich das Schauspiel der „Berliner Luftbrücke“, die zum Gründungsmythos eines spezifischen „Westberlinertums“ avancierte, das aus aggressivem, ja hasserfühltem Antikommunismus und Antisowjetismus sowie einer „Nibelungentreue“ gegenüber den US-Amerikanern bestand, die wegen ihrer vollkommen undifferenzierten Bewunderung alles „Amerikanischen“ von geradezu peinlicher, mitunter hysterischer Unterwürfigkeit gegenüber den USA geprägt war.

Hinzu gesellte sich die absurde Selbsteinschätzung, die „Insel westlicher Freiheiten“ zu sein, ja den „Vorposten der Demokratie“ inmitten des „Meeres des Kommunismus“ darzustellen. Damit einher ging ein galoppierender politischer Realitätsverlust, der in der vielfach durchaus ernst gemeinten Metapher „Lieber tot als rot“ seinen konzentrierten Ausdruck fand.

Selbstredend wurden diese Mentalitäten und Verhaltensweisen durch die täglich vor Augen geführte materielle und technische Überlegenheit der USA gegenüber der Sowjetunion, wie auch gegenüber ihren westlichen Alliierten, entscheidend begünstigt. Wessen Territorium erst wenige Jahre zuvor verwüstet worden war, konnte eben nicht mit der Verteilung von Care-Paketen, Bohnenkaffee, Schokolade, Zigaretten und anderen knappen Gütern bei der Bevölkerung Berlins nachhaltige Sympathien gewinnen.

Das Gefühl, der „Blockade“ widerstanden zu haben, ist bis zum heutigen Tage nicht ohne emotionale Bedeutung, wie der Rummel um das Volksbegehren für die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof im Frühjahr 2008 bewies. Über die tiefer liegenden Ursachen der damals entstandenen Situation sowie über die Tatsache, dass Westberliner die Möglichkeit hatten, sich im sowjetischen Sektor der Stadt mit den lebens-

notwendigsten Dingen zu versorgen und ein Vorschlag auf dem Tisch lag, die Westsektoren mit Energie zu versorgen, ist bei solchen Gelegenheiten allerdings nicht die Rede. Auch die „Gegenblockade“ der Westalliierten, die alle Lieferungen von Wirtschaftsgütern in die SBZ eingestellt hatten, wird gern verschwiegen.⁴⁰

Die Legende vom militärischen Griff der Sowjetunion nach Westberlin

Im Zusammenhang der „Blockade“ ist auch die These entstanden, die Sowjetunion habe die Einverleibung der Westsektoren Berlins verfolgt, notfalls auch mit dem Einsatz militärischer Gewalt. Die Gefahr eines Weltkrieges sei dabei billigend in Kauf genommen worden. Tatsächlich ist nichts verkehrter als diese Annahme. Als Erster brachte der damalige Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, General Lucius D. Clay, diese These in Umlauf. Am 5. März 1948, wenige Monate vor der Entfesselung der Berliner Krise, telegraphierte er „streng geheim“ an den im Generalstab dienenden Generalleutnant Stephen J. Chamberlain⁴¹, er sei bislang der Auffassung gewesen, dass ein Krieg mit der Sowjetunion „auf mindestens zehn Jahre hinaus unwahrscheinlich sei“. Nun aber habe er „in der sowjetischen Haltung einen subtilen Wandel verspürt, den ich nicht definieren kann, der mir

James Burnham, Mitarbeiter der CIA und einer der führenden Soziologen der USA, in seinem 1950 veröffentlichten Buch „Die Strategie des Kalten Krieges“ über die Aufgaben der US-amerikanischen Außenpolitik:

„Die Weltpolitik ist – gegenwärtig und bis zur Beilegung des Konflikts – das Schlachtfeld zwischen den Vereinigten Staaten als Vertreter der abendländischen Kultur einerseits und dem Kommunismus mit seinem Hauptstützpunkt in der Sowjetunion andererseits. Jede sonstige Entwicklung der Weltpolitik hat geschichtliche Bedeutung nur durch ihre Beziehung zu diesem entscheidenden Kampf. Ein positiver Erfolg der amerikanischen Außenpolitik bedeutet daher eine Veränderung des weltpolitischen Gleichgewichts zu ihren Gunsten und zu Ungunsten der Sowjetunion. Solche Veränderung kann auf verschiedene Weise erfolgen. (...) Der Gewinn neuer Gebiete, Menschen und Hilfsquellen für den antikommunistischen Block (also für den Block der USA) ist eine Möglichkeit, ebenso die Stärkung und Verhärtung der antikommunistischen Einstellung innerhalb jeder anderen Nation, einschließlich der Nationen innerhalb des Sowjetreiches. Ein Verlust des Sowjetreiches an Gebiet, Menschen oder Hilfsquellen ist ein Gewinn für die Vereinigten Staaten.

Die Schwächung und Beseitigung der Fünften Kolonne (gemeint: die Kommunistischen Parteien-R.Z.) innerhalb von Nationen, die heute nicht zum Sowjetreich gehören, ist ein

Gewinn und möglicherweise ein beträchtlicher Gewinn für die amerikanische Politik. So ist beispielsweise die wirtschaftliche, politische und militärische Erholung Westeuropas – die ein erklärtes Ziel der amerikanischen Politik ist – ein faktischer Gewinn für die Vereinigten Staaten nur insoweit, als die westeuropäischen Nationen in ihrer Einstellung unerschütterlich antikommunistisch sind. Das wird häufig übersehen, obwohl es offenkundig wird, sobald man es umgekehrt ausdrückt: Hätte Westeuropa eine eindeutig prokommunistische und prosowjetische Einstellung, so würde seine Erholung zweifellos einen Verlust für die amerikanische Politik bedeuten; in solchem Falle wäre es viel besser, wenn Europa schwach wäre und nicht stark. Daraus folgt, dass die Vereinigten Staaten in nächster Zukunft wahrscheinlich sehr viel mehr Nutzen aus der Zerschlagung der kommunistischen Partei Frankreichs ziehen könnten – die jetzt verhindert, dass die französische Nation eine einheitliche und feste antikommunistische Einstellung hat – als aus der Bewaffnung einiger französischer Divisionen.“

James Burnham, Die Strategie des Kalten Krieges, Stuttgart 1950, S. 43f.

aber neuerdings **das Gefühl** gibt, ein Krieg könne mit dramatischer Plötzlichkeit ausbrechen⁴². Im Ergebnis dieser Aussage des in Washington hoch angesehenen Clay entwickelte sich – wie der inzwischen zum Leiter des Planungsstabes im US-Außenministerium avancierte George F. Kennan in seinen Memoiren schreibt – „eine regelrechte Kriegspsychose. Ihre Intensität lässt sich schon daran ablesen, dass die CIA es am 16. März für nötig befand, dem Präsidenten eine ‚beruhigende‘ Ausarbeitung vorzulegen, der zufolge Krieg ‚innerhalb von sechzig Tagen nicht wahrscheinlich‘ war“⁴³. Auch in der Presse und bei Mitgliedern des Kongresses griff die Vorstellung um sich, ein bewaffneter Konflikt mit der UdSSR stehe womöglich unmittelbar bevor.

Im Rahmen dieser Kriegspsychose liebten sich um so leichter die eigenen Rüstungen sowie die Planungen für ein dichtes Netz von zahlreichen Militärstützpunkten, gruppiert um die Sowjetunion, vorantreiben.⁴⁴ In dieser hitzigen Atmosphäre begannen am 18. Mai 1948 die Atombombenabwürfe der US Air Force über der Pazifik-Insel Eniwetok, eine deutliche Botschaft an die Adresse der sowjetischen Führung.

Von größter Bedeutung waren vor allem die zeitgleich mit der Berliner Krise stattfindenden Verhandlungen der USA, Kanadas, Großbritanniens, Frankreichs, der Benelux-Staaten, Italiens, Norwegens, Islands, Portugals und Dänemarks mit dem Ziel, eine „nordatlantische Verteidigungsorganisation“ zu konstituieren.⁴⁵ Schon am 4. April 1949 wurde die NATO-Akte in Washington von den Außenministern der genannten Staaten unterzeichnet, die endgültig am 24. August desselben Jahres in Kraft trat. Die antisowjetische Stoßrichtung dieses Bündnisses stand vom ersten Tag seines Bestehens an außer Frage.

Und in Berlin? Die „Berlin Operations Base“ des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA, die über sehr gute Quellen verfügte, war sich während der krisenhaften Zuspitzung der Lage in und um Berlin jederzeit im klaren darüber, dass sich weder die sowjetischen Streitkräfte noch die Kasernierte Volkspolizei der SBZ auf irgendeine Angriffshandlung gegen die Westsektoren Berlins vorbereiteten.⁴⁶ Schon eher waren die Aktivitäten der eigenen Seite von militärischem Abenteuererum geprägt. General Clay, einer der notorischen „Scharfmacher“ in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, plante gewaltsame Durchbrüche militärischer Einheiten von Westdeutschland aus zu den Westsektoren

Berlins, was zum Glück von seinen vorgesetzten Dienststellen ebenso verworfen wurde wie sein Vorschlag, den Panama-Kanal und die Häfen der USA für Schiffe aus der Sowjetunion zu sperren.

Es lohnt sich in diesem Zusammenhang, etwas näher die Argumentation General Clays zu beleuchten, mit deren Hilfe er die politisch Verantwortlichen in Washington zu militärischen Aktionen in und um Berlin veranlassen wollte.⁴⁷

In einem streng geheimen und als sehr dringend klassifizierten Schreiben an das Armee-Ministerium vom 10. Juli 1948 gab er seiner Überzeugung Ausdruck, dass die USA noch nicht weit genug bei der Festlegung ihres zukünftigen Kurses in der Berlin-Politik gegangen seien. Zwar sei er überzeugt – man höre und staune! – dass die Sowjetunion keinen Krieg wolle. Aber dennoch sei diese Möglichkeit nicht auszuschließen, denn es könne in Moskau „a fixed plan“ existieren, der die Vorbereitung eines Krieges gegen den Westen beinhalte. Unabhängig davon, welche der beiden Varianten zuträfe, sei die Entsendung eines bewaffneten Konvois zu den Westsektoren Berlins anzuraten. In dem einen Fall – die UdSSR wolle auf jeden Fall einen Krieg vermeiden – würde sie ihn passieren lassen. In dem anderen Fall, der „fixed plan“ eines Krieges gegen den Westen wäre Realität, käme es ohnehin früher oder später zur militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion: Falls die UdSSR einen Krieg beabsichtige, würden die militärischen Feindseligkeiten nicht wegen des bewaffneten Konvois der Westalliierten ausbrechen, sondern dies wäre nur der Anlass für den sowieso gegen sie geplanten Krieg. Er würde sozusagen nur an einem Ort und zu einem Zeitpunkt ausbrechen, so lautet die seltsame und für den Frieden überaus gefährliche „Logik“ Clays, den die USA bestimmen.

Leider hatte mittlerweile auch der außenpolitische Berater Clays, Robert D. Murphy, dessen eben zitierte Vorschläge übernommen und seinerseits nur einen Tag später, am 11. Juli 1948, in einem an das State Department gerichteten Telegramm unverblümt gefordert, „bewachte Konvois, verstärkt durch militärische Einheiten und Pioniere, durch die sowjetische Zone nach Berlin zu schicken“⁴⁸.

Noch einmal sei hervorgehoben, dass die kriegerischen Gelüste der Clay und Murphy vom Juli 1948 zum Glück keine hinreichende Resonanz in Washington fanden. Aber auch die eigenen Verbündeten wollten sich auf ein derartiges va-banque-Spiel nicht einlassen. In ei-

ner streng geheimen Ausarbeitung des Geheimdienstes CIA vom 28. September 1948 musste kleinlaut zugegeben werden, dass gewaltsame Aktionen der USA auf keinerlei Unterstützung weder bei den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs noch sonst wo in Westeuropa treffen würden.⁴⁹

Clays Beifalls gewiss konnte allerdings der Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates der USA vom 14. Juli 1948 sein, etwa neunzig Bomber des Typs Boeing B-29 („Stratofortress“) in Großbritannien zu stationieren. In den letzten Julitagen flogen diese Kampfflugzeuge demonstrativ im Formationsflug über London und andere Städte Großbritanniens, bevor sie auf ihren Stützpunkten landeten, von wo aus sie immer wieder zu Flügen auf den Kontinent, auch nach Deutschland, sowie zur Durchführung von Scheinangriffen über der Nordsee aufbrachen.⁵⁰ Bei ihnen handelte es sich um das damals einzige Waffensystem, das Atomsprengsätze ins Ziel tragen konnte. Mehr noch: Maschinen dieses Typs sollten zeitweilig als Transporter an der „Luftbrücke“ teilnehmen, eine direkte Provokation der UdSSR.⁵¹

Dass es hier in den Köpfen einiger Militärs nicht nur um bloße Provokationen, sondern auch um die Schaffung von Möglichkeiten für einen Atomschlag gegen die UdSSR ging, belegen die entsprechenden Gedanken Clays. Gegenüber dem Kriegsminister James V. Forrestal äußerte er: „Im Fall eines Krieges würde er nicht zögern, die Atombombe einzusetzen und Moskau und Leningrad zuerst zu treffen.“⁵² Zugleich bemühte sich Forrestal, die Befehlsgewalt für den Einsatz von Atombomben vom Präsidenten auf seine Person zu übertragen. Damit wäre Präsident Truman als Oberbefehlshaber der Streitkräfte de facto entmachtet worden. Ein Angriff mit Nuklearwaffen auf die Sowjetunion während der Berliner Krise hätte somit, angesichts des pathologischen Antisowjetismus von Forrestal und Clay, eine gewisse Wahrscheinlichkeit bekommen. Zum Glück scheiterte dieses Vorhaben. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass auch in Großbritannien in manchen Politiker-Köpfen Kriegspantasiën ihr Unwesen trieben. So erklärte der konservative Abgeordnete und spätere Premierminister (1957 bis 1963) Harold Macmillan am 30. Juni 1948 im Unterhaus: „Wir müssen ... das Risiko eines Krieges vor Augen haben.“⁵³

An dieser Stelle muss hervorgehoben werden, dass 1948 bereits sehr konkrete Atomkriegspläne der USA existierten, die unmittelbar gegen die Sowjetunion

gerichtet waren. Während sich Ende des Jahres 1945 nur zwei und im Juni 1947 13 Atombomben in den Arsenalen der USA befanden, war ihre Anzahl bis zum Beginn der Berliner Krise im Sommer 1948 auf etwa 50 angewachsen.⁵⁴ Ende 1948, auf dem Höhepunkt der Berliner Krise, verfügten die Vereinigten Staaten über folgende Trägerwaffen: Neben 30 Bombern des Typs B-29, die speziell für den Abwurf von Atombomben ausgerüstet worden waren, existierten etwa 18 Maschinen des weitaus moderneren Typs B-50, zu denen noch 4 Flugzeuge vom Typ B-36 hinzu kamen. Die von jetzt an in größerer Stückzahl in Dienst gestellten B-50 und B-36 hatten eine weitaus größere Reichweite als die B-29-Bomber und waren in der Lage, Ziele tief im Innern der Sowjetunion anzugreifen.

Das im Herbst 1947 von den Vereinigten Stabschefs der USA ausgearbeitete Kriegsszenario „Broiler“, das in den darauf folgenden Monaten weiter perfektioniert wurde, sah zum ersten Mal den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen gegen die UdSSR vor: Mit Hilfe der schon erwähnten B-29-Flugzeuge sollten 34 Atombomben auf 24 Städte der Sowjetunion abgeworfen werden und sie – wie es der Verteidigungsminister Forrestal am 23. November 1948 zynisch formulierte – „die ‚bolschewistische‘ Kontrolle innerhalb und außerhalb der Sowjetunion reduzieren bzw. eliminieren“⁵⁵.

Festzuhalten bleibt:

Nicht die Sowjetunion riskierte in der Berliner Krise 1948/49 einen bewaffneten Konflikt, der kaum auf Berlin zu begrenzen gewesen wäre, sondern die Gefahr der Anwendung von atomaren Waffen auf sowjetischem Territorium durch die USA mit sich gebracht hätte. In den politischen und militärischen Stäben der Vereinigten Staaten gewannen offenkundig diejenigen Kräfte an Einfluss, die mit einer Politik des „Wandelns am Rande des Abgrunds“ der UdSSR erpresserisch ihren Willen aufzwingen wollten. Die Beschuldigungen an die Adresse der Sowjetunion, sie riskiere einen Krieg um Berlin, stellten bei Lichte betrachtet nichts anderes dar als die Projektion eigener Gedanken und Pläne.⁵⁶

Die Moskauer Vereinbarungen und ihre Torpedierung durch die USA

Während sich die Ereignisse in und um Berlin zuspitzten und die antisowjetische Hysterie der Bewohner in den Westsektoren durch massive Propaganda-Aktionen der US-Amerikaner und deutscher

Politiker wie Ernst Reuter (SPD) und Ernst Lemmer (CDU) weiter angeheizt wurde, entwickelte sich hinter den Kulissen ein kompliziertes diplomatisches Spiel, das schließlich zu einem Ende der gefährlich gewordenen Lage führen sollte. Hier sei die Chronologie einiger der wichtigsten Ereignisse nachgezeichnet, die es in diesem Zusammenhang zu beachten gilt:

Am 2., 23. und 30. August 1948 trafen sich in Moskau die Botschafter der drei westalliierten Mächte mit Stalin.⁵⁷ Es galt zu sondieren, ob ein Ende der Berliner Krise herbeigeführt werden könnte. Die sowjetische Seite unterbreitete dabei den Vorschlag, künftig solle nur die in der SBZ gültige Währung das alleinige Zahlungsmittel für alle Sektoren Berlins sein. Außerdem müsste die Umsetzung der oben erwähnten „Londoner Beschlüsse“ so lange ausgesetzt werden, bis auf einer Konferenz der vier Mächte über sie beraten worden sei. Im Falle der Annahme dieser beiden Forderungen würde die „Blockade“ unverzüglich beendet werden. Sowohl in den Gesprächen mit Stalin als auch mit den gleichfalls im August stattfindenden Unterredungen mit dem sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow lehnten es die Botschafter der USA, Großbritanniens und Frankreichs ab, irgendwelche Verhandlungen mit der UdSSR zu führen, um die „Londoner Beschlüsse“ zu erläutern bzw. ihre Realisierung auszusetzen.

Hierauf reagierte die Sowjetunion mit einem sehr weitgehenden Kompromissvorschlag, der nur noch die Forderung enthielt, die D-Mark in Berlin wieder aus dem Verkehr zu ziehen und stattdessen ausschließlich die Währung der SBZ in ganz Berlin einzuführen. Im Falle der Annahme dieses Vorschlages werde die „Blockade“ der Verkehrswege von und nach Berlin beendet werden.

Am 30. August überbrachten die Botschafter der westalliierten Staaten in Moskau der sowjetischen Regierung die endgültige Zustimmung ihrer Regierungen zu diesem Vorschlag. Die verantwortlichen Militärgouverneure in Deutschland wurden mit der Umsetzung dieses Beschlusses beauftragt. Bis zum 7. September 1948 sollten sie ihren Regierungen mitteilen, wie sie die beiden genannten Punkte der Vereinbarung konkret umzusetzen gedachten. In diesem Zusammenhang sei eine Finanzkommission zu bilden, die aus Repräsentanten aller vier Alliierten bestehen solle.

Auch die nicht berücksichtigte Frage der „Londoner Beschlüsse“ schien lösbar zu sein: Am 27. August 1948 ver-

einbarten die vier Alliierten hierzu Folgendes: Nach der Realisierung der in Moskau getroffenen Vereinbarung solle ein Kommuniqué veröffentlicht werden, in dem die Diskussion aller ungelösten Fragen bezüglich Berlins und Deutschlands auf einer demnächst durchzuführenden Vier-Mächte-Konferenz angekündigt werde. Es schien so, als ob die „Berliner Krise“ rasch beendet werden könnte, kaum dass die begonnen hatte. Doch sollte sich diese Annahme – vor allem zur Überraschung der sowjetischen Seite – als ein schwerwiegender Irrtum herausstellen.

Plötzlich tauchten an unerwarteter Stelle Schwierigkeiten auf. Der Militärgouverneur der USA in Deutschland, General Clay, erklärte seinen britischen und französischen Kollegen am 27. August 1948, dass für ihn eine Übereinkunft mit der SMAD auf der Grundlage der sich abzeichnenden Moskauer Beschlüsse nicht möglich sei. Die durchaus kompromissbereiten Militärgouverneure Großbritanniens und Frankreichs, die Generäle Robertson und Koenig, waren über diese Auffassung ihres US-amerikanischen Kollegen geradezu entsetzt. Umgekehrt ließ Clay in Washington seine Ansicht verbreiten, dass „meine Kollegen beinahe jede Art von Übereinkunft herbeiwünschen“⁵⁸. Ein Vier-Sterne-General, der sich den Anweisungen seiner politischen Führung widersetzt? Ein eigentlich unerhörter Vorgang, der nur mit der Rückendeckung Clays von höchster Stelle in Washington zu erklären ist.⁵⁹

Hauptsächlich an der strikten Opposition Clays scheiterten bereits am 7. September die Bemühungen der SMAD, die gemeinsamen Beschlüsse, so wie sie knapp vierzehn Tage zuvor vereinbart worden waren, in die Praxis umzusetzen. Vertrauensbildend war dieses diplomatisch sehr ungewöhnliche, ja provokative Verhalten der USA gegenüber der Sowjetunion keineswegs. Es förderte stattdessen Misstrauen und Argwohn der UdSSR gegenüber Washington. Die Hoffnungen von Robertson und Koenig, eine Wiederaufnahme der Gespräche sei ebenso möglich wie ihr erfolgreicher Abschluss, erwies sich als unrealistisch.⁶⁰

Das Jessup-Malik-Abkommen und die Beendigung der Berliner Krise

Im Oktober 1948 kam es dessen ungeachtet zu neuen Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York, die in einen Resolutionsentwurf einmündeten, der erneut die Aufhebung aller Verkehrsbeschränkungen und die Einführung der Währung der SBZ in ganz Berlin forderte. Auch diesmal stimmten die West-

mächte diesem Beschluss zunächst zu, um ihn dann in letzter Minute, kurz vor der Abstimmung im Sicherheitsrat der UN am 25. Oktober 1948, zu verwerfen: es sollte nur noch um die Beendigung der „Blockade“ gehen. Dennoch gingen die Gespräche zwischen der UdSSR und den USA zur Beendigung der Berliner Krise weiter. Sie wurden vertraulich von den Botschaftern beider Mächte bei den Vereinten Nationen, Jakob Malik (Sowjetunion) und Philipp C. Jessup (USA), geführt. Am 4. Mai 1949 war es dann endlich soweit. In einer Vereinbarung wurde die Festlegung getroffen, dass am 12. Mai alle vorhandenen Verkehrsbeschränkungen zwischen den Westzonen und Berlin sowie zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den Westzonen aufzuheben seien. Damit wurde auch die Wirtschaftsblockade des Westens gegen die SBZ beendet, die zu schwer wiegenden Beeinträchtigungen der dortigen Ökonomie geführt hatte. So konnten zum Beispiel die ausgebliebenen Lieferungen von Schwefelsäure, Steinkohle und Stahl nicht kompensiert werden.

Ein weiteres Ergebnis des Jessup-Malik-Abkommens bestand in der Vereinbarung, die entstandene Lage in Deutschland, d. h. vor allem die unmittelbar bevorstehende Gründung eines westdeutschen Separatstaates, auf einer Außenministerkonferenz in Paris zu erörtern. Die Sowjetunion legte auf dieser Konferenz, die vom 23. Mai bis zum 20. Juni 1949 in Paris tagte⁶¹, mehrere Vorschläge zur Verhinderung der Spaltung Deutschlands vor: unter anderem die Schaffung gesamtdeutscher Organe, die Wiederherstellung eines Magistrats für alle Sektoren Berlins, die Durchführung geheimer, allgemeiner und gleicher Wahlen in der Stadt, die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates und der für Berlin als Ganzes zuständigen Interalliierten Kommandantur. Zugleich sollten Kompetenzen der Alliierten auf gesamtdeutsche Instanzen übertragen werden. Bedeutsam war der neuerlich unterbreitete Vorschlag, innerhalb einer dreimonatigen Frist dem Rat der Außenminister Ausarbeitungen für einen Friedensvertrag mit Deutschland vorzulegen, in dem der Abzug sämtlicher Besatzungstruppen binnen Jahresfrist vorzusehen sei.

Die Reaktionen der Westmächte waren enttäuschend. Ihre Gegenvorschläge vom 28. Mai 1949 beinhalteten die Möglichkeit, dass die sowjetische Besatzungszone dem Geltungsbereich des wenige Tage zuvor verkündeten Grundgesetzes der im Entstehen begriffenen

Bundesrepublik Deutschland (BRD) beitreten könnte – für die Sowjetunion eine plumpe Provokation. So kam es wegen der unnachgiebigen Haltung der drei Westmächte zum Scheitern der Pariser Außenministerkonferenz. Für die sowjetische Führung endete die Berliner Krise insgesamt mit einer Niederlage. Die Blockade, so hatte sie, wie Gerhard Keiderling schreibt, kalkuliert, „sollte das Mittel sein, um den Westen wieder an den Verhandlungstisch zu zwingen,... bevor sich die Lage in Westdeutschland zu seinem Nachteil konsolidiert hatte. Doch die Westmächte standen die Blockade durch und stimmten deren Aufhebung erst zu, als der Weststaat unter Dach und Fach war.“⁶²

Immerhin war es aber durch geduldige Verhandlungen gelungen, die „Blockade“ und die Aussetzung des Handels zwischen den Westzonen und der SBZ zu beenden. Die so genannte Lüftbrücke wurde indes bis zum 30. September 1949 fortgesetzt, obwohl seit dem 12. Mai der Verkehr von und nach Berlin wieder ungehindert fließen konnte.

Die sowjetische Politik 1948/49 – frei von Fehlern und Versäumnissen?

Am Ende konnte die UdSSR ihre politischen Ziele nicht durchsetzen. Hinter dem von der „Luftbrücke“ gezogenen Rauchvorhang erfolgte die Gründung der NATO und die Vorbereitung der Konstituierung eines westdeutschen Separatstaates, der Bundesrepublik Deutschland. Als Reaktion hierauf entstand die Deutsche Demokratische Republik. Es entwickelten sich jetzt zwei völlig unterschiedliche gesellschaftliche, ökonomische und politische Systeme in Deutschland. Berlin wurde im Ergebnis dieses Prozesses eine geteilte Stadt.

Hatte die Politik der Sowjetunion alles Notwendige getan, um dies zu verhindern? Gab es Versäumnisse auf ihrer Seite, die das verantwortungslose Spiel der Westalliierten mit den gemeinsamen Beschlüssen von Potsdam erleichterten?

Dies war tatsächlich der Fall. Stefan Doernberg, 1945 junger Offizier in den Reihen der Roten Armee, später Professor für Geschichte in der DDR, nannte in einem 1998 veröffentlichten Beitrag mehrere Defizite, die aus meiner Sicht zum Kern der Problematik vordringen. Dabei hätten seinerzeit auch „imperiale“ Ansprüche der Siegermacht Sowjetunion eine Rolle gespielt, die – wie man es heute vielleicht nennen würde – „auf Augenhöhe“ mit den USA handeln und behandelt werden wollte. Als dies offenkundig nicht geschah, sei es der so-

wjetischen Führung darum gegangen, „den neuen Hauptgegner aus seinen Einflußsphären zu verbannen“⁶³; zu diesen „Sphären“ gehörten eben auch die Westsektoren Berlins.

Dennoch ist dem Autor zuzustimmen, wenn er schreibt, dass die „Sowjetunion nicht der hauptsächliche Verursacher des Kalten Krieges war, auch nicht seiner Zuspitzungen“⁶⁴. Problematisch war allerdings, dass von der sowjetischen Führung die Wirkung ihrer Maßnahmen in der Masse der Bevölkerung in den kapitalistischen Ländern, die ja nicht aus sympathisierenden Kommunisten bestand, niemals den Stellenwert einnahm, der erforderlich gewesen wäre. Sie war außerstande zu begreifen, dass es nicht allein darauf ankam, eine als richtig und notwendig erkannte Politik umzusetzen, sondern dass für den Erfolg einer solchen Politik relevante Teile der Öffentlichkeit in den westlichen Staaten, auch in den Westzonen Deutschlands und in den Westsektoren Berlins, überzeugt werden mussten. Der beispiellosen propagandistischen Offensive der USA und der bürgerlichen Medien in West-Berlin und Westdeutschland, für die große finanzielle Mittel bereitgestellt wurden und die bisweilen an die unselige „antibolschewistische“ Propaganda der Nazis anzuknüpfen schien, stand sie in Form und Inhalt bisweilen hilflos gegenüber. Bei der Lektüre ihrer damaligen Publikationen gewinnt man den Eindruck, es sei gar nicht darum gegangen, Andersdenkende zu überzeugen, sondern die von der Richtigkeit der eigenen Politik bereits Überzeugten in ihren Auffassungen zu bestärken. Dies gilt in besonderer Weise für die Berliner Krise 1948/49 und bezogen auf die Bevölkerung der Westsektoren Berlins. Es galt aber sicherlich auch für die Jahre und Jahrzehnte danach.

Welch' große Resonanz zu erzielen war, wenn von Seiten der SMAD und der SED „zu kitzligen Fragen offen, frontal und offensiv Stellung“⁶⁵ bezogen wurde, bewies das beispiellose Echo auf die Publikation des Artikels „Über ‚die Russen‘ und über uns“, der zur Zeit der Berliner Krise, am 19. November 1948 im „Neuen Deutschland“ und kurz darauf auch in der Tageszeitung der SMAD, der „Täglichen Rundschau“, publiziert wurde. Ohne Tabus wurden hier auch die Übergriffe von Rotarmisten bei ihrem Einmarsch in Deutschland thematisiert und zugleich Defizite in der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der Sowjetunion offen angesprochen. Der Erfolg blieb nicht aus. In öffentlichen Versammlungen am 10. Dezember 1948

und am 7. Januar 1949, bei denen sich die Räumlichkeiten im Haus der Kultur der Sowjetunion wegen des großen Andrangs als viel zu klein erwiesen, kam es zu einer mehrstündigen, freien und fairen Diskussion. Leider blieb dies eine Episode.

Bei der Rezeption der sowjetischen Deutschland-Politik in den Westzonen bzw. in den Westsektoren Berlins ist stets in Rechnung zu stellen, dass negative Erscheinungen innerhalb der SBZ es den Propagandisten der USA und ihren deutschen Helfershelfern erleichterten, ihr Zerrbild von der Sowjetunion mit dem Siegel der Glaubwürdigkeit zu versehen. Wilfried Loth spricht in diesem Zusammenhang vom „alltäglichen Stalinismus“, der sich in zunehmendem Maße in der Sowjetischen Besatzungszone bemerkbar gemacht habe.⁶⁶ Dazu gehörten das willkürliche Regime der sowjetischen Geheimdienste, die nicht nur, so wie es in den Potsdamer Beschlüssen festgelegt worden war, ehemalige Nazis verfolgten, sondern in deren Fängen nicht wenige unschuldige Menschen gerieten.

In diesem Zusammenhang ist auch der verhängnisvolle Abschied der SED von der Konzeption des eigenständigen deutschen Weges zum Sozialismus zu nennen, der in den Dokumenten der KPD von 1945 vorgezeichnet und von Anton Ackermann, der zur Parteiführung der KPD bzw. SED zählte, in einem im Februar 1946 in der Zeitschrift „Einheit“ veröffentlichten Artikel theoretisch begründet worden war. Mit der Orientierung auf die Umgestaltung der SED zu einer „Partei neuen Typus“ nach Leninischem Muster, einschließlich des Organisationsprinzips des „Demokratischen Zentralismus“ und des von Stalin in seinen „theoretischen“ Schriften entwickelten, dogmatisch verengten „Marxismus-

Leninismus“ sowie mit der wachsenden personellen und vor allem ideologischen Dominanz von Kommunisten innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei, die im Verlaufe des Jahres 1948 erfolgte, büßte die Partei naturgemäß an Attraktivität und Reputation ein – nicht nur in den Westzonen.⁶⁷ Selbstverständlich wurden diese Entwicklungen nicht allein der SED angelastet, sondern es wurde ein Zusammenhang dieser Veränderungen mit der Politik der sowjetischen Besatzungsmacht hergestellt.

Es kam hinzu, dass innenpolitische Ereignisse in den sich entwickelnden „volksdemokratischen“ Staaten Mittel- und Osteuropas – man denke zum Beispiel an die Geschehnisse in der Tschechoslowakei im Februar 1948 – auch bei solchen Deutschen abschreckend wirkten, die der Sowjetunion eher wohlwollend begegneten. Sie dienten aber auch als Katalysatoren für die gegen die Sowjetunion gerichtete Politik der Westalliierten. Der beginnende, hasserfüllte Konflikt zwischen der UdSSR und Jugoslawien, der Kampf gegen den so genannten Titoismus innerhalb der kommunistischen Parteien, auch innerhalb der SED, als dessen Resultat andere denkende Kommunistinnen und Kommunisten mundtot gemacht und unterdrückt wurden, tat sein Übriges.⁶⁸

Alle diese Entwicklungen betrafen nicht unmittelbar die Berliner Krise in den Jahren 1948/49. Sie erleichterten es aber den Propagandisten des Antikommunismus und Antisowjetismus beträchtlich, in den Köpfen zahlreicher Menschen Verwirrung zu stiften sowie Misstrauen und Ablehnung gegen die Politik der UdSSR und der SED hervorzurufen bzw. weiter auszuprägen. Ohne sich diese Sachverhalte in Erinnerung zu rufen, kann die große und bleibende Wirkung des Antikommunismus in den Westsek-

toren Berlins zur Zeit der so genannten Blockade und in den Jahren danach nicht hinreichend erklärt werden.

Perspektive eines vereinten Deutschland bleibt Bestandteil sowjetischer Außenpolitik

Ungeachtet all' dessen gilt es hervorzuheben: Die Sowjetunion blieb die einzige Siegermacht, die bis „fünf Minuten nach zwölf“ an der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der deutschen Einheit festhielt.⁶⁹

Sie war tatsächlich aus Gründen nationaler Sicherheit lange Zeit darauf fixiert, ein vereintes, demilitarisiertes, entnazifiziertes, politisch neutrales Deutschland mit einer bürgerlich-parlamentarischen Ordnung in der Mitte Europas zu etablieren, von dem aus zukünftig keine militärischen Gefahren für das eigene Land ihren Ausgang nehmen konnten. Dabei spielten nicht zuletzt auch die eingangs skizzierten ökonomischen Gesichtspunkte eine Rolle, die einen erneuten Krieg für die Sowjetunion undenkbar machten. Deshalb blieb die Führung der KPdSU und der UdSSR auch nach der Gründung beider deutscher Staaten darauf orientiert, jede Chance zu ergreifen, um die Remilitarisierung der BRD mit dem Ziel, sie in eine antisowjetische Allianz einzureihen, zu verhindern. Die „gesamtdeutsche Karte“ blieb für die sowjetische Führung weiter im Spiel.

Die so genannte Stalin-Note an die Westalliierten vom 10. März 1952, die darauf folgenden Noten vom 9. und 24. April sowie vom 23. August 1952, in denen die sowjetische Führung die Herstellung eines wiedervereinten deutschen Staates anbot, der keinem Bündnis-system angehören, wohl aber über eine eigene Armee verfügen sollte, und in denen sie sich auch mit der Durchführung geheimer, allgemeiner und gleicher

James Burnham über die Notwendigkeit einer Kriegsplanung gegen die UdSSR:

„In wenigstens einer Hinsicht ist die Kriegsplanung heute für die Vereinigten Staaten eine leichter Aufgabe als jemals vorher für uns oder irgendeine andere Nation. Der Hauptfeind steht unzweifelhaft fest. Ja, es gibt überhaupt nur eine andere Großmacht, und daher braucht auch nur ein großer Krieg geplant zu werden. Es wäre möglich, dass kleinere Kriege entstünden, um hier oder dort eine kleine Nation zur Ordnung zu rufen, aber das würde keine ernsthafte militärische Anstrengung bedeuten. Es mögen noch gewisse Zweifel hinsichtlich der endgültigen Gruppierung kleinerer Nationen bestehen, aber wie immer diese ausfallen mag – der entscheidende Hauptfeind kann nur die Sowjetu-

nion sein, genauer gesagt der Weltkommunismus, der seinen Hauptstützpunkt in der Sowjetunion hat. Jetzt besteht kein Grund für die Verschwendung von Zeit und Kraft. (...) Dieser Zustand ist so offensichtlich, dass man keiner geheimen Informationen bedarf, um zu wissen, dass alle Kräfte der politischen und militärischen Kriegsplanung in den Vereinigten Staaten sich heute auf die Aufgabe konzentrieren, einen Kriegsplan gegen die Sowjetunion (und alle etwa mit ihr verbundenen Trabanten und Alliierten) auszuarbeiten.“

James Burnham, Die Strategie des Kalten Krieges, Stuttgart 1950, S. 133f.

Wahlen einverstanden erklärte, sind ein Beleg dafür, dass die Sicherheitsinteressen der UdSSR auch Vorrang vor der Existenz der jungen DDR hatten.⁷⁰ Leider wurde auch in diesem Falle von westlicher Seite kein hinreichender Versuch unternommen, die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Vorschlages auf die Probe zu stellen. Dabei spielte vor allem der westdeutsche Kanzler Konrad Adenauer eine destruktive Rolle, der alles Erdenkliche tat, um in Washington, London und Paris, aber auch in Bonn durch vorhandene Tendenzen zu torpedieren, auf die Vorschläge Stalins positiv zu antworten bzw. ihre Seriosität einer Prüfung zu unterziehen.

Zusammenfassung

Erstens

Die Außenpolitik der Sowjetunion war nach der siegreichen Beendigung des Zweiten Weltkrieges strikt an den nationalen Interessen des Landes ausgerichtet. Sie erinnert dabei an eine Variante „klassischer“ auswärtiger Machtpolitik. Von einer expansiv orientierten Politik, etwa im Sinne der Stimulierung revolutionärer Situationen im Westen Europas, gar vom Versuch eines dorthin versuchten „Revolutionsexportes“, konnte keine Rede sein. Eher war die Führung der UdSSR bestrebt, mäßigend auf die hier wirkenden kommunistischen Parteien und revolutionären Bewegungen einzuwirken. Sehr zugespitzt formuliert: Auch eine nicht-kommunistische Regierung hätte sich so oder ähnlich verhalten.

Zweitens

Die Außenpolitik der Sowjetunion war in ihrem Kern defensiv ausgerichtet. Sie verfolgte besonders die folgenden Zielsetzungen: die Verhinderung der Entstehung eines neuen „antibolschewistischen“ cordon sanitaire an ihren westlichen Grenzen; die Verhinderung einer Einbeziehung des ökonomischen Potenzials sowie der anderen Ressourcen Deutschlands in eine der Sowjetunion feindlich gesinnte Allianz⁷¹; die Schaffung möglichst günstiger äußerer Bedingungen für den Wiederaufbau des in weiten Teilen zerstörten Landes; daraus resultierend die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu den westalliierten Partnern des Zweiten Weltkrieges, insbesondere zu den USA; die Schaffung einer von ihr dominierten Einfluss-Sphäre in Mittel- und Osteuropa, eines „umgedrehten“ cordon sanitaire, wobei von vornherein nicht ausgemacht war, dass die davon betroffenen Staaten das Gesellschaftssystem der Sowjetunion annehmen müssten. Dies änderte sich

jedoch 1947/48. Aus der Sicht der sowjetischen Führung handelte es sich bei der Truman-Doktrin und beim Marshallplan um gegen die UdSSR gerichtete, aggressive politische Handlungen. Sie unterstützten und beschleunigten – mit den Worten von Gerhard Keiderling – „die Sowjetisierung der osteuropäischen Staaten. Der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei im Februar 1948, die zeitgleiche Umwandlung Ungarns in eine ‚Volksrepublik‘ und die rigorose Disziplinierung der polnischen Nationalkommunisten um Wladyslaw Gomulka waren aus Moskauer Sicht Maßnahmen, die der Konsolidierung des eigenen Imperiums dienten.“⁷²

Drittens

Die Deutschland-Politik der UdSSR war an der Einheit Deutschlands orientiert.⁷³ Die Gründung der DDR 1949 – nach der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland – war ein reversibler Akt. Die so genannten Stalin-Noten von 1952 dokumentierten, dass die Existenz der DDR auf schwankenden Füßen stand, sollte es gelingen, die Schaffung eines neutralen, bürgerlich-demokratischen, der Sowjetunion nicht feindlich gesinnten, friedfertigen, einheitlichen deutschen Staates zu erreichen. Deshalb nahm die sowjetische Führung, in Sonderheit Josef Stalin persönlich, eine eher reservierte Haltung gegenüber allen Bestrebungen der SED ein, in der SBZ bzw. in der DDR den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen oder ihn zu forcieren.⁷⁴ „Viele hundert voneinander unabhängige Zeugnisse aus dem ersten Nachkriegsjahrzehnt belegen“, so resümiert Wilfried Loth, „dass Stalin ein demokratisches Nachkriegsdeutschland anstrebte ...“⁷⁵

Viertens

Demgegenüber setzte sich in den Vereinigten Staaten nach dem Tod von Franklin D. Roosevelt eine solche Variante der Außenpolitik durch, die von der Durchsetzung der ökonomischen, politischen und militärischen Suprematie des Landes überall in der Welt, nicht zuletzt in Europa, geprägt war. Dabei spielte die Existenz prinzipiell offener Märkte, der ungehinderte Zugang zu den wichtigsten Rohstoffen, vor allem das Erdöl betreffend, und die Durchsetzung des ökonomischen Wiederaufbaus in Europa und Asien nach kapitalistischem Muster die entscheidende Rolle.⁷⁶ Von Empathie mit der geschundenen Sowjetunion, die einen herausragenden Anteil an der Niederrichtung des deutschen Fa-

schismus und japanischen Militarismus und damit am gemeinsamen Sieg der Alliierten hatte, konnte keine Rede sein.

Fünftens

Der Kalte Krieg als ein zwischen den USA und der Sowjetunion ausgeführter weltweiter Konflikt mit allen denkbaren Mitteln, außer mit denen des Krieges zwischen diesen beiden Staaten, setzte sich seit 1947/48 als dominierende Tendenz in den internationalen Beziehungen durch. Die hauptsächliche Verantwortung hierfür tragen die damals Herrschenden in den USA. Bereits 1948 wurden die ersten detaillierten Kriegsplanungen gegen die Sowjetunion ausgearbeitet, die vor allem den unverzüglichen Einsatz von Atombomben beinhalteten.

Sechstens

Die Berliner Krise 1948/49 stellte den ersten gefährlichen Höhepunkt in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR dar. Angesichts der Gefahr, dass die militärischen Kräfte beider Staaten, anders als im 1950 ausbrechenden Korea-Krieg, unmittelbar militärisch aufeinander treffen konnten, war die Gefahr eines über Nacht entstehenden Krieges zwischen ihnen nicht auszuschließen. Da die Sowjetunion damals noch nicht über Atomwaffen verfügte, wäre der Ausgang eines solchen Konfliktes zugunsten der USA zweifelsfrei gewesen.

Siebtens

Die UdSSR hatte gute Gründe, die Sperrung der Zugänge auf dem Lande nach Westberlin zu verfügen – angesichts der eskalierenden, gegen die gemeinsamen Beschlüsse von Jalta und Potsdam gerichteten Handlungen der USA und Großbritanniens, insbesondere der Vorbereitungen zur Schaffung eines separaten deutschen „Weststaates“ sowie nach der von ihnen verfügten einseitigen Währungsreform in den Westzonen bzw. in den Westsektoren Berlins. Dabei stand – jedenfalls am Beginn der „Blockade“ – eine gewichtige strategische Überlegung im Mittelpunkt: die Westmächte zu veranlassen, sich dauerhaft aus ihren Sektoren in Berlin zurückzuziehen. Das Kalkül der sowjetischen Führung ging bekanntlich nicht auf. Weder zogen die Westmächte aus Berlin ab, noch nahmen die Bewohner der Westsektoren Berlins in Größenordnungen das Angebot des Ost-Berliner Magistrates an, sich im sowjetisch besetzten Sektor kontinuierlich mit Lebensmitteln zu versorgen. Stattdes-

sen bewirkte die Blockade – stimuliert durch die hasserfüllte Propaganda der US-amerikanischen und bürgerlichen sowie sozialdemokratischen Medien – die Herausbildung eines militant anti-kommunistischen und antisowjetisch geprägten „Westberlinerturns“. Begünstigt wurde diese sich rasch entwickelnde antikommunistische Mentalität durch die Nachwirkungen der entsprechenden „antibolschewistischen“ Nazi-Propaganda, aber auch von undemokratischen und willkürlichen Handlungen der Sowjetischen Militäradministration und der SED in der SBZ sowie durch die beginnende „Sowjetisierung“ mittel- und osteuropäischer Staaten.

Achtens

Ungeachtet alles dessen: Die Berliner Krise von 1948/49 belegt, dass der Kal-

te Krieg kein unabwendbares Schicksal darstellte. Auch auf Seiten der Westmächte existierten in Zeiten zugespitzter Konfrontation – aus welchen Motiven auch immer – Vorstellungen und Konzeptionen, die von der Möglichkeit ausgingen, auf dem Verhandlungswege zu einer Lösung der Konflikte mit der UdSSR zu gelangen. Ihre legitime Interessen sollten dabei zumindest teilweise eine angemessene Berücksichtigung finden. Dass nicht sie, sondern die Protagonisten eines aggressiven politischen Kurses gegen die Sowjetunion sich durchsetzen konnten, ging auf Kosten der Stadt Berlin, Deutschlands und Europas. Die tiefer liegenden Ursachen hierfür können an dieser Stelle nicht analysiert und bewertet werden. Man wird aber von der Wahrheit nicht weit entfernt sein, wenn man die ökonomi-

schen, militär-strategischen und politischen Interessen des aufstrebenden, aggressiven Militär-Industrie-Komplexes (diesen Begriff prägte Dwight D. Eisenhower⁷⁷) der Vereinigten Staaten dabei ins Visier nähme.

So bleibt abschließend festzuhalten:

Die Berliner Krise der Jahre 1948/49 war ein erster Höhepunkt des Kalten Krieges, der sich auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer von neuem in und um Berlin zuspitzen sollte. Diese Krise mit „Blockade“, „Gegenblockade“ und „Luftbrücke“ bildete dabei, wie es der Staatssekretär im britischen Außenministerium, Hector McNeil, zutreffend ausdrückte, eine „taktische Episode im strategischen Kampf um ganz Deutschland“⁷⁸.

Dr. Reiner Zilkenat

James Burnham über „versäumte Chancen“ der USA während der „Berliner Krise“ 1948/49

„Als die Kommunisten im Frühjahr 1948 den Zugang nach Berlin allmählich drosselten, wurde die amerikanische Führung durch die Entwicklung der Situation zu einer Entscheidung genötigt. (...) Zwei vernünftige Entscheidungen waren möglich. Einmal konnte man die Stellung als unhaltbar ansehen und sich zurückziehen. Das hätte eine Niederlage bedeutet, die man erklären und vielleicht auch hätte rechtfertigen können, die aber weder zu verbergen noch gegen eine lange Reihe von schwächenden Folgen abzuschirmen gewesen wäre. Andererseits konnte man dem Feind das Recht zur Blockade bestreiten, die Anerkennung der Sperrern verweigern und bewaffnete Kolonnen mit Vorräten hindurchschicken. Es wird vielfach angenommen, dass General Clay, der damalige amerikanische Militärgouverneur, diese zweite Entscheidung befürwortete.

Die Entsendung bewaffneter Kolonnen hätte das Risiko eines bewaffneten Zusammenstoßes bedeutet, und ein bewaffneter Zusammenstoß vor den Toren Berlins hätte das, wenn auch noch so geringe, Risiko eines allgemeinen Krieges bedeutet. Dieses Risiko lässt sich nicht abstreiten. Im Frühjahr 1948 gab es aber eine wohlbegründete Auffassung – die hinterher fast allgemein geteilt wird –, dass dieses Risiko geringfügig war. Das gesamte Verhalten der Sowjets lässt dar-

auf schließen, dass bewaffnete Kolonnen durchgekommen wären, ohne auf bewaffneten Widerstand zu stoßen.

Das winzige Risiko war verbunden mit der Chance eines gewaltigen Erfolges. Die unmittelbare Brechung der Berliner Blockade wäre eine donnernde Niederlage der Sowjetunion gewesen, die in aller Welt einen zunehmenden Widerhall gehabt hätte, vor allem aber in Osteuropa. Sie hätte in der Praxis bewiesen, dass die Kommunisten zu schlagen sind. Ich habe mit vielen Menschen in Deutschland gesprochen, die der Meinung sind, dass dadurch die Stellung der Sowjets in ihrer Zone Deutschlands so untergraben worden wäre, dass sie ihre Truppen hätten zurückziehen müssen. Das ist vielleicht zu optimistisch. Aber es kann kaum zweifelhaft sein, dass die Niederlage der Kommunisten alle Trabantenvölker mit neuer Hoffnung und neuer Entschlossenheit erfüllt haben würde. Es wäre der erste Rückschlag gewesen, seitdem 1944 die kommunistische Flut in Osteuropa zu steigen begann, der erste und dringend benötigte Beweis, dass der Eiserne Vorhang nicht für alle Zeiten herabgelassen worden ist.“

James Burnham, Die Strategie des Kalten Krieges, Stuttgart 1950, S. 54f.

¹ Bei diesem Beitrag handelt es sich um die stark erweiterte und überarbeitete Fassung des unter dem gleichen Titel veröffentlichten Artikels in der Broschüre: „Berlin ist einen Krieg wert ...“ Währungsreform, Luftbrücke, Spaltung Berlins – Die Berliner Krise 1948/1949, Berlin 2008 (Beiträge zur Berliner Geschichte des Arbeitskreises Geschichte bei der DKP Neukölln, H. 1), S. 26ff.

² Aus Platzgründen wird die Außenpolitik Großbritanniens und Frankreichs in den Jahren nach 1945, insbesondere ihre Besatzungspolitik in Deutschland, fast vollständig ausgeblendet. Aufgrund der seit den späten siebziger Jahren vollzogenen Öffnung der britischen Archive, existiert mittlerweile eine große Anzahl von Publikationen – auch von deutschen Autoren –, die sich mit der Politik Großbritanniens in der Zeit des beginnenden Kalten Krie-

ges befassen. Vgl. z. B. Claus Scharf u. Hans-Jürgen Schröder, Hrsg., Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die Britische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1979; Falk Pingel, „Die Russen am Rhein!“ Zur Wende der britischen Besatzungspolitik im Frühjahr 1946, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (im Folgenden: VfZ), 30. Jg., 1982, H. 1, S. 98ff.; Josef Foschepoth, Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam, in: ebenda, H. 4, S. 675ff.; Rolf Steininger, Die britische Deutschlandpolitik in den Jahren 1945/46, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/1982, S. 28ff.; Josef Foschepoth u. Rolf Steininger, Hrsg., Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, 2. Aufl., Paderborn 1990; John Farquharson, Großbritannien und die deutschen Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: VfZ, 46. Jg., 1998, H. 1, S. 43ff.

³ Die Literatur zu dieser Thematik ist selbst für Spezialisten auf diesem Gebiet kaum noch überschaubar. Zur Einführung vgl. z. B. David Horowitz, The Free World Colossus. A Critique of American Foreign Policy in the Cold War, revisited edition, New York 1971; Thomas H. Etzold u. John Lewis Gaddis, Containment. Documents on American Policy and Strategy 1945–1950, New York 1978; Daniel Yergin, Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas, Frankfurt a. M. 1979; Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, 2. Aufl., München 1982; Helmut Wolfgang Kahn, Der Kalte Krieg. Band 1: Spaltung und Wahn der Stärke 1945–1955, Köln 1986; Gregg Herken, The Winning Weapon. The Atomic Bomb in the Cold War 1945–1950, Princeton, N.J. 1988; Mary Kaldor, Der

- imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts, Hamburg u. Berlin 1992; J.P.D. Dunabin, *The Cold War: The Great Powers and their Allies*, London u. New York 1994; Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische „Liberation Policy“ im Kalten Krieg 1947–1991*, Köln u. a. 2002. Einen guten Eindruck zur Entwicklung der Forschung bis ca. 1980 vermitteln die folgenden Literaturberichte in der „Neuen Politischen Literatur“: Werner Link, *Die amerikanische Außenpolitik aus revisionistischer Sicht*, in: ebenda, 16. Jg., 1971, S. 205ff.; Hans-Jürgen Schröder, *Zur Genesis des Kalten Krieges*, in: ebenda, 21. Jg., 1976, S. 488ff.; Hans Günter Brauch, *Amerikanisch-sowjetische Beziehungen: Vom Kalten Krieg zur Entspannung?*, in: ebenda, 24. Jg., 1979, S. 513ff.; Wolfgang Krieger, *Die amerikanischen Atomwaffen und der Kalte Krieg, 1945–1950*, in: ebenda, 28. Jg., 1983, S. 209ff. (stark apologetisch). Vgl. auch: Rüdiger Horn, *Die „New Left History“ in den USA über den kalten Krieg*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (im Folgenden: ZfG), 25. Jg., 1977, H. 7, S. 803ff. Sehr informative Lexikon-Artikel zur Thematik: Gustav Schmidt, *The Cold War*, in: *Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*, Vol. 3.7, London 2001, S. 2194ff. u. Werner Schmidt, *Kalter Krieg*, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, hrsg. v. Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug u. Peter Jehle, Bd. 7/1, Hamburg 2008, Sp. 21ff. Neuere Forschungen werden diskutiert von Bernd Greiner, *Zwischenbilanzen zum Kalten Krieg*, in: *Mittelweg* 36, Heft 3/2007, S. 51ff. Vor einigen Jahren erschienen zwei kurz gefasste Darstellungen zur Geschichte des Kalten Krieges in deutscher Sprache: Rolf Steininger, *Der Kalte Krieg*, Frankfurt a.M. 2003 (eine allerdings weitgehend unkritisch die Politik der USA interpretierende Darstellung) u. Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg*, München 2003.
- 4 Gerhard Keiderling, „Rosinenbomber“ über Berlin. Währungsreform, Blockade, Luftbrücke, Teilung. Die schicksalsvollen Jahre 1948/49, Berlin 1998, S. 302.
- 5 Vgl. Mirjam Kölling Großbritanniens Stellung im imperialistischen System am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: ZfG, 23. Jg., 1975, H. 9, S. 1001ff.; dieselbe, *Führungsmacht in Europa? Großbritanniens Anspruch und Scheitern 1944–1950*, Berlin 1984, S. 8ff., 25ff. u. 122ff.; *Der britisch-amerikanische Anleihevertrag*, in: *Europa-Archiv*, 1. Jg., Juli 1946–Juni 1947, 2. Folge, August 1946, S. 77ff.; *Großbritanniens Kampf um seine Stellung in der Weltwirtschaft*, in: ebenda, 8./9. Folge, Februar–März 1947, S. 441ff.
- 6 Der Wert der von den USA ihren Alliierten überlassenen Waffen und Ausrüstungen betrug insgesamt ca. 50 Milliarden Dollar.
- 7 Zahlenangaben nach: Hans Jäger, *Geschichte der amerikanischen Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 1973, S. 123f. u. Helmut Wolfgang Kahn, *Der Kalte Krieg*, S. 12.
- 8 Vgl. Elena Zubkova, *Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46*, in: VfZ, 47. Jg., 1999, H. 3, S. 365f.
- 9 Vgl. ebenda, S. 370 u. 378.
- 10 Vgl. Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 83.
- 11 Vgl. *Der erste Nachkriegs-Fünfjahresplan der Sowjetunion*, in: *Europa-Archiv*, 1. Jg., Juli 1946 – Juni 1947, 8./9. Folge, Februar–März 1947, S. 445ff.; *Die Verbrauchgüterproduktion in der Sowjet-Union unter dem neuen Fünfjahresplan*, in: ebenda, 2. Jg., Juli 1947 – Dezember 1947, 4. Folge, S. 925ff.; *Der Beschluss über die Währungsreform und die Abschaffung der Rationierung in der Sowjetunion vom 14. Dezember 1947*, in: ebenda, 3. Jg., 3. Folge, März 1948, S. 1225ff.
- 12 Der sowjetische Außenminister Molotow übermittelte diese Bitte dem US-amerikanischen Botschafter in Moskau, W. Averell Harriman, in einem Gespräch am 9. Januar 1945.
- 13 Vgl. Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, München 1996, S. 67 u. 86f.
- 14 Potsdamer Abkommen. Ausgewählte Dokumente zur Deutschlandfrage 1943 bis 1949. Mit einem Vorwort von Stefan Doernberg, Berlin 1970, S. 65.
- 15 *Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe, Bd. 1: Die Konferenz von Potsdam, Erster Drittelband*, hrsg. v. Bundesministerium des Innern, Neuwied u. Frankfurt a.M. 1992, S. 609.
- 16 Die Debatten der westalliierten Mächte über die völkerrechtliche Zukunft des Ruhrgebietes und zu den eigentumsrechtlichen Fragen der dortigen Schwerindustrie (Drei- bzw. Viermächtekontrolle? Schaffung einer internationalen Ruhrbehörde? Verstaatlichung der Schwerindustrie? Vorgeschichte der Konstituierung des Landes Nordrhein-Westfalen usw.) hat Rolf Steininger vor allem anhand der britischen Akten bis in die Details erforscht. Vgl. u.a. seine folgenden Arbeiten: *Die Rhein-Ruhr-Frage im Kontext britischer Deutschlandpolitik 1945/46*, in: *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953*, hrsg. v. Heinrich August Winkler, Göttingen 1979, S. 111ff.; *Reform und Realität. Ruhrfrage und Sozialisierung in der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik 1947/48*, in: VfZ, 27. Jg., 1979, H. 2, S. 167ff.; *Die Sozialisierung fand nicht statt*, in: Josef Foschepoth u. Rolf Steininger, Hrsg., *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, S. 135ff.
- 17 Vgl. Elena Zubkova, *Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg*, S. 380.
- 18 Joseph C. Grew, *Turbulent Era. A Diplomatic Record of Forty Years: 1904–1945*, edited by Walter Johnson, Vol. II, Boston 1952, S. 1445. Übersetzung und Hervorhebungen von mir – R.Z.
- 19 George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten. Memoirs 1925–1950*, 3. Aufl., Stuttgart 1968, S. 262f. Hervorhebungen von mir – R.Z. Diese Aufzeichnung Kennans entstand im Sommer 1945. Ein genaues Datum konnte der Autor nicht mehr rekonstruieren.
- 20 Vgl. zu dieser Thematik insbesondere die im Folgenden genannten Arbeiten von Karl Drechsler: *Von der Antihitlerkoalition zum Kalten Krieg. Überlegungen zur Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik der USA 1943–1947/48*, in: ZfG, 32. Jg., 1984, H. 10, S. 847ff.; *Die USA zwischen Antihitlerkoalition und Kaltem Krieg*, Berlin 1986; Hrsg., *Alternative Concepts of United States Foreign Policy 1943–1947. European and Global Aspects of Postwar Relations with the Soviet Union*, Berlin 1992; *Prioritäten amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik 1947/48 und die deutsche Frage*, in: *Utopie kreativ*, Heft 96, Oktober 1998, S. 13ff.
- 21 Gunther Mai, *Containment und militärische Intervention. Elemente amerikanischer Außenpolitik zwischen der Griechenland-Krise von 1946/47 und dem Koreakrieg von 1950*, in: VfZ, 32. Jg., 1984, H. 4, S. 491. Hervorhebungen von mir – R.Z.
- 22 Ebenda, S. 507, unterstellt Mai sogar einen unauf löslichen Zusammenhang zwischen „containment“ und „brinkmanship“, wenn er schreibt: „Die Politik der Eindämmung ... schloss als ihre letzte Konsequenz notwendig die militärische Befreiung ein; sie akzeptierte, da die zu befreienden Gebiete jeweils an die Sowjetunion angrenzten, damit ein atomares „brinkmanship“.“ Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus*, spricht auf S. 88 in diesem Zusammenhang von einer „integrativen Doppelstrategie“.
- 23 John C. Donovan, *The Cold Warriors. A Policy-Making Elite*, Lexington (Mass.)-Toronto-London 1974, S. 294f. Übersetzung von mir – R.Z.
- 24 *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, hrsg. v. Hans-Peter Schwarz, München 1989, S. 226. Hervorhebungen von mir – R.Z.
- 25 Die Sowjetunion als Adressat war von Truman nicht ausdrücklich genannt worden, auch von Militärhilfe für antikommunistische Regimes war nicht expressis verbis die Rede, jedoch, so schreibt der Historiker Wolfgang Krieger, „wusste jedermann, wen der Präsident eigentlich meinte“. Es kam hinzu, dass diese Ansprache vom Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Senats dringend erbeten worden war, um von den Parlamentariern mit Hilfe dieser „drastischen Lagebeschreibung“ eine Erhöhung des Militäretats um 400 Millionen US-Dollar genehmigt zu bekommen. Vgl. Wolfgang Krieger, *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*, Stuttgart 1987, S. 207. Die Ansprache Trumans ist u. a. nachlesbar in: *Documents on International Affairs 1947–1948*. Selected and edited by Margaret Carlisle, London-New York-Toronto 1952, S. 2ff.
- 26 Wortlaut der Ansprache Marshalls in: ebenda, S. 23ff.
- 27 Wolfgang Benz, *Berlin-Blockade und Weststaatsgründung*, in: ZfG, 46. Jg., 1998, H. 6, S. 490.
- 28 *Keesings's Archiv der Gegenwart*, XVI u. XVII. Jg., 1946 u. 1947, S. 1068f. Hervorhebungen von mir – R.Z. Zu Johnsons Biographie: *The International Yearbook and Statesmen's Who's Who 1955*, edited by L. G. Pine, London 1955, S. 984.
- 29 Falk Pingel, „Die Russen am Rhein?“, S. 115.
- 30 Vgl. Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, S. 117f.
- 31 Lucius D. Clay, *Entscheidung in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1950, S. 387. Hervorhebungen von mir – R.Z.
- 32 *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949*, hrsg. v. Ministerium f. Auswärtige Angelegenheiten der DDR u. v. Ministerium f. Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin 1968, Nr. 211, S. 616.
- 33 Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 223f.
- 34 Vgl. hierzu Gerhard Keiderling, „Rosinenbomber“ über Berlin, S. 24ff. u. 86ff.
- 35 Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus*, S. 171.
- 36 Robert Murphy, *Diplomat among warriors*, Garden City 1964, S. 311f. Übersetzung von mir – R.Z.
- 37 Vgl. hierzu: John H. Backer, *Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik 1945–1949*, München 1983, S. 267ff.
- 38 Gerhard Keiderling, „Rosinenbomber“ über Berlin, schreibt auf S. 271, dass die Zahl der Westberliner, die mit ihren Lebensmittelkarten regelmäßig im Ostsektor der Stadt Lebensmittel einkauften, im Zeitraum von August 1948 bis Januar 1949 von 21.000 auf ca. 69.000 angestiegen sei.
- 39 Zum Folgenden vgl. die aufschlussreichen Erinnerungen von Fritz Selbmann, *Die Währungsreform im Jahre 1948 und die „Berliner Blockade“*. Ihre Bedeutung für die Spaltung Deutschlands, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (im Folgenden: BzG), 14. Jg., 1972, H. 2, S. 260ff.
- 40 Zu diesem Thema vgl. u. a. Gerhard Keiderling, „Rosinenbomber“ über Berlin, S. 105ff.
- 41 General Chamberlain war „Director of Intelligence“ im Generalstab der US-Armee.
- 42 Zitiert nach: Gerhard Keiderling, *Der Mythos von der „sowjetischen Gefahr“ und die Gründung der NATO*, in: ZfG, 24. Jg., 1976, H. 10, S. 1099. Hervorhebungen von mir – R.Z.
- 43 George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, S. 401.
- 44 Vgl. hierzu Melvyn P. Leffler, *The American Conception of National Security and the Beginnings of the Cold War, 1945–1948*, in: *The American Historical Review*, Vol. 89, 1984, No. 2, S. 349ff., der die systematische Planung der Anlage von Militärstützpunkten weltweit und – diese Planung begleitend – von Überflugrechten, Militär- und Wirtschaftshilfe für die betreffenden Staaten, in denen die Stützpunkte angelegt wurden, akribisch aus den Akten rekonstruiert.
- 45 Vgl. Jochen Paul, *Die USA und die Vorbereitungen zur Gründung des NATO-Paktes (1948/49)*, in: ZfG, 24. Jg., 1976, H. 7, S. 776ff.
- 46 Vgl. Melvyn P. Leffler, *The American Conception of National Security and the Beginnings of the Cold War*, S. 360ff.; George Bailey, *Sergej A. Kondraschow u. David E. Murphy, Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin*, Berlin 2000, S. 72ff., bes. 82ff.; Tim Weiner, *CIA: Die ganze Geschichte*, 4. Aufl., Frankfurt a.M. 2008, S. 60f.
- 47 Das Folgende nach: *Foreign Relations of the United States 1948. Vol. II: Germany and Austria*, Washington 1973, S. 956ff.
- 48 Vgl. ebenda, S. 958, Anm. 2: „... to send guarded envoys, reinforced with troops the Soviet Zone to Berlin.“
- 49 Vgl. CIA, *ORE 57–48*, published 28 September 1948: *Consequences of a Breakdown in Four-Power Negotiations on Germany, Top secret*, S. 7: “It is extremely doubtful that the UK would agree to the use of armed convoys, and it is almost certain that the French would not. In general, Western Eu-

- rope is not likely to support this step as an attempt to solve the Berlin impasse." http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study_collections/berlin_airlift/large/index.php?action=docs
- ⁵⁰ Zur Stationierung und zu möglichen Einsätzen der B-29-Bomber vgl. Wolfgang Krieger, General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik, S. 388ff.; Daniel Yergin, Der zerbrochene Friede, S. 363; bes. ausführlich hierzu: Gregg Herken, The Winning Weapon, S. 256ff.; Gerhard Keiderling, „Rosinenbomber“ über Berlin, S. 154ff.
- ⁵¹ Die Angaben in der Literatur zu diesem Thema sind unterschiedlich. Zum Beispiel bestreitet Gerhard Keiderling, „Rosinenbomber“ über Berlin, S. 134ff., dass B-29-Bomber an der Luftbrücke überhaupt teilgenommen hätten.
- ⁵² Zitiert nach: Wolfgang Krieger, General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik, S. 390, Anm. 65. Bemerkenswerter Weise versteckt der Autor diese überaus bedeutsame Formulierung des Oberbefehlshabers der US-Streitkräfte in Europa, die Forrestal in sein Tagebuch niederschrieb, etwas verschämt in einer Fußnote!
- ⁵³ Zitiert nach: Leslie Howard Gelb, Anglo-American Relations 1945–1949. Toward a Theory of Alliances, New York u. London 1988, S. 136. Übersetzung von mir – R.Z.
- ⁵⁴ Vgl. David Alan Rosenberg, The Origins of Overkill: Nuclear Weapons and American Strategy, in: The National Security. Its Theory and Practice, edited by Norman A. Graebner, New York u. Oxford 1986, S. 131 u. Melvyn P. Leffler, The American Conception of National Security and the Beginnings of the Cold War, 1945–1948, S. 372.
- ⁵⁵ Zitiert nach: David Alan Rosenberg, The Origins of Overkill, S. 130. Übersetzung von mir – R.Z.
- ⁵⁶ Über die damaligen Kriegsplanungen der US-amerikanischen Streitkräfte gegen die UdSSR vgl. auch die folgenden, überaus wichtigen Dokumentationen: Thomas H. Etzold u. John Lewis Gaddis, Containment; Bernd Greiner u. Kurt Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980. Vgl. auch Anthony Cave Brown, Hrsg., Dropshot. The United States Plan for War with the Soviet Union in 1957, New York 1978 u. Gregg Herken, The Winning Weapon, S. 248ff. Im März 1948 formulierte der Nationale Sicherheitsrat der USA das Dokument „NSC 7“, in dem „die Niederschlagung der Kräfte des sowjetisch gelenkten Weltkommunismus“ als Voraussetzung „für die Sicherheit der Vereinigten Staaten lebenswichtig“ gefordert wurde. Weiter hieß es u. a.: „Dieses Ziel kann durch eine defensive Politik nicht erreicht werden.“ Foreign Relations of the United States of America 1948, Vol I, Part 2, Washington 1976, S. 546ff.; deutsche Übersetzung in: Bernd Greiner u. Kurt Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg, S. 124ff.
- ⁵⁷ Eine Zusammenfassung der Gespräche in Moskau findet sich bei Joachim Mitdank, Blockade gegen Blockade. Die Berliner Krise 1948/49, in: BzG, 36. Jg., 1994, H. 3, S. 44ff. u. Gerhard Keiderling, „Rosinenbomber“ über Berlin, S. 172ff.
- ⁵⁸ Zitiert nach: Michael W. Wolff, Die Währungsreform in Berlin 1948/49, Berlin u. New York 1991, S. 170. Übersetzung von mir – R.Z.
- ⁵⁹ Völlig apologetisch und irreführend ist in diesem Zusammenhang die Darstellung bei John H. Backer, Die deutschen Jahre des Generals Clay, S. 279ff. Michael W. Wolff weist nach, dass selbst im State Department ein hohes Maß an Misstrauen gegenüber Clay anzutreffen war. Der von dort aus dem Militärgouverneur übermittelte Vorschlag, ihm eigens für diese Verhandlungen einen oder mehrere Berater unterstützend zur Seite zu stellen, wurde von Clay brüsk zurückgewiesen. Vgl. Michael W. Wolff, Die Währungsreform in Berlin, S. 169f. Zur Rolle Clays bei diesen Verhandlungen vgl. auch Gerhard Keiderling, „Rosinenbomber“ über Berlin, S. 178ff.
- ⁶⁰ Vgl. Michael W. Wolff, Die Währungsreform in Berlin, S. 188.
- ⁶¹ Vgl. V.N. Vysockij, Die deutschen Angelegenheiten auf den internationalen Beratungen der Jahre 1948 und 1949, in: ZfG, 23. Jg., 1975, H. 4, S. 394ff.
- ⁶² Gerhard Keiderling, „Rosinenbomber“ über Berlin, S. 302.
- ⁶³ Stefan Doernberg, Zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, in: Utopie kreativ, Heft 96, Oktober 1998, S. 25.
- ⁶⁴ Ebenda.
- ⁶⁵ Über „die Russen“ und über uns. Diskussion über ein brennendes Thema, Berlin o.J. (1949), S. 20. Das Zitat stammt aus dem Diskussionsbeitrag von Prof. Steiniger. Den Artikel im „Neuen Deutschland“ bzw. der „Täglichen Rundschau“ hatte der Chefredakteur der „Berliner Zeitung“ Rudolf Herrstadt verfasst, der kurz darauf die Chefredaktion des ND übernahm.
- ⁶⁶ Vgl. Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 40ff.
- ⁶⁷ Vgl. zu dieser Thematik: Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn u. a. 2000, S. 278ff. Die grundlegende These des Autors, dass sich die SED bereits seit ihrer Gründung im April 1946 zielgerichtet „stalinisiert“ und sich dabei zu einer „Partei neuen Typus“ entwickelt habe – die Geschehnisse des Kalten Krieges hätten dabei nur unterstützend gewirkt – kann nach meiner Auffassung von ihm nicht hinreichend belegt werden. Für Malycha ist „der scheinbare Bruch des Jahres 1948...nicht als Abkehr vom so genannten Gründungskonsens“ der SED zu interpretieren, „sondern als folgerichtiges Ergebnis eines schrittweisen Funktionswandels in den unteren und mittleren Einheiten“ der Partei. Vgl. ebenda, S. 36ff. u. 509ff. Zitat: S. 509. Die Zäsur des Jahres 1948 in der Parteigeschichte der SED und die dabei zu berücksichtigende, entscheidende Bedeutung der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes für die Entwicklung der SED zu einer „Partei neuen Typs“ arbeitet differenziert heraus: Herbert Mayer, Nur eine Partei nach Stalins Muster? Weichenstellungen für die SED im Jahre 1948, Berlin 1998 (Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 51). Vgl. auch die für diesen Zusammenhang die folgende Dokumentation: Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, Hrsg. v. Thomas Friedrich, Christa Hübner, Herbert Mayer u. Kerstin Wolf, Berlin 1995. Den vor allem organisatorischen Wandel der SED zur „Partei neuen Typus“ hat Monika Kaiser auf der Basis nach 1989 zugänglich gewordener Akten überzeugend nachgezeichnet: Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Hrsg. v. Jürgen Kocka, Berlin 1993, S. 57ff.
- ⁶⁸ In einer Entschliebung des Zentralsekretariats der SED vom 3. Juli 1948 („Zur jugoslawischen Frage“) hieß es u. a.: „Die wichtigste Lehre der Ereignisse in Jugoslawien besteht für uns deutsche Sozialisten darin, mit aller Kraft daranzugehen, die SED zu einer Partei neuen Typs zu machen, die unerschütterlich und kompromisslos auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht.“ Vgl. auch die Erklärung des Parteivorstandes der SED v. 16.9.1948 über „Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschliebung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED“, in der auch unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Nationalismus“ gegen die Ackermannsche These vom „eigenständigen deutschen Weg zum Sozialismus“ polemisiert wird: Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Bd. II, Berlin 1951, S. 81f. u. 100ff. Zu Ackermanns „Selbstkritik“ auf der 13. Tagung des Parteivorstandes am 16.9.1948 vgl. Entscheidungen der SED 1948, S. 378ff.
- ⁶⁹ Die hierzu am besten dokumentierte und am differenziertesten argumentierende Darstellung ist m.E. Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Hier werden vor allem die zeitweilig durchaus vorhandenen Unterschiede in der jeweiligen politischen Strategie Stalins und der SED-Führung, innerhalb derer es immer wieder Unsicherheiten und Meinungsverschiedenheiten zur „gesamtdeutschen“ Perspektive der Partei gab, überzeugend herausgearbeitet. Auch die nicht in jedem Falle deckungsgleichen Positionen führender Repräsentanten der SMAD finden die notwendige Beachtung.
- ⁷⁰ Vgl. zu diesem in der Geschichtsschreibung seit Jahrzehnten sehr kontrovers und auch gelegentlich emotional debattierten Thema, dem eine nicht zu überschätzende politische Bedeutung zukommt: Rolf Steiniger, Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn 1985; Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, Hrsg. v. Jürgen Zarusky, München 2002 (darin vor allem: Wilfried Loth, Die Entstehung der Stalin-Note. Dokumente aus Moskau-er Archiven, S. 19ff.); Yvonne Kipp, Eden, Adenauer und die deutsche Frage. Britische Deutschlandpolitik im internationalen Spannungsfeld 1951–1953, Paderborn u. a. 2002, S. 95ff.; Peter Ruggenthaler, Hrsg., Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung, München 2007. Zu Recht sehr kritisch zu Ruggenthaler: Ernst Schumacher, Wer hat Deutschland geteilt?, in: Ossietzky, Heft 7/2008. Internet-Veröffentlichung: <http://www.sopos.org/aufsaeetze/47f62c2b2f0d9/1.phtml>
- ⁷¹ Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 16, schreibt hierzu pointiert: „Geradezu apokalyptische Ängste musste die Vorstellung von einer Allianz des amerikanischen mit dem deutschen Kapital auslösen.“
- ⁷² Gerhard Keiderling, „Rosinenbomber“ über Berlin, S. 148.
- ⁷³ Vgl. hierzu die aus den Quellen gearbeitete Darstellung bei Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 20ff.
- ⁷⁴ Vgl. ebenda, S. 141ff., 161ff., 175ff.
- ⁷⁵ Ebenda, S. 223.
- ⁷⁶ Vgl. Melvyn P. Leffler, The American Conception of National Security and the Beginnings of the Cold War, S. 356ff.
- ⁷⁷ Vgl. Farewell Radio and Television Address to the American People by President Dwight D. Eisenhower, January 17, 1961, in: http://www.eisenhower.archives.gov/speeches/farewell_address.html: „Diese Verbindung immens großer militärischer Streitkräfte mit einer ausgedehnten Rüstungsindustrie ist eine neuartige Erscheinung in unserem Lande. Der gesamte, davon ausgehende Einfluss – ökonomisch, politisch und sogar im geistigen Bereich – ist in jeder Stadt, in jeder Behörde, in jedem Dienststelle unserer Regierung spürbar. Wir anerkennen die absolute Notwendigkeit dieser Entwicklung. Nun aber dürfen wir nicht versäumen, ihre schwer wiegenden Implikationen zu begreifen. Unsere Arbeit, unsere Reichtümer, und unser Lebensstil sind davon betroffen, ebenso wie die Strukturen unserer Gesellschaft. Bei den Beratungen innerhalb der Regierung müssen wir auf das Wachstum unerwünschter Einflussnahmen von Seiten des Militär-Industrie-Komplexes achten, sei er gewollt oder ungewollt. Die Möglichkeiten für ein verheerendes Wachstum von unangebrachter Machtausübung existiert und wird zukünftig weiter bestehen. Wir dürfen niemals durch das Gewicht dieser Kombination unsere Freiheiten und demokratischen Prozeduren gefährden lassen.“ Übersetzung von mir – R.Z.
- ⁷⁸ Zitiert nach: George Bailey, Sergej A. Kondraschow u. David E. Murphy, Die unsichtbare Front, S. 96.

BERICHTE UND INFORMATIONEN

Der 32. ordentliche Parteitag der NPD in Bamberg (24./25. Mai 2008) – „ein Parteitag ohne Überraschungen“¹?

Ein Parteitag ohne Überraschungen? Die Antwort auf diese Frage lautet: ja und nein.²

Keine Überraschung ist es, dass der Parteivorsitzende Udo Voigt nach wochenlangen personellen Debatten über seine potentiellen Nachfolger – Udo Pastörs³, Andreas Molau⁴, Holger Apfel⁵ und andere Namen sind dabei genannt worden – in Bamberg zum Parteivorsitzenden wiedergewählt wurde. Und dies mit dem herausragenden Ergebnis von 90,02 Prozent der Delegiertenstimmen. In Bamberg war, nach den Wahlniederlagen im Westen (Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen, Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft, Kommunalwahlen in Bayern), Schadensbegrenzung angesagt. Nachdem der für Oktober 2007 ursprünglich für Oldenburg geplante „Programm-Parteitag“ verschoben worden war, wurde auch in Bamberg wenig über Konzeptionelles gesprochen. Vielmehr sollte nach zwölf Jahren Führung der NPD durch Udo Voigt suggeriert werden, dass die Finanzkrise der Partei und interne Querelen (innerhalb der Partei und im Verhältnis zur „Schwesterpartei“ DVU sowie den so genannten Freien Kräften) wenig an der Führungskraft der NPD in der rechtsextremistischen Szene in Deutschland geändert haben.

Ehrengast des Parteitages war der mehrfach vorbestrafte Holocaust-Leugner Horst Mahler, der neuen Verurteilungen entgegensehen muss. Der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey schickte ein Grußwort. Journalisten des ARD sowie der zur „Todfeindin“ erklärten Journalistin Andrea Röpke wurde die Berichterstattung aus Bamberg verwehrt. Das Stattfinden des Parteitages in der Bamberger Hegel-Halle war von der NPD auf juristischem Wege erstritten worden. Der Protest des Oberbürgermeisters von Bamberg Andreas Starke (SPD) sowie ein „Fest der Demokratie“ beeindruckte die Parteitagsdelegierten wenig.

Keine Überraschung ist es auch, dass in den öffentlichen Verlautbarungen des Parteitages der NPD betont wurde, dass es gegenüber den so genannten Freien Kräften (Kameradschaften) keinerlei Konflikte, sondern mit ihnen inhaltlich

wie im Vorgehen weitgehende Übereinstimmung gebe. Dies überrascht angesichts der gewalttätigen Auseinandersetzungen am 1. Mai diesen Jahres vor allem in Hamburg und auch bei den zahlreichen Veranstaltungen am 8. Mai 2008, bei denen Vertreter der so genannten Freien Kräfte (Kameradschaften) im Gegensatz zu NPD-Politikern wesentlich militanter auftraten. Udo Voigt hatte sich mehrfach von der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene distanziert.

Und das ist vielleicht wirklich eine Überraschung: Die Wahl des Hamburger NPD-Chefs und Rechtsanwalts Jürgen Rieger zu einem der drei Stellvertreter Udo Voigts und die Verdrängung von Peter Marx aus diesem Amt signalisieren einen gewachsenen Einfluss militanter Kräfte in der NPD, in ihrer Führung und als Ausdruck der Stimmung „an der Basis“. Andreas Molau hält die Wahl von Jürgen Rieger zum stellvertretenden Parteivorsitzenden für eine „politische Katastrophe“⁶. Medienberichte gehen von einer Radikalisierung der NPD aus.

Die Wahlergebnisse zu den Führungsgremien der NPD im einzelnen, es waren jeweils 223 gültige Delegierten-Stimmen möglich:

Parteivorsitz
Udo Voigt 90,02 Prozent

Stellvertreter
Sascha Rossmüller 82,7 Prozent
Holger Apfel 75,5 Prozent
Jürgen Rieger 74,9 Prozent
Peter Marx 67,0 Prozent
(nicht gewählt)

Beisitzer
Dr. Olaf Rose 88,2 Prozent
Jörg Hähnel 78,9 Prozent
Klaus Beier 77,2 Prozent
Frank Schwerdt 76,1 Prozent
Jens Pühse 72,4 Prozent
Stella Hähnel 71,9 Prozent
Udo Pastörs 71,5 Prozent
Jürgen Gansel 71,1 Prozent
Manfred Börm 69,7 Prozent
Peter Marx 68,0 Prozent

Andreas Molau 66,5 Prozent
Stefan Köster 66,2 Prozent
Eckart Bräuniger 64,9 Prozent
Ulrich Eigenfeld 61,8 Prozent
Thorsten Heise 53,1 Prozent

In seinem Schlusswort⁷ zum Parteitag betonte der wiedergewählte Parteivorsitzende Udo Voigt das Festhalten am Grundkurs der Partei. Er rief zu einer „weiteren Schärfung des sozialen Profils der NPD“ auf, bezeichnete DIE LINKE als Hauptgegner und behauptete, dass man soziale Verantwortung nur in einer „Volksgemeinschaft“ wahrnehmen könne, „nationaler Sozialismus“ sei machbar. Damit knüpfte er an die Losung der Kampagne der NPD an, die seit März 2008 unter dem Motto „Sozial geht nur national“ geführt wird.

Dr. Horst Helas

¹ So die Überschrift eines Beitrages vor dem NPD-Parteitag. Vgl. SPIEGEL ONLINE vom 23.5.2008.

² Diese Information basiert auf der Auswertung des Informationsdienstes IDAFAR, auf eigenem Studium von Medienberichten sowie auf Informationen von Kollegen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderen Partnern.

³ Udo Pastörs ist Vorsitzender der Landtagsfraktion der NPD in Mecklenburg-Vorpommern.

⁴ Der ehemalige Lehrer war Spitzenkandidat der NPD zu den Landtagswahlen in Niedersachsen. Nach dem Wahldebakel am 27. Januar 2008 wurde er mit einer Anstellung als Mitarbeiter der Landtagsfraktion der NPD in Mecklenburg-Vorpommern „belohnt“.

⁵ Holger Apfel gilt als bislang stets loyaler „Ziehsohn“ von Udo Voigt; er ist Vorsitzender der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

⁶ Vgl. www.npd.de, 25.5.2008.

⁷ Vgl. www.redok.de, 25.5.2008.

„Kriegsverrat“ – ein letztes Tabu des Umgangs mit dem Nationalsozialismus?

Die Linksfraktion im Bundestag hat Ende 2006 einen Gesetzentwurf mit dem Titel „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Urrechtsurteile in der Strafrechtspflege (2. NS-AufhGÄndG)“¹ eingebracht. Was verbirgt sich dahinter? In dem Antrag, der mit dem bekannten Wehrmachtsdeserteur und Vorsitzenden der Vereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz e. V. Ludwig Baumann erarbeitet wurde, geht es um die Rehabilitierung sogenannter Kriegsverräter. Dahinter verbergen sich Menschen, zumeist einfache Soldaten, die beispielsweise zu den Alliierten überliefen, die Flugblätter innerhalb der Wehrmacht verteilten und zur Beendigung des Krieges aufriefen, die sich für Kriegsgefangene einsetzten, Mitglieder der Widerstandsgruppe Rote Kapelle waren oder die versuchten, Juden zu retten.² Diese Verurteilten wurden bis heute nicht rehabilitiert – auch nicht im Zuge der bitter erkämpften Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure im Jahre 2002.

Mit der aktuell erschienenen Studie von Wolfram Wette und Detlef Vogel liegt nunmehr auch eine wissenschaftliche Untersuchung über Anwendung, Funktion und Opfer des Kriegsverratsparagraphen im Militärstrafgesetzbuch vor. Wette und Vogel weisen dezidiert nach, dass es sich beim sogenannten Kriegsverrat um entgrenztes Terrorrecht des NS-Regimes handelte, zu dem eben auch die Wehrmacht gehörte. Sie schreiben: „Während die übrigen Landesverrats-Bestimmungen des Strafgesetzbuches qualifizierte Tatbestände beschreiben, enthält der – für die 1934 vorgenommene Neudefinition des Kriegsverratsentscheidende – § 91 b die unscharfen Begriffe ‚Vorschub leisten‘ und ‚Nachteil zufügen‘. Mit der damit ermöglichten ‚elastischen‘ Gesetzesanwendung eröffneten diese den Wehrmachtsrichtern einen unbegrenzten Handlungsspielraum.“³ Kurz: Die Bestimmungen zum Kriegsverrat waren zentrales Terror- und Willkürinstrument der Wehrmachtsjustiz zur Ausschaltung von Kriegsgegnern, Disziplinlosigkeit, Ungehorsam und abweichenden politischen Verhalten. Daher gehört die Verfolgung von Kriegsverrätern durch die NS-Militärjustiz insgesamt zum Arsenal der Terrorherrschaft und der Durch- und Umsetzung des Vernichtungskrieges.

Es kann nicht oft genug unterstrichen werden, dass die NS-Militärjustiz Teil der NS-Herrschaft gewesen ist und aus ihr nicht – wie viele Apologeten es bis heute versuchen – herausgelöst werden kann. Der hannoversche Politikwissenschaftler Prof. Dr. Joachim Perels hat dies klar an einem Urteil des Bundessozialgerichtes nachgewiesen: „Es (das Gericht, J.K.) erkennt, dass die – als Teil der diktatorischen Exekutivgewalt fungierende – Militärgerichtsbarkeit wesentlich keinen rechtsstaatlichen Charakter besaß. Das Gericht charakterisiert die Militärjustiz mit dem Schlüsselbegriff Fraenkels als Teil des Maßnahmenstaates⁴, der individuelle und kommunikative Rechtspositionen zu politischen Machtzwecken beliebig beseitigen kann.“⁵

Bevor DIE LINKE ihren Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht hat, bemühte sich besonders Ludwig Baumann bei der Bundesregierung um eine pauschale Rehabilitierung der „Kriegsverräter“. In einem Brief vom 31. März 2006 an Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) schrieb Baumann: „Sehr geehrte Frau Ministerin, kein Straftatbestand wurde während der NS-Zeit so grausam verfolgt wie Kriegsverrat (Landesverrat im Krieg) des einfachen Soldaten. Es wurden ausschließlich Todesurteile verhängt und vollstreckt.“ Damit fasst Baumann prägnant die Problematik und politische Handlungsnotwendigkeit für den Gesetzgeber zusammen und bittet die Ministerin zu bedenken: „Dabei lässt sich nicht ernsthaft bestreiten, dass Millionen Zivilisten, KZ-Insassen und Soldaten nicht hätten zu sterben brauchen, wenn mehr Kriegsverrat begangen worden wäre.“

Mit Schreiben vom 25. April 2006 antwortete die SPD-Ministerin auf den Brief von Ludwig Baumann wie folgt: „Ausdrücklich nicht aufgenommen (in das Gesetz von 2002, J.K.) wurden Straftatbestände, bei denen die Aufhebung des Urteils ohne Einzelfallprüfung nach wie vor nicht verantwortbar erschien. Hierzu gehörte vor allem Kriegsverrat (§§ 57, 59, 60 MStGB). Der in Fällen des Kriegsverrats möglicherweise gegebene Unrechtsgehalt (nicht ausschließbare Lebensgefährdung für eine Vielzahl von Soldaten) erschien äußerst hoch, so dass auch der Umstand, dass sie während eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges begangen worden sind,

keinen Anlass zur pauschalen Rehabilitierung begründen konnte.“

Jeglicher Beleg für diese Behauptungen fehlt. Und logischerweise muss gefragt werden, was überhaupt rechtens oder legitim an dem Terrorparagraphen „Kriegsverrat“ sein könnte. In einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau vom 16. Juni 2007 hat Wolfram Wette dies nochmals klargestellt: „Für Kriegsverrat führte die nationalsozialistische Reichsregierung generell die Todesstrafe ein. Wir haben es bei den ab 1934 gültigen Kriegsverrats-Bestimmungen also mit radikalisiertem NS-Recht zu tun, und nicht mit in gleicher Weise schon früher gültigem Kriebsrecht.“⁶

Es geht also bei den Bemühungen um die Rehabilitierung – auch und gerade mit Blick auf die Vergangenheitspolitik in der Geschichte der Bundesrepublik – der fast vergessenen Opfer der NS-Militärjustiz um ihre gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung. Gleichzeitig geht es aber auch darum politisch deutlich zu machen, dass weder die Wehrmacht und insbesondere die Militärjustiz aus der Verantwortung zu entlassen ist. Der seit den fünfziger Jahren immer wieder versuchten Reinwaschung der Wehrmacht gilt es auch noch im Jahre 2008 politisch und wissenschaftlich entgegenzutreten. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung die NS-Militärjustiz insgesamt als Teil des „gesetzlichen Unrechts“ zu erkennen. Joachim Perels fasst diese politische und sittliche Maxime trefflich zusammen: „Gefordert ist die straf- und völkerrechtlich begründete Distanz zu dem in Normen und Befehlen gekleideten Weisungssystem der Wehrmacht, das weitgehend einer maßnahmen-staatlichen Logik der Vernichtung der Rechtspositionen von Kriegsgegnern und Zivilisten unterlag und daher als Bezugsgrundlage für die Beurteilung von Tötungsaktionen ausscheiden musste.“⁷

Dass diese Handlungsnorm offensichtlich im Bundestag noch nicht mehrheitsfähig ist, zeigte die erste Lesung des Gesetzentwurfes am 10. Mai 2007. Der Redner der CDU/CSU-Fraktion Norbert Geis machte schon am Anfang seiner Rede klar, dass es für die „Kriegsverräter“ keine Gnade geben kann: „Man fragt sich natürlich, warum mehr als 60 Jahre nach Ende der Nazizeit immer noch die Forderung kommt, Urteile aus dieser Zeit pauschal aufzuheben. Pauschal

heißt, ohne Prüfung des Einzelfalls, ohne sich die Frage zu stellen, ob einzelne Urteile damals bei allen Abstrichen, die man machen muss, nach den damaligen Umständen nicht doch rechtens gewesen sein könnten.“⁸

Anstatt anzuerkennen, dass es sich um einen Skandal handelt, dass erst 60 Jahre später diese barbarischen Urrechtsurteile diskutiert werden, präsentiert sich der Abgeordnete Geis in alter Filbinger-Pose („Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“). Er sagt hier nichts anderes, als dass es offensichtlich „bei allen Abstrichen“ eine Zahl von Urteilen gegen Kriegsverräter gegeben haben muss, die rechtens, legitim gewesen sind. Und es zeigt deutlich wie weit es mit der kritischen Vergangenheitsaufarbeitung heute steht. Damit aber nicht genug. Geis fährt fort: „Wer Kriegsverrat beging, hat oft in einer verbrecherischen Weise den eigenen Kameraden geschadet, ja sie oft in Lebensgefahr gebracht, in der sie dann auch umgekommen sind, dies zum Beispiel dann, wenn der Verräter zu den feindlichen Linien überwechselte und, um sich dort lieb Kind zu machen [...]“⁹

Offensichtlich dominieren nach wie vor die national-konservativen Kreise die Geschichtsdebatten in der Union. Die Geringschätzung von widerständigem Verhalten, die offenkundige Negation, dass der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg gerade dadurch gekennzeichnet war, dass er alle Rechtsregeln

und menschlichen Mindeststandards systematisch außer Kraft setzte – all dies scheint im Bundestag des Jahres 2007 nicht mehrheitsfähig zu sein.

Jörg van Essen, Vertreter der FDP in dieser Debatte, argumentierte in dieselbe Richtung. Die SPD eierte herum und vertrat die zuvor skizzierte Auffassung der Bundesjustizministerin.

Trotz dieser erschreckenden Debatte tut sich etwas: Sowohl der letzte Evangelische Kirchentag, als auch EKD-Vorsitzender Bischof Huber haben sich deutlich für die Rehabilitierung der Kriegsverräter ausgesprochen. Immerhin: Aufgrund des öffentlichen Drucks beschloss der federführende Rechtsausschuss erstmal eine Sachverständigenanhörung durchzuführen. DIE LINKE hat bereits Ludwig Baumann als Sachverständigen benannt.

Um über dieses „Letzte Tabu“ weiter aufzuklären, wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung hierzu am 5. Mai eine Veranstaltung durchführen.¹⁰ Mit der Veranstaltung und diversen Publikationen, besonders der Studie von Wette/Vogel soll versucht werden in Politik und Gesellschaft das ganz praktische Anliegen, die Rehabilitierung der Kriegsverräter, obgleich wohl keiner mehr lebt, durchzusetzen und damit politisch deutlich zu machen, dass man ihre Opfer und ihren Mut für Menschlichkeit, gegen den Krieg und für eine friedliche Welt anerkennt und ihnen damit ihre Würde zurückgibt, die ihnen nach 1945 abermals – oft von den gleichen Nazi-Richtern – verweigert wurde.

Am 15. Mai 1997 verabschiedete der Bundestag einen Antrag, in dem er richtigerweise feststellte: „Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“ Daher gilt es jetzt im Bundestag und der Gesellschaft dem Ausruf des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer „Unrecht kennt keinen Verrat“ politische Wirklichkeit für die „Kriegsverräter“ werden zu lassen. Endlich. Nach über 60 Jahren.

Jan Korte, MdB

¹ Bundestagsdrucksache 16/3139 vom 25.10.2006.

² Ausführlich zu Einzelfällen und zum Gesamtkomplex des „Kriegsverrats“: Wolfram Wette/Detlef Vogel: Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat, Aufbau Verlag Berlin 2007.

³ Vgl., ebd., S. 18/19.

⁴ Vgl. zum Maßnahmenstaat, genauer zum „Doppelstaat“ von Ernst Fraenkel: Michael Buckmiller/Dietrich Heimann/Joachim Perels (Hg.): Judentum und politische Existenz. Siebzehn Portraits deutsch-jüdischer Intellektueller. Hannover 2000.

⁵ Joachim Perels, Das juristische Erbe des „Dritten Reiches“. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung. Frankfurt/Main und New York 1999. S. 36.

⁶ Wolfram Wette, Wegen „Kriegsverrats“ verurteilt. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 137, 16. Juni 2007, S. 34.

⁷ Perels, S. 31.

⁸ Redeprotokoll. Deutscher Bundestag. 16. Wahlperiode, 97. Sitzung. Berlin, Donnerstag den 10. Mai 2007. S. 9971–9973.

⁹ Ebd., S. 9972.

¹⁰ 5.5., 19 Uhr, Seminarraum 2, 1. OG, RLS, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, „Kriegsverrat“ – ein letztes Tabu des Umgangs mit dem Nationalsozialismus? Diskussion mit Prof. Dr. Joachim Perels (Hannover) u. Jan Korte, MdB, DIE LINKE.

Die 68er und ihre sozialen Energien – Ein Konferenzbericht

Zum 40. Jahrestag dieser transnationalen Bewegung ist schon viel geschrieben und geredet worden. Aber auf der internationalen Konferenz, die von der „Hellen Panke“, der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) und der RLS Brandenburg-Berlin am 18. und 19. April 2008 nach Berlin einberufen worden war, standen im Zentrum nicht Personen, Aktionen und einzelne Folgen. Die Aufmerksamkeit galt dem, was vom Engagement der 68er in der Geschichte vermutlich bleibt. Dieser Bericht möchte Nachdenkenswertes für alle sozialen Kräfte vermitteln, und zwar unter Aspekten, die bisher nicht beachtet wurden.

Zunächst ist ein Kriterium erforderlich, nach dem das historische Wirken von

gesellschaftlichen Kräften und Personen möglichst objektiv beurteilt werden kann. In der Geschichte zeigt sich als entscheidend, inwieweit sie menschliche Energien freisetzen, die zu einer proportionalen ökonomischen und sozialen Reproduktion von Menschen und Gemeinschaften beitragen. Diese vordringliche Aufgabe aller politischen Kräfte, Bewegungen und sozial konstruktiver Bündnisse muss nunmehr weltweit gelöst werden.

Die 68er haben für diese humane Evolution der globalen Welt einen bedeutenden Anstoß geleistet. Aber auch ihre sozialen Energien waren in sich widersprüchlich. Solidarität für eine friedliche Welt, gegen den Kolonialkrieg der

USA in Vietnam und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik verbinden sich mit Begeisterung für Ho Chi Minh, Mao und Che Guevara – trotz Ablehnung des Stalinismus und seiner Gewalt gegen Menschen; ein demokratischer Marsch durch die Institutionen mit individuellem Terror; die Frage nach bleibender Schuld der Väter am Nazismus mit freier antifaschistischer Haltung gegen dessen Nachwirkungen. Diese und andere Momente bündeln sich darin, neue junge Kräfte aufzurufen, den autoritären Haltungen und Ideologien zu widerstehen, unabhängig davon, in welchen Formen sie im Leben auftreten.

Auf der Konferenz traten bald die Unterschiede sozialer Energien im damaligen

Ost und West zu Tage. Ging es in der Bundesrepublik und in der Frontstadt West-Berlin vorrangig um das Bewusstsein antiautoritärer Individualität und Gruppenverhalten gegen das kapitalistische Ordnungssystem, so bei Oppositionellen in der DDR, Polen, Ungarn und der CSSR um das Bestreben, einen humanen Sozialismus zu gestalten. Streben nach persönlicher Entscheidungsfreiheit vereinte beide Richtungen, ohne dass ein übergreifendes internationales Potential entstand. Auch aus diesem Grunde konnten beide Bewegungen von den herrschenden Kräften unterdrückt werden.

In der DDR verfolgte die politische Führung schon am Ende der 50er Jahre, wie weit sich studentische und intellektuelle Bewegung mit Gewerkschaften und Arbeiterbewegung verbünden würde. Weil dies in der Bundesrepublik nur begrenzt der Fall war, wurden Maßnahmen getroffen, damit studentischen Aktionen im Westen nicht auf ostdeutsche Hochschulen übergriffen. Schon um 1965 war eine 3. Hochschulreform in der DDR konzipiert worden. Zunächst sollte bis 1969 an den Universitäten Berlin, Jena und der TH Magdeburg experimentiert werden, wie in Wissenschaft, Bildung und Weiterbildung ein weitaus höheres Niveau zu erreichen sei. Angesichts der 68er Auseinandersetzungen im Westen wurden diese Experimente vorzeitig beendet und die für 1969 geplante Reform aller Hochschulen auf 1968 vorverlegt. Eine Akademiereform ging damit einher. Beides war aus ökonomischen Gründen unerlässlich, aber zugleich beschäftigten die neuen fachlichen und organisatorischen Strukturen Wissenschaftler und Studenten konstruktiv und hielten sie von politischem Aufbegehren fern. Die Besetzung Prags setzte dieser Art

von Systemauseinandersetzung einen vorläufigen Endpunkt.

Soziale Energien der 68er, die friedlicher ökonomischer und gesellschaftlicher Reproduktion dienten, wurden durch weitere zwei Jahrzehnte Kaltem Krieg deformiert. Von größter Bedeutung bleibt deshalb, was sie für die persönliche Freiheit der Frauen und ihre sozialen Energien in der Welt leisteten. Frauen hauptsächlich trugen das Leid von Militanz, Gewalt und patriarchalischer Vorherrschaft. Ihre gesellschaftliche Aktivität reduziert sich keineswegs auf formelle Gleichstellung mit Männern oder Sexualität. Darüber herrschte auf der Konferenz Einigkeit, ebenso hinsichtlich der ökologischen Bewegung, die aus den 68ern entstand. Sinnvoll angewendet entspricht sie einem dringenden Bedürfnis der Menschheit.

Gefragt wurde nach einer komplexen Theorie globaler Evolution und welche gemeinsamen Energien sozialer Kräfte sie tragen. Noch existiert sie nicht und erschien auf der Konferenz gegenüber praktischer Aktion auch nicht sehr opportun, auch wegen der ideologischen Belastung bisheriger Gesellschaftstheorien. Fehlt aber Theorie über die Wege komplexer Selbstorganisation der Menschheit, sind strategische Fehler aller Kräfte und Bewegungen die Folge. Gemeinsame soziale Energiepotentiale kommen nicht konzentriert zum Einsatz und werden in Einzelaktionen vergeudet. Das zeigt sich besonders an den universellen sozialen Aufgaben, die seit der Zeit um 1900 entstehen: Frieden und persönliche Sicherheit, Ernährung, Arbeit, Ökologie, Migration oder humane Bildung in der Welt werden erst gemeinschaftlich lösbar.

Konfrontative Ideologien und Mittel werden hier wirkungslos. Statt dessen ist

freiheitliches Verständnis der Menschen des 21. Jahrhunderts in ihren humanen biologischen, psychischen und sozialen Energien erforderlich. Entscheidend ist, inwieweit ihr Handeln tatsächlich menschenwürdige Verhältnisse hervorbringt – humane Wertverhältnisse, die zwischen Menschen und Gemeinschaften Vertrauen schaffen und sie weltweit friedlich aneinander binden. Das ist keine Frage einzelner sozialer Kräfte, sondern das gemeinsame Überlebensproblem aller.

Nicht ausgetragen wurden auf der Konferenz Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Begriffe Individualität und Entfremdung in der globalen sozialen Evolution. Neben der Entfremdung arbeitender Menschen vom Eigentum an Produktionsmitteln, vom Arbeitsprodukt und von anderen Arbeitenden, müsste der Entfremdung des Menschen von sich selbst mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ihre Aufhebung wird für humanen Fortschritt in der Welt fundamental, denn es werden soziale Energien feigesetzt, die freiwillig humanen Zwecken dienen und über einen längeren Zeitraum die derzeitige Kluft zwischen Ökonomie, Politik und Moral schließen.

Infolgedessen sind neue Erfahrungen praktischer Aktion und intensive theoretische Arbeit erforderlich, um zu ermitteln, wie in der Welt des 21. Jahrhunderts humane soziale Energien entstehen, die auf widersprüchliche Weise eine proportionale ökonomische und soziale Reproduktion der Menschheit, ihrer Länder und Regionen gewährleisten. Dazu wurden auf der Konferenz neue inhaltliche und strategische Anregungen gefunden.

Professor Dr. Heinz Engelstädter

Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Rechts-extremismus/Antifaschismus der LINKEN

Am 21. Juni 2008 tagte die Bundesarbeitsgemeinschaft im Berliner Karl-Liebknecht-Haus. Anwesend waren 27 Mitglieder und Sympathisanten. Der Sprecher der BAG, Dr. Horst Helas, teilte zu Beginn der Tagung mit, dass unser Zusammenschluss nunmehr offiziell vom Parteivorstand der Partei DIE LINKE als „Bundesarbeitsgemeinschaft“ anerkannt ist.

Auf der Tagesordnung standen die Auswertung des 1. Parteitages der Partei

(Cottbus 24./25. Mai 2008) und die aktuelle Situation in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in verschiedenen Bundesländern. Hierzu lag den Teilnehmern auch schriftliches Material der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen zum Ergebnis der extremen Rechten bei den sächsischen Kreistagswahlen am 8. Juni vor.¹

Einführungen zum ersten Punkt der Tagesordnung gaben Petra Pau und Jürgen Plagge-Vandelaar, der als Gastdelegier-

ter auf dem Parteitag anwesend war. Ausgehend vom Beschluss des 1. Parteitages „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“, dessen klare inhaltliche Aussagen zu Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus von den Mitgliedern der BAG begrüßt wurden, wurde in der Diskussion dazu immer wieder die zentrale Rolle des Kampfes um Demokratie, Bürgerrechte und Menschenwürde betont. Es wurde vorgeschlagen, auch an den Begriffen weiter zu arbei-

ten und dabei das Internet mehr zu nutzen. Der abgewogenen Beurteilung der Forderungen nach einem Verbot der NPD als aggressivster Kraft im neonazistischen Spektrum stimmten die Mitglieder zu. Gleichzeitig wurde hervorgehoben, dass die Anstrengungen für das Verbot neonazistischer Vereine auf Landesebene forciert werden müssen. Petra Pau MdB ergänzte dazu, dass im Falle der Heimattreuen Jugend (HDJ) auch auf Bundesebene geprüft werden muss, wie deren Tätigkeit unterbunden werden kann. Sie informierte in diesem Zusammenhang auch über die Initiativen der „Querschnitts-AG“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE bei der Analyse verschiedener rechtsextremer Handlungsfelder, über dabei noch vorhandene Probleme und weitere Planungen.

In der Debatte zur Auswertung des Parteitages, wozu unter anderem Norbert Madloch, Gert Wiegel und Reiner Tietz das Wort ergriffen, spielte natürlich auch die Frage eine Rolle, was die BAG tun kann, um die Thematik der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus noch stärker in die neue Partei der LINKEN mit ihrer sehr unterschiedlichen Zusammensetzung hineinzutragen. Auch wenn dazu weitere Antworten noch ausstehen, herrschte doch Klarheit darüber, dass die BAG vor allem eine noch stärkere Verbindung zu den bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften und die Bildung weiterer LAG anstrebt.

In bewährter Weise, im gemeinsamen Wirken von Parteivorstand, Bundestagsfraktion und BAG soll auch an die Vorbereitung einer neuen zentralen Konferenz Anfang 2009 herangegangen werden. Sie wird neben weiterer analytischer Arbeit zu Rechtsextremismus und Neonazismus konkrete Handlungsfelder in der Auseinandersetzung vor allem im Superwahljahr 2009 (Europawahl, Bundestagswahl, Landtags- und Kommunalwahlen) abzustecken haben.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der BAG in der kommenden Zeit wird auch die Beschäftigung mit der Gedenkstätten-Problematik sein, über die in Bund und Ländern heftige Auseinandersetzungen stattfinden. In der Diskussion dazu wurde vermerkt, dass es hier nicht nur um historische Aspekte geht, sondern auch jugend- und bildungspolitische Fragen eine Rolle spielen. Die BAG wird ihren Mitgliedern Informationsmaterial über den aktuellen Stand zukommen lassen.

Ein breites Spektrum konkreter Erfahrungen aus den aktuellen Kämpfen wurde im Zweiten Tagesordnungspunkt erfasst. Er wurde eingeleitet mit einem

Beitrag von Jörg Detjen, Stadtrat der LINKEN in Köln und Herausgeber der Antifaschistischen Nachrichten, über die Entwicklung der Organisationen „Pro Köln“ und „Pro NRW“. Seine fundierte Analyse beschäftigte sich mit deren Wahlergebnissen und deren Ursachen, ihrem Versagen in der konkreten Kommunalpolitik, das mit ausländerfeindlichen Hetzkampagnen übertüncht wird. Zu den Auseinandersetzungen um den Kölner Moscheebau, wo auch bei Linken teilweise sektiererische Positionen sichtbar wurden, gab es Nachfragen aus dem Teilnehmerkreis, da auch in anderen Zusammenhängen solche Probleme sichtbar wurden. (Auseinandersetzungen gab es auch in Berlin-Heinersdorf, wo sich die NPD die Ablehnung des Moscheebaus durch Bürger für ihren Imagegewinn zu Nutzen machte). Berichtet wurde ferner über die Aktivitäten gegen den am 20. September in Münster geplanten Anti-Islam-Kongress der Rechtsextremen, zu der sowohl Leute wie Le Pen als auch zahlreiche Holocaust-Leugner von den Organisatoren aus „Pro Köln“ eingeladen sind. Ein relativ breites Bündnis unter dem Motto „Wir stellen uns quer“ hat sich bereits gebildet.

Erfahrungen und Analysen aus dem Landtagswahlkampf in Niedersachsen vermittelte Michael Quelle (Stade). Er ging unter anderem auf das nicht immer konfliktfreie, aber oft auch wirksame Zusammengehen von NPD und „Freien Kameradschaften“ ein, beleuchtete die Rolle der im Wahlkampf abgeschlagenen Spitzenkandidaten der NPD, und merkte an, dass gerade in Niedersachsen die Neonazis nun wieder den Kampf um die Straße führen wollen. Die Anstrengungen der Partei DIE LINKE richten sich nach ihrem Wahlerfolg verstärkt darauf, die Abgeordneten des Landtages und auch die Kommunalvertreter besser für ihre Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten in den einzelnen Orten zu wappnen.

James Herrmann zeigte in seinem Beitrag, dass Rheinland-Pfalz keineswegs eine „ruhige Gegend“ ist, dass es auch hier nicht wenige neonazistische Umtriebe und Gewalttaten gibt. Er machte deutlich, wie kompliziert oft die Herstellung von Bündnisbeziehungen gegen die Neonazis ist. Gerade in den aktuellen Auseinandersetzungen um die Neonaziaufmärsche am 1. Mai in Kaiserslautern und Neustadt erwies sich das getrennte Auftreten von Antifaschisten und Demokraten aus parteipolitischer Engstirnigkeit als hemmender Faktor. Entsprechend kreiste die Diskussion

über diesen Bericht vor allem um Erfahrungen, wie auf der einen Seite das Bündnis mit Gewerkschaftern und bis in die kirchlichen Kreise hinein gestaltet werden kann, dass dabei Atheismus und Islam-Debatten hinderlich sind. Auf der anderen Seite wurde hervorgehoben, dass auch überzogene Debatten über „Radikalismus“ und „Extremismus“ nicht weiter bringen, dass wie Leipziger Beispiele zeigen, das Verhältnis zur Autonomen Antifa nur von gegenseitigem Vertrauen her gestaltet werden kann. In diesem Zusammenhang fand Erwähnung, dass zwar in bestimmtem Umfang mit den jetzt bestehenden Förderungen des Bundesfamilienministeriums zum Kampf gegen den Rechtsextremismus Ergebnisse erreicht werden können. Es bleibt aber nach wie vor Konsens in der BAG, in den Bündnissen und in den Parlamenten dafür einzutreten, dass von der Projektförderung wieder zur institutionellen Förderung zurückgekehrt wird.

Die nächste Beratung der BAG wird voraussichtlich Ende November (im Plan ist der 29.11.2008) stattfinden.

Dr. sc. Roland Bach

¹ Das Material ist in diesem Heft abgedruckt.

Rede im Deutschen Bundestag zum 60. Geburtstag der Gründung des Staates Israel

**Deutscher Bundestag
Stenografischer Bericht**

163. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 29. Mai 2008

Tagesordnungspunkt 3:

Vereinbarte Debatte: 60 Jahre Israel

Petra Pau (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden über einen Jahrestag, der alles andere als alltäglich ist. 60 Jahre Israel sind etwas Besonderes, weil es eine einmalig schlimme Vorgeschichte gibt: den Holocaust. 60 Jahre Israel sind nicht alltäglich, weil nie absehbar war, ob Israel 60 Jahre alt wird. 60 Jahre Israel beantworten nicht die Frage, was künftig sein wird.

Vor reichlich einem Jahr sprach hier Imre Kertész. Er las aus seinem Buch *Kaddisch* für ein nicht geborenes Kind. Er versuchte, uns nahezubringen, dass der Holocaust nicht nur ein Völkermord an 6 Millionen Jüdinnen und Juden war, nein, er hat auch tiefe Furchen in das Leben der Überlebenden und in das der jüdischen Nachfahren gebrannt. In einem Interview hat Imre Kertész es so formuliert:

Vor Auschwitz war Auschwitz unvorstellbar, heute ist es das nicht mehr. Da Auschwitz in Wirklichkeit passierte, ist es in unsere Fantasie eingedrungen, wurde ein fester Bestandteil von uns. Was wir uns vorstellen können, weil es in Wirklichkeit passiert ist, das kann wieder passieren.

Auschwitz ist tief in unsere Fantasie eingedrungen. Schon dieser Satz mag beschreiben, warum Israel für Jüdinnen und Juden in aller Welt heute nicht nur aus religiösen Gründen heilig ist. Der Staat Israel ist für sie eine Überlebensversicherung. So begründet allein schon das Menschenrecht auf Leben das Existenzrecht des Staates Israel.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Oder anders gesagt: Wer das Existenzrecht Israels infrage stellt, rüttelt am Lebensrecht von Jüdinnen und Juden. Das ist letztlich die logische Konsequenz gerade aus der deutschen Geschichte.

Deshalb sollte es im Deutschen Bundestag fraktionsübergreifend keinen Zweifel geben: 60 Jahre Israel, das ist auch für uns ein wichtiges Jubiläum. Schalom!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schalom bedeutet unter anderem Sicherheit und Frieden. Der Gruß Schalom hat übrigens eine Entsprechung im Arabischen: Salam. Aber Schalom und Salam kommen nicht zusammen. Auch das gehört zur Geschichte von 60 Jahren Israel.

Das Hochgefühl der Gründung Israels vor 60 Jahren barg von Anfang an einen Konflikt, der noch immer ungelöst ist. Im Kalten Krieg wurde er oft zu einem „pro Israel“ kontra „pro Palästina“ versimpelt. Der Konflikt wurde, wie viele andere auch, zum Stellvertreterkrieg zwischen den Weltblöcken West und Ost. Heute ist klar: Das war keine Lösung. Letztlich wurden die Spannungen, die im Nahen Osten ohnehin existierten, dadurch sogar noch verschärft.

Hinzu kommt: Es ist keine Lösung in Sicht. Ich denke, auch deshalb sollte keiner von uns beanspruchen, wir hätten die Lösung in der Tasche. Das wäre vermessen, und das wäre unangemessen gegenüber Jüdinnen und Juden, aber auch gegenüber Palästinenserinnen und Palästinensern, zumal die Gegenüberstellung „Hier die Juden, da die Palästinenser“ im wahren Leben so auch nicht stimmt.

Wer in Israel genau hinhört, wird kritische Debatten erleben, die hierzulande fälschlicherweise als unkorrekt gelten. Wer nachdenklichen Palästinensern zuhört, wird Debatten erleben, die vom Wunsch nach dem überfälligen Frieden zwischen Israel und Palästina beseelt sind. Beide beziehen sich aufeinander, weil sie miteinander nach einer Lösung suchen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Hans Eichel (SPD))

So wünsche ich mir zum Beispiel von den deutschen Medien, dass sie die Initiativen, die Schalom und Salam wirklich zusammenführen wollen, viel mehr unterstützen; auch das gehört für mich zur historischen Verantwortung Deutschlands. Es gibt solche Initiativen in Israel, in Palästina und auch hierzulande.

Gleichwohl sind 60 Jahre Israel auch 60 Jahre Nahostkonflikt. Er harrt einer Lösung, für die unmittelbar Betroffenen in Israel und Palästina, aber auch darüber hinaus. Denn der Nahostkonflikt birgt Sprengstoff für die Welt insgesamt. Hier stellt sich natürlich die grundsätzliche Frage: Welche Position der Vernunft kommt dabei Deutschland zu? Ich finde, es darf keinerlei Zweifel am Existenzrecht

Israels geben. Es darf aber auch keinen Zweifel am Recht der Palästinenser geben, in Würde zu leben. Wir haben eine Doppelverantwortung: Wir stehen gegenüber Jüdinnen und Juden in tiefer Schuld. Genau deshalb darf es aber nicht so sein, dass die Palästinenser unter der historischen Schuld Deutschlands leiden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer 60 Jahre Israel begrüßt – ich tue das ausdrücklich –, muss zugleich das Schicksal der Palästinenser im Blick haben. Denn so unklar die Zukunft im Nahen Osten ist, so klar ist: Frieden wird es nur miteinander und nie gegeneinander geben. Letztlich trägt eine Lösung für alle nur dann, wenn sie vor dem Völkerrecht Bestand hat.

Die tiefste rechtliche Konsequenz aus der mörderischen Praxis des NS-Regimes wurde in Art. 1 des Grundgesetzes verankert: Die Würde des Menschen, aller Menschen, ist unantastbar. Das heißt für mich aber auch: Sogenannte nationale Befreiungsbewegungen, die Attentate verüben und dabei Unschuldige morden, sind keine Menschenrechtsbewegungen.

(Beifall im ganzen Hause)

Es wäre aber unredlich, Millionen Palästinenser – Frau-en, Männer, Kinder und Greise – dafür kollektiv zu bestrafen. Die Geburt Israels vor 60 Jahren war ein historisches Ereignis. Aber sie war, wie der israelische Journalist Igal Avidan schreibt, ein „Kaiserschnitt“, ein Kaiserschnitt, der heute noch blutet. So mischt sich Jubiläumsfreude mit anhaltender Sorge.

Ich bin vor Wochen gebeten worden, ein Grußwort „60 Jahre Israel“ zu schreiben. Dazu war ich gerne bereit, zumal ich erst kurz vorher in Israel war. Dort hatte ich in Jerusalem an einer internationalen Konferenz gegen Antisemitismus teilgenommen. Natürlich kam ich mit Eindrücken zurück, die so vielfältig und widersprüchlich wie Israel selbst sind.

Umso länger dachte ich dann über mein Grußwort nach. Ich entschied mich schließlich für eine Anleihe beim Friedenslied von Bertolt Brecht:

Friede in unserem Hause!

Friede im Hause nebenan!

Friede dem friedlichen Nachbarn,

Daß jedes gedeihen kann.

Einen Vers aus dem Friedenslied habe ich allerdings bewusst weggelassen:

Friede in unserem Lande!

Friede in unserer Stadt!

**Daß sie den gut behause,
Der sie gebauet hat!**

Ich habe ihn bewusst ausgelassen, weil ich die Siedlungspolitik in diesem Grußwort nicht gutheißen wollte; denn auch sie ist ein Grund dafür, dass, um im Bild zu bleiben, der Kaiserschnitt noch immer blutet.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun spreche ich hier auch als Innenpolitikerin der Fraktion Die Linke. Meine Pro-Themen sind Bürgerrechte und Demokratie, meine Anti-Themen sind Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Deshalb sage ich auch: Man kann nicht 60 Jahre Israel würdigen und zugleich den Antisemitismus hierzulande ausblenden.

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist richtig: Es gibt wieder jüdisches Leben. Das ist ein historisch unverdientes Geschenk der Jüdinnen und Juden an Deutschland und eine Bereicherung unserer Vielfalt und Kultur. Das jüdische Leben hierzulande ist aber alles andere als normal. Noch immer müssen Synagogen und jüdische Schulen sowie Kindergärten besonders geschützt werden. Im statistischen Schnitt wird in der Bundesrepublik Woche für Woche ein jüdischer Friedhof geschändet. Soziologische Untersuchungen belegen: Mehr als ein Drittel der Deutschen ist latent antisemitisch eingestellt – im Westen der Republik übrigens mehr als im Osten. Das ist der aktuelle Befund.

Antisemitismus aber ist keine politische Kritik. Antisemitismus ist eine menschenverachtende Ideologie.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie grassiert noch immer oder schon wieder inmitten der Gesellschaft: an Stammtischen, in Chefetagen, im Alltag.

Umso wichtiger finde ich es, dass sich nunmehr über die heutige Debatte hinaus im Bundestag Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen zusammengefunden haben und zusammenfinden, um sich diesen gesellschaftlichen Problemen fern aller Parteirituale ernsthafter als bisher zuzuwenden.

Ich persönlich werde meinen Beitrag dazu leisten – als Lehre aus der Geschichte und aus Sorge um die Zukunft.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



Horst Helas, Dagmar Rubisch, Rainer Zilkenat (Hrsg.)

Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland

Texte 46 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Karl Dietz Verlag Berlin 2008,
175 Seiten, Broschur, 14,90 Euro, ISBN 978-3-320-02142-9

Antisemitismus ist in der deutschen Gesellschaft eine seit vielen Jahren relativ unveränderte Einstellung eines großen Teils der Bevölkerung. Trotz dieses Befundes ist die Hartnäckigkeit der vielen Akteure beim Kampf

um die Zurückdrängung des Antisemitismus in Deutschland bewunderns- und unterstützenswert. Mehrere Beiträge in dieser Publikation belegen die lange Entwicklungsgeschichte von Antisemitismus. Andere beleuchten aktuelle Aspekte dieses Phänomens. Sie bekräftigen, dass der Kampf gegen Antisemitismus einen unverwechselbar eigenständigen Platz in der Bekämpfung von Phobien verschiedenster Art innehat, der nicht relativiert werden sollte.

Im Zentrum des Buches stehen die Referate und ausgewählte Diskussionsbeiträge der Antisemitismus-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 11. Januar 2007. Dort wurde das Bedürfnis bekräftigt, grundlegende Erfahrungen der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus einem breiten Interessentenkreis zugänglich zu machen.

Die Herausgeber möchten vier Aspekte ihrer grundsätzlichen Haltung benennen:

1. Für Menschen, die sich zu „den Linken“ zählen, ist der Antifaschismus ein unverzichtbarer Grundwert. Dass dieser Antifaschismus keinesfalls monolithisch zu verstehen ist, versteht sich von selbst. In Deutschland hat es vor wie

nach 1945 immer Antifaschismen gegeben. Das entsprechende Handeln von Menschen verschiedener Herkunft und Weltanschauung gründet sich auch in der Gegenwart auf unterschiedliche Motive. Zudem meint Antifaschismus heute immer auch ein PRO, das Eintreten für bestimmte Grundwerte der bestehenden Gesellschaft, ihre Verteidigung wie Ausgestaltung.

2. „Die Linke“ muss sich fast 60 Jahre nach der Gründung zweier deutscher Staaten und fast 20 Jahre nach der erneuten Herstellung der Einstaatlichkeit mit allen Facetten ihrer Geschichte differenziert, kritisch und sachlich auseinandersetzen. Auch hier versteht es sich von selbst, die äußeren Aspekte, beispielsweise die Zwänge des Kalten Kriegs, zu berücksichtigen. Dies sollte aber nicht zur Entschuldigung für Unzulänglichkeiten, Fehlentwicklungen und auch Verbrechen im jeweiligen Deutschland. Dies gilt auch für eine solche Frage wie die, ob es in der DDR Antisemitismus gegeben habe. Dieses Spezialthema der Geschichte der DDR verdient Aufmerksamkeit.

3. Staatliche Organe, Wissenschaftler wie Publizisten sollten aufhören, zwischen Rechtsextremismus und sogenanntem Linksextremismus ein Gleichheitszeichen zu setzen – auch hinsichtlich des Antisemitismus. In Theorie wie gesellschaftlicher Praxis sollte man den Trennungsstrich zwischen all jenen Kräften, die die demokratische Grundordnung in Deutschland als ihren Handlungsrahmen ansehen, und jenen, die das „ganze System“ und „alle Systemparteien“ überwinden wollen, klar kenntlich lassen.

4. In Publizistik wie wissenschaftlicher Debatte erleben wir immer wieder, dass ein beliebiger Autor mit seinen Aussagen von Vorgestern immer wieder neu konfrontiert wird. Dies geschieht manchmal in der Erwartung, der Zitierte möge sich rechtfertigen.

Zum Tode von Professor Dr. Gerhart Hass

Kurz vor seinem Tode telefonierte ich mit Gerhart Hass. Nachdem er für unseren „Rundbrief“ den Abdruck des Zeitzeugenberichtes von Ernst Bittcher über die Kämpfe der letzten Kriegstage im Reichstag und in seiner Nähe vermittelt hatte, wollte er selbst zur Feder greifen.

Vor allem einen mehrteiligen Beitrag über das Bild des Zweiten Weltkrieges in deutschen Schulbüchern seit der Befreiung vom Faschismus wollte er zu Papier bringen. Ihm machte Sorge, dass in nicht wenigen der heute benutzten Schulbücher wichtige Forschungsergebnisse der Geschichtswissenschaft zu dieser Thematik keinen angemessenen Eingang fänden, ja, dass mitunter weit hinter Erkenntnisse über Ursachen, Charakter und Folgen dieses Krieges zurückgefallen werde, die in früheren Zeiten in Schulbüchern der BRD durchaus anzutreffen gewesen wären. Das Telefonat dauerte länger. Wir sprachen über die in den 60er und 70er Jahren geführte Debatten zur „Kontinuitäts“-Problematik innerhalb der Historiographie der Bundesrepublik. Schließlich wurden ungefähre Abgabetermine für ein erstes Manuskript verabredet. Nach dem Krankenhausaufenthalt wollten wir uns unter vier Augen in Ruhe über das Schulbuch und weitere Projekte austauschen. Er erklärte sich sofort bereit, mich mit seinem Rat bei den Recherchen zu den deutsch-tschechischen Beziehungen und zur Politik der Sudetendeutschen Partei in den 1930er Jahren zu unterstützen. Kurzum: ein neuer „Stammautor“ des „Rundbriefs“ schien gewonnen worden zu sein. Und was für Einer!

Persönlich kennen gelernt habe ich ihn erst vor wenigen Monaten. Er, der wesentlich Ältere und wissenschaftlich weit Überlegene, bot mir sofort das „Du“ an. Seine Herzlichkeit und seine Neugier für die Arbeiten seines Gesprächspartners machten ihn mir auf Anhieb sympathisch.

Gerhart Hass – der Name war mir allerdings schon seit frühesten Studententagen bestens vertraut. Als junger Studiosus im von konservativen und reaktionären Mediokritäten dominierten Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin sowie im Otto-Suhr-Institut der gleichen Hochschule, war ich Anfangs und Mitte der 70er Jahre einbezogen in die damals mit Leidenschaft geführten Debatten über das Wesen des

deutschen Faschismus, nicht zuletzt über das Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus. Vieles davon war theorie-lastig. Die Gefahr, dass sich Debatten über Faschismustheorien verselbständigten und ihren empirischen Gegenstand aus den Augen verloren, war gelegentlich mit Händen zu greifen.

Um dieser Gefahr möglichst zu entgehen, waren für mich die einschlägigen Veröffentlichungen von Gerhart Hass, den ich persönlich leider nicht kennen lernen konnte, von besonderem Wert. Ebenso wie in den Publikationen von Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler, Olaf Groehler, Hans Radandt oder Wolfgang Schumann, um nur sie an dieser Stelle zu nennen, wurde mit Hilfe von Quellen nachgewiesen, dass Max Horkheimers Diktum „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen“ eine gar nicht zu überschätzende Bedeutung hat.

Die in der so genannten Minol-Reihe erschienene Darstellung „Deutschland von 1939 bis 1945“ (1969), der Dokumentenband „Anatomie der Aggression“ (1972), die zahlreichen Beiträge in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, in der „Militärgeschichte“ und im „Jahrbuch für Geschichte“ (die Artikel im „Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg“ waren leider nicht oder nur in Ausnahmefällen in Westberlin erreichbar), besonders der 1975 veröffentlichte erste Band der Geschichte Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, alles von Gerhart Hass geschrieben, mitverfasst bzw. unter seiner maßgeblichen Mitwirkung herausgegeben, waren für mich ein unersetzliches Handwerkszeug in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Historikern und Kommilitonen. In der Buchhandlung „Das Europäische Buch“ oder in der Hauptstadt der DDR wurden die genannten Bände und Periodika käuflich erworben oder es wurden Kopien seiner Aufsätze angefertigt.

Gerhart Hass, 1931 in Berlin geboren, starb am 3. Mai 2008. Zu beklagen ist nicht allein, dass ein hochkompetenter Historiker und Faschismusforscher, der seine Beiträge unmittelbar aus den Quellen erarbeitete, nicht mehr unter uns ist. Zu beklagen ist vor allem, dass wiederum ein aus der DDR stammender marxistischer Historiker verstorben ist – und er eine empfindliche Lücke hinterlässt, die nicht geschlossen werden kann. Denn der

in der Geschichtswissenschaft der alten wie der neuen Bundesrepublik niemals existierende „Wissenschaftspluralismus“ hat strikt darauf geachtet, dass Marxisten – welcher Couleur auch immer – die Universitätslaufbahn verschlossen blieb. So bleibt zu hoffen, dass die Publikationen von Gerhart Hass zumindest hier und da Eingang in das akademische Studium – sofern es derartiges angesichts der Fortsetzung des Schulunterrichtes in Form des „Bachelor-Machens“ noch geben sollte – finden mögen. Eines sei noch einmal festgestellt: Die durch den Tod von Professor Dr. Gerhart Hass hinterlassene Lücke wird nicht zu schließen sein. Wer dies für eine Formulierung halten sollte, die obligatorischer Bestandteil eines jeden Nachrufs sei, sollte zu den Büchern oder Aufsätzen des Verstorbenen greifen. Der Autor dieser Zeilen hat damit jedenfalls schon begonnen.

Dr. Reiner Zilkenat

Publikationen von Prof. Dr. Gerhart Hass (Auswahl):

- Von München bis Pearl Harbor. Zur Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1938–1941, Akademie Verlag, Berlin 1965.
- Deutschland von 1969 bis 1945, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1969, 2. Aufl. 1975 (zusammen mit Wolfgang Bleyer, Karl Drechsler und Gerhard Förster).
- Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg (Herausgeber, zusammen mit Wolfgang Schumann), VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1972.
- Deutschland im zweiten Weltkrieg. Band 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Akademie Verlag, Berlin 1975 (Leiter des Autorenkollektivs).
- Münchner Diktat 1938 – Komplott zum Krieg, Dietz Verlag, Berlin 1988 (Schriftenreihe Geschichte).
- Bankrott der Münchner Politik. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1939, Berlin 1989, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften (Illustrierte historische Hefte).
- 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation, Dietz Verlag, Berlin 1990.

ZUR DISKUSSION

Brief an den Parteitag der Linkspartei 2008

Die Linke ist mehr als die Partei. Sie umfasst auch hunderttausende Unorganisierte, die die Nase voll haben von Koalitionen und Anpassertum und von euch reale Machtpolitik erwarten – praktische Hilfe gegen Verelendung statt Regierungsprojekte. Millionen Arme und Ärmste haben keine politische Vertretung mehr außer euch. Weil ihr nirgends vor Ort seid, wisst ihr nicht, was ganz unten los ist: die herzzerreißenden Szenen auf den Ämtern, wenn es kein Geld für Windeln gibt, die Verzweiflung der Selbstmörder, die am Fünfzehnten des Monats keinen Cent mehr auf Tasche haben, die Schmerzen der Omas, die erst in zwei Wochen zum Arzt gehen können, weil ihnen die zehn Euro Praxisgebühr fehlen. Das kann sich ein Abgeordneter eben nicht vorstellen, der nicht nur 8.000 Euro Staatsknete bekommt, Freifahrt in Bahn und Flieger, Chauffeure in ekelhaften Protzautos und mit den Helferjobs das absolutistische Verfügungsrecht über eine Handvoll Menschen, die meist klüger sind als er selber. Dazu Aufsichtsratsposten, Stiftungspräsidien und Studienreisen nach Bedarf. Wenn ihr das alles zusammenrechnet, verfügt jeder Abgeordnete im Monat über soviel Geld wie hundert Hartz-4-Opfer. Ein Leben gegen Hundert – das verschaffen wir euch, eure Wähler, und was kriegen wir dafür? Den Hohn eines Parteifunktionärs, die Partei müsse sich davor hüten, Politik nur für Arme zu machen! Die Kommunisten waren immer die Partei der Armen, der Ausgegrenzten, der Arbeitslosen, der Hoffnungslosen und Hungerleider – genau der Menschen, über die die Berliner Boygroup die Nase rümpft und die sie gar nicht berührt. Aber in allen westlichen Ländern kümmert sich die linke Partei um die Unberührbaren, hat eigene Sozialprojekte und Altenheime. Die case di popolo in Italien etwa sind Arbeitslosencafés, soziale Treffpunkte für eigene Verbindungen und Kultur, abseits und gegen den Mainstream, und gleichzeitig Anlaufstelle für die Partei. Solche Projekte überlässt man in Deutschland den Nazis und den Kirchen. Linke Politik ist stets praktische Hilfe für die Allerärmsten und wenn das in Berlin nicht so klappt, dann entweder deswegen, weil man gar nicht links ist oder weil man keine Ahnung von praktischer Politik hat. Mittlerweile machen die Berliner Tafel und

die Heilsarmee mehr linke Aktion als die Partei. In Kreuzberg hat der Pfarrer Rutkowski ein Gemeindehaus kurzerhand zum Säuerheim umfunktioniert, weil er nicht ertrug, wie ein Obdachloser sich eine Handvoll Maden aus seinem entzündeten Bein kratzte. Das Karl-Liebknecht-Haus als AIDS-Hospiz – so was kann sich der einfache Parteifunktionär gar nicht vorstellen: Wo soll er denn dann seine Akten lagern? Weil die Partei im Westen zu lange verboten war, hat sie jeden Kontakt zur Sozialarbeit verloren, und im Osten konnte man es guten Gewissens der staatlichen Fürsorge überlassen. Die Ostfunktionäre wissen gar nicht, was kapitalistisches Elend ist, sie scheinen in völliger sozialer Blindheit zu leben.

Die Grundforderung muss sein, dass jeder Parteifunktionär und jeder Abgeordnete und jeder, der mithilfe der Partei einen Posten bekommen hat, praktische Sozialarbeit leisten muss. Wer soviel wie hundert Hartz-4-Empfänger einnimmt, sollte wissen, dass er soviel nicht verdient und mindestens 90 Prozent ans Volk zurückgeben müsste und zwar praktisch und in Geld. Die Fraktionsheilige Kipping redigierte jüngst eine Propaganda-Broschüre zu Hartz IV, in der alle Rechtsmittel angegeben sind, aber keine einzige Parteiadresse, wo der Arme Hilfe bekommt; und sie selber spendet die Diätenerhöhung unverschämt ihrem eigenen „Prager Frühling“- Verein. So etwas nennt man Selbstbedienung.

Dazu die Diskrepanz zwischen den arbeitsrechtlichen Forderungen der Partei, die sich offiziell für Kündigungsschutz und Mindestlohn einsetzt, deren Abgeordnete aber Mitarbeiter auf 400 Euro-Basis beschäftigen, grundlos kündigen oder ihren ganzen Stab halbjährlich auswechseln, – Heuern und Feuern wie im Wallstreetkapitalismus als Grundprinzip. Schon beim Abrutschen der Sozialdemokratischen Partei in den Krieg 1914 spielten rechte Mehrheiten auf den Parteitag eine verhängnisvolle Rolle, bestehend aus Parteibeamten, die sofort auf Stütze wären, wenn sie ihren Posten verlören. Dass diese Funktionäre kein Interesse an einer radikalen linken, „abenteuerlichen“ Politik haben, ist evident – wer will schon seine eigene Existenz gefährden um anderen zu helfen? Aber links ist das nicht.

Und erfolgreich im übrigen auch nicht. Die Linkspartei lebt im Moment von dem ungeheuren Vertrauensvorschuss, den die Ruinierten und Entrechteten ihr schenken, weil sie erwarten, dass die Partei etwas für sie tut. Sobald diese Wähler sich anders orientieren, ist die Linkspartei erledigt, denn der Platz in der „Mitte“ bei den Steuerzahlern und „Leistungseliten“ ist besetzt. Aber mit zehn Millionen Armen, die man organisiert, kann man jedes Parlament lahm legen und jede Regierung platzen lassen – eine Horrorvorstellung für die, die nichts anderes wollen als mitregieren! Keine Angst, die Regierungsbeteiligung kommt so sicher wie das Amen in der Kirche: Die SPD wird die Linke gebrauchen, um die nächsten Sozialschweineereien fürs Kapital durchzusetzen.

In den letzten Jahren waren viele Linkschefs so freundlich, sich von mir öffentlich befragen zu lassen, so dass ich glaube, ihre Konzepte zu verstehen. Im Unterschied zu manch' anderen billige ich sie sogar teilweise. Lafontaine will sich an der SPD rächen und peitscht sie zu demagogischen Höchstleistungen – das sehe ich gern, aber es ist auch nicht schwer, denn die Beck-SPD ist die dümmste die es je gab. Gysis Aufgabe ist, die Fraktionen offen zu halten für eventuelle Regierungsbeteiligungen und bei der liberalen Bourgeoisie gut Wetter zu machen, damit sie sich das gefallen lässt. Gegen das Mitregieren ist prinzipiell nichts einzuwenden: Aber der Preis muss mindestens die Verdoppelung von Hartz IV sein und zehn Prozent mehr Gehalt für den öffentlichen Dienst. Wenn man das nicht hinkriegt, hat man in einer Regierung nichts verloren oder vertreibt die Wählerschaft wie in Berlin. Die absurde Idee, der Ausgleich des Staatshaushalts wäre linke Politik, kann nur Leuten einfallen, die ihr Betriebspraktikum bei IBM gemacht haben und auch dort nicht recht aufgepasst haben; dies ist der Staat der Bourgeoisie, der Staat der Reichen, sollen die doch sorgen, wie sie ihn bezahlen, die Linke hat nur die Pflicht, ihre Klientel nicht verhungern zu lassen. (...) Aber die Linke ist mehr als die Linkspartei und vielleicht wird sie sich eines Tages ohne sie behelfen müssen.

Dr. Seltsam

LESERBRIEFE

Zu Heft 1–2/2008

Recht vielen Dank für die regelmäßige Übersendung des „Rundbriefs“. Ich finde alle nach wie vor von der Anlage und Aktualität her recht interessant. Einige habe ich auch schon an Interessierte im Berliner Freidenkerverband weiter gegeben. Das trifft vor allen Dingen auf die Hefte zu, wo es um die Problematik zum „Antisemitismus in der DDR“ ging. (...) Nun aber zu meinem eigentlichen Anliegen. In manchen Beiträgen (vor allem bei Horst Helas), ist mir aufgefallen, dass immer die Terminologie „Nationalsozialismus“ statt „Faschismus“ oder „Nazismus“ gebraucht wird. Das halte ich für vollkommen falsch, verfälscht und verharmlost es doch die ernste Sache. Was ist dann vielleicht eines Tages mit dem Begriff „Neofaschismus“/„Neonazismus“?

Im vorliegenden Heft fiel mir auf, dass im Beitrag von Martin Seckendorf leider manches Mal der offizielle Begriff „Wiedervereinigung“ statt Annexion/„Anschluss“ benutzt wird. Gewünscht hätte ich mir in dem Beitrag etwas ausführlicher die Haltung der Arbeiterbewegung zum Problem „Deutsch-Österreich“, welches ja sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten nach 1918 als deutsches Territorium ansahen. In diesem Zusammenhang fällt mir ein, dass Jan Koplenig in seinen Erinnerungen darauf hinwies, dass es damals schwierig war, etwas von einer eigenen österreichischen Nation oder einem eigenen österreichischen Staat zu schreiben. Direkt als falsch sehe ich es an, wenn Martin Seckendorf schreibt, dass

die Tschechoslowakei „allein von der Geographie her gegen einen deutschen Angriff militärisch nicht mehr zu verteidigen“ (S. 14) gewesen wäre. Meines Erachtens wird vom Autor damit – gewollt oder nicht gewollt – die Politik der Westmächte mit dem Münchner Abkommen rehabilitiert und die Bereitschaft der UdSSR zur Verteidigung der CSR in Misskredit gebracht. (...)

Für eure Arbeit wünsche ich euch alles Gute, freue mich, dass ihr als offizielle Arbeitsgemeinschaft bei der Partei DIE LINKE anerkannt seid. (...)

Gernot Bandur, Berlin

(Redaktioneller Hinweis: Dieser Leserbrief wurde für den Abdruck gekürzt)

Zu Heft 1–2/2008

Horst Schneider: Wolfgang Leonhardts Schwanengesang?

Man kann über ein Menschenleben, über seine Wandlungen, Brüche und völlige Neuorientierung, moralisierend höchst verschiedener Meinung sein. Im „Fall“ Leonhardt liegt die Bedeutung in wissenschaftlicher Hinsicht darin, dass die Darstellung seiner Entwicklung bis März 1949 (also bis zu seiner Flucht aus der Sowjetischen Besatzungszone) eine für Politik- und Geschichtswissenschaft höchst wichtige Quelle in der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus bildet. Gewiss, man weiß es aus dem Historischen Proseminar, jede Quelle muss kritisch gesehen werden, zumal wenn es sich um Autobiographisches handelt. Seit der „Wende“ ist je-

doch das Leben einer nunmehr kaum noch zu überschauenden Zahl von Opfern des Stalinismus aus dem Vergessen gehoben worden. Weit auseinander gehen und gehen indes die Schlussfolgerungen, die die Betroffenen aus den erlittenen Erfahrungen gezogen haben.

Das vorliegende Quellenmaterial bestätigt aber auf seine Weise mehrere von Leonhardts Grundaussagen und entheben diese so ihrer, wie einige lange Zeit meinten, vermeintlichen Einzigartigkeit, der Wichtigtuerei oder gar der Fälschung.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die DDR-Geschichte ist natürlich nicht allein über den Stalinismus erfassbar.

Zur aktuell politischen Seite: Die PDS, eine Vorgängerin der Partei DIE LINKE, hat sich im Dezember 1989 unwiderfürlich dazu bekannt, mit dem Stalinismus als System zu brechen. Ohne diesen (Minimal-)Consensus, wir wollen es bitte keine Sekunde vergessen, wird es eine gesamtdeutsche linke Partei, diese große Hoffnung, nicht geben.

Nicht zuletzt der „Rundbrief“, der von einer Arbeitsgemeinschaft beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE herausgegeben wird, hat dazu auch fürderhin seinen Beitrag zu leisten, so wie er es auch in der Vergangenheit versucht hat.

Professor Dr. Rolf Richter, Berlin

Zu Heft 1–2/2008 und zum Titelblatt

Reiner Zilkenat: „Volkstumspolitik“, faschistische Geheimdienste und die Politik der Sudetendeutschen Partei

Für die regelmäßige Zusendung des Rundbriefs der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus danke ich. Ich verwende diese Informationen sehr gern. Ihr Beitrag in Heft 1–2/2008 fand mein besonderes Interesse; einiges war mir neu. Bei aller Zustimmung tauchte jedoch eine wesentliche Frage auf: aus welcher Quelle stammt die Aussage auf S. 18, 3. Spalte: seit 1919 begann sich der Begriff „Sudetendeutsche“ einzubürgern?

Wie Sie wissen, wuchs ich in Westböhmen auf. Mein Vater als Multi-Funktionär reiste oft durch Böhmen. Ich selbst war – wie bei der Arbeiterjugend damals üblich – per Fahrrad ebenfalls in Böhmen unterwegs. Wo man auch nachfragte, als die „Sudetendeutsche Heimatfront“ gegründet worden war und dann die SdP: der Begriff war vorher nicht gebräuchlich! Auch in der mir zugänglichen Literatur ergab sich dasselbe. Vereinzelt – vereinzelt! – tauchte dieser Begriff zwar auf, aber eben nicht als ein allgemein gebräuchlicher.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft einschließlich die Seliger-Gemeinde versuchen rückwirkend diesen Begriff populär zu machen; aus durchsichtigen Gründen. In manchen Publikationen versucht die Seliger-Gemeinde ebenfalls, rückwirkend etwas anzuwenden, was es damals nicht gab. Meinen Gesprächspartnern in der Seliger-Gemeinde sagte ich mehrfach: wer die Terminologie des Gegners übernimmt, ist bald auch von den Inhalten solcher Begriffe infiziert! Man redet wie gegen Windmühlenflügel!

Eine Anmerkung zum Titelblatt: es scheint mir misslungen zu sein. Der Biss der Missgeburt von Dackel und

Schlange erfolgt dort, wo nur eine geringe Angriffskapazität konzentriert war; der Hauptstoß sollte in der weichen Flanke im Süden erfolgen und vom Westen her durchs Egertal. Als die CSR eingekreist war, gab es „Austria“ nicht mehr! Der im Bilde zu sehende bayerische Seppel charakterisiert den „Schwejk“ nicht! Das Hauptinstrument beim „Fall Grün“, die SdP, ist auf der Graphik nicht zu sehen. Ich weiß: man kann es nicht allen recht machen bei derartigen Graphiken.

Beste Wünsche für Sie und Ihre Tätigkeit!

Lorenz Knorr, Frankfurt am Main

Einige Anmerkungen zu diesem Leserbrief:

Die Bezeichnung „Sudetendeutsche“ oder „sudetendeutsch“ war spätestens seit der Gründung des so genannten Sudetendeutschen Heimatbundes im Jahre 1923 geläufig. Sie begann sich aber tatsächlich – so wie ich vorsichtig zu formulieren glaubte – erst einzubürgern; sie war keineswegs zu dieser Zeit überall geläufig. Dies änderte sich schlagartig 1933 mit der Gründung der SdP. Einer der besten Kenner der Materie, Werner Röhr, schrieb unlängst hierzu: „Die Termini ‚sudetendeutsch‘, ‚Sudetendeutscher‘, ‚Sudetendeutschtum‘ sind keine historisch überkommenen Bezeichnungen für die Gesamtheit der Deutschen in den Böhmisches Kronländern, also Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien, die bis 1918 zum Habsburger Reich gehörten. Viele dort lebende Deutsche lehnten es ausdrücklich ab, sich als Sudetendeutsche zu bezeichnen. Diese

Termini sind vielmehr künstliche Schöpfungen, die ab 1903 von der völkischen, alldeutschen Bewegung in Österreich populär gemacht wurden, um eine kollektive Identität der hier lebenden Deutschen zu suggerieren und zu erzeugen. Karriere machte das Wort ‚sudetendeutsch‘ erst mitsamt der völkischen Bewegung. Der Verleger Johannes Stauda verschaffte ihm nach dem ersten Weltkrieg einen Stellenwert als politisches Gebrauchswort, um den ‚deutschen Volkstumskampf‘ in Böhmen zu führen. Der Terminus ‚Sudetendeutschtum‘ sollte die Deutschen in Böhmen und Mähren begrifflich vereinheitlichen als Voraussetzung ihrer politischen und geistigen Formierung. Im Bewusstsein der politischen Zweckkonstruktion dieses künstlichen, inzwischen in die Alltagssprache eingeflossenen Terminus wird er nachfolgend zur Bezeichnung der tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität gebraucht, die zuvor und gleichzeitig ‚Deutschböher‘ etc. genannt wurden.“ (Werner Röhr, September 1938. Die Sudetendeutsche Partei und ihr Freikorps, Berlin 2008, S. 1f. Anm. 1)

Das Titelbild stellt eine Karikatur dar, die – wie es nun einmal bei Karikaturen üblich war und ist – mitunter sehr komplexe Sachverhalte optisch so „auf den Punkt“ bringen muss, dass der Betrachter möglichst auf Anhieb versteht, worin die Botschaft des Künstlers besteht. Das ist mit dieser Karikatur aus den USA, die ich in dem von Gerhart Hass 1988 in der DDR veröffentlichten Band „Münchner Diktat 1938“ fand, meines Erachtens hervorragend gelungen.

R. Z.

Tschechische Namen und Begriffe

Wie ich in den vergangenen Heften sehe, stellen Sie die diakritischen Zeichen der tschechischen Buchstaben nicht dar. Lässt sich da etwas ändern? So etwas sollte doch im Computer-Zeitalter zum Standardrepertoire von Zeitschriften gehören. Auch die „Vertriebe-

nen“-Blätter (die ich kenne) geben da sehr darauf acht. Hinter sie sollte man schließlich nicht zurückfallen.

Für mich wird der „Rundbrief“ immer wichtiger. Wahrscheinlich liegt das auch daran, dass er an Gehalt immer mehr zunimmt. Ich habe ihn inzwischen an vier

oder fünf historisch Interessierte weiter gegeben, die zwar politisch nicht „auf unserer Linie“ liegen, den „Rundbrief“ aber dennoch beziehen möchten.

René Senenko,
Willi-Bredel-Gesellschaft Hamburg

Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers

Kurt Pätzold, *Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers*, edition ost, Berlin 2008.

Einer vom Jahrgang 1930. Einer aus Schlesien. Aufgewachsen in einer antifaschistisch orientierten Arbeiterfamilie. Der Vater ist Mitglied der SAP.

Als 1945 eine Zeitenwende beginnt, hat der aufgeweckte und vielseitig interessierte Junge, der schon über eine gute Schulbildung verfügt, so manches erlebt: die Niederwerfung Polens, den Dienst im Deutschen Jungvolk, die Flucht mit der Mutter durch halb Deutschland vor der Verheizung als Melder des Ortsgruppenführers in der späteren „Festung Breslau“. Er entgeht so der „Kampfgruppe Hitlerjugend“.

Wissen die Nachgeborenen in ausreichendem Maße, was dieser Generation, diesen blutjungen Menschen, jünger als der des Werner Holt, angetan worden ist?

Die Rede hier ist von dem Geschichtswissenschaftler Professor Dr. Kurt Pätzold, einst Ordinarius für deutsche Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

In der DDR gehörte er zur ersten Reihe in der historischen Wissenschaft. Auch heute noch zählt der Achtundsiebzigjährige zu den besten Faschismusforschern in Deutschland. Die neue Republik könnte sich mit ihm und anderen seiner Qualität auf wunderbare Weise schmücken. Darauf wird noch zurück zu kommen sein.

Zu seinem 70. Geburtstag erschien für ihn eine Festschrift.¹

Nunmehr die „Erinnerungen“ – das klingt nach Kügelgen, nach Schubert und nach viel Abendlicht. Von alldem schwingt etwas in dem Buch mit. Vor allem aber begegnet uns eine konzeptionell klug angelegte Darstellung, die fast acht Jahrzehnte eines hoch politischen Lebens umgreift. Hier schreibt einer, der stets mittendrin war, ein Engagierter, dessen Aktivität desto verständlicher wird je mehr man bereit ist, sein Leben kennenzulernen. Gleichermaßen aufwühlend beschreibt er die erlebten Ereignisse um 1945 und jene – von historisch anderer Qualität – von 1989/1990.

Kurt Pätzold ist nicht der erste Historiker der DDR, der manches aus seinem Le-

ben zu Papier gebracht hat.² Jeder, der sich diesem Anliegen stellt, steht, und die vorliegenden Autobiographien und andere Selbstzeugnisse belegen dies, vor einer schwierigen, aber nicht zu umgehenden Aufgabe: Er muss befinden, wie er das Verhältnis von Identifikation und Distanz gestaltet, von schonungsloser Kritik einerseits und von Selbstachtung vor dem eigenen Leben in diesem Land und von Beachtung von Tatsachen und Zusammenhängen, die zur Legitimierung und zur höchst differenzierten Beurteilung dieser Republik dienen. Der Historiker weiß zudem, dass es sich um den ersten historischen Anlauf in Mitteleuropa handelte, etwas völlig Neues zu schaffen. Fehleranalyse gehört zur Identifikation.

Kurt Pätzold ist es vortrefflich gelungen die Waage zu finden und diese zu halten.

Der Leser erfährt von den Ängsten, den Schwielen und den Irrtümern wie von Glück über Erbrachtes und Erfahrenes in einem neuen Land, DDR geheißen. Kurt Pätzold schont sich und die Politik in seinem Land nicht. Er schreibt beispielsweise: „Ich war an dessen pejorativen Etikettierungen – Revisionismus, Opportunismus, Sozialdemokratismus – beteiligt.“ (S. 121) Er verdeutlicht, dass er in mancher Auseinandersetzung gewiss nicht durch übermäßige Toleranz aufgefallen ist. Er bekennt sich zu seiner individuellen Verantwortung für Getanes und Unterlassenes, aber entschuldigt sich nicht dafür, dass es dieses Land gegeben hat und dafür, dass er sich mit all seiner Kraft eingesetzt hat, um es zu stärken und zu verbessern. Mit vorzeigbarem Erfolg und mit beklagenswerten Irrungen. Solche Darstellungen sind selten geworden. Anbiederung an die 1990 entstandene Macht ist leichter.

Es ist kein verstaubt „orthodoxer“ Text entstanden. Kurt Pätzold folgt konsequent einem einfachen Prinzip: Er schildert nur das, was er selbst erlebt hat. Aber das stellt er prüfend in das politische Leben der Zeit hinein, er fragt, wie sein Verhalten und seine Lebenssituationen zu erklären sind, wie er vorwärts geführt wird und gar in die Bahnen eines Wissenschaftlers gerät.

Hier schreibt ein erfahrener Historiker, der den Wert des Details ebenso

kennt wie den Blick auf die internationale Großwetterlage, der die Widersprüche nicht verwischt, sondern als etwas Wichtiges begriffen hat. Er kennt feinsinnige Ironie ebenso wie die erhellen- de Anekdote.

Es rührt an, mit welcher Genauigkeit er etwa das Schlesien seiner Kindheit beschreibt.

Er schildert Menschen mit Respekt und sucht bei jenen, mit denen er im Dissens stand, Verletzungen zu vermeiden, das Problem indes benennend, ohne immer den Namen auszusprechen.

Er beachtet exakt die Zelebritäten, denen er begegnet ist und ist sichtlich bemüht, keine zu vergessen.

Oft gelingen ihm in kurzen Strichen präzise Charakterisierungen. Mit besonderer Zustimmung las der Rezensent, wie unser unvergessener Professor Werner Paff, Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus/Rechtesextremismus und Autor des „Rundbriefes“, mit wenigen warmherzigen Worten vorgestellt wird.

Zwei biographische Details überraschten und erfreuten den Rezensenten dermaßen, dass er sich ein Glas Rotwein eingoss:

Da ist zuvörderst das Thema von Kurt Pätzolds historischer Diplomarbeit, die er 1953 in Jena einreichte und die einem historiographiegeschichtlichen Thema gewidmet war, nämlich dem wackeren Heinrich Luden. Und diese schrieb er – „etwas Besonderes“ (S. 97) – gar bei Professor Karl Griewank! Wer mit der Historiographiegeschichte wissenschaftlich startet, steht grundsätzlich unter einem guten Stern. Wer bei Griewank eingereicht hat, war geradezu prädestiniert für historisches Forschen. So reihen sich die „Erinnerungen“ auf aparte Weise auch in eine „Renaissance Griewanks nach 1990“³ ein.

Zum Geistigen kam das Körperliche: Der Siebenundzwanzigjährige wurde zum militärischen Kurzdienst in der NVA nach Prora einberufen. Wohl jeder Soldat in der DDR kannte den Satz: „Wo wir Sand statt Kohle verbrannten – das war der Ort, den wir Prora nannten.“ Nach Prora kamen nur die Allerbesten.

Kurt Pätzold hat sich als Forscher zur Geschichte des Antisemitismus unter den Bedingungen des deutschen Fa-

schismus profiliert Seine Publikationsliste ist lang. Nur das Wichtigste kann hier genannt werden.⁴

Er schreibt über die jüdischen Opfer: Die „mir bekannt, ja vertraut gewordenen Menschen, die Opfer waren, (waren) bei meiner Arbeit immer gegenwärtig und mitunter sitzen sie, vertiefe ich mich in ein Dokument, das auch von ihnen handelt, gleichsam noch heute neben mir. Zählte ich die Eisenbahnzüge, die nach Auschwitz fuhren, wusste ich, dass die Kirsteins, Daniel, Stefan und Kurt in einem dieser Waggons verschleppt worden waren.“ (S. 193)

Den „Rundbrief“ – Leser werden möglicherweise einige übergreifende Probleme mehr interessieren als ins Detail gehende Forschungsfragen.

Erstens: befohlene Forschung in der DDR. Es gab keine zentralen Vorgaben für die Faschismusforschung in der DDR. Was geleistet wurde und was unterblieb, ist den handelnden Historikern zuzuschreiben. Nicht alle Handlungsräume wurden ausgeschritten.

Gewiss, und Kurt Pätzold schildert dies, gab es eine vorauseilende Schere dergestalt, dass „man“ wusste, dass vor einer Thälmann-Biographie keine Hitler-Biographie erscheinen sollte. Oder dass gefragt wurde, warum in einigen Büchern (über den Faschismus!) unter „H“ solche Namen wie Hitler, Himmler, Heydrich, aber nicht (oder zuwenig) die Antifaschisten Honecker und Hager auftauchen. Wäre das Thema nicht so ernst, könnte man dies dem Kabarettistischen zuordnen. Und es gab die Beschlüsse des Sekretariats des ZK der SED etwa zum 30. Januar oder zum 8. Mai, in denen die unterschiedlichsten Aktivitäten zusammengefasst wurden. In aller Regel arbeiteten daran Historiker mit und speisten das ihre ein.

Rigide Vorgaben und Zwänge zur wissenschaftlichen Forschung sehen anders aus.

Zweitens: die „Dimitroff-Formel“. Kurt Pätzold geht hier sehr umsichtig vor. Zunächst verweist er darauf, dass die bekannte Definition nicht von Dimitroff stammt, sondern von einem unbekannt gebliebenen Autor. Selbstverständlich vermag eine Definition niemals alle wesentlichen Merkmale zu erfassen. Man darf hinzufügen, dass die Gedanken Dimitroffs weiterreichend waren, als dass sie sich in diesem einen Satz erschöpft hätten.⁵ Die Delegierten des VII. Weltkongresses der Komintern fanden 1935 auf ihren Plätzen auch Hans Günthers Buch „Der Herren eigner Geist“⁶ vor. Das

deutete schon auf das Bemühen um umfassendere Sicht der Kommunisten hin. Kurt Pätzold wägt die Vorzüge der Definition ab: Sie vollzog die Distanzierung von Deutungen, den Faschismus als Diktatur eines Einzelnen oder einer auf eigene Rechnung agierenden Clique. Dass die Geburtshilfe des Naziregimes durch eine Elite der aggressivsten Politiker, Militärs, Wirtschaftsführer und Ideologen geleistet worden war, hatten letztendlich auch die Richter der Alliierten 1945ff. in Nürnberg in mehreren Prozessen befunden. Die Definition verfolgt nicht primär akademische Ambitionen, sondern sie sollte antifaschistische Kämpfer orientieren und verfehlte Frontstellungen vermeiden helfen.

„Was an der Faschismus-Definition des Jahres 1933 zu bemängeln ist, trifft nicht deren unbekannt gebliebenen Autoren, sondern die Faschismusforscher in der DDR.“ (S. 173)

Dabei denkt Kurt Pätzold in folgende Richtung; Terror und Nichtterror und die offenen Diktatur im Naziregime, die unerlässliche Hinzufügung des Platzes, den in der deutschen Variante von Faschismus der rassistische Antisemitismus besetzte. Weiterhin zählt dazu das Verhalten der Massen während der zu unterscheidenden Etappen der Diktatur.

Drittens: das Viereck von Kapitalismus, Faschismus, Hitler und Antifaschismus. Es lässt viele Interpretationen, Verschiebungen und Korrekturen zu. Auch für die Faschismusforschung in der DDR galt: Erkenntnis ist Gespräch.⁷ Kurt Pätzold bringt Beispiele für solche vorwärtsdrängenden Zusammenkünfte, Runden, Einzelgespräche.

Das ist dann nicht unwichtig, wenn es, was in der wissenschaftlichen Diskussionsprozess nichts Besonderes darstellen sollte, geboten ist, Verkrustetes aufzubrechen, Verstaubtes auszubürsten und Verfinkeltes gerade zu rücken.

Da ging es nicht nur korrekt und kollegial zu. Es gab ideologische Überfrachtungen und wenig hilfreiches Besitzstandsdenken.

Kurt Pätzold zeigt leider nur sehr kurz, wie ein begabter Historiker in Bedrängnis kam und letztendlich aufgab, der u. a. Hitler einen größeren Platz zumessen wollte als bis dahin üblich. Auch hier wäre ein Gang ins Archiv, das diesen Vorgang in einer Akte spiegelt, für Kurt Pätzold angebracht gewesen. Seine Darstellung hätte an Prägnanz gewonnen.

Das Hinausdrängen aus dem Berufsfeld gelang indes nicht mehr, als auf ei-

nem der nunmehr schon fast legendären Jenaer Faschismus-Collquien, die der dortige Ordinarius Manfred Weißbecker initiiert hatte und umsichtig organisierte, der Faschismusforscher und antifaschistische Widerstandskämpfer Kurt Gossweiler über „Antifaschismus heute“⁸ sprach. Es handelt sich um einen Forscher, dessen faktengesättigte Bücher über Kapital und deutscher Faschismus einst in Westberliner APO-Zeiten dort in Raubdrucken erschienen waren.⁹ Leider kennt Kurt Pätzold diese Diskussion nicht oder hat sie nicht persönlich miterlebt und mit gestaltet. Aus Bibliothek und Archiv sowie durch Befragungen hätte er sie, halten zu Gnaden!, mühsam nachvollziehen können. Gewiss, es sind „Erinnerungen“, über die wir hier reden ...

Schlussendlich: Es kann keine Rede davon sein, dass die Faschismusforscher in der DDR wie ein Buddha auf der sog. Dimitroff-Definition saßen.

Viertens: Faschismus und Nationalsozialismus. Der Begriff Faschismus hat „einen wissenschaftlichen Abstraktionsprozeß“ hinter sich; er fasste die italienische wie verwandte Bewegungen in anderen Ländern. Deren gemeinsame ideologisch-politische Charakteristika bilden Antiliberalismus, Antidemokratismus und Antisozialismus und ein kriegerischer Expansionismus. Jedoch: Keine dieser Bewegungen erschöpfte sich in diesen Charakteristika; vielmehr wies jeder ihre Eigenheiten auf. (S. 170f.)

Fünftens: Zum Platz der Judenvernichtung im deutschen Faschismus. Das Kapitel „Judenmord – warum?“ (S. 190ff.) gehört unter forschersichen Gesichtspunkten zu den interessantesten Teilen des Buches. Der Verfasser verdeutlicht, wie er mit dieser Frage umgegangen ist, wie er sich an sie herangearbeitet hat. Das ist nicht nur für Geschichtsstudenten aufschlussreich. Er verdeutlicht, welche vorwärtstreibende Rolle die nicht-marxistische Forschung für ihn spielte. Kurt Pätzold hält zunächst fest, dass die Hauptstoßrichtung des deutschen Faschismus den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften gegolten hatte. (S. 190) Vorliegende Interpretationen der nazistischen Judenpolitik verstanden sie ausschließlich oder überwiegend als durch den Rassenwahn der deutschen Faschisten verursacht. Mitunter diente der Massenmord an den europäischen Juden zum Beweis für die Untauglichkeit historisch-materialistischer Geschichtsauffassung schlechthin.

Dem spürt Kurt Pätzold nach. Bei der Rekonstruktion der anfänglichen Schritte der Judenverfolgung fand er das nicht bestätigt. Sehr wohl hatten Überlegungen, welche die aktuelle Befriedigung des nazistischen Massenanhangs betrafen, ebenso hineingespült, wie die Absicht längerfristig Vorteile zu erzielen (etwa Arbeits- und Aufstiegschancen für „Arier“ und deren Bindung ans Regime durch Vertreibung der Juden aus wichtigen Bereichen der Gesellschaft). In manchen Arbeiten wurden Auffassungen vertreten, wie jene, dass von einem gewissen historischen Punkt an, eben dem Beginn des Mordens, einzig der ideologisch verursachte Vernichtungsplan die Handlungen der Nazis geleitet habe. Nicht zuletzt als Produkt ideen- und personalgeschichtlicher historiographischer Tradition wird der Antisemitismus als das Zentrum der Naziideologie und der Judenmord als Drehachse und Ziel der Nazipolitik angesehen. (S. 199) Dem setzt Kurt Pätzold entgegen: Der Generalkurs bestand darin, Deutschland mittels Krieg die beherrschende Stellung in Europa und der Welt zu verschaffen. Dieser Generalkurs, von Hitler wesentlich geprägt, besaß „Stütze und Antrieb“ (S. 200) in jener Idee vom Ariertum, von der germanischen Herrenrasse. Im Augenblick höchster Siegeserwartung traten die Mörderschwadronen in Aktion und es erfolgte der Schritt von der Vertreibung, Gettoisierung und Verdrängung zur Ausrottung der Juden. „Der Weg grenzenloser Eroberung und die Vernichtung der Juden bildeten mithin keine zufälligen Parallel – oder gar Konkurrenzunternehmungen. Sie waren zu einem Generalplan verwoben, in dem, und das wurde unter Historikern zu einem besonderen Streitpunkt, die Judenpolitik jedoch der Eroberungspolitik nachgeordnet blieb.“ (S. 201) Hierzu wird es auch fürderhin lebhaftere Diskussionen unter den Forschern geben.

Sechstens: die Rolle der Volksmassen. Im Umgang mit diesem Problem habe sich in der DDR eine „sanfte Linie“ (S. 209) herausgebildet. „Die Mitwirkung der Massen bei der Verwirklichung der Nazipolitik wurde konstatiert, jedoch nicht auf die Stadt, das Dorf, den Verein, die Belegschaft eines Betriebes, die Bewohner eines Wohnblocks bezogen. Die Mehrheit der einstigen Millionenegelschaft war zufrieden, dass sie vor allem als verführt und betrogen galt. Das war eine verengte Sicht ...“ (S. 209) Das Schuldproblem ist indes viel komplizierter. Eine Sicht, die der Vielfalt der Bindungen, darunter selbst gewählte, an

den Führer und das Regime, nicht gerecht wurde, „erleichterte die Rückkehr zu der illusionären Vorstellung, wonach die Arbeiterklasse aufgrund ihrer sozialen Stellung eo ipso fortschrittlich sei ...“ (S. 209)

So etwas las man aus marxistischer Feder gar selten. Desto mehr verwundert es, dass Kurt Pätzold die Formel vom „verordneten Antifaschismus“ nicht differenziert behandelt, sondern schlankweg als Lüge bezeichnet. (S. 277) Natürlich mussten nach 1945 – siehe Potsdamer Abkommen – antifaschistisches Handeln zunächst recht eindeutig verordnet werden.

Es offenbart sich so neben dem anschaulich und kurzweilig dargestellten Lebensweg auch forschungsmäßig eine konzentriert geschriebene beachtliche Bündelung von Erkenntnisschritten und Erkenntnissen.

Freilich, es hätte den „Erinnerungen“ gut getan, wenn Kurt Pätzold auch ein Beispiel erbracht hätte, als ihm einmal als Geschichtswissenschaftler etwas nicht so gut gelang, wo er in die Irre lief, falschen Ratschlägen folgte, etwas falsch einschätzte. Die Leiter von Historischen Proseminaren wie von Doktorandenrunden würden es gewiss zu Nutz und Frommen der Lernbegierigen verwenden. Mitunter lernt man aus einem Fehler in der Forschung und Darstellung mehr als aus Gelungenem.

Das Buch wird durchzogen zum Thema „Antifaschismus in der DDR“. Allein aus diesem Grund ist es lesenswert. Es löst Nachdenken aus. Der Autor äußert sich unter anderem zum Begriff „antifaschistischer Schutzwall“, zum Globke – Prozess in der DDR, zum Umgang mit dem Nichtangriffsvertrag von 1939, zum Antisemitismus in der DDR, zur Nachhaltigkeit des Antifaschismus, zum Thälmannbild. Dabei bemüht er sich um ein recht differenziertes Bild. Kritisch merkt er, dass im Osten Deutschlands die antifaschistische Tradition „verkürzt wurde und zwar um das Element Demokratie.“ (S. 278)

Ein solches Buch weckt, nachdem es auf dem Buchmarkt angekündigt worden ist, Erwartungen unterschiedlicher Art. Wer jedoch erhofft hatte, dass sich der international renommierte Historiker zum Thema des „schwierigen Erbes“¹⁰ des Zusammenhangs von kommunistischen Antifaschismus und Stalinismus äußern oder gar für jene marxistischen Historiker einstehe würde, die sich aus hoher Verantwortung für eine (wenige Quadratdezimeter große) Gedenkplatte für die Opfer des Stalinismus auf dem Friedhof der Sozialisten

engagieren und deshalb (schon wieder!) unter den Druck besonders des Stalinismus geraten, sieht sich enttäuscht. Aber hier soll nicht mit Schulterchecks gearbeitet werden, sondern wir wollen uns wiederum in Selbsttröstung darauf besinnen, dass wir „Erinnerungen“ vor uns liegen haben. Erwartungen und Hoffnungen indes dürfen, ja, müssen immer sein ...

Zu den politisch wichtigsten Kapiteln gehören jene, die die Beendigung der Arbeit als Hochschullehrer an der Humboldt-Universität betreffen. Auch für den, der jene Zeit nur wenige hundert Meter von der Berliner Universität entfernt in ähnlicher Situation erlebt hat, wird hier Aufhebenswertes in vorbildlicher Chronologie und beklemmender wie aufschlussreicher Genauigkeit dargestellt. Kurt Pätzold wurde noch im Juni 1990 zum Dekan gewählt. Er zählte nicht zu denen, die märchenhafte Vorstellungen vom künftigen Leben im neuen Land mit sich trugen. Es entstand ein vielseitiger Druck, von unterschiedlichen neuen Kommissionen und anderen Gremien ausgeübt, mit dem das westdeutsche Hochschulwesen übergestülpt und die neue politische Macht befestigt wurde. Mittels Denunzierungen und Enthüllungen – auch über jene Fehler, an denen Kurt Pätzold beteiligt war und die zum Hinausschmiss von Studenten aus der Universität geführt hatten – alles lag über 20 Jahre zurück, und Kurt Pätzold schreibt dazu über sich: „In der Rückschau erschienen mir unsere Entscheidungen als Sargnägel der DDR ...“ (S. 248) Die meisten der Gemaßregelten konnten später ihr Studium fortsetzen und ihr Brot verdienen. Sie haben seinerzeit Arbeitsplätze bezogen, nach denen sich im neuen Deutschland bald eine zunehmende Zahl von Hochschulabsolventen strecken sollte. Gibt es eigentlich eine Liste derjenigen, denen Kurt Pätzold – wie auch immer – geholfen hat?

Ohne Überprüfung der erbrachten Arbeitsleistung und unter Missachtung der Tatsache, dass Kurt Pätzolds Hörsaal nicht, wie erhofft, leer blieb, wurden die Arbeitsverträge als erloschen erklärt. Ich verlange, so sagte Kurt Pätzold, „nicht mehr, als das, was in der Bundesrepublik jedem KZ-Kommandanten zugebilligt worden wäre: die Einzelfallprüfung.“ (S. 255) Dieser Satz gehört zu den härtesten, den bittersten dieses Kapitels.

Am 31. August 1992 erhielt Kurt Pätzold das Kündigungsschreiben. Und dies ist der absolute Höhepunkt: In dem Schreiben wurde seine fachliche Qualifikation

bezweifelt und darauf verwiesen, dass er die Georgi Dimitroff zugeschriebene Formel (s.o.) vertreten habe. Das ist allen Ernstes arbeitsrechtlich fixiert worden. Wüsste man es nicht wirklich besser, so könnte man meinen, dass es sich bei Dimitroff um einen handelte, der mit auf den Nürnberger Anklagebänken gesessen hätte. „Ich würde die Autoren, deren letzte Hand die (Heinrich August – R.R.) Winklers gewesen sein dürfte, gefragt haben, warum und aufgrund welcher neuer Erkenntnisse ich gerade ... meine Charakteristik des Faschismus ... hätte aufgeben müssen.“ (S. 268)

Man kann Kurt Pätzold nur empfehlen, dieses arbeitsrechtliche Dokument zu vervielfältigen, notariell beglaubigen zu lassen und in mehreren halbwegs sicheren Safes in Europa zu deponieren. Es wird eines Tages benötigt werden.

Wer die internationale Literatur über den Faschismus ein wenig kennt, weiß welche Interpretationen so im Laufe der Zeit auftauchen: Luther wurde in Beziehung zu Hitler gesetzt oder die „blutrünstigen“ Märchen der Gebrüder Grimm mit verantwortlich gemacht für die Vernichtungspolitik des Faschismus.

Vor wenigen Wochen widmete eine deutsche Tageszeitung, die sich zu den besten Zeitungen der Welt rechnet, dem Thema einen ganzseitigen Beitrag mit einer neuen Sichtweise. Eine Kostprobe: Der Faschismus ist „ein Körperzustand, eine gefährliche Materie, die mit Macht und Gewalt darauf dringt, den Zustand der Welt den Zuständen des eigenen Körpers anzugleichen, zu unterwerfen.“¹¹ So kommt eine sexistische Sicht ins Spiel. Es ist nicht bekannt geworden, dass gegen diese Darstellung ein Proteststurm oder gar Restriktionen entstanden wären.

Da steht Kurt Pätzolds historisch-materialistischer Ansatz geradezu glanzvoll da.

Kurt Pätzolds Behandlung gewinnt Profil, wenn man sich anschaut, wie mit der nazistisch, völkisch und antisemitisch belasteten Historiker-Altgarde der Bonner Republik umgegangen wird.

Es war der Historiker Hans-Ulrich Wehler, einer der Besten der (west-)deutschen Geschichtswissenschaftler, der erst unlängst die positiven Lernprozesse dieser Menschen nach 1945 reklamierete, auf ihr imponierendes Lebenswerk verwies und Loyalität für sie bekundete wie einforderte.¹²

Kurt Pätzold, den nichts, rein gar nichts mit den Nazis verband, wird Entsprechendes verweigert.

Weiter. Im Jahre 1988 schrieb der damalige Präsident des westdeut-

schen Historikerverbandes, Wolfgang J. Mommsen, in einer Leserschrift folgendes: „Die wesentliche Bedingung der Wissenschaftlichkeit von Geschichtsschreibung besteht nicht darin, dass sich der Historiker von jeglicher Berührung mit politischen Bewertungen fernhält – dies ist weder möglich noch überhaupt wünschenswert, sondern daß er bei der Rekonstruktion vergangenen Geschehens konsequent zwischen der Ebene der Beobachtung und der Ebene der Darstellung differenziert. Nicht nur der Politiker, sondern auch der Historiker spricht ‚für die Gegenwart, zur Gegenwart über die Vergangenheit‘, und er tut dies mit eigenen Kategorien vom Standpunkt der Gegenwart aus.“¹³

Wer befindet, dass dies in den Arbeiten Kurt Pätzolds nicht geleistet wird, melde sich.

Und noch etwas: Nach einer Definition der UNESCO besteht der Sinn von Wissenschaft darin, „mittels objektiver Untersuchung beobachteter Phänomene Kausalzusammenhänge zu erkennen und zu beherrschen“, um daraus „Nutzen zu ziehen“ – zum Wohle der Menschen.“¹⁴ Nicht wertfreie, nicht zweckneutrale Arbeit ist hier gefordert, sondern Nützlichkeit, was im Falle der Geschichtswissenschaft nur heißen kann, aus dieser Geschichte etwas zu lernen.

Es wäre verlogen, wollte jemand dies der Arbeit Kurt Pätzold absprechen.

Die Mehrheit der westdeutschen Intellektuellen hat das Abservieren der ostdeutschen Intelligenz geduldet, eine Minderheit hat sie aktiv gefördert, nicht selten, um eigene neue Besitzstände zu erobern. Nur ganz wenige haben widersprochen. Die Mehrheit hat mit Vorsatz und Berechnung nichts getan. „Elitentausch“ wurde dies euphemistisch genannt. Das klang besser als Vertreibung. Vertrieben werden sollte als Beitrag zur Befestigung der neuen politischen Macht zuvörderst marxistisches Denken.

Wo blieb die Verfassungstreue – das Einstehen für das Grundgesetz Artikel 5 (Freiheit der Wissenschaft und des Wortes)? Das wird kleben bleiben an den „Pluralisten“ und „Unabhängigen“.

Die neue Republik hätte sich schmücken können. Nun wird Deutschland bezahlen müssen.

Die Geschichte kennt kein Pardon.

Wirklich nicht? Um unsertwillen wollen wir uns trösten und um der Liebe und Güte willen mit Brecht meinen, dass die Menschen vielleicht eines Tages doch bereit sind, aus der Geschichte zu lernen. Es muss sich doch nicht alles wie-

derholen ... Bleiben wir im Glauben fest und vertrauen auf die sanfte Gewalt der Vernunft über die Menschen.¹⁵

Ein Lob für den Fotografen Ronny Marzok, der das markante Gesicht Prof. Dr. Kurt Pätzolds in der einzigen Fotografie des Buches vortrefflich ausgeleuchtet hat: Das Licht kommt von links.

Professor Dr. Rolf Richter

¹ Manfred Weißbecker u. Reinhard Kühnl, Hrsg., Rassismus, Faschismus, Antifaschismus, Köln 2000.

² Fritz Klein, Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen, Frankfurt am Main 2000; Joachim Petzold, Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, Potsdam 2000; Werner Bramke, Als Historiker in der Politik, in: Arno Hecht, Hrsg., Enttäuschte Hoffnungen, Berlin 2008, S. 19–37; Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991.

Noch in der DDR entstanden Heinrich Scheel, Vor den Schranken des Reichsgerichts. Mein Weg in den Widerstand, Berlin 1993; ders., Schulfarm Insel Scharfenberg, Berlin 1990.

Mitdenken muss man Hans Mayer, Der Turm von Babel. Erinnerungen an eine Deutsche Demokratische Republik, Frankfurt am Main 1991.

Gleiches gilt für Wolfgang Ruge, Berlin – Moskau – Sossna. Stationen einer Emigration, Bonn 2003.

³ Walter Schmidt, Rez. zu Tobias Kaiser, Karl Griewank (1900–1953) – ein deutscher Historiker im Zeitalter der Extreme, Stuttgart 2007, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2008/1, S. 200. Vgl. auch Walter Schmidt, Sozialismus und Arbeiterbewegung im Demokratieverständnis des Historikers Karl Griewank, in: Stefan Jordan u. Peter Th. Walter, Hrsg., Wissenschaftsgeschichte und Geschichtswissenschaft, Waltrop 2002, S. 96–116.

⁴ Es sei zuvörderst auf die Bibliographie verwiesen, die Margarete Piesche der Festschrift zum 70. Geburtstag Kurt Pätzolds beigefügt hat, Vgl. Rassismus, Faschismus, Antifaschismus, S. 551–570. Hier als willkürliche Auswahl: Kurt Pätzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus, Berlin 1975 (= Diss. B 1973); ders., Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus, Leipzig 1994; ders., „Der Führer ging, die Kopflanger blieben.“ Ein historisches Finale und aktuelle Kontroversen, Köln 2005; ders., Im Rückspiegel: Nürnberg. Der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher 1945/46, Köln 2006; ders. und Manfred Weißbecker, Hrsg., Kleines Lexikon historischer Schlagwörter, Leipzig 2005; ders. u. Erika Schwarz, Hrsg., Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935 – Eine nicht genutzte Chance. Köln 2005; dies., „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof“. Franz Novak, der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994; ders., Stalingrad und kein zurück – Wahn und Wirklichkeit., Leipzig 2002; ders., Ihr waret die besten Soldaten – Ursprung und Geschichte einer Legende, Leipzig 2000; ders. u. Manfred Weißbecker, Rudolf Heß. Der Mann an Hitlers Seite., Leipzig 1999; ders. u. Erika Schwarz: Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, Berlin 1998; ders. u. Manfred Weißbecker, Geschichte der NSDAP – 1920 bis 1945, Köln 1998; ders. u. Manfred Weißbecker, Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, Leipzig 1996; ders. u. Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie., Leipzig 1995; ders. u. Irene Runge, Kristallnacht. Zum Pogrom 1938. Köln 1988; ders., Nicht nur Wildost. Über Ursachen des Rechtsextremismus und Schritte zu seiner Bekämpfung, Jena 2001; ders., 365 Tage oder was wurde aus dem „Aufstand der Anständigen“? Berlin 2001; ders. Rassismus und Antisemitismus in

der Kriegsideologie des faschistischen Deutschen Reiches (1939–1941). In: LA PROPAGANDA LA DEUXIÈME GUERRE MONDIALE, Bucarest 1980, S. 281–308.

⁵ Georgi Dimitroff, Gegen Faschismus und Krieg, Leipzig 1982.

⁶ Hans Günther, Der Herren eigener Geist. Ausgewählte Schriften, Berlin und Weimar 1981.

⁷ Wörtlich schrieb Heisenberg, „dass Wissenschaft im Gespräch entsteht.“ – Werner Heisenberg, Der Teil und das Ganze, München 1969, S. 9.

⁸ Kurt Gossweiler, Ausätze zum Faschismus, Band II, Köln 1988, S. 650–662.

⁹ Das dürfte etwa für Texte aus jenem Buch von Kurt Gossweiler gelten, das unter dem Titel „Großbanken-Industriemonopole – Staat“ in Berlin 1971 erschienen ist.

¹⁰ Klaus Kinner, Kommunistischer Antifaschismus – ein schwieriges Erbe, in: Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, Berlin 2000, S. 45ff.

¹¹ Klaus Theweleit, Der belgische Hitler-Sohn und der

deutsche Überleib, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. April 2008, S. 40.

¹² Hans-Ulrich Wehler, Historiker im Jahre Null. In: FAZ, 11. April 2008, S. 38.

¹³ Veröffentlicht in: FAZ, 10. Dezember 1988, S. 29.

¹⁴ Empfehlung zur Stellung der wissenschaftlichen Forscher, verabschiedet von der 18. Generalkonferenz der UNESCO vom 23. Oktober 1974. Online-Version von 2007, S. 3.

¹⁵ Bertolt Brecht, Leben des Galilei, in: Stücke, Band VIII, Berlin 1961, S. 48.

„Die Kirche macht es einem bitter schwer, sie zu verteidigen.“

Protestantische Kirche und Judenverfolgung im NS-Regime



Jüngst hat der Berliner Historiker Manfred Gailus zwei Sammelbände veröffentlicht, die sich mit der Geschichte der evangelischen Kirche in der Zeit des Faschismus befassen. Genauer gesagt: Während der eine Band die freiwillige Einbeziehung der Kirche als Institution in das Herrschaftssystem der Nazis am Beispiel der Auswertung von Kirchenbüchern für die Ausstellung von „Ariernachweisen“ behandelt, bekommen die Leserinnen und Leser in der anderen Publikation die Biographie einer leider weithin vergessenen, überaus mutigen und weitsichtigen Frau geboten, die als Mitglied der Bekennenden Kirche für ein öffentliches, ganz unmissverständliches Wort ihrer Kirche gegen die Verfolgung der Juden stritt und selbst den Bedrängten half, wo immer sie es konnte.

Kirchenbücher, „Ariernachweise“ und die willfähigen Helfer der Kirche

Zu den düstersten Kapiteln im Verhältnis der evangelischen Kirche zum deutschen Faschismus gehört ihre aktive Rolle bei der Durchsetzung der jüdenfeindlichen Gesetzgebung, insbesondere der „Nürnberger Gesetze“ von 1935. Die den Verfolgungsbürokratien des NS-Staates dabei gewährte „Amtshilfe“ ist das Thema eines vom Berliner Historiker Manfred Gailus herausgegebenen Sammelbandes. In den hier vereinten Beiträgen wird die systematische Auswertung der Kirchenbücher in Berlin, Thüringen, Mecklenburg, Schleswig-Holstein und Hannover analysiert, mit deren Hilfe die Namen so genannter rassefremder Personen identifiziert wurden.

Manfred Gailus, Hrsg., Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im „Dritten Reich“, Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 2008.

Diese Arbeiten stellten einen wesentlichen und hoch willkommenen Beitrag für den antijüdischen Terror der Nazis dar. Schließlich ging es ihnen darum, auch den letzten Einwohner Deutschlands zu ermitteln, der vielleicht einen jüdischen Vorfahren hatte. Die seit Jahrhunderten geführten Kirchenbücher mit ihren Angaben über Taufen, Eheschließungen und Todesfälle stellten dabei eine unverzichtbare Quelle dar. In aller Regel waren die evangelischen Landeskirchen und auch viele Gemeinden willige Zuträger, die gern und manchmal in vorseilendem Gehorsam ihre Dienstleistungen den NS-Behörden zur Verfügung stellten.

Der „Völkische Beobachter“ schrieb erfreut im Dezember 1936 über die Tätigkeit der Kirchenbuchstelle Alt-Berlin, in

der Dutzende Mitarbeiter tätig waren: „In einer besonderen Abteilung sind alle Judentaufen von 1800 bis 1936, die in Berlin stattfanden, zusammengetragen. Hier werden täglich drei, vier Fälle einer nicht-arischen Abstammung aufgedeckt.“ (S. 88) Die Folgen dieser „Aufdeckung“ bestanden in der Anlage einer „Judenkartei“ und in der Denunziation der betreffenden Personen bzw. ihrer Nachfahren. Der Leiter der „Kirchenbuchstelle Alt-Berlin“, Pfarrer Dr. Karl Themel¹, teilte seinem Konsistorium in einem Schreiben vom 5. Oktober 1938 mit, er habe bereits dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, dem Polizeipräsidenten in Berlin und diversen Gauleitungen der NSDAP mit Informationen geholfen. Dass diese Informationen zu nichts anderem dienten, als Juden und – wie die Nazis es nannten – „Judenstämmlinge“ zu diskriminieren und zu verfolgen, dürfte weder dem seit 1932 der SA und der NSDAP angehörenden Themel noch den anderen Pfarrern und Kirchenmitarbeitern verborgen geblieben sein, die willig ihre Arbeitskraft der Auswertung ihrer Kirchenbücher widmeten.

Von welchen Motiven ließen sie sich leiten? Waren es Opportunismus und Wichtigtuerei – oder lagen die Dinge doch etwas anders? Manfred Gailus sieht die Übereinstimmung in der „Rassenfrage“ zwischen evangelischer Kirche und dem Nazi-Regime als Ursache dieser „kirchlichen Amtshilfe“. „Sie taten dies als freiwillige Vorleistung für den NS-Staat, weil sie über die ‚Rassenfrage‘ auch so oder ähnlich dachten wie er. Sie taten dies auch in dem Glauben, dadurch ihre Legitimation als wichtige staatstragende Institution im ‚Dritten Reich‘ unter Beweis zu stellen.“ (S. 12)

Die vor allem aus den Akten diverser Kirchenarchive rekonstruierten Belege für die Richtigkeit dieser Annahme

sind überzeugend. Die zitierten Passagen aus Kirchenzeitungen, Briefen und Berichten an die Konsistorien hätten tatsächlich so und nicht anders auch im „Angriff“ oder dem „Stürmer“ veröffentlicht werden können. Als Beispiel sei aus einem Bericht des Pastors Edmund Albrecht zitiert, den dieser als „Leiter der Mecklenburgischen Sippenkanzlei“ im Mai 1934 an seine kirchlichen Vorgesetzten sandte: Der tiefere Sinn der systematischen Auswertung der Kirchenbücher sei, „ein möglichst umfangreiches Material über den deutschblütigen, d. h. artgemäßen Aufbau und Bestand der deutschen Bevölkerung zu gewinnen und diesen deutschblütigen Aufbau für die Zukunft nach Möglichkeit sicherzustellen.“ (S. 57) Und im August 1936 publizierte derselbe Autor in der Zeitschrift „Sippenforscher“ einen Beitrag, in dem er hervorhob: „Die vergilbten Blätter (der Kirchenbücher – R.Z.) beständigen der deutschen Nation aufs eindrucklichste die unbedingte Notwendigkeit der Nürnberger Gesetze. Wie außerordentlich dankbar wir unserm Führer für diese Tat sein müssen, vermag wohl nicht zuletzt der Sippenforscher zu entscheiden.“ (S. 69f.)

Natürlich spielte bei alledem eine Rolle, dass die evangelische Kirche traditionell nationalistisch und reaktionär ausgerichtet war und seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine wesentliche Rolle bei der Entstehung und Verbreitung des modernen, „rassisch“ argumentierenden Antisemitismus gespielt hatte. Die NSDAP hatte zudem bereits vor dem 30. Januar 1933 in manchen Landeskirchen und Gemeinden einflussreiche Positionen gewinnen können. Insofern geschah die „Amtshilfe“ für die Behörden des NS-Staates nicht voraussetzungslos, sondern erscheint als logische Konsequenz der kirchenpolitischen Entwicklungen. Besonders niederschmetternd ist allerdings die Erkenntnis, dass auch Pfarrer und Kirchenmitarbeiter, die der Bekennenden Kirche angehörten, sich in der Regel nicht verweigerten, wenn von der Gestapo oder anderen Behörden Auskünfte über die Abstammung von Gläubigen gefordert wurden: „Auch Bekenntnispfarrer schrieben und stempelten die kirchlichen Bescheinigungen, und sie zögerten nicht, diese oder jene jüdische Großmutter auf den Papieren sachlich korrekt zu vermerken oder einen jüdisch klingenden Vornamen unverändert so zu dokumentieren, wie er um 1850 oder früher gelautet haben mochte.“ (S. 17f.) Allerdings führten Angehörige der Bekennenden Kirchen keine eigenständigen Recherchen und

„Forschungen“ hinsichtlich der „Rassenzugehörigkeit“ der in den Kirchenbüchern genannten Personen an.

Von großem Interesse ist auch die biographische Skizze über den Leiter der „Reichsstelle für Sippenforschung“, den SS-Führer Dr. Kurt Mayer, „Sippen-Mayer“ genannt (S. 195ff.), der eine nicht unwesentliche Rolle bei der Ausstellung von „Ariernachweisen“ spielte – insbesondere dann, wenn es sich um prominente Figuren des NS-Regimes wie z. B. Reinhard Heydrich handelte (vgl. S. 206).

Ein besonderer Vorzug der in diesem Band veröffentlichten Studien besteht darin, dass sie die Lebensläufe mancher Protagonisten „kirchlicher Amtshilfe“ nicht mit dem Jahre 1945 enden lassen. So erfahren wir, dass der Leiter der „Kirchenbuchstelle Alt-Berlin“, Pfarrer Themel, 1949 rehabilitiert wurde, da er sein Archivpflegeramt trotz parteimäßiger Einstellung „sachlich und objektiv“ ausgeübt habe. Nach seiner Emeritierung 1954 war er nebenamtlicher Sachbearbeiter für das Archiv- und Kirchenbuchwesen der Berliner evangelischen Kirche. Damit hatte er exklusiven Zugang zu allen kirchenhistorisch bedeutsamen Akten aus der NS-Zeit! Zu seinem 75. Geburtstag im Jahre 1965 erhielt er für seine „Verdienste“ als Geschenk zehn Flaschen Sekt und ein Buchpräsent vom evangelischen Konsistorium überreicht.

Das Kartell des Schweigens funktionierte innerhalb der evangelischen Kirche nicht nur in Berlin. Auch dies, so lautet ein wichtiges Resultat der Lektüre dieses Sammelbandes, bleibt noch zu tun: Die Aufarbeitung des Verhaltens der evangelischen Kirche nach 1945 mit ihren nicht wenigen Nazi-Tätern à la Karl Themel und Edmund Albrecht.

Denn dem Herausgeber Manfred Gailus ist zuzustimmen, wenn er schreibt: „Wer mit seiner Vergangenheit nicht im Reinen ist, kann nicht überzeugend kirchliche Zukunftsprojekte verkünden.“ (S. 21)

Insgesamt bereichert dieser Band unsere Kenntnisse über die beschämende Rolle, die große Teile der protestantischen Kirche im NS-Regime gespielt haben. Manches liest sich nicht ohne Beklemmungen und Scham. Bedauerlich ist, dass dem Band keine Bibliographie und neben dem vorhandenen Personenkein Ortsregister angefügt wurde.

Elisabeth Schmitz – eine vergessene Heldin der Bekennenden Kirche

Dass es neben den Themels innerhalb der protestantischen Kirche – wenn

auch leider nur vereinzelt – Persönlichkeiten gab, die ihr Christentum nicht den verbrecherischen Zwecken des Nazi-Regimes unterordneten, sondern auf vielfältige Weise Widerstand leisteten, beweist ein Buch zur Biographie von Elisabeth Schmitz.

Elisabeth Schmitz? Nie gehört! Dies war auch die Reaktion des Rezensenten, als er zum ersten Mal mit der faszinierenden Persönlichkeit dieser Historikerin, Gymnasiallehrerin und mutigen Angehörigen der Bekennenden Kirche konfrontiert wurde. Selbst manchem Spezialisten für die Geschichte des Widerstandes gegen das Naziregime ist ihr Name kein Begriff. Dass sich dies allmählich zu ändern beginnt, darin besteht das Verdienst des Berliner Historikers Manfred Gailus. Jüngst hat er einen Sammelband herausgegeben, der die Beiträge einer Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin im Mai 2007 enthält, die dem Wirken von Elisabeth Schmitz gewidmet war.

Manfred Gailus, Hrsg., Elisabeth Schmitz und ihre Denkschrift gegen die Judenverfolgung. Konturen einer vergessenen Biografie (1893–1977), Wichern Verlag, Berlin 2008.

Zunächst einige knappe biographische Angaben. Elisabeth Schmitz wurde am 23. August 1893 in Hanau geboren. Aufgewachsen in einem Lehrerhaushalt, studierte sie Evangelische Religion, Geschichte und Germanistik in Bonn und Berlin. Hier traf sie auf zwei Hochschullehrer, die sie wissenschaftlich wie als Persönlichkeit prägten: den protestantischen Theologen Adolf von Harnack und den Historiker Friedrich Meinecke. Beide zählten im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik, auch über die Grenzen Deutschlands hinausreichend, zu den am meisten angesehenen Vertretern ihres jeweiligen Faches.

Die junge Studentin wurde bald in den privaten Kreis der Gelehrten-Familie von Harnack aufgenommen, sie fand Aufnahme in das „Historische Seminar“ Meineckes, einer Art von „Meisterklasse“ für seine kreativsten Studenten, aber sie pflegte auch Beziehungen zu manch' anderen intellektuellen Zirkeln Berlins. Elisabeth Schmitz wurde von Friedrich Meinecke zum Dr. phil. promoviert, erwarb das Staatsexamen und war seit 1929 als Studienrätin in Berlin tätig. Nach der Machtübernahme der Nazis machte sie keinen Hehl aus ihrer prinzipiellen Ablehnung der braunen Diktatur. Sie engagierte sich innerhalb der „Bekennenden Kirche“, ohne nach außen besonders hervortreten.

Dort, wo es ihr möglich war, half sie mutig „rassisch“ Verfolgten. So wohnte bei ihr seit dem 1. Oktober 1933 die „nicht-arische“ Ärztin Dr. Martha Kassel, die ihre Zulassung als „Kassenärztin“ verloren hatte und Jahre später, im Dezember 1938, nach Argentinien emigrierte. Von 1939 bis 1943 fanden in ihrer Wohnung mehrfach Personen ein Obdach, die von den Nazis verfolgt wurden. Auch ihr im Jahre 1939 erworbenes Wochenendhäuschen in Wandlitz diente oft als Quartier für Menschen auf der Flucht, bis es im August 1943 beschlagnahmt wurde, um Obdachlose unterzubringen.

Neben ihrer mutigen Hilfe für Verfolgte ist Elisabeth Schmitz vor allem als unermüdete und kompromisslose Streiterin für die Sache der vom NS-Staat mit Repressionen überzogenen Juden zu würdigen. Hervorgehoben werden muss, dass sie sich dabei nicht nur derjenigen evangelischen Christen annahm, die jüdischer Herkunft waren. Häufig genug reduzierten Geistliche wie Laien beider Konfessionen ihre Aktivitäten auf diesen Personenkreis, während sie die für die verfolgten „Glaubensjuden“ keinerlei Empathie und Engagement zeigten.

Innerhalb der Bekennenden Kirche, in Briefen an den in der Schweiz lehrenden Karl Barth, der den wohl größten theologischen Einfluss auf die Bekennende Kirche ausübte, aber besonders durch eine von ihr verfasste Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier“ (Erstfassung September 1935, einen Nachtrag brachte sie im Mai 1936 zu Papier), die bis vor nicht allzu langer Zeit einer anderen Autorin zugeschrieben wurde, dokumentiert sie ihre Empathie, ihr hohes Maß an Moralität und ihre Entschlossenheit, die Bekennende Kirche mit ihren schwachen Kräften zu einem öffentlich geäußerten, unmissverständlichen Wort der Solidarität mit den verfolgten Juden zu bewegen. Elisabeth Schmitz ist jedes „wenn und aber“, ist auch die geringste Konzession an die Nazis und den von ihnen geprägten „Zeitgeist“ zuwider. Für sie ist die christliche Barmherzigkeit Leitlinie ihres Denkens und Handelns. Sie spricht Klartext. Und sie formuliert in einer Art und Weise, die unter die Haut geht:

„Wer ruft die Gemeinden und unser ganzes Volk zurück zu dem, nach dem alles Christentum sich nennt? Zu dem, der seiner Kirche gerade den Samariter, den ‚artfremden‘, verachteten ‚Mischung‘ als das große Beispiel der Barmherzigkeit, des praktischen Christentums handelt? Zu dem, der gesagt hat: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst – und gegen

dessen Gebote es sich empört? Und wer von uns wagt, sich zu sondern von seinem Volk, das diese Schuld auf sich lädt? Dieses Volkes Schuld ist auch unsere Schuld. (...) Was wollen wir antworten einst auf die Frage: Wo ist Dein Bruder Abel? Es wird auch uns, auch der Bekennenden Kirche keine andere Antwort übrig bleiben als die Kainsantwort. (...) Einer Judenverfolgung im Namen von Blut und Rasse muss eine Christenverfolgung notwendigerweise folgen. Einen Anfang davon hat die Bekennende Kirche, haben vor allem ihre Pfarrhäuser zu spüren bekommen. Aber trotz allen Leides wird es niemand einfallen, es in einen Vergleich setzen zu wollen zu dem Leid der deutschen Juden und Nichtarier. Und ganz abgesehen von der Größe des Leides bleibt der große Unterschied: Der Christ leidet persönlich, der Jude und Nichtarier mit Kindern und Enkeln. (...) Alle diese Menschen mit ihrem unermesslichen Leid Leibes und der Seele sind die Opfer des Glaubens an Blut und Rasse. Aber welcher Arzt, welcher Rechtsanwalt, welcher Beamte, Angestellte, Geschäftsinhaber weiß, ob er nicht der Nutznießer dieser Götter ist? Ob nicht seine Existenz aufgebaut ist auf der vernichteten Existenz eines andern? Auch, wenn er es nicht will, auch wenn er mit allen Fasern seines Wesens sich wehrt gegen diese Möglichkeit. Unvermeidlich hat er Vorteile aus seiner Abstammung, aus seinem ‚Blut‘ und seiner ‚Rasse‘. In diese Schuldgemeinschaft ist unentrinnbar jeder verstrickt.“ (S. 199, 207, 209, 209f.)

Und Elisabeth Schmitz stellt unbequeme Fragen an ihre Kirche:

„Warum tut die Kirche nichts? Warum lässt sie das namenlose Unrecht geschehen? Wie kann sie immer wieder freudige Bekenntnisse zum nationalsozialistischen Staat ablegen, die doch politische Bekenntnisse sind und sich gegen das Leben eines Teiles ihrer eigenen Glieder richtet? Warum schützt sie nicht wenigstens die Kinder? Sollte denn alles das, was mit der heute so verachteten Humanität schlechterdings unvereinbar ist, mit dem Christentum vereinbar sein? Und wenn die Kirche um ihrer völligen Zerstörung willen in vielen Fällen nichts tun kann, warum weiß sie dann nicht wenigstens um ihre Schuld? Warum betet sie nicht für die, die dies unverschuldete Leid und die Verfolgung trifft? Warum gibt es nicht Fürbittegedienste, wie es sie gab für die gefangenen Pfarrer? Die Kirche macht es einem bitter schwer, sie zu verteidigen. Menschlich geredet bleibt die Schuld, das alles dies geschehen konnte vor

den Augen der Christen, für alle Zeiten und vor allen Völkern und nicht zuletzt vor den eigenen künftigen Generationen auf den Christen Deutschlands liegen. Denn noch sind fast alle Glieder des Volkes getauft, und noch trägt die Kirche Verantwortung für Volk und Staat ...“ (S. 211)

Elisabeth Schmitz fordert aber nicht nur von ihrer Kirche sichtbare Taten. Sie selbst zieht nach der Reichspogromnacht am 9. November 1938 die einschneidende Konsequenz, ihr Amt als Gymnasiallehrerin nicht mehr länger ausüben zu können. In ihrem Entlassungsgesuch vom 31. Dezember 1939 schreibt sie in mutiger Offenheit: „Es ist mir in steigendem Maße zweifelhaft geworden, ob ich den Unterricht bei meinen weltanschaulichen Fächern – Religion, Geschichte, Deutsch – so geben kann, wie ihn der nationalsozialistische Staat von mir erwartet und fordert. Nach immer wiederholter Prüfung bin ich schließlich zu der Überzeugung gekommen, dass das nicht der Fall ist.“ (S. 67f.) Elisabeth Schmitz Entlassungsgesuch wurde akzeptiert und ihr zugleich eine Pension gewährt, die 306 Reichsmark monatlich betrug.

Die Reichspogromnacht hatte sie innerlich schwer erschüttert. Sie wartete endlich, endlich!, auf ein sichtbares Zeichen ihrer Kirche angesichts der barbarischen Ereignisse, auf eine öffentliche Manifestation, auf ein „Bis hierher und nicht weiter!“ Erneut musste sie bitter enttäuscht werden. Dem Herausgeber ist zu danken, dass er den im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin überlieferten Brief vollständig abdruckt, den Elisabeth Schmitz am 24. November 1938 an Helmut Gollwitzer sandte, damals junger Pfarrer der Bekennenden Kirche in der Gemeinde Berlin-Dahlem. Dieser Brief wäre es wert, obligatorisch als Quelle im Geschichtsunterricht sowie im zeithistorischen Proseminar gelesen zu werden. Es handelt sich zweifellos um ein herausragendes Zeitdokument. Beinahe prophetisch klingen ihre Worte über die bevorstehende Ermordung der Juden:

„Das Wort der Kirche ist nicht gekommen. Dafür haben wir das Grauenhafte erlebt und müssen nun weiterleben mit dem Wissen, dass wir daran schuld sind. Als wir zum 1. April 33 schwiegen, als wir schwiegen zu den Stürmerkästen, zu der satanischen Hetze der Presse, zur Vergiftung der Seele des Volkes und der Jugend, zur Zerstörung der Existenzen und der Ehen durch so genannte ‚Gesetze‘, zu den Methoden von Buchenwald – da und tausendmal sonst

sind wir schuldig geworden am 10. November 1938. Und nun? Es scheint, dass die Kirche auch dieses Mal, wo ja nun wirklich die Steine schreien, es der Einsicht und dem Mut des einzelnen Pfarrers überlassen, ob er etwas sagen will, und was. (...) Es gehen Gerüchte um, dass ein Zeichen an der Kleidung beabsichtigt sei. (...) Geht man dazu über, die Menschen zu bezeichnen – so liegt ein Schluss nah, den ich nicht weiter präzisieren möchte. Und niemand wird behaupten wollen, dass diese Befehle nicht ebenso prompt, ebenso gewissenlos und stur, ebenso böse und sadistisch ausgeführt würden wie die jetzigen. (...) Ich bin überzeugt, dass – sollte es dahin kommen – mit dem letzten Juden auch das Christentum aus Deutschland verschwindet.“ (S. 223 u. 225)

Die Beiträge des Bandes behandeln jeweils spezielle Abschnitte bzw. Aspekte der Biographie von Elisabeth Schmitz: unter anderem die Ausprägung ihrer Persönlichkeit und ihrer religiös-weltanschaulichen Überzeugungen im intellektuell-akademischen Milieu Berlins, vom Beginn ihres Studiums 1915 bis weit in die 1920er Jahre hineinreichend. Dass hier noch manches der Aufhellung bedarf, ist offensichtlich. Wertvoll ist auch die Nachzeichnung ihrer Karriere als Gymnasiallehrerin, die ihren sensiblen und komplizierten Charakter verdeutlicht. Ihr Briefwechsel mit Karl Barth kann nur in gewissen Grenzen

nachgezeichnet werden, da der in der Schweiz verwahrte Nachlass des berühmten Theologen nur eingeschränkt für die Forschung zur Verfügung steht. Sehr wertvoll ist der von Martina Voigt verfasste Beitrag über die Weggefährtin von Elisabeth Schmitz, die Professorin der Biologie Dr. Elisabeth Schiemann. Besonders der von der Autorin auf S. 149f. angestellte Versuch, eine „Typologie“ der in der Bekennenden Kirche aktiven Frauen zu formulieren, ist außerordentlich anregend – auch vor dem Hintergrund der mehrfach von Manfred Gailus belegten These, es habe sich bei der Bekennenden Kirche im Kern um eine „Frauenbewegung“ gehandelt.²

Der vorliegende Sammelband kommt fast unscheinbar daher, leicht verfremdet das Gesicht der Elisabeth Schmitz auf dem Titel, mit 230 Seiten Umfang nicht besonders umfangreich. Der Wert dieser Publikation kann indes gar nicht überschätzt werden. Man möchte mehr wissen, mehr lesen über diese herausragende Persönlichkeit der Bekennenden Kirche, die, nach ihrem Rückzug aus dem Gymnasiallehrerinnen-Dasein und der Zerstörung ihres Wohnhauses im Bombenkrieg 1943, in ihre Heimatstadt Hanau zurückkehrte, in der sie nach dem Kriege, bis zu ihrem Tode 1977, lebte und als Oberstudienrätin sowie aktives Mitglied des örtlichen Geschichtsvereins wirkte. Um ihre Ak-

tivitäten im „3. Reich“ machte sie kein Aufheben. Die Autorenschaft ihrer oben zitierten Denkschrift, sie wurde fälschlich Marga Meusel zugeschrieben, klärte sie zu Lebzeiten – aus welchen Gründen auch immer – nicht auf. Ihre Beerdigung fand in aller Stille statt. Immerhin hat sie inzwischen eine Gedenk-Steile auf ihrem Grab bekommen, immerhin gedenkt man in Hanau von Zeit zu Zeit durch Veranstaltungen unterschiedlichster Art dieser überaus klugen und mutigen Frau. Und in Berlin? Bisher ist fast nichts geschehen, um ihr Andenken zu würdigen. Vielleicht trägt der von Professor Gailus edierte Band dazu bei, dass dies sich zukünftig ändert?

Dr. Reiner Zilkenat

1 Zur hoch interessanten Biographie Themels vgl. Manfred Gailus, Vom evangelischen Sozialpfarrer zum nationalsozialistischen Sippenforscher. Die merkwürdigen Lebensläufe des Berliner Theologen Karl Themel (1890–1973), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 49. Jg., 2001, H.9, S. 773ff.

2 Vgl. vor allem Manfred Gailus, Die mutigen Frauen in einer kirchlichen Männergesellschaft. Anmerkungen zur Frauen- und Geschlechtergeschichte am Beispiel des Berliner „Kirchenkampfes“, in: Wolfgang Benz, Hrsg., Selbstbehauptung und Opposition. Kirche als Ort des Widerstandes gegen staatliche Diktatur, Berlin 2003, S. 145ff.; derselbe, Von der selbst gewählten hundertjährigen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen, in: Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen. Regionalstudien zu Protestantismus, Nationalsozialismus und Nachkriegsgeschichte 1930 bis 2000, hrsg. v. Manfred Gailus u. Wolfgang Krögel, Berlin 2006, S. 523f.

REZENSIONEN UND ANNOTATIONEN

„in Sehnsucht eingehüllt“

Zur Erinnerung an Selma Meerbaum-Eisinger

Selma Meerbaum-Eisinger, *Ich bin in Sehnsucht eingehüllt. Sonderausgabe: Gedichte*; Verlag Hoffmann und Campe, 2008.

„Ich möchte leben. Ich möchte lachen und Lasten heben und möchte kämpfen und lieben und hassen und möchte den Himmel mit Händen fassen ich möchte frei sein und atmen und schrein. Ich will nicht sterben. Nein!“ (aus: Poem)

Diese Zeilen schreibt die sechzehn Jahre junge Selma Meerbaum-Eisinger im Sommer 1941 im Ghetto in Czernowitz, in dem sie und ihre Familie zusammen mit 60.000 anderen Juden eingepfercht wird.

Selmas Schicksal ähnelt dem der Anne Frank, deren Tagebuch bis heute viele bewegt. Wie sie begann Selma früh mit dem Schreiben, und hatte nicht genügend Zeit, dieses Talent weiter aus zu probieren. Sie starb im Dezember 1942 im deutschen Arbeitslager Michailowska an Typhus. Was Anne Frank in ihrem Tagebuch beschrieb, das fasste Selma in Gedichte, die auf Umwegen gerettet und schließlich publiziert worden sind.

Selma wird am 15. August 1924 in Czernowitz geboren, in der Bukowina, das in Rumänien liegt. Damals war die Region geprägt von sprachlicher und kultureller Vielfalt, in der viele deutschsprachige Juden lebten. Einige bekannte Schriftsteller stammten aus dieser Gegend, wie zum Beispiel Rose Ausländer oder Paul Celan. Mit letzterem war Selma Meerbaum-Eisinger mütterlicherseits verwandt.

Als Selmas Vater Max 1926 an Tuberkulose starb, heiratet ihre Mutter Frieda einen Mann namens Leo Eisinger. Während der sowjetischen Besatzung von 1940 bis 1941 besucht sie ein jüdisches Lyzeum. Doch ihre Alltagssprache ist Deutsch. Bereits mit 15 beginnt sie Gedichte zu schreiben. Und übersetzt sogar Gedichte aus dem Französischen, dem Rumänischen oder dem Jiddischen ins Deutsche.

In der zionistischen Jugendorganisation Haschomer Hazair in Czernowitz lernt sie den ein Jahr älteren Lejser Fichmann kennen. Zwischen beiden entsteht eine Liebe, die auch in Selmas Versen eine große Rolle spielt. Ihm widmete sie ihren Gedichtband mit den 57 erhalten

gebliebenen Gedichten, ein Album aus zusammen gebundenen Blättern, das den Titel „Blütenlese“ trägt.

Die Natur ist ein zentrales Motiv in Selmas Gedichten. Das Lebendige, Rauschende, wie der Gesang des Regens und das Anbrechen des Frühlings, sowie die Stille, Vergängliche, wie ein welkes Blatt, Herbst und Nebel finden Platz in ihren Werken. Selmas Zeilen stecken teilweise voller Hoffnung, voller Lebensmut und Lebenshunger: **„Eines Tages hört man einen Kuckuck und die Sonne leuchtet plötzlich auf und der Schnee verschwindet, Hauf nach Hauf, und der Fluss, er macht den letzten Kuck, bricht des Eises schwere, weiße Decke, flutet strömend über sie hinaus, sieht erfreut die noch ganz kahle Rosenhecke, schäumt und braust und lacht die weißen Schollen aus.“** (aus: Lied der Freude)

Selmas Freunde sagen über sie, dass sie ein lebenslustiger Mensch war, der gern lachte und tanzte. Ihre Freude am Leben wird spürbar, wenn in ihren Gedichten das Rauschen des Regens „zum Murmeln von müder Süße“ wird, und die Tropfen „wie ferne glückstrunkene Küsse“ von den Dächern fallen, oder wenn nach einem stürmischen Tanz alle „heiser und atemlos“ sind.

Doch auch Sehnsucht, Wehmut, Einsamkeit spiegeln sich in den Gedichten wieder. So zum Beispiel wenn sie in dem Gedicht *Du, weißt du ...* fragt: **„[...] gehört die Nacht mir, oder ich, gehör ich ihr, und ist mein Mund, so blass und wirr, nicht der, der wirklich weint?“**

Oder in dem Gedicht *Tränenhalsband*, in welchem sie sich nach ihrem Geliebten sehnt: **„Die Tage lasten schwül und schwer, voll wildem bangem Weh. Es ist in mir so kalt und leer, daß ich vor Angst vergeht‘. [...] Ich bin in Sehnsucht eingehüllt, ich sehne mich nach dir. Mein heißes Sehnsuchtslied erfüllt die Welt und mich mit ihr.“**

Auch die leidvollen Erfahrungen aus der Zeit des Ghettos kommen zum Ausdruck: **„Ein Leben. Hauf um Hauf sterben sie. Stehn nie auf. Nie und nie.“** (aus: Poem)

Zwischen Bangen, verzweifelter Sehnsucht, Hoffnung und Träumen bewegen sich Selmas Gedichte, und zeichnen damit die Lebens- und Gefühlswelt einer jungen Frau, die ihrem Schicksal trotzen

wollte, bis zuletzt nicht aufgeben wollte, und viel zu früh verstarb.

Kurz vor ihrer Deportation in das Arbeitslager gelingt es Selma, ihren Gedichtband an ihre Freundin Else Schächter-Keren überbringen zu lassen. Sie soll das Album für Lejser Fichmann aufbewahren. Lejser muss außerhalb der Stadt Zwangsarbeit leisten. Es gelingt ihm, für ein paar Tage nach Czernowitz zurück zu kommen, wo er das für ihn „in Liebe“ zugeordnete Album erhält. Er nimmt es mit zur Zwangsarbeit und bewahrt es unter seinen Sachen im Lager auf. 1944, kurz bevor die Rote Armee Czernowitz einnimmt, flieht er aus dem Arbeitslager und sucht erneut Else auf. Er lässt ihr das Album zurück, da er nicht weiß, ob er sein neues Ziel sicher erreichen wird. Er will nach Palästina. Doch auf dem Weg dorthin wird das mit jüdischen Flüchtlingen besetzte Schiff von einem sowjetischen U-Boot versenkt. Auch Lejser kommt dabei ums Leben.

Else übergibt Selmas Gedichte an Renée Abramovici-Michaeli, einer weiteren Freundin Selmas. Sie war aus dem Lager geflohen und schlug sich mit Selmas Album im Rucksack quer durch Europa. 1948 landet sie endlich in Israel, mit den Gedichten im Handgepäck.

Doch es soll noch einige Jahre dauern, bis sie auch veröffentlicht werden. Ein einzelnes Gedicht Selma Meerbaum-Eisingers gelangt von Bukarest nach Berlin, wo es Eingang findet in die von Heinz Seydel heraus gegebene DDR-Anthologie *„Welch Wort in die Kälte gerufen“*.

In Israel entdeckt Hersch Segal, Selmas einstiger Klassenlehrer, das Gedicht in dieser Anthologie und setzt sich mit Selmas Freundinnen in Verbindung. So erreicht ihn das vollständige Album. Er beschließt, die Gedichte zu veröffentlichen, doch in Israel ist die deutsche Sprache lange Zeit tabuisiert. So druckt er auf eigene Kosten, da er keinen Verlag findet, 1976 rund 400 Exemplare, die er an Bekannte und Freunde verschenkt.

Im Herbst 1980 wird der Gedichtband schließlich in Deutschland im Hoffmann und Campe Verlag gedruckt. Mittlerweile wurde die Gedichte nicht nur mehrfach nachgedruckt, sondern auch in verschiedenen Versionen vertont.

Julia Wiedemann

Streit bei den LINKEN um Israel

Peter Ulrich, *Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiter(innen) bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt*, Verlag AphorismA, Berlin 2007.

Peter Ullrich bietet einen kurzen, faktenreichen Überblick zum Thema, ich kann (fast) alle seiner Befunde und Wertungen teilen.

Jeder, der immer noch Zweifel daran haben sollte, dass es in der DDR überhaupt und in verschiedenen Zeiträumen mehr oder weniger ausgeprägt Antisemitismus gegeben hat, möge diese Schrift in seinen Bücherschrank stellen – und vorher lesen. Wenn auch knapp, benennt der Autor die verschiedenen Etappen antisemitischer Erscheinungen in der vierzigjährigen Geschichte der DDR. Zahlreiche Literaturverweise ermuntern zu vertiefendem eigenem Studium.

Ein prinzipieller Einwand muss formuliert werden. Seitdem im April 2007

in Berlin die Wanderausstellung der Amadeu Antonio Stiftung „Das hat’s bei uns nicht gegeben! Antisemitismus in der DDR“ eröffnet wurde – und sie wandert weiter durch Deutschland – gibt es hierzu eine heftige, äußerst kontroverse Debatte. Peter Ullrich hat sich selbst an ihr beteiligt¹. Er musste sich den irrationalen Vorwurf gefallen lassen, dass er zu jung sei, um in dieser Sache urteilen zu können.² Zudem wurde ihm gönnerhaft mitgeteilt, dass eine Diskussion mit ihm noch Aussicht auf Besserung bringen könnte³. Peter Ullrich ist darin zuzustimmen, „dass es sich insbesondere beim Verhältnis der DDR zu den Jüdinnen und Juden und zum Staat Israel um eines der dunklen Kapitel ihrer Geschichte handele“ (S. 22).

Im Herbst 2008 wird im Karl Dietz Verlag Peter Ullrichs Buch „Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland.“ erschei-

nen. Auf neuen Streit kann man gefasst sein. Und man kann sich freuen, wenn die Debatte zivilisiert und kulturvoll daher kommt. Die Hoffnung soll man nie aufgeben ...

Dr. Horst Helas

¹ Vgl. Peter Ullrich: Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Jeden. Ein Bilanzierungsversuch, in: Utopie kreativ, H. 199, Mai 2007, S. 455–467.

² Vgl. Ellen Brombacher: ... als sei ich von Sinnen: Die bürgerliche Freiheit und der späte Sieg des faschistischen Ungeistes, in: Neues Deutschland, 30.6./1.7.2007, S. 21. In diesem Zeitungsbeitrag wird u. a. darüber informiert, dass sich Kurt Goldstein und Ellen Brombacher an die Amadeu Antonio Stiftung mit dem Vorschlag gewandt haben, ein Gespräch mit Jugendlichen zu führen, die an dieser Ausstellung gearbeitet haben.

³ Siehe: Jens-Uwe Heuer: Antisemitismus der Linken? Eine Antwort, in: junge Welt, 4.7.2007.

Heuer setzt sich ausführlich mit dem Text von Peter Ullrich auseinander, resümiert, dass „sein Artikel von Voreingenommenheit und Vorurteilen strotzt“ – und lädt ihn zu einem Meinungsstreit ein, der „möglich sein müsste“.

Zwangsarbeit in Berlin

Cord Pagenstecher, Bernhard Bremberger u. Gisela Wenzel, *Zwangsarbeit in Berlin. Archivrecherchen, Nachweissuche und Entschädigung*, Metropol Verlag, Berlin 2008.

Für alle, die sich mit dem Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in der NS-Zeit interessieren, ist dieses Buch für Berlin eine ungewohnte Überraschung. Der Untertitel des Buches hält, was er verspricht. Diesmal gleich zu Beginn die Empfehlung: kaufen, lesen und nutzen. Die drei Autoren des Buches waren und sind in ihrer jahrelangen Tätigkeit weltweit bekannt geworden. Diese Behauptung ist nicht übertrieben. Seitdem die Bundesrepublik Deutschland (endlich und viel zu spät und mit zu vielen Antragsbeschränkungen) im Jahre 2000 die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ ins Leben gerufen hatte, waren Cord Pagenstecher, Bernhard Bremberger und Gisela Wenzel in der Landeskoordinierungsstelle Berlin mit der Nachweissuche und Bearbeitung von Anträgen auf Entschädigung beschäftigt. Für die wenigen noch lebenden ehemaligen ausländischen Zwangsarbeiter und ihre Angehörigen, für Rechercheure aus anderen Bundesländern sowie dem europäischen Aus-

land und auch aus Übersee wurden sie wichtige Ansprech- und Konsultationspartner – und blieben es bis heute.

Das Buch ist in drei Abschnitte gegliedert.

Eingangs wird die Tätigkeit der Berliner Koordinierungsstelle (solche Institutionen wurden in allen Bundesländern geschaffen) beschrieben.

Im zweiten Abschnitt wird auf drei für Recherchen zum Thema besonders wichtige Archive und Sammlungen verwiesen: Internationaler Suchdienst in Arolsen; NS-Archiv des MfS, heute Teil des Bundesarchivs mit dem Standort Hoppegarten; Bundesarchiv Ludwigsburg.

Das dritte Kapitel stellt besonders relevante Quellengruppen und Erfahrungen bei ihrer Auswertung vor. Die Stichworte verweisen auf den Tatbestand, dass viele kommunale Institutionen in Berlin (und die dort tätigen Menschen!) mit der „Verwaltung“ der Zwangsarbeiter beschäftigt waren und dabei Teilerkenntnisse über die entwürdigende Behandlung dieser Kinder, Frauen und Männer hatten: Meldestellen, Standesämter, Gesundheitsämter, Friedhofsverwaltungen, Krankenkassen und viele andere.

Nichts von NS-Willkür gewusst – oder doch?

Besonders aufschlussreich sind die Ausführungen zu den Erfahrungen mit Nachfolgefirmen. Hier reicht die Palette von Anerkennung von Schuld, oft verbunden mit der Bereitschaft, sich an Entschädigungszahlungen zu beteiligen, über juristische Einwände bis zu vehementem Bestreiten dokumentarischer Beweise und Zweifeln an der Erinnerung von Betroffenen.

Der Band wird durch einen Anhang komplettiert: Abkürzungen, rechtliche Grundlagen. Literatur.

Ein spezielles Anliegen, das von Henning Müller und mir schon früher vorgebracht wurde, sei hier wiederholt.

„Manchmal geben papierne Dokumente Menschen einen Namen zurück, veraten gar Geburts- und Sterbebedatum. Für den Historiker und jeden anderen, der sich erinnern will, gehört es zu den bewegenden Momenten mühseliger Spurensuche, so etwas zu finden.

Die täglichen Veränderungsmeldungen des KZ Sachsenhausen enthalten auch fünfzehn Namen von Frauen, die im Außenlager Argus umkamen, ohne dass die näheren Umstände dafür benannt werden.¹ Die Leichen der Verstorbenen und Getöteten wurden bis zu ihrem Abtransport in einen Kohlenkeller gewor-

fen. Der Tod dieser Frauen wurde vom örtlichen Standesamt nicht registriert. Für KZ-Häftlinge fand in der Regel auf kommunalen Friedhöfen keine Beisetzung statt.² Unter den Toten ist eine Polin, die als einzige als ‚Schutzhäftling‘ und nicht als ‚Jude‘ bezeichnet wird. Die jüngste dieser Frauen wurde 20 Jahre alt, die älteste 43. In der Übersicht differiert das Sterbedatum mit dem Tag der Überführung des Leichnams nach Sachsenhausen um bis zu drei Tagen. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass der Transport der Toten auf organisatorische Schwierigkeiten stieß. Zwei Drittel der Frauen kamen kurz vor ihrer Befreiung ums Leben, im März und April 1945, ein Indiz für die fortschreitende Auszehrung der Häftlinge unter den gegebenen Arbeits- und Lebensbedingungen. Aus den Appell-Unterlagen geht weiter hervor, dass 9 Frauen in den Monaten Dezember 1944 bis Februar 1945 nach Ravensbrück zurückgeschickt wurden; Edith Gönzer war mit 16 Jahren die jüngste von ihnen. Allein am 5. Januar gingen sechs Frauen ‚auf Transport‘. Aus welchen Gründen sich die Zahl der zum KZ-Außenlager Argus gehörenden Frauen von August 1944 bis April 1945 noch reduzierte, konnte vorerst nicht ermittelt werden.

Im Folgenden werden von uns die Namen der 15 Frauen dokumentiert, die das KZ-Außenlager Argus nicht überlebt hatten, sowie die Namen der nach Ravensbrück ‚rücküberstellten‘ 9 Frauen, über deren Schicksal bislang nichts bekannt ist. Die Übersicht folgt der jeweiligen Chronologie der Ereignisse:

Im KZ-Außenlager Argus verstarben:

- Jude 4625, Fischer, Edith, geb. 27.10.1920 in Ungarn, gest. 12.1.1945
- Jude 4576, Erdös, Klara, geb. 21.2.1902 in Ungarn, gest. 18.2.1945
- Sch³ 13009, Skryzynska, Mariana, geb. 15.8.19[...]⁴ in Polen, gest. 22.2.1945
- Jude 4862, Havas, Edith, geb. 22.5.1925 in Ungarn, gest. 27.2.1945
- Jude, Binder, Olga, geb. 29.8.1910 in Ungarn, gest. 8.3.1945
- Jude, Aufterber, Edith, geb. 29.6.1903 in Ungarn, gest. 9.3.1945
- Jude 4775, Greiner, Malvin, geb. 27.11.1906 in Ungarn, gest. 16.3.1945
- Jude 4686, Fried, Margit, geb. 1.1.1904 in Ungarn, gest. 25.3.1945
- Jude 4889, Herz, Erszebet, geb. 19.3.1908 in Ungarn gest. 28.3.1945
- Jude 4959 Kalman, Lolan geb. 25.7.1906 Ungarn, gest. 1.4.1945
- Jude 4371, Berger, Edith, geb. 15.3.1910 in Ungarn, gest. 5.4.1945
- Jude 12898, Fischer, Jozefa, geb. 12.7.1908 in Ungarn, gest. 14.4.1945
- Jude 4490, Buxbaum, Erzsebet, geb. 21.4.1903 in Ungarn, gest. 10.4.1945
- Jude 4386, Berkea, Magda, geb. 8.12.1908 in Ungarn, gest. 18.4.1945
- Jude 4502, Daniel, Ima [Imo, Irma?], gest. 18.4.1945

Nach Ravensbrück zurückgeschickt wurden:

- Jude 4564, Elekes [?], Lilla, geb. 6.4.1913 in Ungarn, nach Ravensbrück am 27.12.1944
- Jude 4518, Deutsch, Katalin, geb. 21.6.

1908 in Ungarn, nach Ravensbrück am 5.1.1945

- Jude 4671, Frankl, Iren[e], geb. 5.2.1916 in Ungarn, nach Ravensbrück am 5.1.1945
- Jude 4757, Goldschmidt, Pani, geb. 21.9.1910 in Ungarn, nach Ravensbrück am 5.1.1945
- Jude 4827, Gönzer, Edith, geb. 22.7.1929 in Ungarn, nach Ravensbrück am 5.1.1945
- Jude 5053, Klein, Lili, geb. 18.2.1918 in Ungarn, nach Ravensbrück am 5.1.1945
- Jude 10754, Hoppe, Lola, geb. 4.7.1918 in Polen, nach Ravensbrück am 5.1.1945
- Jude 4646, Fleischmann, Borbala, geb. 14.3.1913 in Ungarn, nach Ravensbrück am 17.2.1945
- Jude 13132, Gordon, Klara, geb. 4.8.1914 in Ungarn, nach Ravensbrück am 17.2.1945

Es wäre an der Zeit, in der Flottenstraße in Berlin-Reinickendorf für dieses KZ-Außenlager ein DENK-ZEICHEN zu setzen, auf dem auch alle Namen der hier getöteten Frauen Platz finden sollten.⁵

Dr. Horst Helas

¹ Vgl. Archiv Sachsenhausen, D1A/1/227.

² Auskunft des Standesamtes des Bezirkes Reinickendorf von Berlin.

³ Sch = Schutzhäftling.

⁴ Geburtsjahr in der Quelle unleserlich.

⁵ Vgl. Horst Helas u. Henning Müller, Das KZ-Außenlager Argus in Berlin Reinickendorf, in: Zwangsarbeit in Berlin 1938–1945, hrsg. vom Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen, Berlin 2003, S. 276–277.

Zehn Biographien künden auch vom Antisemitismus in SBZ und DDR

Andreas Weigelt u. Hermann Simon, Hrsg., **Zwischen Bleiben und Gehen. Juden in Ostdeutschland 1945 bis 1956. Zehn Biographien**, verlag edition berlin, Berlin 2008.

Bis zum 30. Juni 2008 war eine neue Ausstellung in der „Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ in der Oranienburger Straße zu sehen. Ein Begleitband zur Ausstellung hält wesentliche Erkenntnisse der Exposition fest. Vorgestellt werden die Biographien von neun Männern und einer Frau: Otto Ephraim, Josef Jubelski, Adalbert Bela Kaba-Klein, Fritz Katten, Julius Meyer, Erich Nelhans, Eva Robinson, Ernest

Wilkan, Karl Wolfsohn und Leo Zuckermann. Ergänzt wird der Band mit einem Beitrag über das Jüdische Kinderheim Berlin-Niederschönhausen, Neuanfang und Repression werden hier für die Jahre 1945 bis 1953 vorgestellt.

Schicksal um Schicksal berührt auf immer andere Weise. Das Dargestellte kündigt von der Brutalität des Kalten Krieges, die Menschen in den Tod trieb, jahrelang hinter Zuchthausmauern verschwinden ließ, wenn man ihrer vor der Flucht noch habhaft werden konnte. Das Bleiben wurde diesen zehn Juden, die gerade den Holocaust überlebt hatten, auf vielfältige Weise verleidet, das

Gehen war immer eine Flucht in letzter Sekunde.

Alle zehn hatten sich dafür entschieden, überhaupt wieder in Deutschland heimisch zu werden, manche wirkten aktiv an der Schaffung eines „besseren Deutschlands“ mit, waren in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in führende Gremien gewählt worden und arbeiteten dort sehr aktiv mit. Einige der Porträtierten wurden Mitglied der SED und bekannten sich zugleich offen zu ihrem Judentum. Leo Zuckermann wirkte seit dem 11. Oktober 1949 als erster Chef der Präsidialkanzlei der gerade gegründeten Deutschen Demo-

kratischen Republik, als enger Mitarbeiter Wilhelm Piecks. Im Zusammenhang mit der Field-Affäre und dem Slanskyprozess sowie seiner Tätigkeit im mexikanischen Exil wurde Zuckermann vom hohen Parteifunktionär zum „Vorgang“ und musste sich vor der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED rechtfertigen, im Dezember 1952 entkam er der drohenden Verhaftung. Er flüchtete nach Westberlin und lebte später wieder in Mexiko, wo er im November 1985 verstarb.

Natürlich – und das macht der Begleitband zur Ausstellung überdeutlich – bewegten sich diese Juden gerade im geteilten Berlin (bei absoluter Vorherrschaft der Vertreter der sowjetischen Militäradministration, die für ganz Berlin in wesentlichen Bereichen die alleinige Verantwortung trugen) in einem Minenfeld: Durfte man jüdischen Angehörigen der Sowjetarmee zur Flucht in den Westen verhelfen? Durfte man Papiere fälschen, um aus Polen kommenden Holocaust-Überlebenden den Aufenthalt in Berlin erst einmal zu erleichtern, um sie dann schnellstmöglich in ihre neue Heimat Palästina schicken zu können? Wo war die Grenze zwischen Erlaubtem und Kriminellem, wenn nach 1945 erst einmal die Tauschwirtschaft nicht nur den Schwarzmarkt bestimmte? Durften hungrige Menschen Pakete überhaupt annehmen, die aus „dem Westen“ von jüdischen Organisationen für Glaubensgenossen zur Verfügung gestellt wurden? Und schließlich: Wann wurde es für Juden wie Nichtjuden (Paul Merker!) gefährlich, darauf zu drängen, in der DDR ein Wiedergutmachungsgesetz zu beschließen, das in der NS-Zeit erlittenes materielles Unrecht an Juden rückgängig machte und materielle Ansprüche der Opfer anerkannte? War es nicht legitim, wenn Vertreter der jüdischen Gemeinde, jüdische Widerstandskämpfer und andere vehement dagegen ankämpften, dass bei staatlichen Rentenzuschüssen – wie dann in der DDR verwirklicht – Menschen, die in der NS-Zeit Schlimmstes erlebt hatten, in zwei Kategorien eingeteilt wurden: in diejenigen, die angeblich nur Opfer waren, d. h. die meisten Überlebenden des Holocaust, und in jene, die aktiv gekämpft hatten, unabhängig davon, wie umfangreich und andauernd deren Widerstand gewesen war und auch unabhängig davon, wie hoch die NS-Justiz ihr Strafmaß bemessen hatte, wenn sie verurteilt worden waren?

Ich weiß aus persönlicher Sicht, wovon ich spreche. Nebenbemerkung: Die Etappen der Verschärfung des Straf-

rechts in den 12 Jahren der NS-Diktatur, das ist ein anderes Thema.

Erschüttert hat mich weniger, dass es solche Repressionen gegen führende Repräsentanten der wieder entstehenden jüdischen Organisationen in Deutschland gegeben hat. Wenn man sich anstrengte, konnte man davon auch in der DDR einiges erfahren. Viel mehr hat mich die Flut antisemitischer Aussagen von Deutschen gewundert. Nicht so sehr die Anzeigen der üblichen Denunzianten, die scharf auf eine Immobilie waren oder mit dem Betreffenden noch eine persönliche Rechnung zu begleichen hatten. Eher die offen antisemitischen Begründungen von Funktionären der VVN wie der SED und des Staatsapparates.

Übrigens: Andreas Weigelt hat nicht nur äußerst verdienstvoll und akribisch in Archiven recherchiert. Er konnte sich auch auf „Nachwende-Literatur“ stützen, in der solche Tatsachen beschrieben wurden. Zum Beispiel: Elke Reuter und Detlef Hansel: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, erschienen 1997 in der Edition Ost.

Einige Gedanken zum Schluss.

Man verschone mich mit den Totschlagargumenten, die BRD sei viel antisemitischer gewesen als die DDR und niemand „im Westen“ habe das öffentlich gemacht. Zumindest drei Aktivitäten, die auch durch Ausstellungen, Begleitbücher und Veranstaltungen öffentlich gemacht wurden, seien genannt: Wolfgang Dreßen hat mit einer Ausstellung dokumentiert, wie sich große Konzerne, Funktionäre der NSDAP, aber auch „kleine Leute“ wissentlich am Vermögen deportierter Juden bereicherten und dies vor aller Augen tun konnten.¹

1995 war auf dem Gelände des ehemaligen Anhalter Bahnhofs eine Ausstellung zu sehen. Sie dokumentierte für Ost- und Westberlin, wie schwer sich die Behörden damit taten, prominente und weniger prominente Berliner aus dem Exil zurück zu bitten, in die Stadt, in der sie einst gelebt und gearbeitet hatten. Zur Ausstellung ist auch ein Katalog erschienen.²

In seiner Heimatstadt Köln verlegte der Künstler Gunter Demnig, ebenfalls im Jahre 1995, die ersten so genannten Stolpersteine. Mit ihnen wird an Menschen verschiedener Opfergruppen der Nationalsozialisten erinnert, Juden, Sinti und Roma, Widerstandskämpfer, Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Wehrdienstverweigerer und andere. Stolpersteine fin-

det man heute in vielen großen und kleinen Städten in ganz Deutschland. Auch in Berlin sind sie aus dem Westen (erste Verlegungen 1996 in Kreuzberg) in den Ostteil der Stadt gekommen.

Unbestritten ist, dass viele Emigranten, die vor 1933 in Deutschland politisch links organisiert waren oder mit dieser politischen Strömung sympathisiert hatten, bewusst in die DDR kamen – und trotz Stalinismus und andern politischen Repressionen (auch gegenüber ihnen persönlich) nicht weggingen. – aus ganz verschiedenen Gründen. Dazu ist 2000 ein Buch erschienen.³ Zu diesem Themenkomplex lohnte sich vielleicht eine weitere Ausstellung mit Begleitbuch.

Wie immer sei empfohlen: Das Begleitbuch kaufen und lesen. Hermann Simon schildert in seinem Vorwort, wie er seine jüdische Identität in der DDR bis heute behaupten konnte und wie ihm Rabbiner Martin Riesenburger von 1961 bis 1964 dabei zur Seite stand. Martin Riesenburger war es auch, der nach dem Holocaust in Berlin das erste jüdische Brautpaar getraut hatte, ein für ihn besonders bewegender Moment. Es waren Ruth Glückmann und Julius Meyer. Hermann Simon: „Meyers Schicksal wird in diesem Band neben anderen intensiv nachgegangen. Es ist, nachdem ich die Lebensbilder wiederholt gelesen habe, das mich am stärksten bewegende.“

Dr. Horst Helas

¹ Vgl. Wolfgang Dreßen: „Betrifft: Aktion 3“. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Wanderausstellung; auch zu dieser Ausstellung ist ein Begleitbuch erschienen.

² Vgl. Aktives Museum Widerstand, Hrsg., 1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr, Berlin 1995.

³ Vgl. Karin Hartewig, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln u. a. 2000.

Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus

Dietmar Molthagen, Andreas Klärner, Lorenz Korgel, Bettina Pauli u. Martin Ziegenhagen, Hrsg., Lern- und Arbeitsbuch „Gegen den Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie, Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2008.

Der immer umfangreicher werdenden Literatur mit Vorschlägen und Anleitungen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat sich nun ein weiteres Buch hinzugesellt: ein umfangreicher Sammelband, als „Lern- und Arbeitsbuch“ bezeichnet, wendet sich an Akteure in Schulen und Kommunen, in der Jugendarbeit und in der politischen Bildung. Die Herausgeber versammeln darin Ausarbeitungen von 41 Autoren, von denen viele, wie etwa David Begrich, Thoralf Staud, Ulli Jentsch, Roland Roth, Albert Scherr, Bianca Klose oder Michaela Köttig, bereits mit anderen Publikationen auf diesem Gebiet hervorgetreten sind.

Das verständlich geschriebene, als eine echte Hilfe zu betrachtende Handbuch ist in sechs größere Kapitel gegliedert, die sich mit den thematischen Schwerpunkten Inhalt und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, Grundfragen von Demokratie und Gesellschaft, Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in der Schule, in der Kommune, in der außerschulischen Jugendarbeit und als Aufgabe der Zivilgesellschaft beschäftigen. In der Definition von „Rechtsextremismus“ stützen sich die Herausgeber im wesentlichen auf die Auffassungen des Berliner Politikwissenschaftlers Richard Stöss, hier vor allem seine 2005 veröffentlichte Schrift „Rechtsextremismus im Wandel“. Die jeweiligen „Zusammenfassungen“ zum „Sachstand“ vor den einzelnen Kapiteln sind komprimiert kurz, manchmal fast zu dünn, was jedoch durch die umfangreichen Literaturhinweise und durch die beigegebene Materialsammlung aufgewogen wird.

In der Einführung zu dem Band betonen die Herausgeber, Leitgedanke aller Ideen und Vorschläge sei, dass Menschen nicht allein informiert werden sollen, sondern auch befähigt werden müssten, wirksam zu handeln. Es nütze wenig, viel über Rechtsextremismus zu wissen, wenn die entsprechende Handlungskompetenz für die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten und Strategien sowie für die Förderung von Demokratie und gesellschaftlichem Zu-

sammenhalt fehle (vgl. S. 10). Von daher begründen sie auch, dass beim Lernen die konkrete Arbeit mit in der Materialsammlung enthaltenen Originaltexten der extremen Rechten unerlässlich sei (vgl. S. 66). Unbestreitbar richtig, wenn auch nicht unbedingt neu, sind die von den Herausgebern benannten Qualitätskriterien für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Sie zählen dazu die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem Problem, eine langfristige Strategie, die angemessene Qualifizierung und Weiterbildung der in der Bildungsarbeit tätigen Personen, um auf den Wandel in der rechtsextremen Szene entsprechend reagieren zu können, das Erfordernis, die Zielgruppen zur selbständigen Bewertung der Problemlagen und zur Erarbeitung der Lösungswege zu befähigen sowie die Einbettung aller ergriffenen Maßnahmen in das lokale Umfeld.

Alle ohne Anspruch auf Vollständigkeit angebotenen 30 Bildungsbausteine, geschrieben für die Anwendung durch Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen von Jugendeinrichtungen und zivilgesellschaftliche Initiativen, aber auch für in der Kommune aktive Bürger, dienen diesen Zielen. Nach einem Abschnitt mit inhaltlichen Informationen zum jeweiligen Thema folgen Vorschläge zur Gestaltung einer Seminareinheit und/oder einer Diskussion. Die dafür notwendigen Materialien finden sich auf einer dem Buch beigegebenen CD-ROM, die von den Literaturempfehlungen über Möglichkeiten zur Power-Point-Präsentation bis zu Beispielen aus dem Auftreten von Neonazis und von NPD-Anträgen in Kommunalparlamenten reichen. Dabei ist hervorzuheben, dass die Autoren um größtmögliche Aktualität bemüht waren. Die Wahl der richtigen Methoden in den Seminaren und Gruppengesprächen wird erleichtert durch konkrete Hinweise auf Gruppengrößen, Abläufe für die Einheiten, Wechsel des didaktischen Vorgehens, Möglichkeiten von Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen.

Der große Nutzen, den ein solches Handbuch für die politische Bildungsarbeit haben kann, aber auch seine Grenzen, waren im April bereits Gegenstand einer Buchpräsentation in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dabei wurde noch einmal deutlich, dass die vorgeschlagenen Konzepte sich vor allem an Personen

richten, die Gegner des Rechtsextremismus sind bzw. noch eine neutrale Haltung einnehmen. Nicht alle Fragen des Umgangs mit Neonazis ob beim Aufeinandertreffen in Versammlungen oder in den kommunalen Parlamenten, sind damit beantwortet. Einiges dazu sagen allerdings die zusätzlichen Literaturhinweise aus. Nachzudenken ist auch, wie weitere Zielgruppen in die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einbezogen werden können, z. B. ältere Menschen, weniger Gebildete und Migranten.

Es wird interessant sein zu erfahren, in welchem Umfang das „Lern- und Arbeitsbuch“ tatsächlich genutzt wird und wie das Urteil der verschiedenen Nutzer vor Ort ausfällt. Vorstellbar wäre auch, neben der praktischen Lösung mit der CD-ROM und den Möglichkeiten, von dieser Materialien auszudrucken, ähnliche Hilfen als Ringbücher mit herausnehmbaren Teilen herzustellen.

Dr. sc. Roland Bach



Klasse für sich. Partei für alle?

Alle Beiträge der

XIII. Internationalen

Rosa-Luxemburg-Konferenz

vom 12. Januar 2008

Mit Texten von: Mandakranta Sen (Indien), Tubal Paez (Kuba), William Grigsby Vado (Nicaragua), Mumia Abu-Jamal (USA), Ignacio Ramonet (Frankreich), Aleka Pappariga (Griechenland), Sahra Wagenknecht, Manfred Wekwerth, David Salomon, Hans Heinz Holz u. a.

Die Tageszeitung
jungeWelt

Verlag 8. Mai GmbH
3,00 €/mit DVD 7,60 €





Rundbrief ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, in der Regel einmal je Quartal, und wird herausgegeben von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.
V.i.S.d.P. Dr. Reiner Zilkenat

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 24009-236
Telefax: 030 24009-215
E-Mail: r.zilkenat@gmx.net

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden. Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen.
Zuschriften und Beiträge sind willkommen.
Layout und Satz: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung

DIE LINKE.